

Die socialdemokratische und anarchistische Bewegung im Jahre 1891.

Einleitung.

Der internationale Socialistencongress im Monate Juli des Jahres 1889 hatte ein Programm aufgestellt, von dessen Durchführung die gesammte Führerschaft der socialistischen Arbeiterpartei große Erfolge erwartete.

Mit allen im Congressprogramme bezeichneten Mitteln der Agitation wurde die Durchführung der Programmpunkte anzuregen und zu fördern gesucht. Aber der Erfolg kam nicht so rasch, als erwartet wurde.

Die viel gefürchtete Manifestation am 1. Mai 1890 hatte zwar — wie am Pariser Congress beschlossene worden war — einen internationalen Charakter, hatte aber in ihren Folgen der Arbeiterschaft eher geschadet, als genützt.

Die maßlose Agitation zur „würdigen“ Durchführung der 1. Mai-Demonstration hatte eine heftige und ausgebreitete Ausstandsbewegung hervorgerufen; allmählich aber verloren die Strikes ihre anfängliche Bedeutung und Wirkung. An Stelle der Erfolge traten volle Niederlagen.

Der Coalition der Arbeiter trat die Vereinigung der Arbeitgeber gegenüber, um durch gemeinsame Ausdauer jenen der Arbeiter zu überwinden.

Die unbesonnenen Strikes hatten der Arbeiterschaft schwere materielle Verluste gebracht.

Schwerwiegender aber war die moralische Entmutigung, welche die Arbeiter nach verlorenen Strikes erfaßte. Die Führerschaft erkannte, dass neue Wege eingeschlagen werden müssen, um die erlahmende Bewegung zu beleben.

Sie fand neue Schlagworte.

„Was ist der Grund des Misslingens der mit so großen Opfern durchgeführten Ausstandsbewegung?“ wurde gefragt und die Antwort lautete:

„Die ungenügende Organisation der Arbeiterschaft und der Mangel an politischen Rechten.“

Wenn die Gewerkschaftsorganisation in allen Ländern durchgeführt sei und der Arbeiter einen Einfluss auf die Gesetzgebung erlangt hat, dann könne der Macht der Arbeiterschaft nichts widerstehen.

Es müsse daher die Organisation der Gewerkschaften durchgeführt werden.

Den Einfluss auf die Gesetzgebung erlange der Arbeiter durch das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht. Dies müsse daher auch gefordert werden.

Nach diesen zwei Richtungen hin wurde die Gedankenthätigkeit der Arbeiterschaft zu Anfang des Jahres 1891 gelenkt und traten die Schlagworte, welche diese zwei neuesten Bestrebungen kennzeichneten, in den Arbeiterzeitungen und in den Arbeiterversammlungen in den Vordergrund.

Im Banne dieser Leitgedanken wurden abermals Vorbereitungen zur Feier des 1. Mai 1891 getroffen.

Die Mai-Demonstration fiel schwächer aus als im Vorjahre. Es zeigte sich, dass die Führerschaft nicht mehr eine uneingeschränkte Macht besitze, wie früher. Es trat zuerst vereinzelt, dann immer offener eine gegen die Gewalt der Führer gerichtete oppositionelle Strömung auf, welche den Fortschritt der Bewegung hemmte und die Organisation störte. Bei dem internationalen Arbeitercongress in Brüssel war zwar von der Opposition im socialistischen Lager noch nichts zu merken, es wurde vielmehr die Vereinigung aller socialistischen Parteien aller Länder zu den Berathungen als neue Errungenschaft hervorgehoben. Allein auf dem Parteitage der deutschen Socialisten zu Erfurt war schon eine ausgesprochene Opposition vorhanden, welche zwar der großen Majorität weichen musste, aber nicht mehr im Keime vernichtet werden konnte.

Solche Oppositionsparteien traten auch in anderen Ländern, so in Oesterreich-Ungarn auf.

Alle diese Oppositionsparteien neigen mehr oder weniger der radicalen Richtung zu, die in jenen Ländern welche noch nicht eine fest organisirte Arbeiterschaft besitzen, eine ausgesprochene anarchistische ist.

Im Laufe des Jahres sind wiederholt von der Opposition Lebenszeichen gegeben worden, welche ein Zuneigen der radical-socialistischen und anarchistischen Elemente im Jahre 1891 wahrnehmen lassen. Die verschiedenen Emanationen der hervorragenden Parteiführer

auf dem internationalen Arbeitercongress in Brüssel ließen übrigens auch die Richtung erkennen, in welcher die socialistische Bewegung des Landes, als dessen Vertreter der betreffende Parteiführer gesprochen hatte, vorwärts schreitet.

Diese Enunciationen haben gezeigt, dass die Belgier und die südeuropäischen Socialisten nicht abgeneigt wären, die sociale Frage auf dem Wege der Gewalt zu lösen, dass die Engländer trotz ihres entschiedenen Überganges zur Socialdemokratie noch lange conservativ sind; sie haben ferner gezeigt, dass es den Franzosen um den Selbstschutz durch nationale Gliederung zu thun ist, während die Deutschen international bleiben und durch stramme internationale Organisation die herrschende Gesellschaft unterjochen möchten.

Am Schlusse des Jahres 1891 war es unentschieden, ob die Parteileitung imstande sein wird, die Opposition zur Auflösung zu bringen, oder ob es der Opposition gelingen wird, ihrer radicalen Richtung die Mehrzahl der Socialisten zuzuwenden.

Österreich.

Ausgedehnter wie in früheren Jahren hat die österreichische Socialdemokratie in dem abgelaufenen Jahre alle Mittel der Propaganda und der Organisation: Vereinsrecht, Versammlungsrecht, Coalition etc. ausgenutzt und dort, wo das Gesetz der Organisation ein Hindernis bereitete, dasselbe umgangen.

So hat die Führerschaft auf das neue Ideal der Organisation, nämlich auf eine Centralisation der Gewerkschaften je einer Branche im Reiche, zwar in der Erkenntnis der Gefahr, welche darin besteht, dass der Behörde hiedurch die Möglichkeit eingeräumt würde, mit einem Schlage die Organisation einer ganzen Branche zu vernichten, verzichtet, aber den Ausweg gefunden, an allen Industrieorten locale Fachvereine, welche successive in Gewerkschaften eines Kronlandes zusammengefasst werden, zu errichten, zwischen welchen wieder eine regelmäßige Verbindung durch jährliche Congresses (Verbandstage) hergestellt wurde. Solche Congresses haben in Österreich mehrere stattgefunden. Außerdem wurden aber noch mehrere Landescongresses in Österreich abgehalten.

Die wichtigste Phase in der österreichischen Arbeiterbewegung des Jahres 1891 war der Ende Juni abgehaltene Parteitag zu Wien.

Nach mehrfachen Verschiebungen veröffentlichte die „Arbeiter-Zeitung“ in der Nummer 22 am 29. Mai 1891 die Einladung an die Parteigenossen in ganz Österreich am 28., 29. und 30. Juni 1891 zu einem Parteitag der österreichischen Socialdemokraten zusammenzutreten.

Bezüglich der Tagesordnung, welche der Congress selbst endgiltig festzustellen hätte, wurde vorgeschlagen:

- I. Bericht über die Parteithätigkeit seit dem Parteitage zu Hainfeld.
- II. Stand und Ziele der gewerkschaftlichen Organisation in Österreich.
- III. Die Bewegung zur Erlangung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechtes.
- IV. Die Mai-Bewegung.
- V. Der Fortgang der sogenannten „Socialreform“ in Österreich.
- VI. Der internationale Socialistencongress in Brüssel 1891; nationaler und internationaler Arbeiterschutz.
- VII. Parteiorganisation und Parteipresse.

Als Einberufer waren die folgenden Redactionen unterzeichnet:

- „Arbeiterstimme“ in Brünn.
- „Arbeiterwille“ in Graz.
- „Arbeiter-Zeitung“ in Wien.
- „Avanti“ in Triest.
- „Delnicki Listy“ in Wien.
- „Delovski List“, „Zora“ in Triest.
- „Freigeist“ in Reichenberg.
- „Robotnik“ in Lemberg.
- „Heslo“ in Prag.
- „Hlas Lidu“ in Prossnitz.
- „Prača“ in Lemberg.
- „Rovnost“ in Brünn.
- „Socialni demokrat“ in Prag.
- „Volksfreund“ in Brünn.
- „Volkspresse“ in Wien.

Die Verhandlungen des Partoitages fanden in den Räumen des Hôtels „Union“ in Wien im IX. Bezirke statt.

Das Bildnis Karl Marx's und dessen Spruch in größeren Lettern „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ zwei Schilder mit der Aufschrift „Hainfelder Parteitag 1888—1889“ und „Internationaler Socialistencongress 1889“ schmückten den Saal des Hôtels, woselbst die Genossen auch bequartiert wurden.

Am Morgen des 28. Juni ergab die Präsenzliste 193 Theilnehmer als Vertreter von 82 Orten.

(Am Parteitage zu Hainfeld waren im ganzen nur 71 Theilnehmer als Vertreter von 42 Orten anwesend gewesen.)

Um $\frac{3}{4}$ 11 Uhr wurde der Parteitag von Julius Popp bei Anwesenheit von circa 300 Personen, wovon aber mehr als ein Drittheil aus Gästen bestand, darunter 7 Frauen, mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Er begrüßte insbesondere jene wenigen Genossen (5), welche auf Grund der Ausnahmsverordnung zwar ausgewiesen, aber dennoch mit Bewilligung der Behörde auf einige Tage nach Wien gekommen sind, um dem Parteitage anzuwohnen zu können.

Es wurden hierauf gewählt:

Reumann (Wien) und Schmidt (Jägerndorf) als Vorsitzende für deutsche Sprache, dann Hybeš (Brünn) und Dedič (Kladno) für böhmische Sprache, endlich Häfner (Wien), Rieger (Reichenberg), Körber (Prag) und Mankovski (Lemberg) als Schriftführer.

In erster Linie wurden die Geschäftsordnung und die Tagesordnung festgestellt, sodann betrat als erster Redner der Delegirte aus Ungarn, Kürschner, die Tribüne, um den Socialdemokraten Österreichs die Grüße der ungarischen Genossen zu überbringen und sie der engen Solidarität zu versichern, welche sie (die ungarischen) mit den österreichischen Genossen verbindet.

Es wurde zur Tagesordnung übergegangen und zum ersten Punkte derselben „Parteithätigkeit seit dem Hainfelder Parteitage“, dem Genossen Dr. Adler das Wort ertheilt.

Er constatirte den Fortschritt der Partei seit Hainfeld und den Bestand einer geeinigten und wohlorganisirten Partei.

Während im Jahre 1888 nur 104 Vereine mit einer Anzahl von 15.498 Mitgliedern existirten, bestehen heute 219 Vereine mit 47.166 Mitgliedern.

Im Jahre 1888 bestanden 7 politische Zeitungen (3 deutsche, 3 böhmische, 1 polnische) mit einem Abonnenstand von 15.400, außerdem 4 Fachblätter mit 6100 Abonnenten, heute dagegen existiren 15 politische Blätter (7 deutsche, 5 böhmische, 2 polnische,

1 italienisches und 1 slovenisches) mit 55.750 Abonnenten und 19 Fachblätter mit 44.400 Abnehmern, endlich 7 diverse Blätter (Arbeiterschutz, Zeitschwingen, Cervanky, Zař etc.) und Witzblätter mit 27.700 Abnehmern. Für die Opferwilligkeit und Thätigkeit der Genossen spricht der Agitationsfond mit 4528 fl., der Inhaftirtenfond mit 4137 fl., der Wahlfond mit 5260 fl. und der Strikefond mit 30.614 fl.

Bei dem letzteren Fond bemerkte Dr. Adler, dass derselbe die Partei gar nichts angehe, da weder die Partei, noch die Gewerkschaften an den Strikes schuld tragen, vielmehr dieselben der Partei aufgezungen werden.

Hybeř übersetzte das Referat in die čechische Sprache, indem er zugleich Prager und Brünnner Verhältnisse in das Referat einfügte.

Resel (Graz) besprach die Schwierigkeiten, mit denen die Arbeiter in Steiermark und Kärnten bei ihren Versammlungen und bei Herausgabe von Zeitungen zu kämpfen haben. In Trifail wurden die Arbeiter auf den geringsten Verdacht hin ausgehoben und abgeschoben. Er erwähnte noch, dass trotz der Bemühungen des (der radicalen Richtung zuneigenden) Rissmann eine Störung unter den Genossen nicht eingetreten sei.

Lasker (Innsbruck) berichtete über die Tiroler Verhältnisse, dass sich die beiden Parteien seit dem Hainfelder Parteitage geeinigt haben; es bestehen zwei Arbeiterbildungsvereine (ein deutscher und ein italienischer) mit mehr als 400 Mitgliedern.

Diamant (Lemberg) schilderte die traurigen Arbeitszustände in Galizien. Besonders drückend gegen die Arbeiter sei die Staatsbahn, in deren Werkstätten zahlreiche Arbeiter thätig sind. Den Arbeitern werde künstlich Concurrenz gemacht, um die Löhne herabzudrücken. So z. B. werden in Stanislaw 15.000 Arbeiter festgehalten, obwohl nur für 1500 genügend Arbeit vorhanden ist. Dies geschehe so, dass jeder Arbeiter nur 36 Stunden in der Woche arbeiten dürfe und die übrige Zeit ruhen könne. Er kam sodann auf die Schwierigkeiten des Arbeiterblattes „Praća“ zu sprechen.

Dasselbe musste, da man einen Drucker nicht finden konnte, eine Zeit lang in Wien angefertigt werden. Infolge der großen Kosten musste jedoch von diesem Vorgange wieder abgestanden werden. Endlich fand sich ein Lithograph, der es auf einer Handpresse zu drucken begann. Hiedurch konnte aber das Blatt nur alle zwei Monate einmal erscheinen. Von den verschiedenen Nummern seien 50 Procent der Confiscation verfallen.

Um den Arbeiterblättern zu schaden, habe die Bourgeoisie das Erscheinen eines antisemitischen Arbeiterblattes begünstigt, welches jedoch nach drei Monaten eingegangen ist.

Vrana (Prag), als Vertreter der čechischen Arbeiterpartei, polemisirte gegen die „Internationalen“.

Die Nationalen nützen den Internationalen durch ihr Aufgeben des Nationalismus nicht in jenem Grade, als sie sich durch das Aufgeben der nationalen Forderungen schaden. Die čechische Arbeiterschaft müsse einen exclusiven Standpunkt einnehmen, denn die Regierung habe in Böhmen das Bestreben zu germanisiren. Hybeř, Burian und andere opponirten und betonten, dass man eben diese Partei, welche Zwietracht unter den Arbeitern säe, mit allen Mitteln bekämpfen müsse.

Siegmund (Falkenau) berichtete, dass in dieser Gegend die Arbeiter infolge der traurigen Zustände dem Anarchismus in die Arme getrieben werden.

Auch Bauern kämen schon zahlreich zu Versammlungen und seien seit zwei Jahren zehn Bildungs-

vereine, darunter einer für beide Geschlechter, gegründet worden.

Zum Punkte II der Tagesordnung: „Stand und Zweck der gewerkschaftlichen Organisation in Österreich“ referirte Höger.

Er erwähnte des Aufschwunges, den die Gewerkschaften genommen haben, so dass heute 300 Fachvereine mit 60.000 Mitgliedern in Österreich bestehen.

Die Ziele der Gewerkschaften sind folgende:

1. Regulirung der Arbeitszeit und Aufstellung eines Lohnminimums.
2. Bildung und Unterricht durch Herausgabe von Fachzeitungen, Broschüren und Flugschriften.
3. Gewährung eines unentgeltlichen Rechtsschutzes.
4. Unterstützung Arbeitsloser.
5. Unterstützung reisender Genossen.
6. Gründung eines Widerstandsfondes.
7. Arbeitsvermittlung.

Höger führte hierbei aus, die Entstehung eines fünften Standes müsse mit aller Macht hintertrieben und die Absonderung der bäuerlichen Arbeiter hintangehalten werden.

Die gewerkschaftliche Organisation sei nur der Anfang der großen Arbeit, die Vorstaatlichung der gesamten Arbeit überhaupt sei die Losung.

Wenn nur einmal die Massen in den Gewerkschaften zusammen seien, dann wird sich alles finden.

Burian (Prag) trat für die centrale Organisation der Gewerkschaften ein. Dagegen polemisirte Höger, es sei besser, das Interesse der Arbeiter für die Fachvereine in kleinen Kreisen wachzurufen. Auch die ländlichen Arbeiter und Dienstboten müssen in die Agitation einbezogen werden.

Höger appellirte an die Polen und sagte, dass sich dort sicherlich auch Männer finden würden, welche nicht dulden, „dass die Arbeiter von ein paar lumpigen Aristokraten sekirt werden“.

Er sprach die Erwartung aus, dass der anwesende Abgeordnete Pernerstorfer die Zustände Polens im Reichsrathe zur Sprache bringen werde.

Zum Schlusse sprach sich Höger gegen jede Productivassociation nach Schulze-Delitz'schen Muster aus, denn diese, von Arbeitern gegründet, wäre die ürgste Ausbeuterhöhle.

Zum Punkte III: „Mai-Bewegung“ referirte Rieger (Prag) über die Bedeutung dieser Feier als Demonstration für den Achtsturentag. Dieser sei noch lange nicht das Ziel der Arbeiter. Mit dem Fortschritt, welchen die Maschine macht, wird auch die Zeit kommen, wo noch weniger als acht Stunden Arbeit verlangt werden wird, bis endlich der Classenstaat ganz aufhören werde.

Rieger polemisirte gegen die deutschen Genossen, welche aus dem 3. Mai den 1. Mai machten und hiedurch der Bewegung sehr geschadet haben.

Sache des Brüsseler Congresses würde es sein, die Mai-Feier in einheitlicher Weise zu reguliren.

Das Capital rüste sich gegen die Feier, daher müssen die Arbeiter um so energischer sein, damit sie im kommenden Jahre vollständig organisirt diese Feier begehen könnten.

An der Debatte theiligten sich viele Redner. Die Reden klangen in Ausfällen gegen die deutschen Socialisten aus.

Zum IV. Punkte: „Über die Bewegung zur Erlangung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechtes“ sprach Hannich (Brünn) und betonte die großen Erfolge, die die Partei durch das Eintreten in den Wahlkampf errungen habe.

Steiner (Prag) sprach die Hoffnung aus, dass bei der in Aussicht stehenden Einführung des directen Wahlrechtes in den Landgemeinden die Socialdemokratie große Erfolge erringen werde.

Roscher (Reichenberg) verlangte die Einführung einer progressiven Einkommensteuer.

Dr. Adler richtete seine Angriffe gegen die Antisemiten und insbesondere gegen Dr. Lueger, der die Partei im Parlamente „k. k. Socialdemokraten“ genannt habe.

Hanser (Wien) sagte: Die Arbeiter wüssten ganz gut, dass der heutige Parlamentarismus zu Nichts taue — sie täuschten sich über seinen Nutzen nicht. — Ihnen solle jedoch kein Mittel zu schlecht sein, um ihre Ideen unter die große Menge des Volkes zu bringen.

Zum Punkte V: „Der Fortgang der sogenannten Socialreform in Österreich“ sprach Reumann (Wien). Die Socialdemokratie habe die Besitzenden gezwungen, die Socialreform in die Hand zu nehmen.

Um der gewerkschaftlichen Organisation entgegen zu treten, suche man die Genossenschaften zu favorisieren.

Die Gewerbebehörde lege die Gesetze willkürlich aus.

Reumann verlangte energisch die Vermehrung der Gewerbeinspectoren, welche, um ihren Einfluss zu erhöhen, juristisch und praktisch gebildet sein sollten. Ihre Rechte sollten erweitert und dieselben durch die Arbeiter gewählt werden.

Bei den Bergarbeitern seien zwar „Bruderladen“ eingeführt, doch werde hier nicht der ganze Betrag zur Unterstützung kranker und verunglückter Bergleute verwendet, sondern 50 Procent, während die anderen 50 Procent zur Erhaltung von Schulen und für kirchliche Zwecke erhalten müssen.

Auch die Unfallversicherung sei nicht ausreichend, da die Arbeiter die wenigsten Fälle zur Anzeige bringen, und hiedurch bewirken, dass selten Schutzvorrichtungen angebracht werden.

Die Arbeiter müssen aufgeklärt werden, dass selbst die kleinste Verstimmlung ihnen ein Recht auf die Unfallrente gibt.

Die registrierten Arbeiterhilfskassen, die Arbeitskammern und Arbeiterausschüsse seien unzulänglich und lägen die Vortheile nur auf Seiten der Arbeitgeber. Das einzig Gute an den Arbeiterkammern sei, dass die Arbeiterberathende Stimmen haben und Tagelder und Reiseunterstützungen erhalten sollen.

Die Einigungämter sollen die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer herstellen und jeden Strike, somit jede freie Bewegung der Arbeiter hemmen.

Der diesfalls vorgelegte Entwurf sei weder für gewerbliche, noch für ländliche Arbeiter, weder für Frauen, noch für Kinder; dieser Entwurf sollte überall besprochen und erklärt werden, damit ihn die Masse verstehen lerne.

Die Arbeiter müssen sich organisieren, da sich ihnen die Fabrikanten, welche sich coaliren, entgegenstellen.

Hierauf folgte eine längere Debatte über Socialreformen.

Diamant betonte, dass die Socialreformen in Galizien traurig aussehen.

Wenn in einem Bergwerke ein Arbeiter verunglücke, so werde sein Leichnam aus dem Bereiche des Bergwerks getragen, ohne dass constatirt worden wäre, wo er verunglückt sei und wohin er gehöre. Listen würden eben nicht geführt.

So entgehen häufig Bergwerksbesitzer den Ersatzansprüchen der Hinterbliebenen des Verunglückten.

Bei den Bezirkskrankenkassen werde für alle Krankheiten nur Eine Medicin verabreicht, und zwar sei dies jene, welche die Bourgeoisie zu sich nimmt, wenn sie viel gegessen habe.

Chwalla (Wien) sprach gegen das Gebaren der Staatsdruckerei und führte aus, dass die Arbeiter von den gegenwärtigen Reformen nichts zu erwarten haben.

Die Arbeiter müssen sich organisieren und durch eigene Kraft Einfluss auf das politische Leben erringen.

Das österreichische Unfallgesetz sei allerdings nach dem Muster des deutschen gemacht, doch alle jene Bestimmungen, welche den deutschen Arbeitern zum Vortheile gereichen, seien hier in das Gegentheil umgewandelt worden.

Im Namen der bäuerlichen Socialdemokratie sprach der Landwirt Johann Fuchs aus Retz, welcher sagte, dass die ländliche Bevölkerung durch die Dampfmaschine zugrunde gerichtet werde.

Die Socialdemokratie sei bestimmt, die Führerin der Menschen zu werden. Er hoffe, dass auch die ländliche Bevölkerung bald in den Kreis dieser Bewegung gezogen werde.

Bergarbeiter Stark aus Falkenau und Pospisil aus Kladno schilderten die Übelstände beim Bergbau und die mangelhafte Organisation der Wohlfahrtseinrichtungen und Bruderladen.

Zum Punkt VI: „Der Internationale Socialistencongress in Brüssel; nationaler und internationaler Arbeiterschutz“ referirte Dr. Adler:

Was bis jetzt als Socialreform ausgegeben wurde, könne die Lösung der socialen Frage nicht herbeiführen, selbst die vom Kaiser Wilhelm II. einberufene internationale Arbeiterschutzconferenz habe Nützliches nicht geschaffen.

Österreich habe ja schließlich doch noch einige bessere Gesetze als Frankreich und Deutschland, z. B. das Gesetz über die Beschränkung der Arbeitszeit der Frauen und Kinder. Leider würden aber diese Gesetze nicht richtig gehandhabt.

Betreff des Coalitionsrechtes sei ein enger Verband heute noch unmöglich; ein Weltstrike würde heute noch in Brüche gehen, dagegen sei ein internationales Zusammengehen nach Gewerkschaften von Fall zu Fall möglich und habe sich dies am deutlichsten beim Buchdruckerstrike gezeigt, wo tausende von Gulden aus dem Auslande hergesendet wurden.

Das beste Mittel zur Förderung der Solidarität und zur Erreichung der großen Ziele sei die Mai-Feier; für die einheitliche Regelung derselben müssten sich auch die österreichischen Delegirten zu Brüssel mit Energie einsetzen.

Redner kam noch auf den Militarismus zu sprechen und bezeichnete ihn als ein altes Erbstück der capitalistischen Productionsweise.

Zum Punkte VII der Tagesordnung: „Parteiorganisation und Parteipresse“ referirte Pokorny im Namen des zur Vorberathung dieses Punktes bereits am früheren Tage gewählten 24gliedrigen Comités und schlug die aus 10 Punkten bestehende Resolution vor, welche in ausführlicher Weise besagt, wer zur Partei gehöre und sich weiters über die bezirkweise Gruppierung in einzelne Redactions- und Agitationsoentralen, über die Schaffung von größeren Agitationsfonds durch reichliche Opfer der Parteigenossen, über das Einsammeln und Verrechnen dieser Beträge und endlich über die Grün-

dung von Parteiblättern ausspricht. Die Resolution wurde nach kurzer Debatte angenommen.

Hybes brachte nun das an das 24er Comité in Form eines Antrages eingelangte Schreiben der „böhmisch-nationalen Socialdemokratie“ zur Verlesung.

Der Inhalt desselben lautete:

„Wir gefertigten Vertreter der böhmisch-nationalen Socialdemokratie auf dem Congress der österreichischen socialdemokratischen Arbeiterpartei zu Wien den 28. und 29. Juni 1891 ersuchen, in Erwägung, dass die Prager Genossen der socialdemokratischen Arbeiterpartei unserer Ansicht nach den Absatz I der Hainfelder Principienerklärung bezüglich der Nationalität unrichtig auslegen, dass der heutige Congress nachfolgenden Zusatz und Ergänzung zu der Frage beschließt:

Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich ist wirtschaftlich international; sie verurtheilt die Nationalprivilegien gerade so, wie die des Eigenthums, der Geburt, der Abstammung, ebenso jedwede Unterdrückung einer Nationalität, und erklärt, dass der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muss, wie die Ausbeutung selbst.

Zugleich verlangen wir, dass die Organisation der socialdemokratischen Partei nach den Volksstämmen platzgreifen soll.“

Hybeß empfahl nun hiezu folgenden Antrag namens der 24er Commission:

„In Erwägung, dass unsere Prager Parteigenossen in keiner Weise gegen die Internationalität der Partei sich vergangen haben, dass hingegen die Antragsteller, insbesondere die Redaction der „Naše Obrana“, sich an den nationalen Streitigkeiten betheiligt und dem Hainfelder Programme entgegen gehandelt haben; in weiterer Erwägung, dass das Hainfelder Programm ohnehin in klarer Weise jede Unterdrückung einer Nationalität verurtheilt, beschließt der Parteitag:

I. Es liegt kein Anlass vor, unser Programm zu ändern, da es den wahrhaft internationalen Standpunkt vertritt;

II. die Zeitung „Naše Obrana“, welche sich national-socialdemokratisch nennt, wird als Parteiorgan nicht anerkannt.“

Diesem Antrage des Hybeß folgte eine wahre Redeschlacht, an der sich Hybeß, Schiller, Burian, Dedič und besonders von nationaler Seite Vrana betheiligte.

Vrana suchte den Standpunkt der Nationalpartei zu vertheidigen und begründete seine Auslassungen damit, dass darin, dass sich jeder zu seiner Partei bekennt, die größte Freiheit gelegen sei.

Die Čechen könnten sich nur wirtschaftlich anschließen, national müssen sie gesondert bleiben.

Dedič warf dieser Partei Juden- und Deutschenhetze vor und sagte, man müsse sie mit allen Mitteln niederkämpfen.

Hierauf vollzog sich der Exodus der Nationalen und wurde der Zusatzantrag des Hybeß angenommen.

Der noch weiters gestellte Antrag auf Gründung einer „deutsch-čechischen Frauenzeitung“ wurde der Localorganisation zugewiesen, worüber die anwesenden Frauen sehr enttäuscht waren, da eben derselbe Antrag bei der letzten Localorganisation an den Parteitag gewiesen wurde.

Nach mehreren Abschieds- und Dankesworten wurde unter Absingung des „Liedes der Arbeit“ der Parteitag nach viertägiger Dauer geschlossen.

Folgende Resolutionen wurden auf dem Parteitage zur Annahme empfohlen und auch angenommen:

I. Über die gewerkschaftliche Organisation.

„Der Parteitag der österreichischen Socialdemokratie vom Jahre 1891 erklärt, dass die Gewerkschaftsorganisation in Rücksicht auf die gegenwärtigen Productionsverhältnisse sowohl, wie auch in Hinsicht auf die politischen Verhältnisse den Arbeitern in Österreich zu empfehlen ist und empfiehlt daher den Parteigenossen allerorts, den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen sich anzuschließen und wo solche nicht vorhanden sind, sie ins Leben zu rufen.

Der Parteitag geht dabei von der Erwägung aus, dass die gewerkschaftliche Organisation einerseits erzieherisch und materiell bessernd zu wirken vermag, dass dieselbe, wenn sie im socialdemokratischen Sinne gehandhabt wird, auf das politische Leben vorzubereiten imstande ist. Doch erklärt der Parteitag ausdrücklich, dass durch die Gewerkschaftsorganisation die socialdemokratische Bewegung in keiner Weise hintangesetzt werden darf.

Die Gewerkschaften sollen sich über ganze Kronländer, womöglich über das ganze Reich erstrecken, wo das nicht angeht, sind locale Gewerkschaften zu gründen.

Alle diese Gewerkschaften haben die Verpflichtung die Bildung eines das ganze Reich umspannenden Verbandes anzustreben. So lange aber ein solcher Verband nicht gestattet wird, sollen von Zeit zu Zeit auf Delegirtentagen die allen Gewerkschaften gemeinsamen Angelegenheiten berathen werden.

Jede Gewerkschaft muss die Unterstützung der Arbeitslosen, sowohl am Orte, wie auf der Reise, die Ansammlung eines Widerstandsfonds in irgend einer Form, die Arbeitsvermittlung, sowie die Gewährung von Rechtsschutz in ihr Statut aufnehmen. Die einzelnen Gewerkschaften haben alle Angehörigen eines Industriezweiges, also auch die nicht qualifcirtten Arbeiter und die in dem betreffenden Productionszweige beschäftigten Frauenspersonen einzubeziehen. Die Genossen haben die Verpflichtung, ihr ganz besonderes Augenmerk auf die bisher indifferenten Arbeiter zu verwenden, um dieselben für die Gewerkschaftsorganisation und somit für die Arbeiterbewegung überhaupt zu gewinnen.

Die in den einzelnen Ländern und Reichen bestehenden Gewerkschaften haben unter sich Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen, damit den Mitgliedern, die an einem Orte des In- oder Auslandes erworbenen Rechte auch an anderen Orten, wo sich eine Gewerkschaft der betreffenden Branche befindet, gewahrt bleiben.

Vor allem werden die Gewerkschaften die Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben haben, denn diese ist das einzige Mittel, um die noch vorhandene physische Kraft des arbeitenden Volkes zu erhalten. Da die Gewerkschaftsvereine eine klare Einsicht in die Lage des Arbeitsmarktes haben müssen, so ist eine umfassende Lohnstatistik und eine Statistik der Arbeitslosen nothwendig.

Eine auf vernünftige Grundlage gestellte Gewerkschaftsorganisation wird den Strike in sehr vielen Fällen von vorneherein überflüssig machen, weil die Arbeitgeber einer geschlossenen Organisation gegenüber eher zur Verhandlung und zur Nachgiebigkeit geneigt sein werden; wo aber der Strike unvermeidlich erscheint, sollte er nie ohne vorgängiges Einvernehmen

und Zustimmung der Centralstelle der Organisation oder, so lange eine solche fehlt, der nächstliegenden localen Gewerkschaften unternommen werden. Arbeitseinstellungen, die ohne solche Zustimmung unternommen werden, ist die Unterstützung zu versagen.

Die von den oder durch die Gewerkschaften begründeten Zeitungen sind sobald als möglich obligatorisch für die Mitglieder der betreffenden Gewerkschaften einzuführen, da die facultative Abnahme den Bestand der Blätter häufig in Frage stellt.

Diese Grundzüge einer modernen Gewerkschaftsbewegung empfiehlt der Parteitag der österreichisch-ländischen Socialdemokratie 1891 den Genossen bei Durchführung des Beschlusses: allenthalben in Österreich Gewerkschaftsvereine zu gründen.“

II. Über die Mai-Feier.

„An der Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe wird festgehalten und kann dieser Beschluss nur durch einen Parteitag abgeändert werden. Die Delegirten zum Brüsseler Congress werden beauftragt, dort für eine einheitliche Gestaltung der Mai-Feier einzutreten.“

III. Über die sociale Reform.

„In Erwägung, dass auch die neueren Versuche auf dem Gebiete der „Socialreform“ in Österreich den Geist der Halbheit und Unaufrichtigkeit athmen;

in fornerer Erwägung, dass der geringe Wert dieser Gesetze und Gesetzentwürfe durch den Charakter, welchen sie in den Händen der Ausführungsbehörden, sowie durch die lässige und verkehrte Art ihrer Durchführung annehmen, fast auf ein Nichts reducirt wird,

dass insbesondere die Vorschläge zur zwangsweisen Organisation der Arbeiter, und zwar ebenso der von der Regierung eingebrachte Entwurf für Arbeiterausschlüsse, Genossenschaften und Einigungsämter für Großindustrie und Bergbau, sowie die liberalerseits geplanten Arbeiterkammern, sowie im Aufbau als in der Kompetenz engherzig und ängstlich, nur die Furcht verrathen, den Ausbeuterinteressen nahe zu treten,

in endlicher Erwägung, dass neben der auf dem internationalen Pariser und zahlreichen nationalen Congressen geforderten Arbeiterschutzgesetzgebung nur durch eine unbeschränkte und von der Wohlmeinung der Regierung unabhängige Coalitionsfreiheit eine wesentliche Besserung in der Lage der arbeitenden Classe herbeigeführt werden kann, protestirt der Parteitag der österreichischen Socialdemokratie entschieden gegen die ungerechtfertigte, weit unbegründete Aufhebung derjenigen Bestimmungen des Vereinsgesetzes vom Jahre 1867, welche die Bildung freier, selbstverwalteter Arbeitervereine gewährleisten, und protestirt weiter, dass zu Gunsten von Zwangsinstituten, für deren Dotirung — wenn schon solche Zwangskassen bestehen müssen — einzig und allein der Staat, niemals aber das ohnehin am meisten ausgebeutete österreichische Proletariat aufzukommen verpflichtet ist; der Parteitag der österreichischen Socialdemokratie fordert neuerdings und eindringlich die endliche Gewährung wahrer Coalitionsfreiheit, wodurch erst die Gleichheit der Bedingungen für Arbeiter und Unternehmer im wirtschaftlichen Kampfe der Gegenwart angebahnt wird. Er fordert aber gleichzeitig die österreichischen Genossen auf, die der

Gesetzgebung bereits abgerungenen und etwa noch zu erringenden Concessionen, wie geringfügig dieselben auch sein mögen, voll und ganz im Interesse der arbeitenden Classen auszunützen.“

Zusatzantrag Hanser.

Im weiteren beschließt der Parteitag:

„Im Hinblick auf die höchst mangelhafte und unvollständige Organisation der staatlichen Gewerbeinspection, von deren Wirksamkeit Leben und Gesundheit arbeitender Frauen, Männer und Kinder abhängt, fordert der Parteitag, wenn die Socialreform in Österreich keine Phrase sein soll, eine gründliche Umgestaltung dieser Institution im Sinne des Referenten, welche dahin lautet, dass

1. die Zahl der Gewerbeinspectoren den Bedürfnissen entsprechend vermehrt werde, und
2. nicht bloß theoretisch gebildete, sondern praktisch erfahrene Männer und Frauen aus dem Arbeiterstande selbst auf Kosten des Staates zur Gewerbeinspection zugezogen werden.“

Antrag Resel und Genossen.

Dem allgemeinen Verlangen der Arbeiterbevölkerung Rechnung tragend, fordert der Parteitag:

- „1. Aufhebung sämtlicher Werks- und Betriebs-Altersversorgungskassen und Einführung der Altersversorgung durch den Staat, unter Aufsicht und Verwaltung der Versicherten.
2. Ausdehnung des gesammten Arbeiterschutzes auf die Arbeiter im Kleingewerbe, Bergbau, in der Hausindustrie und Landwirtschaft.“

IV. Über Parteiorganisation.

Der Parteitag erklärt:

„1. Zur Partei gehörig ist jede Person, welche sich zu den Grundsätzen des Hainfelder Programms bekennt.

2. Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor allem durch Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der socialdemokratischen Principien wirken und durch Discussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

3. Der Parteitag beauftragt mit der Einberufung des nächsten Parteitages wieder sämtliche Redactionen der Parteiblätter, mit den Vorarbeiten zu diesem aber die Redaction der „Arbeiter-Zeitung“ in Wien.

4. Die Redactionen der Parteiblätter sollen bei der Wahl ihrer Berichterstatter nur solche Personen berücksichtigen, welche ihnen von den Genossen im Orte als besonders vertrauenswürdig bezeichnet wurden.

5. Die Parteigenossen eines Ortes haben sich in allen Parteiangelegenheiten, wie: Förderung der Unterstützung der Agitation u. s. w. an die Redaction jenes Parteiblattes zu wenden, in deren Verbreitungsgebiet der betreffende Ort liegt, u. zw.: Wien und Nieder-Österreich u. s. w. an die „Arbeiter-Zeitung“, Wien; deutsches Mähren und Schlosien u. s. w. „Volksfreund“, Brünn; slavisches Mähren u. s. w. „Rovnost“, Brünn; Deutsch-Böhmen „Freigeist“, Reichenberg; slav. Böhmen „Socialni demokrat“, Prag; Alpenländer „Arbeiterwille“, Graz; ital. Gen. „Avanti!“, Triest;

polnische Genossen „Praca“, Lemberg; slavische Genossen in Wien „Dělnické Listy“.

6. Die Genossen werden aufgefordert, eifrigst zu wirken für womöglich wöchentliche Einzahlungen an den Agitationsfond des Blattes, in dessen Verbreitungsbezirke sie sich befinden, und ist von den eingelaufenen Beträgen für die allgemeinen Parteiauslagen die Hälfte an den Agitationsfond der „Arbeiter-Zeitung“ respective der „Rovnost“ in Brunn abzuführen. Im Falle eine der Redactionen außer Stande ist, diesem nachzukommen, soll sie dies durch Rechnungslegung über die Verwendung der Agitationsgelder nachweisen.

7. Die Genossen an dem Orte des Erscheinens eines Blattes haben das Recht, die Controle über die Verwendung der Agitationsgelder auszuüben und ebenso obliegt ihnen die principielle Haltung und finanzielle Gebarung desselben zu überwachen.

8. Um zu ermöglichen, dass dem nächsten Parteitage ein ausführlicher Bericht über den Stand der socialdemokratischen Bewegung erstattet werden könne, haben die Redactionen vierteljährig Berichte hierüber an die „Arbeiter-Zeitung“ in Wien einzusenden.

9. Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Classenbewusstsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, dass fremde, nicht-parteiigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, dass sie Gegenstand der Privatspeculation werde.

10. Gründungen von Parteiblättern sollen nur dann erfolgen, wenn ein nachweisbares Bedürfnis hierfür vorhanden ist und ihr Bestand gesichert erscheint, und wenn vor allem die nothwendigen, geistigen, technischen und administrativen Kräfte vorhanden sind. Blätter, die gegründet werden ohne Zustimmung des Parteitages oder einer Landesversammlung haben solange von der Partei nicht unterstützt zu werden, bis sie von einem Parteitage oder einer Landesversammlung anerkannt worden.“

Die Socialdemokratie Deutschlands war auf dem Congress nicht vertreten. Auer war zwar vom Parteivorstande hiezu delegirt worden, aber „durch eine Reihe von Hindernissen“ (durch sein Verschulden veranlasst), im letzten Momente von der Reise abgehalten worden, was er in einem Schreiben dem Parteitage zur Kenntnis gebracht hat.

Zuschriften waren eingelangt aus:

London: Friedrich Engels, National-Union der Gasarbeiter in Großbritannien und Irland;

Paris: Nationalrath der französischen Arbeiterpartei, Communistischer Arbeiterleseclub, Socialdemokratischer Leseclub;

Adrianopol: Josef Rönisch, Ingenieur;

Mailand: Philipp Turati;

Stockholm: Branting;

Bern: Redacteur des schweizerischen Socialdemokrat;

Winterthur: Die deutschen Socialisten;

Bukarest: Die Bukarester deutschen Socialdemokraten;

Kopenhagen: Die Redaction des „Arbejderen“;

Haag: Domela Nieuwenhuis;

Berlin: Die österreichischen Genossen in Berlin, die polnischen Socialisten in Berlin, August Bebel;

München: Die dortigen Socialisten;

Cöln: Die österreichischen Parteigenossen in Cöln, Düsseldorf, Elberfeld und Crefeld;

Halle: Die Halle'schen Genossen;

Stuttgart: Karl Kautzky;

Velten-Markt: Frau Ihrer, Redaction der „Arbeiterinnen-Zeitung“.

Im ganzen und großen hat der Congress nichts Neues gebracht, nachdem bei den einzelnen Programmpunkten der Grundgedanke zu den Principien des Hainfelder Parteitages durchwegs festgehalten wurde.

Ein agitatorischer Erfolg kann aus dem Parteitag auch nicht abgeleitet werden.

Es ist vielmehr ein Riss zutage getreten, den die Parteileitung schon längere Zeit gefürchtet und welchen Dr. Adler und Genossen gerne maskirt hätten, wenn es nur irgendwie möglich gewesen wäre.

In dem Parteiorgan „Arbeiter-Zeitung“ wurde der Riss zwar auch dann noch hinweggeleugnet, als er schon in weiten Umrissen bemerkbar geworden war, es wurde daher auch hier die Taktik der deutschen Parteileitung befolgt, welche im vorigen Jahre die eingetretene Spaltung in der Partei ebenso gelügnel hat.

Es ist Thatsache, dass sich zwischen den socialdemokratischen Cechen internationaler und jener der nationalen Richtung ganz offen eine Divergenz ergeben hat, welche gleich anfangs bei den Sitzungen dadurch wahrnehmbar wurde, dass die anwesenden Deutschen auf das lebhafteste und unter allerlei spöttischen Zwischenrufen gegen die čechisch-nationale Partei Stellung genommen hatten.

Die schroffe Zurückweisung der von dem Delegirten Wenzel Vrana und Genossen gestellten Forderung auf Accentuirung der nationalen Eigenthümlichkeiten und der Hinweis auf den internationalen Charakter der Socialdemokratie haben auf die Stimmung Einfluss gehabt und den Exodus der 30 Delegirten beschleunigt.

Die Bemühungen der Parteileitung, die kleine Gruppe, welche den nationalen Accent im Programme wissen wollte, hinzuhalten, blieben vergeblich. Man wollte um jeden Preis eine sichtbare Spaltung vor dem officiellen Ende des Congresses verhüten, um nicht noch eine andere tiefer geltende Spaltung an die Öffentlichkeit zu bringen.

Diese Spaltung in der Partei, welche seit mehr als Jahresfrist besteht und bisher bemäntelt wurde, hat sich auch noch in einer anderen Richtung gezeigt.

Es ist nämlich unter den Socialdemokraten Österreichs eine Gruppe hervorgetreten, welche im Gegensatz zu der die Unzufriedenheit mit den behördlichen Bestrebungen zur Regelung der Arbeiterverhältnisse stets anregenden Parteiführerschaft mit einer gewissen Befriedigung die gleichzeitigen Bestrebungen der Regierung und des Parlaments, socialreformativ zu Gunsten der Arbeiterschaft zu wirken, wahrnimmt. Es ging dies deutlich aus der Äußerung des Delegirten Czerny hervor, welcher meinte, er acceptire die von der Regierung und dem Parlamente angestrebten Reformen auf socialem Gebiete.

Es war eigentlich nur die Parteileitung mit den Ergebnissen des Parteitages zufriedengestellt, wenigstens that sie so. Größer war die Zahl der Unzufriedenen. Insbesondere waren die Delegirten aus den Provinzen von dem Ergebnisse des Parteitages nicht befriedigt. Vor allem hatte der Congress viel Geld gekostet und dabei standen die Dinge noch so, wie vor dem Parteitage, da die eigentlichen Gegensätze nicht im geringsten ausgeglichen worden sind.

Vielen der Beteiligten drängte sich das Gefühl auf, dass Dr. Adler nicht auf dem rechten Wege sei und für seine Person sogar einzelne deutsch-nationale Anwendungen habe; doch gab es auf dem Parteitage keinen unter ihnen, welcher das Verständnis und den Muth gehabt hätte, dem Dr. Adler offen entgegenzutreten.

Mit Rücksicht auf die Tagesordnung brachten auch die Ausführungen der einzelnen Redner keine besonderen Momente zum Ausdrucke.

Richtig waren die von Höger und Reumann gegebenen Daten über das progressive Anwachsen der Zahl der Parteiblätter, welche sich seit dem Parteitage in Hainfeld von 11 auf 41 erhöht haben, über die Auflage derselben und Abonnenten, welche letztere von 21.500 auf 127.850 gestiegen sind, weiters die Bekenntnisse Högers, dass die gewerkschaftliche Organisation, dank den Bestimmungen der Gewerbeordnung, so vorgeschritten sei, dass sie das Emporwachsen der Partei in intensivster Weise fördern und dass die Parteileitung in Deutschland sowohl als in Österreich in der Ausbildung der gewerkschaftlichen Organisation den sichersten Stützpunkt für die socialdemokratische Propaganda finde.

Höger hob rühmend hervor, dass die gewerkschaftlichen Bestimmungen es ermöglicht haben, dass die Agitation bis in die entferntesten Industrieorte getragen wird, so dass heute in Österreich mehr als 300 Fachvereine mit 60.000 Mitgliedern bestehen.

Was die Näherin Adelh. Dvoržak und die Vorsteherin des Arbeiterinnenbildungsvereines Frau Salomon vorgebracht haben und darin gipfelte, dass die Frauen zu der Verwaltung zugezogen werden, in der Genossenschaftskrankenkasse vertreten sein, dass die Männer auch die Organisation der Frauen in die Hand nehmen sollen und endlich, dass sich die Frauen ganz in die Arme der Socialdemokratie werfen mögen, da sie wüssten, dass sie von der Frauenbewegung der Bourgeoisie nichts zu erwarten hätten, hatte nicht begeistert.

Es fehlt in Österreich zum Glücke eine Führerin mit der Bildung und Energie, wie sie der Frau Ihrer in Berlin eigen ist; es fehlt aber auch eine Führerin mit dem Fanatismus der Louise Michel in Paris.

Daher kommt es, dass die Fortschritte des Arbeiterinnenbildungsvereines in Wien, trotz längerem Bestandes, ein höheres Niveau noch nicht erreicht hatten.

Bezüglich der Feier des 1. Mai wurde ein wichtiger Beschluss gefasst. Die verschiedenartige Haltung der ungarischen und der deutschen Socialdemokratie bezüglich dieser Feier, im Gegensatz zur Haltung der hiesigen Socialdemokratie, scheint eine Ernüchterung ebenfalls hervorgebracht zu haben.

Der Umstand, dass der 1. Mai des Jahres 1892 auf einen Sonntag fällt, ließ bei den hiesigen Parteiführern die Besorgnis wach werden, dass das Interesse für diese Feier vollständig erlahmen werde, umso mehr als ja der 1. Mai des Jahres 1893 auf einen Montag fällt, wodurch die Arbeitseinstellung an zwei aufeinanderfolgenden Tagen (Sonntag und Montag) werde erfolgen müssen. Ohne Zweifel wird dieser Umstand zur Folge haben, dass die Arbeiter einer geschlossenen Phalanx der Arbeitsgeber entgegenstehen werden.

Dr. Adler, welcher zähe an der Mai-Feier festhält, hat auch in der Hoffnung, dass die gegen die Feier gerichteten Bestrebungen der Deutschen und Ungarn majorisirt werden, den Beschluss provocirt, dass die Regelung der einheitlichen Feier des 1. Mai dem internationalen Congress zu Brüssel überlassen werde.

Mit dem Ergebnis des Parteitages beschäftigte sich die Sitzung des Localorganisationscomités in Wien am 8. Juli 1891. Einstimmig wurde dem Reichsrathsabgeordneten Pernerstorfer, welcher den Sitzungen des Parteitages vom Beginne bis zum Ende beigewohnt hat, der Dank ausgesprochen. Es wurden aber auch viele Stimmen laut, welche unverholen ihre Unzufriedenheit mit dem Ergebnisse des Parteitages zum Ausdruck brachten und namentlich gegen einzelne Parteiführer offen auftraten.

Die Vorwürfe gingen dahin, dass in ökonomischer Beziehung schlecht gewirtschaftet wurde, weil der Parteitag ein Deficit von 750 fl. für die Partei ergeben hatte, dass mit den Gastkarten eine Protectionswirtschaft getrieben wurde, dass der Punkt der Tagesordnung „Organisation und Presse“ erst gegen Schluss des Parteitages förmlich durchgepeitscht wurde und dass die Frage der Gründung einer „Frauen-Zeitung“ wieder zurückgewiesen wurde. Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 3. Juli 1891 aber schrieb:

„Unser Parteitag zu Wien ist vorüber und sagen wir es uns gleich: die Socialdemokratie Österreichs kann zufrieden sein.“

Das Gesamtbild ist ein höchst günstiges. Während in Hainfeld erst Principien aufgestellt wurden, konnten wir in Wien constatiren, dass diese Organisation lebe, wachse, gedeihe, dass die Principien des Programmes, welche in Hainfeld beschlossen wurden, nicht todter Buchstabe geblieben, sondern, dass ihr Geist auch Fleisch geworden.“

In der Arbeiterpartei gilt der Grundsatz: Parteitage und Congresses können nicht sowohl leisten, sondern müssen vielmehr aufzeigen was geleistet wurde; sie sind nicht die Triebkraft, sondern der Manometer der Partei. Darauf dürfte die folgende Reihe von Congressen zurückzuführen sein.

Am 8. und 9. März 1891 versammelten sich die Delegirten zum ersten österreichisch-ungarischen Bürsten- und Pinselmachertag in Wien, VII., Neubaugasse Nr. 5, im Restaurant „zur Glocke“.

Zu demselben waren 6 Delegirte aus der Provinz und 11 Delegirte aus Wien, ferner je 1 Delegirter aus München und Hannover erschienen, welche über folgende Tagesordnung beriethen:

1. Organisirung der Bürsten- und Pinselarbeiter;
2. Unterstützungswesen;
3. Arbeitszeit;
4. Fachpresse;
5. Lohnstatistik;
6. Freie Anträge.

Zu den Punkten 3 bis inclusive 5 wurden diesbezügliche Resolutionen eingebracht und nach kurzer Debatte angenommen.

Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterpartei wurde der Congress vom Vorsitzenden Spazier am 9. März geschlossen.

Mitte Mai 1891 sollte in Prag ein Congress der slavischen Studenten stattfinden, bei welchem auch die sociale Frage erörtert werden sollte.

Die Abhaltung dieses Congresses wurde mit Rücksicht auf dessen unverkennbar panslavistischen Charakter allerdings verboten, dieses Verbot jedoch dadurch umgangen, dass die gelegentlich der Fahnenweihe des Vereines „Slavia“ nach Prag gekommenen slavischen Studenten, nach den verschiedenen Nationalitäten getrennt, vertrauliche Besprechungen abhielten und hierauf je 3, beziehungsweise 2 (zusammen 20) Delegirte

wählten, welche in einer gemeinsamen Sitzung mehrere Resolutionen beschlossen.

In socialökonomischer Hinsicht erklärte der Congress vorläufig kein allgemeines Princip für die Zukunft aufzustellen und erkannte für die Gegenwart als wünschenswert bezüglich der Arbeiterschaft an:

- a) Herabsetzung der gegenwärtigen Maximalarbeitszeit;
- b) Festsetzung des Minimallohnes;
- c) Abschaffung der Frauenarbeit überhaupt und speciell der schweren Arbeit; Verbot der Kinderarbeit;
- d) Arbeitszwangsgenossenschaften mit Staatshilfe behufs Festsetzung des Lohnes und des Verhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter.

Aus den nicht zum gemeinsamen Beschlusse erhobenen Parteien sei der communistischen Lehren entsprechende Passus in der Resolution der polnischen Section hervorgehoben, in welchem als einzig möglicher Ausgangspunkt politischer und socialer Reformen die wissenschaftliche Kritik des auf die Ausbeutung der Gesellschaftsclassen beruhenden capitalistischen Systems bezeichnet wird, welche Kritik auf die Nothwendigkeit der Abschaffung aller Formen der Ausbeutung durch Einführung des collectivistischen Systems hinweisen soll.

Der wichtigste Factor dieser Änderung des socialen Systems sei das seiner Rechte bewusste und als Partei organisirte Proletariat.

In den Tagen vom 17. bis 19. Mai 1891 fand der von Widiz und Kidalka einberufene erste österreichisch-ungarische Töpferitag in Wien statt, zu welchem je 3 Delegirte aus Böhmen, Mähren und Niederösterreich, 2 Delegirte aus Ungarn und je 1 Delegirter aus Oberösterreich, Steiermark und Kärnten erschienen waren. Die Tagesordnung enthielt vier Punkte:

1. Situationsbericht;
2. Organisation und Wanderunterstützung;
3. Fachpresse;
4. Anträge und Interpellationen.

Als Ziel der Fachorganisation wurde angeführt, einen einheitlichen aber local gegliederten Verband aller Arbeiter des Hafnerfaches zu schaffen, der sich über das ganze Land erstrecken und durch Zusammenfassen der Einzelnen, Ohnmächtigen, eine zielbewusste Macht schaffen soll.

Als wesentliches Mittel zur Förderung der Organisation wurde die Fachpresse erklärt und ausgesprochen, dass das Fachblatt, um den Zweck zu erreichen für alle Mitglieder der Organisation obligatorisch sein müsse.

Zwei auf die Fachorganisation und die Fachpresse hinzielende Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Von größerer Bedeutung waren die beiden folgenden Congresses, nämlich der der Bauarbeiter und der Schneider.

Der erste österreichische Bauarbeitercongress wurde in Wien am 28. und 29. Juni 1891 abgehalten. Wien hatte zu diesem Congress 15 Delegirte, die Städte Prag, Graz und Linz hatten je zwei Delegirte, dann die Organisationsorte Teplitz, Reichenberg, Innsbruck und Bozen, sowie Villach und Klagenfurt, weiter Penzing, Baumgarten und St. Veit je einen Delegirten entsendet.

Die Tagesordnung brachte ausser den üblichen vier Punkten: Situationsbericht, Organisation, Fachpresse und Anträge noch einen 5. Punkt: Wirtschaftliche Reformen.

Auch auf diesem Congress wurde die Presse als die vorzüglichste Waffe erklärt und die „Österreichische Bauarbeiter-Zeitung“ als obligatorisch für die Bauarbeiter erklärt. Als beste Form der Organisation wurde für die Zukunft, weil jetzt noch nicht erreichbar, ein einziger, ganz Österreich umfassender Verband mit Zweigvereinen in jedem Kronlande erklärt.

Nachdem der Referent zum 3. Punkte der Tagesordnung „Wirtschaftliche Reformen“ ausgeblieben war, ergriff Genosse Mauthner aus Graz das Wort, sprach wenig über Arbeiterschutz, desto mehr über die Mai-Feier, kam endlich wieder auf den sehr wichtigen Punkt der Tagesordnung zurück, ohne aber Wesentliches noch anzuführen. Die Resolutionen des Bauarbeitertages unterschieden sich wenig von denen auf den Congressen der übrigen Branchen.

Am besten besucht war der II. österreichisch-ungarische Schneideritag in Wien am 16., 17. und 18. August 1891 im Restaurant „zu den drei Engeln“. Über den Tisch des Präsidiums leuchtete in rothen Lettern der Marx'sche Spruch: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ mit dem Bilde des Autors dieses Spruches. Dem Präsidentensitze gegenüber, am anderen Ende des Saales, erhob sich auf einem Postamente die Büste Ferdinand Lassalle's.

Nicht weniger als drei Präsidenten übernahmen den Vorsitz: Smitka (Wien) für die deutsche Sprache, Schar (Prossnitz) für die böhmische Sprache und Gion (Budapest) für die ungarische Sprache.

Die Präsenzliste ergab die Beschiebung des Congresses durch 106 Delegirte, davon 4 aus Deutschland, 13 aus Ungarn, 32 aus Wien und der Rest aus den Kronländern.

Der Congress legte das Hauptgewicht auf die Organisation und Agitation, auf die Fachpresse und auf einen wirksamen Arbeiterschutz.

Ebenfalls am 15. und 16. August tagte im Saale des Hôtels Ischl in Fünfhaus der Erste österreichisch-ungarische Congress der Feilenhauer und deren Mitarbeiter.

Von den circa 1500 österreichisch-ungarischen Feilenhauern waren 1100 durch Delegirte vertreten. Zu den gewöhnlichen Punkten der Tagesordnung für derlei Congresses nahm der Congress der Feilenhauer noch einen Punkt: „Coalitionsrecht“ dazu.

Er erklärte den Strike als im Princip berechtigt, verschloss sich aber keineswegs der Erkenntnis der Gefahren, welche die wahllose und unüberlegte Anwendung dieses Kampfmittels mit sich bringt.

Die Branche der Müllergehilfen, welche bisher noch ziemlich abseits von der socialistischen Bewegung gestanden ist, hat gleichfalls am 15. und 16. August 1891 in Karolinenthal bei Prag einen Congress abgehalten. Auf diesem Congress wurde nur Eine Resolution vorgeschlagen und angenommen, welche die Fachorganisation zum Gegenstande hatte und in der Einleitung enthielt:

„Wir erkennen, dass der Grund unserer unglückseligen, materiellen und geistigen Lage die Unzulänglichkeit unserer Organisation ist und dass, wenn wir uns aus unserer bisherigen Lage befreien sollen, es unumgänglich nöthig ist, dass wir eine einheitliche feste Organisation einführen, welche unseren Forderungen entsprechen würde.“

Am Samstag den 15. August 1891 fand auch im kleineren Saale des „Besedni dum“ in Brünn ein böhmischer Studententag statt.

Es wurde eine Resolution angenommen, dahin lautend, dass die tschechische Studentenschaft die Bestrebungen der Arbeiter um die wirtschaftliche und politische Emancipation anerkennt und dem Bureau wurde aufgetragen, mit den vorgeschrittenen Arbeitern in Fühlung zu treten.

Der II. österreichische Tischlergehilfencongress wurde in Prag im Schützeninsel-Saale am 6., 7. und 8. September 1891, gleichfalls auf geladene Gäste beschränkt, abgehalten. Es waren etwa 130 ordentlich legitimirte, darunter 30 fremde, socialistische Gehilfen vertreten.

Die hierbei gefassten Resolutionen betrafen die achtstündige Arbeitszeit, die Presse, die Feier des 1. Mai, das Coalitionsrecht und die Stellungnahme gegen die Genossenschaften.

Der böhmisch-mährisch-schlesische Schuhmachertag tagte am 27. und 28. September 1891 in Prag.

Derselbe wurde von Fachcollegen in Lemberg und Krakau, welche sich erst zu organisiren beginnen, dann aber auch von ungarischen und Wiener Schuhmachern beschiedt. Julius Popp aus Wien erklärte auf demselben, dass der zuletzt in Wien stattgefundene Schuhmachertag den Zweck hatte, die zerstreuten Schuhmacher einmal zusammenzuführen und deren zersplitterte Fachorganisation zusammen zu fügen. Leider sei dies nicht ganz nach Wunsch gelungen, weshalb der Beschluss gefasst wurde, für Böhmen, Mähren und Schlesien einen Schuhmachertag einzuberufen.

Die meisten Redner auf diesem Congresse sprachen zum Capitel: „Situationsbericht“ und gaben übereinstimmend an, dass die unbeschreiblich missliche Lage die Organisation wohl sehr erschwere, dass diese aber trotzdem ausgebaut werde und dass Nichts imstande sei die Gehilfen der Schuhmacherbranche von ihrer Bahn zum Weichen zu bringen.

Am 18. October 1891 wurde der zweite Delegirtentag der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs in Nusle bei Prag von den Einberufern Wagner und Knorr eröffnet. Die Tagesordnung hatte folgende Punkte:

1. Die Lage der Berg- und Hüttenarbeiter im Jahre 1891;
2. das Bruderladewesen;
3. Die Fachorganisation;
4. der Achtstundentag;
5. die Mai-Manifestation und
6. Bericht der Redaction und Administration des Fachblattes.

Die Referenten Knorr und Wagner gaben in durchaus übertriebener Weise ihre Berichte über die Situation ab.

Bezüglich der bevorstehenden Durchführung des Bruderladengesetzes forderte der Delegirtentag auf, die Aunahme der über Beschluss des vorjährigen Congresses herausgegebenen und von diesem Delegirtentag genehmigten und theilweise veränderten Musterstatuten durchzusetzen.

Die Organisation der Berg- und Hüttenarbeiter hat seit dem vorjährigen Congresse thatsächlich große Fortschritte gemacht, so wurden beispielsweise vom Monate Juli bis October im ganzen 11 Fachvereine in dieser Branche gegründet; nichtsdestoweniger ist die Gliederung der Bergarbeiter heute noch so gut wie nicht vorhanden, sie ist aber im Entstehen und wird mit Rücksicht auf das

bisherige Zurückbleiben dieser Branche von der allgemeinen Organisation in der intensivsten Weise angestrebt.

Von nun an soll alle Vierteljahre eine Provinzconferenz der Vertrauensmänner tagen, jedes Jahr aber soll eine Reichsconferenz zusammentreten.

Von besonderer Wichtigkeit ist die auf diesem Congresse gefasste Resolution, welche aus dem Grunde ihrem vollen Inhalte nach angeführt wird:

„Der Delegirtencongress protestirt gegen die einseitige Amtshandlung der Bergbehörden, welche die Ahndung der Arbeiter zur Folge hat, für die Sicherheit in Schächten aber wenig oder gar nicht wirkt.

Die Accordarbeit ist eine Mordarbeit und wird erst mit der Beseitigung der capitalistischen Produktionsweise vollständig verschwinden. Die Berg- und Hüttenarbeiter müssen trachten, die Accordarbeit zu beseitigen und ihrem sowohl für den Geist als auch für den Körper verderblichen Einfluss durch schwache Production möglichst entgegen zu wirken.

Eine schreiende Ungerechtigkeit ist die Ungleichheit, mit welcher die Tagesarbeitszeit der Bergarbeiter sogar mit bis 12 Stunden festgesetzt wird, während die weniger anstrengende und gefährliche Beschäftigung der Fabrikarbeiter auf 11 Stunden beschränkt ist. Aber auch diesen Bestimmungen zum Spotte lassen die Gewerkschaften arbeiten wo und wie es denselben beliebt.

Die lange Arbeitszeit erniedrigt den Arbeiter bis zum Thiere, zerstört seine Familienverhältnisse und seine Gesundheit, drückt den Lohn herab, während 10.000 Arbeitsuchende umherirren.

In erster Reihe unserer menschlichen Existenz müssen wir uns vor allem bemühen, die achtstündige Arbeitszeit zu erlangen. Nebstdem verlangen wir, dass die Sonntagsruhe mindestens mit 32 Stunden bemessen und gesetzlich bestimmt werde, dass ein Mann binnen 4 Wochen bloß 6 Nachttouren arbeiten dürfe.

Die Arbeiterschutzgesetze haben solange nur einen geringfügigen Wert oder sind ganz wertlos, solange die zur Wahrung derselben bestimmten, von der Arbeiterschaft frei gewählten, mit den nöthigen Strafbefugnissen ausgestatteten und vom Staate erhaltenen Delegaten, welche während ihrer Amtsperiode aus der Arbeit nicht entlassen werden dürften, nicht systemisirt sind. Wir fordern daher die Einführung solcher Delegaten.

Der 1. Mai bleibt auch fernerhin ein allgemeiner Ruhetag und werden die Bergarbeiter wiederholt aufgefordert, an den öffentlichen Aufzügen, welche mit der Arbeitersache nichts Gemeinschaftliches haben, nicht theilzunehmen.

Der II. österreichische Berg- und Hüttenarbeitercongress in Prag beschließt ferner Folgendes:

In Erwägung, dass die Entlassung aus der Arbeit und allerlei Protection bei den Unternehmern beliebte Mittel sind, die Arbeiter bei ungünstigen Verhältnissen zum Strike zu zwingen, um dadurch deren Organisation zu schwächen und zu verderben, und so die weiteren Vortheile bei den Bruderladen etc. zu vernichten, warnt der Delegirtencongress die Arbeiter vor diesen Anschlägen und vor diesen erfolglosen Localkämpfen, wenn diese auch auf ganze Provinzen verbreitete Strikes wären. Einen Strike kann man mit Aussicht auf Erfolg nur dann unternehmen, wenn die

Bergarbeiter Österreichs mit den Bergarbeitern der übrigen Staaten gemeinsam vorgehen.

Der II. österreichische Berg- und Hüttenarbeitercongress in Prag:

1. schließt sich den Beschlüssen des Kölner internationalen Bergarbeitercongresses an und ernennt 2 Mitglieder für den internationalen Organisationsausschuss, welche dem internationalen Congress Bericht zu erstatten und Anträge zu stellen haben.

2. Der Congress ernennt ferner in Ausführung des Beschlusses des Brüsseler Congresses einen Vertrauensmann, welchem auferlegt werden wird, für den internationalen Bergarbeiterverkehr Sorge zu tragen und denselben zu ordnen.

Dieser Vertrauensmann ist verpflichtet jedes Vierteljahr den Fachblättern ausländischer Bergarbeiter oder deren Vertrauensmännern schriftlichen Bericht zu erstatten.

Der Bericht hat zu enthalten:

- a) die Anzahl der in Österreich beschäftigten Bergarbeiter,
- b) die Anzahl der fachlich organisirten Genossen und die Art der Organisation,
- c) durchschnittliche Arbeitszeit,
- d) durchschnittliche Arbeitslöhne,
- e) Stand der Fachpresse,
- f) eventuelle Kämpfe mit den Unternehmern und der Verlauf derselben,
- g) der Stand der Organisation der Unternehmer und deren Unternehmungen gegen die Arbeiter.

Der Bergarbeiterstand im Ausland wird um gleiche Berichte ersucht. Über allgemeine Strikes und über deren Verlauf soll unverzüglich anher berichtet werden.

Weiter wurde in Ausführung dieser internationalen Organisation der Phil. Cand. Ernst Berner aus Karbitz zum Vertrauensmann und Berichterstatter des internationalen Verbandes der Bergarbeiter gewählt, endlich wurden als Delegirte in den Ausschuss des internationalen Verbandes aus den Fachredactionen der Bergmann Wenzel Peter aus Binsdorf bei Falkenau und aus dem Revisorencomité Peter Cinger aus Hüdlitz, dann zum Londoner Bergarbeitercongress zunächst Wenzel Peter und in zweiter Reihe Peter Cinger beglaubigt.

Die Landesconferenz für Oberösterreich und Salzburg fand Sonntag den 22. November 1891 im Saale „zum goldenen Hirschen“ in Linz statt. Vertreten waren aus Oberösterreich und Salzburg 22 Orte durch 83 Theilnehmer.

Als Gäste waren erschienen Resel aus Graz, Reumann und Maria Grubinger aus Wien.

Die Tagesordnung lautete:

1. Situationsberichte;
2. Organisation und Agitation;
3. Presse;
4. Arbeitervereine und Gewerkschaften;
5. Regelung der Reiseunterstützung;
6. Wahlen zur Unfallversicherung.

Zum zweiten Punkte, Agitation betreffend, führte Weiguny als Referent aus, wie schwer es sei zu agitiren, da es an Agitationsmitteln mangle. Dieselbe soll hinausgetragen werden in jene Theile des Landes, wo bloß bäuerliche Bevölkerung hause.

Er empfahl die Gründung von politischen Vereinen und zwar einen für Oberösterreich und einen für Salzburg. Diese Vereine würden als die Rekrutenschulen der

Organisation zu betrachten sein. Weiters sollen Flugblätter und Broschüren verbreitet werden, in welchen die ländliche Frage behandelt würde. Endlich sei so bald wie möglich ein oberösterreichisches socialdemokratisches Organ zu gründen.

Am 6., 7. und 8. December 1891 fand im Saale zum „Adam-Bräu“ in Innsbruck-Wilton die „zweite Landesversammlung der socialdemokratischen Partei Tirols und Vorarlbergs“ statt. Zu derselben waren circa 300 geladene Personen erschienen, darunter Rudolf Pokorny aus Wien, Ehrlich aus Graz und Hinteregger aus Salzburg. Den „Thätigkeits- und Situationsbericht“ gab Saska, welcher berichtete, dass die Arbeiterbewegung in Tirol und Vorarlberg seit der letzten Landesversammlung sichtlich zugenommen habe. Auch sei die auf der ersten Landesversammlung beschlossene Gründung eines politischen Vereines Thatsache geworden. Hierauf wurde der Bericht der Vertreter Südtirols und Vorarlbergs vorgetragen, aus welchem hervorging, dass die socialdemokratische Bewegung in diesen Theilen des Landes infolge mannigfacher Hemmnisse keine solchen Fortschritte aufweise. Die Verhandlungen über „Stand und Organisation der Gewerkschaften“, dann über „Social Reformen und Programm sowie Organisation der socialdemokratischen Partei“ brachten Vorwürfe gegen die Wiener Parteileitung, welchen Rudolf Pokorny mit Erfolg entgegnete.

Zum Schlusse sprach die Landesversammlung auch in diesem Jahre den Wunsch nach einem Parteiblatt für Tirol und Vorarlberg aus und beschloss die Gründung eines solchen, sobald die Bestandfähigkeit constatirt sein würde.

Ebenfalls am 6. December 1891 fand in Steinschönau in Böhmen der „Congress der Arbeiter der Glas-, Porzellan- und Thonwaarenindustrie Österreichs“ statt, welcher von Heinrich Lyssner einberufen war und zu dessen Vorsitzenden Zahn aus Wien, Reinhold Seidel aus Gablonz und Enisch aus Fischern gewählt wurden. Auf diesem Congress waren 21 Orte durch eben so viele Delegirte vertreten. Die Verhandlungen währten jedoch nur bis zum Nachmittage. Es waren eben die Berichte der einzelnen Delegirten, zuletzt des Heida-Steinschönauer Verbandes zu Ende und Steiner aus Prag hatte die Lage der böhmischen Glasarbeiter zu schildern begonnen, als kurz vor 6 Uhr der Congress, als illegal tagend, behördlich aufgelöst wurde.

Die Verhandlungen wurden jedoch am folgenden Tage in einer auf geladene Gäste beschränkt abgehaltenen Versammlung beendet, in welcher die Delegirten aus Wien, Widiz, Engelhart und Hekl, nacheinander das Wort ergriffen.

Von sehr untergeordneter Bedeutung war der österreichisch-ungarische Schmiedetag in Wien am 25. und 26. December im Gasthause „zum Sieb“ in der Paniglasse, welchem nur bei 80 Personen beiwohnten, wovon 6 auswärtige Delegirte waren. Die Verhandlungen dieses Verbandtages boten weiter kein Interesse.

Gleichfalls am 25. December fand in Graz der Congress der Bergleute von Steiermark, Kärnten und Krain statt, auf welchem beschlossen worden ist, die Forderung des Achstundentages und die Fixirung eines Minimallohnes aufzustellen und einen Termin bis 31. December 1891 zu gewähren. Sollten die Forderungen bis dahin nicht bewilligt sein, so hätten die Vertrauensmänner alles für einen allgemeinen Strike vorzubereiten.

Endlich fand noch zu Weihnachten 1891 in Prag ein čecho-slavischer Congress statt, für welchen

geraume Zeit vorher schon in allen Kronländern Österreichs, besonders aber in Böhmen, Mähren und Schlesien, Propaganda gemacht wurde.

Die Berathungen des Congresses, an welchen 200 Delegirte der böhmischen Arbeiter in Böhmen, Mähren, Nieder- und Oberösterreich sich beteiligten, begannen am 25. December um 10 Uhr vormittags.

In das Präsidium wurden gewählt: der Bergmann Martin Wagner aus Dux, der Redacteur Franz Komprda aus Brünn, dann der Redacteur Wilhelm Körber aus Prag und der Buchbindergehilfe Johann Sajal aus Eisenbrod.

Josef Steiner referirte zum ersten Punkte der Tagesordnung „Bericht über die Thätigkeit für das abgelaufene Jahr“. Er unterzog das Vorgehen der Behörden und der Arbeitgeber gegen die Arbeiter einer strengen Kritik; er führte aus, wie viel Socialisten untersucht, gestraft, wie viel Zeitungen confiscirt, welche Zahl Versammlungen verboten oder aufgelöst und welche Schwierigkeiten der Partei in den Weg gelegt wurden.

Nach Steiner ergriffen eine Reihe von Delegirten das Wort, um eben so aufreizend wie jener zu sprechen, darunter Ernst Berner, Martin Wagner, Alois Krejčí, Adolf Burian etc.

Nach der Erklärung des Arbeitersecretärs Josef Krapka ist das Gebaren der Junggehehen namentlich seit der bekannten Rede des Abgeordneten Dr. Gregor der socialistischen Sache sehr förderlich.

Am folgenden Tage referirten die mährischen Delegaten Franz Zedníček und Adolf Burian über Organisation, Taktik und Rechte ebenfalls in aufreizender Weise. Sie schlugen vor, die Agitation auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und die kleinen Landwirte, dann auf das Militär durch die vor der Assentirung geworbenen Genossen und auf das weibliche Geschlecht auszudehnen.

Noch erregter war die Debatte über die Presse, bei welcher die von mancher Seite verübten Veruntrennungen von Geldbeträgen zur Sprache kamen, zu deren Untersuchung ein „Ehengericht“ zusammengestellt worden ist. Anträge, in Königgrätz und in Pilsen Parteiblätter herauszugeben, fanden keinen Anklang. In einer Resolution wurde sodann beschlossen, dass jeder Mitglied der socialdemokratischen Partei ist, welcher sich verpflichtet, die Parteicongressbeschlüsse von Hainfeld, sowie der Reichs- und Landescongresse zu beobachten und sich nach ihnen zu richten.

Sodann wurden die verschiedenen Aufgaben vertheilt. Der Prager Parteileitung wurde das Programm der deutschen Socialisten zum Studium und zur Antragstellung überwiesen, dem Blatte „Rovnost“ in Brünn fiel die Verrechnung des Inhaftirtenfondes, dem Blatte „Delnicke listy“ in Wien die Führung der Parteistatistik zu. Sodann wurden „Rovnost“, „Socialdemokrat“, „Delnicke listy“, „Hlas lidu“, „Heslo“, „Bič“, „Rasple“, „Zar“, „Cervanky“, „Omladina“ und „Svoboda“ als politische Parteiblätter erklärt.

Das Blatt „1. Mai“ soll in eine wissenschaftliche halbmonatliche Schrift umgewandelt werden. Gegen Schluss des Congresses kam noch hervor, dass die nordböhmischen Socialisten sich von der allgemeinen öcho-slavischen Organisation trennen wollen, so dass der Congress unter großem Lärm geschlossen wurde.

Aus Wien wohntendenselben bei: Adalbert Vitasek, Anton Wimmer, Josef Nowotny, Johann Dolejsi, Josef Tobola, Georg Schmidt, Arthur Koditschek und Alois Krejčí.

Wie aus der bisherigen Darstellung erhellt, boten nicht alle diese Congresses oder Verbandstage in ihrem Verlaufe das Bild eines einträchtigen Zusammenwirkens

aller socialdemokratischen Factoren, aber überall dort, wo die Opposition ihre Stimme erhoben hatte, war dieselbe noch ohne Schwierigkeit zum Schweigen gebracht worden.

So konnte Dr. Adler seinen Bericht an den internationalen socialistischen Congress zu Brüssel im Auftrage der österreichischen Socialdemokratie mit folgenden Worten einleiten:

„Wenige Monate vor dem internationalen Arbeitercongresse in Paris, in den ersten Tagen des Jahres 1889, vollzog sich auf dem Parteitage zu Hainfeld die Neuconstituierung der österreichischen Arbeiterpartei. Nach einigen Jahren des Stillstandes, ja des Rückganges, hatte die Partei sich gefunden, die Spaltungen innerhalb der socialistisch denkenden Arbeiterschaft hatten wieder einer festen einheitlichen Organisation mit klaren genau umschriebenen Principien und einem wohlgedachten Arbeitsprogramme Platz gemacht.“

Aber der vorhandene Keim der Spaltung kam bald zum Durchbruche.

Die Spaltung in der österreichischen Socialdemokratie ist nach langen Versuchen zur Geheimhaltung in den ersten Wochen des Monates September 1891 offen zutage getreten. Zwischen den Wiener Parteiorganen „Arbeiter-Zeitung“ und „Volkspresse“ bestanden Differenzen, welche eigentlich so alt waren, als die „Volkspresse“, welche durch Rudolf Hanser und Adolf Heimann ins Leben gerufen wurde.

Die Herausgeber und Redacteurs der „Arbeiter-Zeitung“ haben schon das Erscheinen der „Volkspresse“ mit scheelen Augen angesehen, dazu kam, dass auch die Haltung der letzteren nicht immer den Intentionen der „Arbeiter-Zeitung“ folgte, obwohl diese als Hauptorgan der österreichischen Socialdemokratie erklärt worden war und endlich machte das rasche Anwachsen der Abonnentenzahl der der radicaleren Richtung zuneigenden „Volkspresse“ auf circa 8000 Abonnenten die Faiseurs der „Arbeiter-Zeitung“ stutzig.

Dem Einflusse Rudolf Hanser's und Adolf Heimann's, auf eine so große Zahl von Parteigenossen Rechnung tragend, wurde bald nach dem Erscheinen der „Volkspresse“ auf Antrag Dr. Adler's dieses „Bruderblatt“, weil auf dem Programme des Hainfelder Parteitages fußend, zum Parteiorgane erklärt und alles vermieden, um die Gegensätze zum Ausdruck zu bringen.

Die Differenzen wurden schärfer, aber man schwieg.

Es war im vorigen Jahre die erste Mai Feiertage im Anzuge und es sollte dieselbe durch keine Spaltung in der Partei gefährdet werden; in diesem Jahre wieder war dieselbe Ursache vorhanden und überdies stand die Abhaltung des Parteitages der österreichischen Socialdemokratie und die des internationalen Arbeitersocialistencongresses zu Brüssel bevor und es sollte auf beiden Congressen doch nur eine einzige socialdemokratische Partei in Österreich vertreten sein.

Im Stillen jedoch wurde das Gebaren Hanser's strenge überwacht und mehrmals in den Sitzungen der Localorganisationscomités zu Wien einer rigorosen Kritik unterzogen.

Hanser missachtete jedoch diese Enunciationen, erschien zumeist gar nicht, oder erwiderte in barscher Weise und eiferte hiedurch seine Gegner noch mehr an, ihm nachzuspüren.

Als diese das Maß seiner „Sünden“ voll glaubten, wurde für den 3. September 1891 in die Gumpendorfer Bierhalle eine Sitzung des Wiener Localorganisations-

comités ausgeschrieben und als Tagesordnung versendet:

1. Volkspresse und Familienbibliothek,
2. Neuwahl des Ausschusses.

Der Verlauf dieser Sitzung, welche unter dem Vorsitz Jakob Reumann's stattfand, war sehr stürmisch und von entscheidender Natur.

Nach Bekanntmachung der Tagesordnung meldete sich Genosse Adolf Bauer als erster Redner. Er führte an, dass er schon wiederholt gegen Hanser und die „Volkspresse“ gesprochen habe, dass er jedoch immer zurückgewiesen worden sei. Hanser sei aber ein moralisch verkommener Mensch, der seine Familie missachte und der Socialdemokratie so schlecht diene, dass er abermals darauf zurückkommen müsse.

Bauer beschuldigte Hanser des Diebstahls von geistigem Eigenthum, er fülle seine Zeitung mit ausgeschnittenen Spalten anderer Blätter und setze seinen Namen darunter, er stehe aber auch außerdem im Verdachte, dass er anarchistische Schriften colportire.

Bei dieser Stelle der Rede Bauer's sprang der anwesende Redacteur Hanser erregt auf und bezeichnete diese Beschuldigung als niederträchtige Lüge. Er wisse, dass für ihn der Galgen hergerichtet sei, die Versammlung möge beschließen, was sie wolle, er würde sich nicht darum kümmern und deshalb verlasse er die Versammlung.

Hanser hatte kaum geendet, als der Herausgeber Adolf Heimann die Erklärung abgab, dass er mit Hanser solidarisch sei und mit ihm die Versammlung verlassen werde.

Es entstand nun ein förmlicher Tumult, man suchte beide, namentlich Hanser, gewaltsam zurückzuhalten, man beschimpfte ihn, bezeichnete ihn als feig, doch dies alles hinderte nicht das Abgehen der beiden Redaktionsmitglieder der „Volkspresse“. Als endlich die Ruhe wieder hergestellt war, nahm die Versammlung ihren weiteren Verlauf.

Michael Hruschka, der bis zu diesem Tage selbst im Dienste der „Volkspresse“ stand und als sehr radical galt, brachte vor, dass Hanser wiederholt mit Journalisten größerer Blätter verkehrt, von diesen mitunter Artikel für sein socialistisches Blatt habe schreiben lassen und daß er es gewesen sei, der die zum Staunen der Partei in einigen größeren Journalen zeitweise erschienenen Berichte über Sitzungen des Localorganisationscomité's geliefert habe.

Er beschuldigte ihn ferner, dass er seine Frau und Kinder wiederholt verlassen habe, mit der Schwester eines Genossen in Ober-Grafendorf ein Verhältnis gehabt habe und dass er, während er vorgab eine Agitationsreise nach Ober-Grafendorf zu machen, eigentlich nur zu seiner Geliebten dahin gefahren sei.

Hruschka theilte der Versammlung noch mit, dass Hanser einmal 50 für den Agitationsfond aus Amerika eingelangte Dollars unterschlagen und einem Genossen in Wien vom Arbeiterbildungsvereine den Betrag von 50 fl. entlockt habe.

Die Genossen Franz Schuhmeier, Obmann des Vereines „Apollo“, und Julius Popp, Obmann des politischen Vereines „Gleichheit“, brachten ebenfalls mehrfache Beschuldigungen gegen Hanser vor. Ersterer theilte mit, dass Hanser stets mit Anarchisten verkehrt habe und dass er mehr im Rauchclub, wo anarchistische Tendenzen verfolgt werden, zu finden war, als in der Redaction der „Volkspresse“, doch wolle er den Rauchclub und den Ort nicht nennen, um nicht als Denunciant zu gelten.

Nachdem noch dem anwesenden Dr. Adler von mehreren Seiten der Vorwurf gemacht worden war, dass er es gewesen sei, welcher stets für Hanser eingetreten sei und dass andernfalls die Partei schon längst von ihm befreit wäre, wurde beschlossen:

I. Hanser werde für beständig aus der Partei ausgeschlossen.

II. Da Heimann sich mit Hanser solidarisch erkläre, werde auch dieser ausgeschlossen.

III. Das Organ „Die Volkspresse“ darf so lange von Genossen nicht gekauft, unterstützt und colportirt werden, als Hanser und Heimann als Redacteur, beziehungsweise Herausgeber und Administrator zeichnen.

IV. Kein Geld in was immer für eine Weise dürfe an die „Volkspresse“ bis auf weiteres abgeliefert werden und

V. Die „Arbeiter-Zeitung“ und die übrigen Parteiblätter haben diese Punkte in ihrer nächsten Nummer bekannt zu geben.

Ferner wurde noch für den Fall als Hanser und Heimann von der „Volkspresse“ nicht zurücktreten sollen, beschlossen, von der Partei ein Concurrrenzblatt herauszugeben.

Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 11. September 1891 brachte in der Nummer 37 über den Streitfall folgende Enunciation:

Parteigenossen! Leider sind wir genöthigt, uns einer peinlichen Pflicht zu entledigen. Wir haben Euch mitzuthellen, dass die Wiener Genossen sich gezwungen gesehen haben, das Gebaren von Rudolf Hanser, Redacteurs der „Volkspresse“, einer wiederholten Erwägung zu unterziehen. Dieser Mann hat sich in der Führung des Blattes einer Reihe von unqualificirbaren Pflichtverletzungen schuldig gemacht. Nicht allein wurden Artikel aus anderen Blättern (sogar Bourgeoisblättern!) ausgeschnitten und mit der Unterschrift R. H. abgedruckt; Hanser ging so weit, von einem aus der Partei ausgeschlossenen, überberichtigten Individuum verfasste Artikel mit seinem eigenen Namen zu decken. Das ist nicht alles. So wenig Beruf und Neigung wir haben, das Privatleben von Genossen zu beurtheilen, mussten die sich seit Jahren wiederholenden Fälle, wo Hanser sich zum Schaden der Parteiinteressen Dinge zuschulden kommen ließ, welche mit der Würde eines Mannes unverträglich sind, der die Ehre hat, unsere Partei öffentlich zu vertreten, endlich zum Bruche führen. Unsere Partei ist eine Kampfpartei, ist umgeben von Feinden. In dieser Lage müssen wir doppelt darauf halten, dass unser Schild rein und flockenlos erhalten werde. Die Nothwendigkeit, Hanser die Redaction der „Volkspresse“, eines Parteiorganes, abzunehmen, war klar. Gegen alle Parteidisciplin weigerte sich Hanser die Redaction niederzulegen und der Herausgeber, Genosse Heimann, erklärte sich vorläufig mit ihm solidarisch. — Wir wollen Euch weitere Einzelheiten ersparen und theilen Euch kurz mit, dass die Wiener Genossen nach eingehender Berathung, welcher Hanser und Heimann feige auswichen, beschlossen haben: „Rudolf Hanser wird nicht mehr als zur socialdemokratischen Partei gehörig anerkannt; die „Volkspresse“ ist insolange nicht als Parteiorgan zu betrachten, als Hanser die Redaction nicht abgibt. Die „Arbeiter-Zeitung“ wird beauftragt, die Genossen aufzufordern, die „Volkspresse“ und die „Familienbibliothek“ insolange weder zu abonniren, noch zu verbreiten, noch ihrem Agitationsfonde Gelder zukommen zu lassen,

als dieselben nicht wieder in die Reihe der Parteiorgane sich eingefügt haben.“ Hanser und Heimann sind juristisch Besitzer der „Volkspresse“ und sie können auf ihrem „Rechte“ bestehen. Ob ihr juristisches „Recht“ stärker ist als die Disciplin unserer Parteigenossen, wird sich zeigen. Wenn Heimann — wider Erwarten — sich diesem Beschlusse der Wiener Genossen nicht fügen sollte, wird binnen 14 Tagen ein neues Blatt zum Ersatze der „Volkspresse“ erscheinen. Wir hoffen, dass diese öffentliche Darlegung genügt; wer nähere Auskunft wünscht, findet uns bereit dazu.

Julius Popp. Jakob Reumann. Rudolf Pokorny.

Die „Volkspresse“ erwiderte in der Nummer 17 vom 14. September 1891:

„Nach der in der letzten Nummer der Arbeiter-Zeitung“ abgegebenen Erklärung im „Namen der Wiener Parteigenossen“ finden wir uns veranlasst Folgendes zu erwidern:

So sehr wir die Volksstimme achten, die in der Angelegenheit Hanser's durch 70 zusammengerufene Parteigenossen ihren Ausdruck fand, so gerne wir bereit sind, einem vorurtheilsfreien Richterspruch uns zu fügen, so offen jedoch leugnen wir das Recht zur Einberufung einer so kompetenten Versammlung wie diese war, welche die „Volkspresse“ aus der Liste der Parteiblätter und Hanser aus den Reihen der österreichischen Socialdemokratie strich, den Herausgebern der „Arbeiter-Zeitung“ ab. Wir fordern vielmehr, dass zur Schlichtung dieser Angelegenheit eine Parteiconferenz schon in den nächsten Tagen stattfinden soll, und zwar haben wir diesbezüglich den Brünner Genossen freie Hand zu den nothwendigen Vorarbeiten gelassen.

Niemanden wie dieser Conferenz werden wir uns fügen, denn Niemanden finden wir unparteiischer als diese. Also die Parteigenossen der Provinz mögen sich rüsten. Wir erwarten, dass in dieser wichtigen Angelegenheit die Socialdemokratie Österreichs ihr Richteramt gewissenhaft erfüllen wird.“

Die „Volkspresse“ wurde und wird nämlich gerne von den Genossen in den Kronländern gelesen und es hat deshalb Hanser dortselbst einen großen Anhang. Es wurde daher auch an vielen Orten in den Kronländern erklärt, dass der Streitfall nicht allein Sache der Genossen in Wien, sondern eine Sache der ganzen Partei sei.

Die Arbeiterführer von Brünn, welche von jeher einen gewissen Einfluß auf die Wiener Parteiführer geübt haben, beriefen daher über Appellation von Hanser und Heimann eine Partei-Conferenz nach Brünn ein, in welcher beide streitenden Theile gehört werden sollten. Diese Parteiconferenz sollte nicht allein von Wiener und Brünner Genossen, sondern auch von Delegirten sämmtlicher Localorganisationscomités in Österreich beschickt werden und sich demnach zu einer Art Parteitag gestalten.

Hanser's Anhang hoffte von dieser Conferenz sehr viel und sah voraus, dass in Brünn auch manche schwere Anklage gegen Dr. Adler und Consorten erhoben werden wird, wodurch das Gleichgewicht wieder hergestellt werden sollte.

Nach Meinung ruhiger Denker sollte die ganze Parteiconferenz in Brünn aber keinen andern Zweck haben, als die „Sünden“ der beiden streitenden Theile anzuhören und dann beiden Theilen zu vergeben, weil im andern Falle die Macher der „Volkspresse“ und der

„Arbeiter-Zeitung“ hätten abtreten müssen, eine definitive Spaltung aber um jeden Preis vermieden werden sollte.

Die Brünner Conferenz wurde für Sonntag den 27. September einberufen. Es war aber Hanser und seinem Anhang bald klar geworden, dass diese Conferenz entschieden gegen die „Volkspresse“ Stellung nehmen und somit das Gebaren Rudolf Hanser's verurtheilen werde und deshalb kamen Freunde des letzteren, in deren Reihen schon seit längerer Zeit das despotische Auftreten des Herausgebers der „Arbeiter-Zeitung“, Dr. Victor Adler und Consorten, Missbilligung hervorgerufen hatte, dieser Conferenz zuvor, indem sie für Sonntag, den 20. September 1891 in Neunkirchen eine Protestversammlung veranstalteten, welche von Anhängern Hanser's sehr gut besucht war.

Auf Grund der von dieser Versammlung gefassten Beschlüsse wurden zwei Kundmachungen verfasst, in Druck gelegt und zur Verbreitung gebracht, welche lauteten:

„Löbliche Redaction! Die am 20. September 1891 in Neunkirchen in Niederösterreich durch Genossen Hans Duchan aus Ternitz einberufene Protestversammlung mit der Tagesordnung:

I. Die Parteiorganisation der österreichischen Socialdemokratie und Stellungnahme zu derselben und der sogenannten Parteileitung in Wien, mit besonderer Berücksichtigung der jüngsten Ereignisse gegenüber dem Parteiorgane „Volkspresse“ und der Parteipresse im allgemeinen.

II. Allgemeine Anträge und Anfragen beschloss die einstimmige Annahme der folgenden Resolution:

In Erwägung, dass die von den Wiener Genossen vorgenommene und in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichte Ausschließung des Genossen R. Hanser und Aberkennung der „Volkspresse“ als Parteiorgan nicht nur einen gröblichen Eingriff in das unter den heutigen Parteizuständen nur der Gesamtheit derselben zustehende Recht, die gänzliche Nichtachtung der Parteitagsbeschlüsse, sowie überhaupt einen an der Gesamtpartei verübten ganz gemeinen Gewaltact — provocirt durch die maßlose Herrschsucht und den unbegrenzten Ehrgeiz einzelner Persönlichkeiten — involvirt, beschließt die in Herrn Johann Biewald's Saale in Neunkirchen am 20. September 1891 tagende Protestversammlung, als auf dem Boden des gemeinsamen Rechtes stehend:

„Diesen — weil widerrechtlich gefassten Beschluss der Wiener Parteigenossen, betreffend die Ausschließung R. Hanser's aus der Partei und der „Volkspresse“ aus der Reihe der Parteiorgane — nicht anzuerkennen, vielmehr Hanser als der Partei angehörig und die „Volkspresse“ als Parteiorgan insoweit anzuerkennen, bis nicht ein Parteitag auf Grund von erwiesenen Thatsachen die Ausschließung verfügt.“

Außerdem wurde der vom Genossen Hermann Knoth eingebrachte Zusatz, sowie der vom Genossen Hans Duchan gestellte Antrag angenommen, und zwar:

„Das Präsidium der Versammlung sei zu beauftragen, die sämmtlichen Parteiorgane seien aufzufordern, einen Parteitag einzuberufen und habe sich derselbe hauptsächlich mit der Parteiorganisation, beziehungsweise der endlichen Schaffung einer officiellen Parteileitung, sowie mit der Angelegenheit der „Volkspresse“ zu befassen. Ferner sei ein aus sieben

Genossen bestehendes Comité aus der Versammlung zu wählen, welches die Aufgabe habe, einen Organisationsentwurf ehestens auszuarbeiten und einer abermals einzuberufenden Volksversammlung zur Begutachtung vorzulegen und habe diese Versammlung dann die Delegirten zum Parteitage zu bestimmen, welche bei demselben für die Annahme des Organisationsentwurfes einzutreten haben. Von dieser Beschlussfassung werden Sie durch die Gezeichneten hiemit verständigt und das gleichzeitige Ersuchen gestellt, nicht nur die Resolution nebst den gefassten Beschlüssen zu veröffentlichen, sondern der durch die letzten Ereignisse bedingten Nothwendigkeit und dem Wunsche der Versammlung entsprechend, an die baldige Einberufung eines Parteitages zu schreiten.“

Mit socialdemokratischem Gruße

August Michl, I. Vorsitzender.

Johann Dolejsy, II. Vorsitzender.

Urban Kohlhofer, I. Schriftführer.

Hans Duchan, II. Schriftführer.

Freunde, Genossen!

„Es wurde seitens der Brünnener Genossen auf Anregung der Herausgeber der „Arbeiter-Zeitung“ zur Austragung der Sache Hanser und „Volkspresse“ nach Brünn für den 27. d. M. eine Parteiconferenz einberufen, wozu nur die engbefreundeten Genossen eingeladen wurden.

Wir können dieses erbärmliche Conferenzmachwerk nicht als competent betrachten in diesem die Sache der Gesamtpartei betreffenden Falle ein rechtskräftiges Urtheil zu fällen und haben diesbezüglich gegen das Vorgehen der Wiener Genossen, sowie insbesondere gegen die Abhaltung der Conferenz Stellung genommen.

Laut Beschluss einer von uns am 20. d. M. in Neunkirchen getagten Protestversammlung werden wir sämtliche Parteiorgane auffordern, einen Parteitag einzuberufen und ist auf demselben die Parteiorganisation sowie die „Volkspresse“ auf die Tagesordnung zu stellen.

Genossen, Freunde! Wenn Ihr auf der Seite des Rechtes stehen wollt, so schließt Euch alle unseren Forderungen an und erklärt in einem unverzüglich an Genossen Eduard Rieger in Brünn, Koffillergasse Nr. 22 zu richtenden Protestschreiben, dass ihr gegen die Abhaltung einer Conferenz, wohl aber für die Einberufung eines Parteitages seid, und dass ihr die auf einer Conferenz gefassten Beschlüsse nicht anerkennen werdet. — Wir bitten Euch, alle Euch bekannten Genossen in unseren Namen zum Protest aufzufordern. Die Zeit drängt.“

Ternitz, am 22. September 1891.

Gruß und Handschlag

Hermann Knoth. Hans Duchan.

Die Brünnener Conferenz trat am Sonntag den 27. September 1891 zusammen.

Ihre Entscheidung war von Hanser und Heimann, wie an früherer Stelle erwähnt worden ist, selbst angerufen worden und nun bestritt Hanser die Competenz derselben wegen ihrer Zusammensetzung, obwohl ihm seitens der einberufenden Redaction zugesichert worden war, dass alle jene Genossen, deren Einladung er wünsche, eingeladen werden würden. Dem Rudolf Hanser missfiel es, dass die Redacteurs von Wiener Fachblättern zu dieser Conferenz geladen wurden und daher kam es, dass sich sämtliche Wiener Genossen des Stimm-

rechtes im vorhinein begeben hatten. Die Brünnener Genossen hatten beantragt, dass bis zur Conferenz jeder Streit zu ruhen, jede Polemik zu unterbleiben hätte. Nichtsdestoweniger erschien Hanser in jener Versammlung in Neunkirchen, deren Beschlüsse an früherer Stelle berichtet wurden.

Schließlich ging Hanser in der eben erschienenen Nummer 18 der „Volkspresse“ so weit, zu erklären, ihm seien die nichteingeladenen Provinzorte maßgebend, wo die „Volkspresse“ ihre Leser hat.

Damit war das Schicksal der Conferenz entschieden, ehebevor sie begonnen hatte. Die Conferenz war besetzt von den organisirten Arbeitern in Reichenberg, Teplitz, Brünn, Mährisch-Schönberg, Sternberg, Bielitz-Biala, Zwickau, Mährisch-Trübau, Jägerndorf, Graz, Salzburg. Wenige Orte, die gleichfalls geladen waren, hatten keinen Vertreter entsendet.

Ebensowenig waren Rudolf Hanser und Adolf Heimann erschienen. Einem Wiener Genossen fiel die Aufgabe zu, die Gründe für den Wiener Beschluss zu erörtern. Die angeführten Thatsachen wurden in eingehender Debatte durch Beweise erhärtet. Der Wiener Beschluss wurde nach zwei Seiten nicht bestätigt: Die Ausschließung Hanser's aus der Partei müsse einem Parteitage unterbreitet werden, die Neugründung eines Blattes hingegen einer Landesconferenz überwiesen werden.

Der Beschluss der Conferenz lautete:

„In Erwägung, dass die socialdemokratische Partei als die politische Organisation des Proletariates nicht allein die Corruption innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft bekämpft und durch eine gründliche Umänderung dieser Gesellschaftsformen für immer zu beseitigen sucht, sondern auch, wie daraus hervorgeht, keinerlei Corruption in ihrer eigenen Partei dulden darf, in Erwägung, dass der Conferenz gegen den Redacteur der „Volkspresse“ Rudolf Hanser ein absolut beweisendes Material vorgelegt wurde, das nach eingehender Prüfung sich als geeignet erweist, die socialdemokratische Partei nach innen und außen zu compromittiren;

in schließlicher Erwägung, dass Hanser wie Heimann trotz ergangener Einladung zu der Parteiconferenz, die von ihnen selbst angeregt, in welcher sie sich zu recht fertigen hatten, nicht erschienen sind, beschließt die Conferenz: Rudolf Hanser hat jede Vertrauensstellung in der Partei verwirkt und hat daher als Redacteur der „Volkspresse“ als eines Organes, welches der Parteitag zu Wien als Parteiorgan anerkannt hat, zurückzutreten.

Sollte der Redacteur Hanser, der Herausgeber Heimann, binnen 14 Tagen den gefassten Beschlüssen nachzukommen sich weigern, beschließt die Parteiconferenz: die „Volkspresse“ hört auf Parteiorgan zu sein und werden die Genossen ersucht, sie nicht mehr zu verbreiten.“

Die Parteiconferenz erklärte sich endlich angesichts der während der Verhandlung aus einigen Orten eingelangten Proteste als vollständig competent, in der vorliegenden Streitfrage zu entscheiden und forderte die Genossen in Wien und Reichenberg auf, Landesconferenzen für Niederösterreich und Deutschböhmen sofort einzuberufen, um den Genossen in eingehender Weise über die Ergebnisse der Parteiconferenz in Brünn Bericht zu erstatten.

Das Protokoll der Brünnener Conferenz unterzeichneten:

Konrad Gebauer (Znaim), W. Kucera (Teplitz), Franz Heinz (Zwittau), Josef Richter (Mährisch-Schön-

berg), Anton Zeller (Linz), Franz Baier (Brünn), Karl Dundela (Brünn), Eduard Zeller (Reichenberg), K. Schneeweiß (Jägerndorf), Ed. Rieger (Brünn), Clement Bartl (Mährisch-Schönberg), Johann Halmich (Sternberg), Johann Resel (Graz), Franz Egger (Salzburg) und A. Fröhlich (Bielitz).

Die Landesconferenz für Niederösterreich wurde für Sonntag, den 11. October 1891 nach Wiener-Neustadt einberufen und wurden Rudolf Hanser und Adolf Heimann hiezu eingeladen.

Es waren aber auch die Einberufer der Neunkirchener Protestversammlung, die Genossen Knoth, Duchan und Dolejsi, dann die Vertreter aller derjenigen Orte eingeladen worden, wo es organisirte Parteigenossen in größerer Zahl gibt.

An demselben Tage hatten aber auch Rudolf Hanser und Adolf Heimann in Wiener-Neustadt eine „Protestversammlung“ veranstaltet, weshalb ein Theil der sogenannten officiellen Conferenz beantragt hatte, es sei, wenn irgend möglich, ein Zusammentreten der beiden Versammlungen herbeizuführen.

Es wurden deshalb drei Genossen Pokorny (Wien), Löckner (Wiener-Neustadt) und Hackl (Waidhofen) mit der Aufgabe betraut, sich mit den Einberufern der Gegenconferenz in Verbindung zu setzen. Dieser Versuch führte eine zweistündige heftige Debatte auf der Gegenconferenz herbei, welche endlich die Einladung mit großer Majorität abgelehnt hat.

Die Landesconferenz trat nun wieder zusammen und genehmigte ein Protokoll, in welchem der Beschluss der Brünnener Conferenz gutgeheißen und die sofortige Herausgabe eines Blattes zum Ersatze der „Volkspresse“ beschlossen wurde, sobald die nächste Nummer mit dem Namen Hanser erscheinen sollte. Ferner wurde beschlossen, dass der nächste Parteitag, sobald es die Umstände gestatten, keinesfalls aber später als in der ersten Hälfte 1892, stattzufinden habe und endlich den Sachverhalt noch einmal deutlich und im Zusammenhange in einem Flugblatte darzustellen.

Diesem Beschlusse zufolge wurde einige Tage später im Auftrage der Wiener Genossen von Franz Schuhmaier die vierseitige Flugschrift: „Warum die Wiener Genossen gegen Hanser aufgetreten sind!“ gratis ausgegeben.

Die Flugschrift enthielt nach einer Einleitung und einem kurzen Abrisse von Hanser's Theilnahme am Parteileben eine Recapitulirung sämtlicher Anklagepunkte der Schriftsteller Hanser und eine Wiedergabe der Beschlüsse der Brünnener und Wiener-Neustädter Conferenz.

Der Schlusssatz des Flugblattes lautete:

„Fragt Euch nun, ist Hanser würdig, unsere Partei als Vertrauensmann und Redacteur zu vertreten oder nicht? Wenn Euch die Antwort klar ist, dann schließt Euch dort an, wo offen gesprochen und nicht versteckt verleumdet wird, arbeitet weiter mit denjenigen, welche das Parteiinteresse allein im Auge haben, und nehmet den Beschluss der Brünnener und Wiener-Neustädter Conferenz zur Kenntnis. Hanser ist freilich nicht ausgeschlossen, aber — abgethan. Die „Volkspresse“ existirt für uns nicht mehr; am 21. October erscheint die „Volkstribüne“.

Rudolf Hanser antwortete mit einem Flugblatte von gleichem Umfange mit heftigen Ausfällen gegen die „Arbeiter-Zeitung“ und insbesondere gegen Dr. Victor Adler, dem eigentlichen „Macher“ der vorerwähnten Flugschrift, und schloss:

„Parteigenossen! Von heute an ist die „Volkspresse“ kein Parteiblatt mehr. Wir bleiben, was wir waren, ein Organ, welches jederzeit für das Wohl des arbeitenden Volkes seine ganze materielle und physische Kraft einsetzt.

Parteigenossen! Lasst Euch nicht beleidigen! Niemand kann Euch verbieten, zu lesen, was Ihr wollt!

Haltet hoch die „Volkspresse“! Haltet hoch ein unabhängiges Organ des Proletariats von Österreich!“

In einer Reihe von Versammlungen, welche alle, auf geladene Gäste beschränkt, von Hanser und Heimann in und außerhalb Wien in den nächsten Tagen einberufen worden waren, wurde Stimmung für die „Volkspresse“ gemacht und der Erfolg blieb nicht aus. Es mehrte sich die Zahl der Feinde der „Arbeiter-Zeitung“, es war aber nicht gelungen, auch nur Eine Organisation zum offenen Übertritt zur „Volkspresse“ zu bestimmen.

Da erschien die Nummer 21 der „Volkspresse“ vom 9. November 1891 und brachte an der Spitze des Blattes Hanser's Rücktritt vom Posten eines Redacteurs dieses Organes.

„Ein Erzlump, ein Dieb, ein Betrüger und zuletzt — da alle Stränge rissen — ein Polizeidenunciant! So, das war ich! — Heute schnüre ich mein Bündel und gehe! — Ich habe meine Schuldigkeit gethan!

Ich scheid! Weiter wandere ich, und wie ein echter und rechter Handwerksbursch, so durchzigeunere ich die Steppe der Zukunft mit meinem socialistischen Wanderstocke und rufe Euch Freunden herzhaft zu: „Auf Wiedersehen!“

Den Abschied unterfertigte Hanser als „Redactionsbeamter“.

Die „Arbeiter-Zeitung“ hatte in der Nummer 42 einen den Gegenstand betreffenden Artikel mit dem Satze geendet:

„Und nun weg mit dem Schmutze! Wir gehen wieder an unsere Arbeit!“

Die Spaltung der socialistischen Arbeiterpartei Österreichs datirt aber nicht erst seit dem Monate September 1891, sie ist, wie aus dem vorjährigen Jahresberichte hervorgeht, schon seit langer Zeit vorbereitet gewesen und wurden wiederholt alle Mittel angewendet, um dieselbe nicht zum Durchbruche kommen zu lassen.

Von geringerer Bedeutung war jene Spaltung in der österreichischen Socialdemokratie, welche die Partei in eine kleine tschechisch-nationale und in eine große internationale österreichische Partei getheilt hat.

Ihren Ausgangspunkt nahm diese Spaltung von der am 17. Mai 1891 abgehaltenen, auf geladene Gäste beschränkte Conferenz von Vertrauensmännern der böhmisch-nationalen Arbeiterschaft in Prag.

Bei dieser von Wenzel Sedmidubsky und Johann Wurstl veranstalteten Conferenz waren vormittags 35, nachmittags 22 Vertrauensmänner der böhmischen Arbeiterschaft größtentheils aus Prag und den Vororten anwesend.

Als Vertreter der internationalen socialistischen Partei waren Körber, Steiner und Handlir erschienen. Kurze Zeit war auch der Referent der „Narodni listy“ anwesend.

Kabelař eröffnete die Versammlung, die Festsetzung des Programmes der zu bildenden böhmisch-nationalen socialistischen Partei als Zweck derselben bezeichnend.

Zum Vorsitzenden wurde Sedmidubsky, zu dessen Stellvertreter Horak aus Karlsbad, zum Schriftführer Stolz und Svatni gewählt.

Vavra führte aus, dass in Prag und Böhmen jetzt zwei sociale Richtungen unter der Arbeiterschaft bemerkbar seien, von denen die eine Partei, scheinbar in der Mehrzahl, zahlreiche Blätter zur Verfügung habe, während die andere, deren Organisation eben durch diese Versammlung bewerkstelligt werden soll, nur durch die Zeitschriften „Nase obrana“ und „Duch Casu“ vertreten wird. Die Majorität der böhmischen Arbeiterschaft begehe zwei Fehler, welche für die Lösung der sozialen Frage und für das böhmische Volk verhängnisvoll werden könnten.

Einerseits werde die sociale Frage für die Fabrikarbeiterclassen allein in Anspruch genommen, obwohl der auf socialistische Grundlage aufgebaute Staat für alle Classen der menschlichen Gesellschaft gleiche Rechte und Vortheile bringen solle; andererseits werde dem Begriffe der internationalen Vereinigung der Arbeiterschaft die Bedeutung beigelegt, als bilde die Liebe zum Vaterlande und zum Volke ein Hindernis zur Erreichung der angestrebten sozialen Reform und sei mit dem Socialismus ganz unvereinbar.

Ziele der zu bildenden Parteien seien:

1. Die Vereinigung aller Proletarier jedweder Kategorie (Arbeiter, Kleingewerbetreibende, Landleute, Beamte);
2. Beschränkung des Internationalismus auf gegenseitige Unterstützung im Kampfe zur Erreichung der Socialreform ohne Preisgebung der Nationalgefühle — wie dies von den Arbeitern aller anderen Völker bereits anerkannt wäre.

Kabelar sagte, die deutschen Arbeiter in Böhmen predigen sehr eifrig den Internationalismus im obigen Sinne, weil diese Auffassung ihrer Nationalität zum Vortheile gereiche.

Jeranek tadelte die Haltung der Internationalisten gegenüber der Landesausstellung und den Wahlen in die Unfallversicherungsanstalt, er sprach den Wunsch aus, dass die Arbeiterblätter weniger hetzen, mehr fachliche Bildung und die Arbeitslust fördern.

Benak bemerkte, dass die Führer der Gegenpartei die Arbeiter hetzen, und zu unüberlegten Schritten verleiten, hiedurch aber die Interessen der Arbeiter und Nation schädigen. Wenn die Massen sich hinreißen ließen, wären die Führer die ersten, welche fortlaufen und die Menge sich selbst überlassen.

Körber bekämpfte die Ausdehnung der sozialen Frage auf die übrigen Gesellschaftsclassen, die mit dem Capitalismus zusammenhängen, warnte vor Kräftezersplitterung, bestritt die Nothwendigkeit der Bildung einer neuen Partei, bezeichnete das Weltbürgerthum als Zukunftsideal und erklärte, dass die Nationalitätsfrage vom Capitalismus in die Arbeiterschaft hineingetragen worden sei, um letztere in sich uneinig zu machen.

Körber suchte den Vorwurf der Entnationalisirung von seiner Partei abzuwehren und erklärte, dass von den socialdemokratischen Principien nicht nachgelassen werden könne. In der Nachmittagssitzung wurde an Stelle Horak's, der nicht mehr erschien, Vinsiska zum Vorsitzendenstellvertreter gewählt.

Vavra wies den Anwurf, die Nationalpartei stehe im Dienste der capitalistischen Journale und der Junggecken, zurück, prophezeite den baldigen Untergang aller extremen Elemente im böhmischen Socialismus und wiederholte das vorher Gesagte.

Steiner warnte nochmals vor der Bildung einer neuen Arbeiterpartei, deren Grundsätze die Mehrzahl der Arbeiter nicht anerkennen und sprach einer geringen Anzahl von Leuten, in welcher die Arbeiterkreise nicht einmal gehörig vertreten sind, die Berechtigung ab, ein Programm aufzustellen.

Seine Partei stehe unter dem Banner der Humanität, nicht der Nationalität.

Martial führte an, der Hauptgrundsatz des internationalen Socialismus, die Gleichheit aller Völker, gelte für die böhmische und die ganze slavische Arbeiterschaft nicht, weil auf dem Brüsseler Congress in allen europäischen Sprachen außer der slavischen verhandelt werden durfte.

Hierauf wurde nachstehendes, aus 12 Punkten bestehende Programm der böhmisch-slavischen national-socialistischen Demokratie verlesen und nach einigen Berichtigungen angenommen:

Programm.

1. Die Partei wirkt und entwickelt sich auf socialdemokratischen Grundsätzen und heißt „Narodni socialna demokracie česko-slovanska“ (die böhmisch-slavische national-socialistische Demokratie).
2. Die socialdemokratischen Grundsätze basiren auf der wahren Humanität, die allein eine dauernde, die ganze Menschheit zufriedenstellende Regelung der gesellschaftlichen, namentlich der volkswirtschaftlichen und culturellen Verhältnisse gestatten.
3. Die Partei will mit Rücksicht auf die bestehenden Staatseinrichtungen, sämtliche Reformen und Änderungen der gesellschaftlichen Ordnung, welche die Freiheit und das Wohl zu fördern geeignet sind, fest und mit Ausdauer anstreben.
4. Sämtliche Classen der bürgerlichen Gesellschaft werden für berechtigt betrachtet, zur Ermöglichung der Regelung der Gesellschaft auf socialdemokratischen Grundsätzen in eigenen Fragen willig und frei einzugreifen.
5. Für die wichtige und vollständige Lösung der sozialen Frage sieht die Partei die beste Gewähr im Fortschritte der Cultur, in der Bildung des Volkes und in der gemeinschaftlichen Organisation der zunächst interessirten Classen.
6. Die sociale Frage deckt sich mit der Arbeiterfrage nicht, jede hat ein anderes Ziel und eine andere Grundlage zu ihrer Lösung, die letztere ist actuell, die erstere wird erst in weiterer Zukunft gelöst werden können.
7. Die große Wichtigkeit der gemeinsamen internationalen Bestrebungen für die dauernde und sichere Verwirklichung der unaufschiebbaren Arbeiten und volkswirtschaftlichen Fragen wird anerkannt und die Beobachtung der aus diesen Bestrebungen hervorgegangenen Vorschriften sowie die Erfüllung der damit verbundenen Pflichten zugesichert.
8. Der Internationalismus wird bloß als Ausgangspunkt der materiellen Fragen betrachtet; für die Arbeiter- und die eigentliche sociale Frage wird eine selbständige Organisation nach den Nationalitäten anempfohlen.
9. Für die Lösung der Arbeiterfrage wird eine feste Organisation der gesammten Arbeiterschaft anempfohlen, doch hätte derselben eine Organisation nach Nationalitäten zur Basis zu dienen.
10. Für die böhmisch-slavische fachliche Arbeiterorganisation wird die Partei bestrebt sein, eine böhmisch-

slavische Arbeitervereinigung (oesko-slovanske s druzenié delnicke) zu bilden.

11. Zur Besserung der dermaligen gesellschaftlichen Verhältnisse stellt die Partei folgende Forderungen auf: Regelung der gesetzlichen Normalarbeitszeit, Erlangung aller politischen und bürgerlichen Rechte, Aufhebung des Schulgeldes an allen Unterrichtsanstalten. Zur Deckung des hiedurch entstehenden Aufwandes soll das stehende Heer abgeschafft werden, wofür die allgemeine Wehrpflicht erforderlichenfalls eingeführt werden könnte.

12. Zur Verfolgung dieser Zwecke sollen alle anerkannten Mittel angewendet werden.

Wurstial und Benak forderten zur Verbreitung der national-socialistischen Zeitschriften auf. Ersterer regte auch die Bildung von Vereinen zum Zwecke der Wahl-agitation behufs Erlangung von Mandaten in den Gemeindeausschüssen an.

Wie schon früher erwähnt wurde, erfolgte am Parteitag der österreichischen Socialdemokratie zu Wien am 28. und 29. Juni 1891 der Exodus der national-socialistischen Fraction aus Böhmen.

Die bestehende Zerklüftung wurde noch erweitert als Redacteur Hybeš in der Nummer 14 der Brüner čechischen socialistischen Zeitung „Rovnost“ (Gleichheit) nach dem Parteitage folgenden Aufsatz veröffentlichte:

„Genossen zu den Waffen! Der Kampf beginnt! —

So lautet der Anfang des ersten nach dem Congresse geschriebenen Feuilletons der Anhänger der „Obrana“ und in deren zweiten Blatte „Duch času“.

Mit wem wollen sie kämpfen? Vielleicht mit unserer (i. e. der internationalen) Partei? Dann setzen sie vielleicht voraus, dass wir über sie losgehen, dass wir sie vielleicht umzingeln werden. Wenn sie das glauben, dann leiden die Armen an Ruhmsucht und als so krankhaft können sie umso mehr auf unsere Toleranz sich stützen.

Es wurde auch sonst von uns gar nicht vermeint, ihnen das mindeste in den Weg zu legen. Unser Interesse ist, dass sie vollständig freie Hand und einen sicheren Rücken haben, um sich auf denjenigen mit voller Kraft werfen zu können, den sie für den gefährlichsten Feind der čechischen Arbeiterschaft betrachten.

Also Freunde, kämpfet wie die Löwen! Von unserer Seite wird Euch kein Haar gekrümmt werden, das könnt Ihr glauben, wenn Ihr uns ansonsten nicht als Euren Feind ansehen wollt, als denjenigen, mit dem Ihr Euch verbinden wolltet.“

Mit dem Zeitpunkte als die Wiener Genossen durch die Ausschließung Hanser's und Heimann's die Spaltung zum offenen Ausbruch brachten und den Organisationen in den Kronländern Anlass zu meist abfälligen Bemerkungen über die Wiener Parteileitung gaben, wurden in einigen Theilen Mährens, namentlich in den nördlich gelegenen Bezirken dieses Kronlandes, hektographirte Exemplare eines neuen Organisationsplanes verbreitet.

Es sollte wie in Böhmen auch in Mähren eine neue Partei geschaffen werden und während die oberwähnten Exemplare zur Verbreitung gelangten, constituirte sich in Mährisch-Neustadt im Bezirke Littau ein provisorisches Centralcomite mit Josef Jakubek an der Spitze.

Die Gewinnung von Anhängern für dieses neue Programm geht nur sehr langsam von Statten, seitdem der als Faiseur geltende Holzdrehler Wilhelm Neumann, welcher in Wien, XVIII., Andreasgasse Nr. 6, im Aufenthalte war, und von hier aus den Vertrieb der hektographirten Programme besorgte, in den letzten

Tagen des Monats September diesen Aufenthalt verlassen und sich nach Deutschland begeben hatte.

Dieser Organisationsplan für die socialdemokratische Partei im Norden von Mähren hatte folgende Einleitung:

„Um ein Gedeihen der Partei zu ermöglichen und die Beschlüsse des II. österreichischen Parteitages zu verwirklichen, diene folgender Plan für die Organisation als Grundlage. Die Art der Organisation wird aber durch eine Centrale geleitet und gefördert.

Durch nachfolgenden Organisationsplan soll die politische Bewegung gestärkt und gefördert werden, um für unsere Partei größere Vortheile zu erreichen.

Aus diesem Grunde wird das Gewerkschaftliche durch diese Organisation nicht berührt werden und ganz den Landesvereinen überlassen bleiben.

Die jetzigen politischen Vereine konnten den Verhältnissen nicht genügend entsprechen, da sie durch die österreichische Gesetzgebung in ihrer Wirksamkeit, sowie in der Aufnahme der Mitglieder an verschiedene Beschränkungen gebunden sind.

Den Vortheil werden also die freien Organisationen gegen die Vereine haben, dass sie an Statuten nicht gebunden sind, dass sich der Wirkungskreis auf die ganze große Masse erstrecken wird, ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht und Religion, und nicht eingewängt in die engen Rahmen irgend welcher Statuten, sondern bloß basirend auf den Organisationsplan.

Unter Nord-Mähren sind zu verstehen die Bezirks-Hauptmannschaften Olmütz, Sternberg, Littau, Müglitz, Zwittau, Mährisch-Schönberg, Mährisch-Trübau, Römerstadt und Hohenstadt.

Ohne den internationalen Charakter der Partei zu beeinträchtigen, wird sich doch unsere Agitation zuerst auf das Volk deutscher Zunge erstrecken müssen, da sonst die Arbeit sehr erschwert würde und der gewünschte Erfolg nicht so leicht eintreten würde. Daher wird es nothwendig sein, einzelne böhmische Orte nach Central-Mähren einzureihen, welches sich wieder auf den slavischen Theil Mährens erstrecken soll.“

Die Organisation geschieht durch:

- I. Localorganisationen,
- II. Ortsgruppen,
- III. die Bezirksconferenzen,
- IV. durch die Centrale.

Jedem dieser Punkte wurde in der neuen Programmvorlage eine eingehende Erörterung zutheil, welche aus dem Grunde hier nicht zur Darstellung gelangen, weil sie mehr oder weniger mit den alten Organisationen sich in Übereinstimmung befinden.

Der Programmentwurf enthält noch folgende Bestimmungen:

„Diese eben geschilderte Organisation lässt sich nur bewerkstelligen, wenn die nöthigen Gelder vorhanden sind. Es hätte also jedes Mitglied 5 kr. per Woche für den Agitationsfond abzuliefern und ist dieser Beitrag mindestens alle zwei Wochen durch die Localausschüsse einzukassieren, wofür den Genossen Marken eingehändigt werden als Quittung.

Der Betrag von 5 kr. per Woche wird gewiss keinen Genossen zu hoch kommen, da er ja dann den „Volksfreund“ unentgeltlich ins Haus bekommt.

Der Ausschuss hat alle Monate den Gebahrungsausweis einzusenden an die Centrale mit 80 Procent dereinkassierten Gelder, da die Anschaffung der Zeitung durch die Centrale erfolgt, 10 Procent sind an die

Bezirksleitung abzuliefern und die letzten 10 Procent im Orte zu behalten, für die örtlichen Auslagen.“

Gegen Ende des Berichtsjahres trat in Wien unter der Führung von Josef Schatzl und Franz Wammerl eine neue Arbeiterpartei in die Bewegung ein, welche das Programm aufstellte: Auf gesetzlichem Boden ohne jede politische Duselei, bloß auf wirtschaftlichen Grundlagen die Vergesellschaftlichung aller physischen und geistigen Arbeit insoweit zu vollziehen, dass ohne Anwendung von jeder Gewalt (Terrorismus und Revolution) die sociale Frage wirklich voll und ganz gelöst wird.

Als Zweck des Programmes wurde hingestellt „durch ein Übergangsstadium die heutige privat-capitalistische Production in eine gesellschaftliche Production umzuwandeln.“

Schatzl machte zuerst in Volksversammlungen für sein Programm Propaganda, wurde aber von der officiellen und Oppositionspartei gleich heftig angegriffen und versuchte später, durch das social-wirtschaftliche Organ „Die freie Arbeit“, dessen erste Nummer am 13. Februar 1892 erschien, dem neuen Programme Anhänger zuzuführen.

Als bestes Agitationsmittel für die Partei in Österreich erwies sich im Berichtsjahre wieder die Ausnützung des Gesetzes über das Vereins- und Versammlungsrecht, sowie des Pressgesetzes.

Auf dem Vereins- und Versammlungsgebiete hat die Arbeiterpartei im abgelaufenen Jahre einen weiteren grossen Schritt nach vorwärts gemacht.

Die Organisation jener Arbeiterkreise, welche ihre Bestrebungen auf legalem Wege zur Geltung zu bringen unternommen haben, hat sich zwar auch früher, ungeachtet der Ausnahmsverfügung vollzogen. Als ein Beweis hierfür kann die im Vorjahre schon nachgewiesene große Zahl von Arbeitercongressen in Österreich und ganz besonders im Ausnahmsgebiete angeführt werden.

Der Weiterbau der Gliederung in diesem Jahre hat aber einen bisher bedeutenden Aufschwung genommen.

Zu Ende des Jahres 1890 bestanden im Wiener Polizeirayon 50 Arbeiterfachvereine, 12 Arbeiterbildungsvereine und 1 politischer Arbeiterverein.

Im I. Quartale des Jahres 1891 sind 4 Fachvereine und 1 Bildungsverein, im II. Quartale 9 Fachvereine, und im III. Quartale gar 17 Fachvereine, 1 Bildungs- und 1 politischer Arbeiterverein zugewachsen, während im IV. Quartale sich die Zahl der bestehenden Arbeitervereine noch um weitere 7 Fachvereine und um 2 Bildungsvereine, sodann um einen politischen Arbeiterverein vermehrt hat. Dagegen wurden zwei Arbeitervereine, nämlich der „Verein der Buchdrucker in Niederösterreich“ und der „Club der Wiener Drucker und Maschinenmeister“ infolge statutenwidrigen Gebarens anlässlich des Buchdruckerstrikes in Wien behördlich aufgelöst.

Es stellte sich die Zahl der Arbeitervereine in Wien mit Ende des Jahres 1891 auf 85 Fach- und 16 Bildungs-, sowie 3 politische Arbeitervereine heraus. Welchen Gebrauch die Arbeiter von dem Gesetze über das Vereins- und Versammlungsrecht vom 15. November 1867, R. G. Bl. 134 bez. 135, machten, zeigt folgende Darstellung aus dem Wiener Polizeirayon: Im I. Quartale hielten die Fachvereine 152, die Bildungsvereine 115, der politische Arbeiterverein „Gleichheit“ 20 Vereinsversammlungen ab. In diesen 287 Versammlungen wurden 221 Vorträge, davon 67 über Organisation gehalten. Im II. Quartale hielten die Fachvereine 170, die Bildungsvereine 132 und der politische Verein „Gleichheit“ 5 Vereinsversammlungen ab. In diesen

307 Vereinsversammlungen wurden 291 Vorträge gehalten. Noch größer wurde die Zahl der Arbeitervereinsversammlungen im III. Quartale. In diesem Zeitraume fanden 225 Versammlungen der Fachvereine, 110 der Bildungsvereine und 4 des Vereines „Gleichheit“, zusammen 339 Vereinsversammlungen statt.

Mit der theilweisen Aufhebung der Ausnahmsverordnung des hohen Gesamtministeriums am 8. Juni 1891 wurden auch die allgemein zugänglichen sogenannten Volksversammlungen wieder möglich, von denen im III. Quartale in Wien allein 48 abgehalten wurden.

Im IV. Quartale trat eine geringe Verminderung der Arbeiterversammlungen ein, welche aber mehr durch die eingetretene Spaltung in der Partei bedingt worden ist.

Eine bedenkliche Erscheinung ist die immer mehr zunehmende Veranstaltung solcher Versammlungen, welche nur auf geladene Personen beschränkt abgehalten werden.

Die Arbeiterorgane fordern direct auf, die Ausnahme von den Bestimmungen des §. 2 des Gesetzes über das Versammlungsrecht ausgiebig auszunützen, weil bei solchen Versammlungen auf geladene Gäste die Intervention durch einen Abgeordneten der Behörde ausgeschlossen ist.

Es muss jedoch an dieser Stelle constatirt werden, dass die Arbeiter den nothwendig gewordenen strengen Anforderungen der Behörde bei der Prüfung dieser Art von Versammlungen auf ihre Legalität immer mehr und mehr nachkommen, so dass der Behörde nur selten die Gelegenheit geboten ist, eine solche Versammlung als illegal aufzulösen.

Die Erfolge der deutschen Socialdemokratie bei den Reichsrathswahlen am 20. Februar 1890 und die unausgesetzten Kämpfe der Arbeiterschaft in Belgien um die Erlangung des allgemeinen und directen Wahlrechtes, welches im Jahre 1890 auch in der gesetzgebenden Kammer in Spanien angenommen wurde und seither eingeführt worden ist, ganz besonders aber die Einwirkung der deutschen Reichrathsfraction auf die österreichischen Delegirten Dr. Victor Adler, Rudolf Pokorny und Rudolf Hanser auf dem deutschen Parteitag zu Halle a. d. S. am 12. October 1890 haben die Idee des Kampfes um die Erlangung des allgemeinen und directen Wahlrechtes bei den österreichischen Socialisten wachgerufen und es dahin gebracht, dass die Socialdemokraten in Österreich in diesem Jahre zum erstenmale sich activ an der Reichsrathswahl betheiligt haben.

Zu dem Zwecke wurden von einzelnen Socialisten, die des activen Wahlrechtes durch Erlag der Steuer theilhaftig geworden waren, Wählerversammlungen einberufen und ebenso wurden vom politischen Arbeiterverein „Gleichheit“ mehrere öffentliche Vereinsversammlungen mit der Tagesordnung auf Discussion über die Erlangung des allgemeinen und directen Wahlrechtes veranstaltet.

Der Erfolg der Socialdemokraten bei den Reichsrathswahlen war aber ein sehr klüglicher, was natthlicherweise nur dem Umstande zugeschrieben wurde, dass in Österreich das allgemeine und directe Wahlrecht noch nicht eingeführt ist. Immerhin brachten es einige der aufgestellten Candidaten der socialdemokratischen Partei in Wien auf mehr als 100 Stimmen, so der Drechsler Jakob Reumann, welcher im Hernalser Wahlbezirke von 7321 Stimmenden 103 Stimmen und einige Stimmen im Wahlbezirke Sechshaus, dann der Parteiführer Dr. Victor Adler, welcher im Wahlbezirke Mariahilf von 3734 abgegebenen Stimmen die Zahl von

101 Stimmen für seine Candidatur zu erlangen vermochte.

Die socialdemokratische Partei hat übrigens in Wien keinen Sieg zu hoffen gewagt, wohl aber in einigen der großen Industriebezirke in Nordböhmen, wo mehrere socialistische Candidaten für die Reichsrathswahl aufgestellt waren.

Der missliche Erfolg bei den Reichsrathswahlen war für die Partei maßgebend, sich von der Betheiligung an den Gemeinderathswahlen in Wien und in den größeren Stätten der Kronländer, wo Wahlen in solche Körperschaften stattfanden, fernzuhalten. Als Grund zu dieser Enthaltung wurde in Wien die Agitation für die Mai-Feier vorgeschützt.

Aus der großen Zahl der im abgelaufenen Berichtsjahre in Wien abgehaltenen Arbeiterversammlungen sei hier nur einiger erwähnt.

Die Bäckerversammlung bei „Schwender“ in Fünfhaus am 7. April 1891 ist deswegen von Interesse, weil in derselben über Antrag des Genossen Siegmund Neumann beschlossen wurde, sofort, beziehungsweise nach Ablauf der Kündigungsfrist, in den Strike zu treten.

Am 1. Mai fanden im Wiener Polizeirayon 26 öffentliche Vereinsversammlungen, dann 26 freie Versammlungen, jedoch beschränkt auf die Gehilfen einer Branche, und endlich 6 genossenschaftliche Gehilfenversammlungen, im ganzen also 58 Arbeiterversammlungen statt, denen etwa 30.000 Arbeiter beigewohnt haben.

In allen diesen Versammlungen wurden die gleichen Resolutionen in Bezug auf Arbeiterschutz und Arbeitszeit eingebracht und angenommen.

Eine weitere Resolution in Bezug auf die Erlangung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechtes, welche in den nichtpolitischen Arbeitervereinen nicht zur Abstimmung kommen konnte, wurde in den freien Versammlungen in Antrag gebracht und angenommen.

Am 12. Juli wurde in Troppau eine von dem Zimmermaler Karl Körmer einberufene Volksversammlung abgehalten, bei welcher der Obmann des dortigen Arbeiterfortbildungsvereines, Josef Weiser, über den Verlauf des in Wien am 28., 29. und 30. Juni stattgehabten Parteitages referirt hat. Nach dem Antrage Hellebrand's wurde folgende Resolution beschlossen:

„Die heute in Troppau tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages in Wien vollkommen einverstanden und die Versammelten erklären im Sinne der Beschlüsse zu wirken.“

In Steyr wurde derselbe Gegenstand in einer Volksversammlung am 28. Juli 1891 in ähnlicher Weise behandelt und beendet.

In der Versammlung des politischen Vereines „Gleichheit“ beim „Schwender“ am 12. September 1891 referirte Dr. Victor Adler vor 1000 Personen über die Ergebnisse des Brüsseler internationalen Socialistencongresses mit dem Hauptinhalte:

1. Ein internationaler Arbeiterschutz werde nur durch die Macht der Arbeiter, soweit deren Organisation reicht, nicht aber durch die Macht der Regierungen zu stande kommen.

Das habe die internationale Schutzconferenz in Berlin im Jahre 1890 bewiesen.

2. Es sollen in jedem Lande „Arbeitersecretariate“ geschaffen werden, welche die Verbindung mit den andern Ländern herzustellen, respective zu unterhalten hätten.

Da aber dies in Deutschland und Österreich, sowie in allen an der russischen Grenze gelegenen Ländern

nicht gehe, so sei über die Art, wie die Secretariate zu fungiren hätten, diesen Ländern volle Freiheit gestattet.

Einen Commentar hiezu lieferte der sowohl nach dem Brüsseler internationalen Socialistencongresse als nach dem internationalen Metallarbeitercongresse (zu Brüssel in denselben Tagen abgehalten) entsendete Rudolf Pokorny in der freien Metallarbeiterversammlung bei „Schwender“ am 20. September 1891, indem er nach Besprechung der auf dem internationalen Socialistencongresse als nothwendig aufgestellten Arbeitersecretariate sogleich auf die Thatsache überging, dass auf dem Metallarbeitercongresse in Brüssel beschlossen wurde, dass in jedem Lande von allen Metallarbeitern ein Vertrauensmann zu wählen sei, der mit den Vertrauensmännern der übrigen Länder zu correspondiren und die internationalen Verbindungen zu unterhalten habe.

Am 18. September 1891, abends 8 Uhr, fand im I. Bezirke, Fleischmarkt Nr. 16, eine von Emanuel Polaczek auf geladene Gäste beschränkte Versammlung statt, welcher 200 bis 300 Personen von den Handelsangestellten und außerdem die Herren Dr. Kronawetter und Pernerstorfer beigewohnt haben.

Der Verlauf ließ keinen Zweifel übrig, dass socialistische Elemente das Terrain in dieser Versammlung beherrscht haben.

In dieser Versammlung, welche einen „Verein für Handelsbedienstete“ zu gründen beschloss, wurde der erste Schritt gemacht, die in den niederen Stellen der Handelsbranche angestellten Personen in die socialistische Bewegung einzubeziehen.

Dass die Anregung hiezu von socialistischer Seite ausgegangen ist, beweist die Anwesenheit von notorischen Socialisten, wie Ausobsky und Schafranek und die fast gleichzeitige Publication eines zur Verlesung gebrachten Briefes des französischen Socialisten J. Quesde in der Nummer 38 der „Arbeiter-Zeitung“ vom 18. September 1891, in welchem dieser aus Paris dd. 15. September 1891 schreibt:

„Unsere Handlungsgehilfen haben lange Zeit bedurft, sich ihrer Knechtschaft und ihres Elends, die nicht geringer sind, als die aller übrigen Arbeiter, bewusst zu werden. Nun aber haben sich in Paris Marseille, Besançon, Poitiers, Nancy, Rouen und Lille schon Vereine gebildet, welche erkannt haben, dass ihre Wirksamkeit umso mächtiger sein wird, je centralisirt sie sein werden.“

Der Brief Quesde's schließt mit den Worten:

„Wenn das, was in Frankreich vorgeht, in allen Ländern geschieht, wird schon der nächste internationale Congress 1893 eine internationale Föderation der Handelsangestellten von Europa sehen, wie schon der Brüsseler Congress die Vereinigung der Metall-, Holz- und Textilarbeiter aufgewiesen hat.“

Bei der am 27. September 1891 in Troppau stattgehabten Tischlergehilfenversammlung berichtete der Einberufer derselben, Adolf Rieger, über den am 6., 7. und 8. September in Prag abgehaltenen II. österreichisch-ungarischen Tischlertag. Diese Versammlung erklärte sich in einer Resolution mit den Beschlüssen des gedachten Tischlertages einverstanden.

Um auch die Frauen für die socialistische Bewegung zu gewinnen, wurde am 27. September 1891 in Linz eine allgemein zugängliche Versammlung veranstaltet, an der sich circa 400 Personen, zum großen Theil weiblichen Geschlechtes, botheiligten und in welcher hauptsächlich die Schneiderin Marie Grubinger aus Wien für die Verbesserung der Lage der Arbei-

terinnen auf Grund des socialistischen Parteiprogrammes eintrat.

Von Interesse war auch die öffentliche Vereinsversammlung der Eisen- und Metallarbeiter in Wien, am 4. October 1891, in welcher Jakob Reumann zum erstenmale über die neuen Regierungsvorlagen: Obligatorische Einführung der Arbeiterausschüsse, Organisation der Fabriksarbeiter und Einigungsämter sich aussprach. Er fand in allen drei Vorlagen für die Arbeiter etwas Gutes, aber mehr von Nachtheil, weshalb für die Arbeiter noch immer die freie Organisation am besten sei.

Als besonders nachtheilig wurde von Reumann hingestellt, dass der Arbeitsgeber die Mandatsdauer der Arbeiterausschüsse bestimmen soll, weil deshalb nur „brave“, das heißt willfährige Arbeiter ein Mandat erhalten werden und dass die Leitung der Wahlen den Arbeitsgebern obliegt. Die Einigungsämter hingegen werden illusorisch, weil ihren Entscheidungen keine Gesetzeskraft innewohnen werde.

Ebenso interessant gestaltete sich die gleichfalls am 4. October 1891 in Petermann's Gasthause in Wien, Mariahilferstrasse Nr. 7, abgehaltene, auf geladene Gäste beschränkte Versammlung der Diurnisten und Hilfsbeamten, sowie aller Kopfarbeiter überhaupt, welche mit dieser Versammlung in die Bewegung eingetreten sind.

Als eine neue Erscheinung in Österreich stellte sich die große Versammlung der „arbeitslosen Schuhmacher“ am 28. October in Hernals dar, zu welcher als Demonstration die „hungernden“ Weiber und Kinder der Schuster ebenfalls geladen und auch erschienen waren. Die maßlosen Reden einzelner Personen, „sie würden nicht die Bajonnette und die Kanonen scheuen“, wurden selbst vom anwesenden Reichsrathsabgeordneten Pernerstorfer als „starker“ Tabak und als Unsinn erklärt, der sagte:

„Die Arbeiter könnten den Bajonnetten und Kanonen entgegengehen, aber ebenso gewiss sei ihre Niederlage.“

Am 10. November 1891 folgte eine Versammlung der arbeitslosen Bauarbeiter abermals in Hernals, welche jedoch einen ruhigen Verlauf genommen hatte.

Auf beiden Versammlungen der Arbeitslosen war die Frage der Lebensmitteltheuerung in demonstrativer Weise zur Behandlung gekommen.

Am 18. October 1891 fand in Lemberg eine Matinée zur Erinnerung an den Arbeiterführer Ludwig Warynsky, einen der Gründer des socialrevolutionären Geheimbundes „Proletariat“ in Warschau statt.

An der vom Schriftsetzer Daniluk veranstalteten Matinée hatten 400 persönlich eingeladene Arbeiter theilgenommen.

In der vom Schriftsetzer Mankowsky gehaltenen Eröffnungsrede hob er die Verdienste des im Kerker der Festung Schlüsselburg verstorbenen Ludwig Warynsky um die Arbeiterschaft hervor. Es sprachen noch Daniluk, sowie der bei ähnlichen Anlässen nie fehlende beschäftigungslose Israelit Diamant, welcher die Versammelten gegen den Reichsrath, insbesondere gegen den Polenclub, aufreizte.

Am 6. November wurde die Socialistin und Wagenverschiebersgattin Marie Hergot in ihrer Wohnung in Prag, Smichov Nr. 565, verhaftet und dem k. k. Landesals Strafgerichte in Prag eingeliefert, weil sichergestellt worden ist, dass sie bei einer Versammlung in Prosek aufrührerische, gotteslästernde und majestätsbeleidigende Reden geführt und hochverrätherische Gesänge vorgelesen hat.

Es fand nämlich am 1. November in Prosek, Bezirk Karolinental, eine illegale Versammlung des Vereines „delnicka jednota“ statt, in welcher Marie Hergot vor 250 Personen einen Vortrag: „Die Frau in ihrem Berufe“ hielt, in welchem der Thatbestand des Verbrechens der Majestätsbeleidigung, der Störung der öffentlichen Ruhe und der Religionsstörung begründet war.

Der Vereinsvorstand Josef Tatar hatte nichts gethan, ja sogar das Absingen eines hochverrätherischen Liedes gestattet, später der den Straffall untersuchenden Gendarmerie gegenüber alles geleugnet und wurde daher wegen Mitschuld verhaftet.

In der Hausdurchsuchung bei Marie Hergot, welche seit Mai 1891 confessionslos ist und wiederholt schon socialistische Artikel geschrieben hat, und welche im Berichtsjahre ihren Gatten treulos verlassen hat, um dem radicalen Socialisten Johann Opletal nach Wien zu folgen, wurde eine Menge socialistischer und anarchistischer Druckschriften gefunden.

Nach geschlossener Voruntersuchung wurde gegen nachstehende Personen die Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben:

1. Marie Hergot, 29 Jahre alt;
2. Josef Tatar, Fleischhauer, 27 Jahre alt;
3. Marie Jagr, Spenglersgattin, 29 Jahre alt;
4. Johanna Waly, Buchbindersgattin, 25 Jahre alt;
5. Maria Astraček, Schuhmachersgattin, 35 Jahre alt;
6. Anna Zouza, Maurersgattin, 32 Jahre alt; und
7. Katharina Kejka, Näherin, 28 Jahre alt.

Bei der Schlussverhandlung wurde Hergot zu 15 Monaten, Tatar zu 8 Monaten, drei der angeklagten Socialistinnen zu 6 Wochen bis zu 3 Monaten schweren Kerkers verurtheilt; zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Endlich fanden noch am 25. December 1891 in Wien und in allen größeren Industriorten von der Parteileitung in Wien angeregte Volksversammlungen statt, in welchen abermals über das Thema „Die Lebensmitteltheuerung“ verhandelt worden ist. In Wien fanden acht solcher Versammlungen zu gleicher Zeit statt, welche jedoch mäßig besucht waren und einen ruhigen Verlauf genommen hatten, wiewohl geraume Zeit vorher schon angeregt worden war, nach Beendigung derselben einen demonstrativen Umzug zu veranstalten.

An früherer Stelle wurde schon der Auflösung zweier Vereine in Wien erwähnt.

Von weiteren Vereinauflösungen ist noch bemerkenswert: Die Auflösung des Arbeitervereines in Triest „Confederazione operaia triestina“ am 15. März 1891 wegen Überschreitung des statutarischen Wirkungskreises und Ausfertigung von dem Strafgesetze zuwiderlaufenden Beschlüssen. Der gedachte Verein hat nämlich zur Zeit der Reichsrathswahlen ein Wahlmanifest, beginnend mit den Worten: „E sorto il giorno“ und endend mit den Worten „del vero progresso“, orlassen, welches wegen des objectiven Thatbestandes des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe nach §. 65 a und des Vergehens der Aufreizung zu Feindseligkeiten gegen Nationalitäten nach §. 302 St. G. mit Beschlag belegt wurde.

Am 25. Juni 1891 wurde in Steyr der Verein der „Eisen- und Metallarbeiter“ ebenfalls wegen Überschreitung seines statutarischen Wirkungskreises aufgelöst und am 12. October 1891 verfiel der politische Verein „Vorwärts“ in Brünn, der seine Thätigkeit über ganz Mähren erstreckte, der behördlichen Auflösung.

Dieser Verein, welcher sich am 8. December 1890 erst constituirt hatte, zählte bei seiner Auflösung schon

mehr als 1400 Mitglieder, die in den verschiedenen Städten Mährens ihren Wohnsitz hatten.

Die Agitation für den Verein wurde mittels aller verfügbaren Kräfte betrieben und zu dem Zwecke eine ganze Menge von Wanderversammlungen in der sehr kurzen Zeit abgehalten. So in Zwittau, Mährisch-Trübau, Sternberg, Neutitschein, Fulneck, Groß-Ullersdorf, Schönberg, Mährisch-Ostrau, Privos, Deutsch-Eisenberg, Friedrichsdorf, Mährisch-Neustadt, Römerstadt etc. Der Verein war zweifelsohne die mächtigste Organisation in Mähren.

Aus der ebenfalls großen Zahl der in Österreich im Berichtsjahre gegründeten Vereine ist von besonderer Bedeutung der „Unterrichtsverband der Arbeiterbildungs- und Fachvereine Wiens“, welcher mit dem Erlasse der k. k. niederösterreichischen Statthalterei vom 27. August 1891, Z. 51870, bescheinigt worden ist. Dieser Verband bezweckt in erster Linie die Hebung der geistigen Lage der Arbeiter.

Bisher haben die Arbeiterbildungsvereine und die Fachvereine in Bezug auf Unterricht, Vorträge und Bibliothek einzeln jeder für sich gewirkt. Dieser Vorgang bot Schwierigkeiten mancher Art. Er schaffte vor allem einen großen Kostenaufwand und verlangte außerdem eine große Anzahl von passenden Lehr- und Vortragskräften. Die leitenden Personen haben daher aus praktischen und ökonomischen Interessen schon lange geplant, einen Verband für den Unterricht herzustellen, aber während des Ausnahmezustandes keinen Versuch in der Richtung unternommen.

Nachdem aber die Ausnahmgeseetze zum größten Theile gefallen und noch der Umstand eingetreten ist, dass die socialpolitische Section des Gewerbevereines an die Arbeitervereine mit dem Vorschlage herangetreten ist, jedem derselben einen entsprechenden Betrag für den Unterricht zur Verfügung zu stellen, in welchem Vorgange die Führerschaft ein Ködern der Arbeiter zu erkennen glaubte und vermuthete, dass man nur auf schlaue Weise einen Keil in die Organisation eintreiben wolle, machte sich die Leitung daran, den neuen Verband so schnell wie möglich ins Leben zu rufen.

Zuvor waren die Vertreter der Vereine, welche sich mit Unterricht befassen, zusammgetreten, es wurde ihnen von Parteiführern die obige Absicht in präparirter Weise mitgetheilt und es wurde hierauf einstimmig die Erklärung abgegeben, dass die Arbeiterschaft an dem Grundsätze festhalte, dass die Emancipation der Arbeiter nur von den Arbeitern ausgehen müsse.

Die Parteiführer wissen eben recht gut, dass sie von dem Momente zur eigentlichen Arbeit zurücktreten müssten, wenn die sociale Frage auf anderem Wege gelöst würde; sie wollen daher absichtlich keine Hilfe, weder vom Staate, noch von der Gesellschaft.

In dieser Delegirtenversammlung wurde sodann der Plan bekannt gegeben, womöglich in jedem Bezirke eine Schule zu gründen. Die großen Summen, welche die Arbeitervereine für ihre Unterrichte bis jetzt ausgegeben haben (zusammen circa 12—1500 fl. monatlich) ermöglichen es, eine größere Zahl von Schulen zu gründen.

Die Beiträge der einzelnen Vereine sind derart geplant, dass eigentliche Bildungsvereine 30 Procent ihrer Einnahmen und die Gewerkschaften, welche 10 kr. und mehr wöchentlich einheben, 1 kr. per Kopf und Woche, jene welche unter 10 kr. wöchentlich einheben, 1/2 kr. beisteuern sollen.

Merkwürdig ist, dass zu gleicher Zeit, als in Wien dieser Plan gefasst wurde, auch in Berlin in der „Arbeiterschule“ eine ähnliche Institution geschaffen worden ist, wodurch die Annahme bestärkt wird, dass neben den

erstrebten ökonomischen Vortheilen auch noch ein anderes Interesse, das der Vereinigung einer großen Anzahl von Vereinen ins Auge gefasst war.

Der neugegründete zweite politische Arbeiterverein in Wien ist unter dem Namen „Margarethener Volksverein“ ins Leben getreten und hat am 21. September 1891 seine constituirende Versammlung gehabt. Trotz des kurzen Bestandes hat er der Behörde schon wiederholt Anlass zum Einschreiten gegeben.

Endlich ist infolge der Spaltung in der socialdemokratischen Arbeiterpartei über Hanser's Anregung noch ein politischer Arbeiterverein unter dem Namen „Unabhängigkeit“ ins Leben getreten. Dieser als „wirklich echt“ bezeichnete Volksverein hielt am Montag, den 7. December 1891, in Grasser's Localitäten in Hernals die constituirende Versammlung ab.

Die Lohnbewegung ist im Vergleich zu den früheren Jahren in ein weit ruhigeres Fahrwasser gerathen. Die Arbeiter und insbesondere ihre Führer sind sich bewusst geworden, dass Strikes zur unrechten Zeit begonnen, ohne Fundirung mit den nöthigen Geldmitteln und ohne Rücksichtnahme auf die örtlichen und zeitlichen, insbesondere auf die Marktverhältnisse niemals einen Erfolg haben und dass selbst gut fundirte Arbeitsausstände, wenn sie leichtsinnig und frivol eingeleitet werden, mit einer Niederlage enden müssen. Von den zum Ausbruch gelangten Arbeitsausständen sind nur einige in Wien von Bedeutung und vom Interesse.

Die Schuhmacher beschlossen bekanntlich schon im Sommer vorigen Jahres eine Reihe von Forderungen in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit aufzustellen und diese den Fabrikanten bekannt zu geben, damit die Arbeitgeber bis 1. Jänner 1891 hinreichend Zeit hätten, die Forderungen zu erfüllen. Die Fabrikanten indessen kamen den Forderungen nicht nur nicht nach, sondern beantworteten dieselben nicht einmal und trotzdem wurde die Arbeit nicht eingestellt.

Erst am Ende des Monats Jänner fingen Agitatoren an für die Arbeitseinstellung zu wirken und so kam es nach Ablauf von mehreren Tagen, am 3. Februar 1891, zum allgemeinen Strike, der aber bald in einen partiellen überging, nachdem einige Fabrikanten die Forderungen in der Hauptsache bewilligt hatten.

Nach dreiwöchentlicher Dauer war der Schuhmacherstrike zu Ende.

Er hatte nur einen theilweisen Erfolg für die Gehilfenschaft und verlief, abgesehen von einem Aufzuge der strikenden Gehilfen vor der Löwenthal'schen Fabrik im VII. Bezirke, Halbgasse (woselbst Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen hatten), der aber durch die Sicherheitswache rasch auseinandergetrieben wurde, ohne wesentliche Störung.

Nach Ostern begann es sich in der Bäckerbranche zu regen und es wurde in den letzten Tagen des Monates März in einer Versammlung der Bäcker im Etablissement Klein in Hernals der eventuelle Strike beschlossen.

Am 8. April begann der partielle Bäckerstrike in Wien, allein es zeigte sich schon in den ersten Tagen des Ausstandes, dass an Stelle der ausständigen Gehilfen sofort vazirende und zugereiste Gehilfen in die Arbeit traten, so dass an keinem Orte Mangel an Arbeitskräften vorhanden war. Die Sachlage wurde auch nicht geändert, als in der freien Bäckerversammlung am 28. April bei Klein in Hernals der Generalstrike proclamirt wurde und so kam es, dass in einer folgenden Versammlung am 4. Mai die Führer selbst zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit riethen.

Die Folgen des unglücklichen Ausgangs des Bäckerstrikes haben der Organisation der Bäcker sehr tief geschadet und es bedurfte langer Zeit und vieler Agitation, um einigermaßen wieder socialistisches Leben in diese Branche zu bringen, wozu die Fachpresse und die bekannten Parteiführer das ihrige redlich geleistet haben.

Dem unglücklichen Ausgang des Bäckerstrikes ist es ferner zuzuschreiben, dass Wien in der diesjährigen Bauperiode von einem Maurerstrike verschont blieb. Das Ansehen der Partei war aber durch diese Vorfälle in Misscredit gekommen und um diesen zu bannen und sich zu rächen, sollte in der Ausstandsbewegung eine Branche ins Treffen geschickt werden, welche die bestorganisirte und zugleich die bestbemittelte war.

Der geringfügige Umstand, dass wegen der Mai-Feier in einer Officin einige Maßregelungen stattfanden, war der willkommene Anlass einen Generalstrike der Buchdrucker zu proclamiren. Zu dem Zwecke hatte der bekannte Arbeiterführer und Buchdrucker Karl Höger für den 7. Mai 1891 eine auf geladene Gäste beschränkte Versammlung, exempt von §. 2 des Gesetzes über das Versammlungsrecht, zu den „drei Engeln“ einberufen, welche fast von allen Angehörigen dieser Branche, d. i. von circa 2700 Personen, besucht war.

Als Tagesordnung war angegeben:

1. Wichtige gewerbliche Angelegenheiten.
2. Allfälliges.

In dieser Versammlung wurde trotz aller eindringlichen Warnungen des Gehilfen Faber über Einflüsterung des Gehilfen Karl Höger und des Hans Czermak, des bekannten Buchdruckers und Redacteurs des Arbeiterwitzblattes „Die Glühlichter“, der Strike für den 8. Mai 1891 beschlossen.

Die Parteileitung, welche durch diesen Strike das gesunkene Prestige einigermaßen zu heben hoffte, unterstützte den Buchdruckerstrike mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.

Es sollte nämlich der außer Zweifel kommende glückliche Ausgang dieses Strikes alle Missgeschicke der Partei: den so großartig inscenirten und so kläglich verlaufenen Bäckerstrike, das nicht vollständig befriedigende Ergebnis des 1. Mai und dessen bittere Nachwehen in einigen Gegenden, durch massenhafte Arbeiterentlassungen, wieder gut machen. Die Parteileitung hatte auch alle Ursache eine günstigere Gestaltung der Dinge ernstlich anzustreben, denn Ansehen und Autorität der Arbeiterführer waren stark geschädigt und die Arbeiterschaft war nicht wenig stutzig gemacht. Die Arbeiterführer begannen also für ihren Einfluss ernstlich zu fürchten, standen aber der selbstverschuldeten Situation gegenüber bald rath- und planlos da, denn auch diese ihre letzte sichere Hoffnung ging fehl. Der aus reinem Muthwillen und im Übermuth unternommene Strike hatte infolge dessen keiner Sympathie irgendwo begegnet und hatte weder das Recht, noch den Erfolg für sich. Das erstere schon darum nicht, weil die Forderungen gegen den Tarifvertrag waren, die Gehilfen also wortbrüchlich wurden, da der Tarif noch bis Ende des Jahres 1891 Giltigkeit hatte. Trotz aller Opfer und aller Hilfe von vielen Seiten, trotz Verwendung von mehr als 100.000 Gulden, trotz aller einen glücklichen Ausgang versichernden Worte der Strikeführer in den freien Versammlungen am 18., 21. und 26. Mai, dann am 1., 7. und 10. Juni, welche von der Polizeibehörde anstandslos gestattet wurden und welche alle von circa 2700 Personen besucht waren, musste der Strike am 10. Juni 1891 als beendet erklärt werden.

Nicht eine einzige von den drei aufgestellten Forderungen:

1. Herabsetzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden,
2. Abschaffung der Überstunden und
3. Aufhebung der Kündigung,

war von den Principalen bewilligt worden.

Hingegen war der „Fortbildungs- und Unterstützungsverein der Buchdrucker für Niederösterreich“ wegen Überschreitung des statutarischen Wirkungskreises aufgelöst und der „Wiener Drucker- und Maschinenmeisterclub“ am 28. Mai 1891 sistirt worden.

Die socialistische Presse in Österreich scheint ihren Höhepunkt im vorigen Jahre und in der ersten Hälfte des Berichtsjahres erreicht zu haben, denn was seither an neuen Arbeiterorganen erschienen ist, hat seinen Grund nicht so sehr in dem Bedürfnisse nach einer neuen socialistischen Literatur als vielmehr in der bereits früher besprochenen Spaltung in der socialistischen Partei.

Zu dem schon im vorigen Jahre angeführten Verzeichnisse über die socialistische Presse in Österreich sind noch folgende Gründungen im Jahre 1891 nachzutragen:

„Casopis slabownich delnika“, slavisch, in Prag, erscheint zweimal monatlich;

„Glück auf!“ zu Karbitz in Böhmen, zweimal des Monats;

„Österreichischer Metallarbeiter“ zu Wien, zweimal im Monate;

„Nachrichten“ (Organ der Wiener Tapezierer) mit einmaligem Erscheinen im Monat;

„Nazdar“, slavisch, in Prag, zweimal monatlich;

„Nordböhmischer Volksbote“ für die Glas- und Keramikarbeiter in Steinschönau, wöchentlich einmal;

„Obuovnik“, slavisch, in Prag, monatlich zweimal;

„Odborny časopis hojici sajmy delnictva mlynarskeho“, slavisch, in Prag, vierteljährig;

„Odborny list delnictva textilniho“, slavisch, in Brünn, zweimal im Monat;

„Odborny list krejci“, slavisch, in Prossnitz, zweimal im Monat;

„Pekař“, slavisch, in Prag, vierteljährig;

„Rakousky Rovadelnik“, slavisch, in Prag, zweimal im Monate;

„Rasple“, slavisches, humoristisch - satyrisches Arbeiterwitzblatt in Brünn, einmal im Monate;

„Socialni demokrat“, slavisch, in Prag, zweimal im Monate;

„Solidarität“, Organ der Arbeiter der Glas-, Porzellan- und Thonwarenbranche in Reichenberg;

„Der Textilarbeiter“ in Reichenberg, zweimal im Monate;

„Truhlarske listy“, slavisch, in Prag, zweimal monatlich;

„Zár“, slavisch, in Prag, erscheint zweimal des Monats.

Bereits im vorigen Jahre wurde berichtet, dass die Frauen der arbeitenden Classe in die Bewegung eingetreten sind und sich die Aufgabe gestellt haben, den Kampf gemeinsam mit den männlichen Arbeitern zu bestehen. Es wurde auf die Nothwendigkeit einer gemeinsamen Organisation hingewiesen und es wurde den Arbeiterinnen nahe gelegt, dass sie dieselben Waffen wie die Männer und zusammen mit ihnen zu führen hätten.

Deshalb wurde an die Gründung eines Arbeiterinnenbildungsvereines im vorigen Jahre geschritten und in

diesem Jahre wurde der erste Schritt zur Gründung einer eigenen Presse unternommen „um den Frauen das Verständnis ihrer Lage zu eröffnen und um sie in die Schlachtlinie des kämpfenden Proletariates einzureihen.“

Es haben nämlich eine Anzahl von Frauen und Mädchen, welche bisher mehr oder weniger durch ihre Thätigkeit im Arbeiterinnenbildungsvereine bekannt geworden sind, so die Näherin Adelheid Dvořak, die Schneiderin Maria Grubinger, die Handarbeiterin Toni Spielmann u. a. m. es unternommen, eine „Arbeiterinnen-Zeitung“ in Wien ins Leben zu rufen.

Um die Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens leichter zu überwinden, sind dieselben mit der Redaction der „Arbeiter-Zeitung“ übereingekommen, dass die „Arbeiterinnen-Zeitung“ zunächst als zweimal monatlich erscheinende Beilage der „Arbeiter-Zeitung“ erscheinen soll. Zugleich wird die „Arbeiterinnen-Zeitung“ aber auch separat bezogen werden können.

Vorläufig haben die im Comité befindlichen Frauen und Mädchen eine Aufforderung an die „Genossinnen!“ gerichtet, die Geldmittel, welche ein solches Unternehmen zu seiner Gründung bedarf, durch Sammlungen aufzubringen, durch deren günstigen Erfolg es möglich ward, die erste Nummer der „Arbeiterinnen-Zeitung“ am 1. Jänner 1892 in Wien erscheinen zu lassen.

Bekanntlich ist am Parteitage in Wien die Frage der Gründung einer „öechischen Frauen-Zeitung“ den Brünner Arbeiterführern überwiesen worden.

Diese haben die Frage bereits in Angriff genommen und Mitte September 1891 eine vertrauliche Versammlung zu dem Zwecke abgehalten. Es wurde ein Comité gewählt, bestehend aus: Josef Hybeš, Karl Prokop, Mathias Spera, Franz Komprda, Josefina Kučera, Marie Blažek und Francisca Pesa in Brünn, dann Beneš, Dvořak und eine Frauensperson namens Pachal aus Trebitsch, welche die nothwendigen Informationen bezüglich der Redactions- und Administrationskräfte, sowie bezüglich der Zeit und des Ortes der Herausgabe dieser Zeitschrift zu pflegen und hierüber der nächsten socialdemokratischen Conferenz čecho-slavischer Fraction positive Anträge zu stellen haben.

Die aus dem Kampfe zwischen „Arbeiter-Zeitung“ und „Volkspresse“ in Wien resultirenden Folgen haben bereits an anderer Stelle eine eingehende Erörterung gefunden. Es erübrigt daher hier nur zu erwähnen, dass am 19. October 1891 die an Stelle der „Volkspresse“ von der Partei herausgegebene Nummer 1 der „Volkstribüne“ erschienen ist.

Das neue Organ wurde über Beschluss der niederösterreichischen Landesconferenz vom 11. October 1891 gegründet, welche die Nothwendigkeit eines volkstümlich geschriebenen, leicht verständlichen Blattes einstimmig anerkannt hat.

Zum Redacteur des neuen Blattes wurde der Schriftsetzer Emil Kralik bestellt, während der Obmann des im radicalen Fahrwasser befindlichen Vereines „Apollo“, Franz Schuhmeier, die Herausgeberschaft dieses Blattes bekam und hiermit gänzlich in das Lager Dr. Victor Adler's übergang.

Da aber die „Volkspresse“ wider Erwarten der Parteiführer zu erscheinen nicht aufhörte und selbst nach dem freiwilligen Rücktritte Hanser's und unter der Fahne des bekannten Ciseleurs Karl Bonupf gegen denselben Feind wie bisher zu kämpfen drohte, so bestanden gegen Ende October drei große Parteiblätter in Wien, von welchen jedes Blatt behauptete Parteiorgan zu sein, weil es auf dem Programme des Hainfelder Parteitages fußend redigirt würde.

Den Arbeitern wurde die Wahl des künftigen Arbeiterblattes noch schwieriger gemacht, als endlich Rudolf Hanser und Alois Gollen Ende November 1891 das Erscheinen eines vierten neuen halbmonatlichen Arbeiterorganes ankündigten und die erste Nummer für den Abend des 4. December 1891 in Aussicht stellten. Diese erschien thatsächlich am 5. December 1891, betitelt „Der arme Teufel“, mit einem bildlichen Kopf, darstellend den dunkeln Erdball, über welchem die Fackel der Aufklärung flammt. Die Göttin der Gerechtigkeit ohne Binde vor den Augen steht mit dem Schwerte „bei Fuß“.

Anfangs November 1891 erschien in Smichov bei Prag unter der Redaction von Rudolf Kroutil auch noch ein neues čechisches Blatt unter dem Namen „Omladina“ (die Jugend). Dasselbe hat sich zur Aufgabe gestellt, im socialdemokratischen Sinne erziehend auf die čechische Jugend einzuwirken. Das Actionsprogramm des Blattes umfasste 13 Punkte.

Der Schmuggel mit socialistischen Druckschriften war auch im Berichtsjahre in mehreren Fällen theils durch rechtzeitige Confiscation vor der Ausgabe, theils durch Beschlagnahme nach erfolgter Versendung am Bestimmungsorte verhindert worden.

So wurde bei der Zollamtsexpositur am Bahnhofe zu Salzburg am 17. April 1891 eine Sendung von socialistischen Agitationsdruckschriften beanständet, welche von der Buchhandlung des schweizerischen Grütilvereines in Zürich unter der Adresse: Isidor Haas per Adresse „Arbeiterverein in Hallein“ eingelangt war. Das Paket enthielt das eigenhändige Bestellschreiben des gedachten Isidor Haas, Holzschnitzers und Vereinsbibliothekars in Hallein, sowie die bestellten 22 Agitationsbroschüren. Einige derselben waren schon mit dem gerichtlichen Verbote der Weiterverbreitung belegt und die übrigen waren ihrem Inhalte nach aufreizenden und gesetzwidrigen Charakters, weshalb die ganze Sendung mit Beschlag belegt und gegen Haas die Amtshandlung nach §. 24 Pressgesetz eingeleitet worden ist.

Wenige Tage vor dem 1. Mai sollte wie im Vorjahre eine Broschüre der socialdemokratischen Partei in Österreich als „Mai-Festschrift“ in Wien erscheinen und in vielen Tausenden von Exemplaren in alle Theile Österreichs versendet werden. Die Broschüre war betitelt: „Achtstundentag! Allgemeines, gleiches und directes Wahlrecht!“ Die Druckschrift wurde aber noch rechtzeitig confiscirt, ohne dass ein Exemplar in die Öffentlichkeit gelangen konnte. Dasselbe Schicksal erlitt die vom Redacteur Rudolf Hanser herausgegebene illustrierte Festschrift zum 1. Mai, welche ebenfalls in sehr starker Auflage vorbereitet war und deren Inhalt wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe, sowie der Religionsstörung, dann wegen Vergehens gegen die Ruhe und Ordnung nach §. 65 a, 122, 302 und 305 St. G. beanständet wurde.

Anfangs Mai wurde eine von der Verlagsbuchhandlung J. H. W. Dietz in Stuttgart unter der Adresse Hermann Becker, Schlosser in Steyr, am Bahnhofe in Salzburg gegen Postnachnahme eingelangte Sendung saisirt, welche drei verschiedene socialistische Druckschriften in mehreren Exemplaren und ein Farbendruckbild „Zur Feier des 1. Mai“ enthielt.

Einen besonders schwunghaften Schmuggel mit der socialistischen Literatur haben der in Floridsdorf wohnhafte Fabriksarbeiter Lukas Koszka und der aus Jägerndorf in Schlesien gebürtige Schriftsetzer Ferdinand Wurst in Bregenz betrieben. Gleichwie der vorerwähnte Haas haben auch Koszka und Wurst die sämtlichen

Druckschriften aus der Buchhandlung des schweizerischen Grütlivereines in Zürich bezogen. In welchem Maße aber die Bücher von ihnen umgesetzt werden sollten, bewiesen die Rechnungen der bezeichneten Buchhandlung, welche auf einige hundert Gulden gestellt waren. Koszka wurde hierauf zwar dem k. k. Kreisgerichte in Korneuburg eingeliefert und von der Staatsbehörde auch die Anklage wegen Verbrechens des Hochverrathes und der Religionsstörung, sowie wegen mehrerer Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung nach §§. 58 b, 122, 300, 302, 303 und 516 St. G. dann §§. 23 und 24 Pressgesetz erhoben, nichtsdestoweniger erfolgte bald darauf die Einstellung der gerichtlichen Untersuchung. Ferdinand Wurst, in dessen Besitz 17 mit dem gerichtlichen Verbote der Weiterverbreitung belegte Druckschriften gefunden wurden, ist am 2. September 1891 dem k. k. Kreisgerichte in Feldkirch eingeliefert und zu acht Monaten Kerker verurtheilt worden. Mit ihm zugleich und aus demselben Grunde wurde der Tischlergehilfe Joh. Scheich ebenfalls zu acht und der Schneider Fridolin Adam zu drei Monaten Kerker am 21. December 1891 verurtheilt.

Auch in Triest ist aus Anlass der Aufhebung des Freihafens ein vom dortigen Comité der „Italia Irredenta“ verfasstes Flugblatt unter dem Titel „La soppressione del Porto franco“ zur Verbreitung gelangt, welches, abgesehen von seinem aufreizenden Inhalte, noch überdies bemerkenswert erschien, weil es die Arbeiter zu haranguiren, respective die socialdemokratische Bewegung für die Zwecke der nationalen Bewegung auszunützen gesucht hat.

Endlich wurden noch in den letzten Tagen des Berichtsjahres in Wien zwei größere Sendungen von anarchistischen Flug- und Druckschriften in deutscher und tschechischer Sprache saisirt, welche im Postwege an die Schneiderin Anna Brzak in Favoriten, Bürgergasse Nr. 5, beziehungsweise an Anna Hostač in Fünfhaus, Märzstraße Nr. 36, adressirt waren, worüber die Amtshandlung noch im Zuge ist.

Außer den bereits oben angeführten Veränderungen in den Personen der socialistischen Presse kommt noch zu bemerken, dass Johann Opletal, Administrator der „Delnické Listy“ in Wien, von der Partei wegen eines Ärgernis erregenden Verhältnisses mit einer verheirateten Frauensperson seiner Stellung enthoben worden ist und dass in der Nummer 14 vom 23. Juli 1891 des Brünner „Volksfreund“ der langjährige ständige Mitarbeiter sowohl des „Volksfreund“ wie der „Arbeiterstimme“, Josef Hanich, „in vollster Freundschaft mit den Herausgebern“ von den Lesern Abschied genommen hat.

Hanich wurde nämlich von der Parteileitung für die Agitation in Nord-Böhmen bestimmt und ihm die Redaction des in Steinschönau erscheinenden „Nordböhmischen Volksboten“ übertragen.

Das zehnjährige Gründungsfest des Brünner „Volksfreund“ in der zweiten Hälfte des Monats November, für welches Monate lang in der socialistischen Presse agitirt worden war, sollte ein großes Fest der Socialdemokratie werden. Es sollte eine zahlreiche Bethheiligung von Parteigenossen aus allen Provinzen Österreichs stattfinden, August Bebel war vom Parteivorstand in Deutschland als Delegirter zum Feste nach Brünn bereits angesagt, als dem Gesuche um Bewilligung zur Abhaltung einer in den Angartensäulen in Brünn zu veranstaltenden, gegen Erlag eines Eintrittsgeldes jedermann zugänglichen Festfeier des zehnjährigen Bestandes der Zeitschrift „Volksfreund“ keine Folge gegeben wurde, weil der in der Nummer 21 des „Volksfreund“ veröffentlichte Auf-

ruf deutlich entnehmen ließ, dass der Zweck dieser Feier gegen die bestehende staatliche Ordnung gerichtet war.

Die vorerwähnte Nummer war als Festnummer mit rother Einfassung versehen und enthielt einen Aufruf „zum zehnjährigen Gründungsfeste des Volksfreund“, sowie eine Reihe von Zuschriften aus Anlass der Feier, darunter von Dr. Adler aus Wien, welche mehr weniger wegen ihres strafgerichtlich zu verfolgenden Inhaltes mit Beschlag belegt wurden.

Die Mai-Demonstration hat im Jahre 1891 in Arbeiterkreisen lange nicht jene Befriedigung hervorgerufen, wie im Vorjahre.

Da die politische Tagespresse diesmal nicht Gefahr für den 1. Mai fürchtete und nur Lobeshymnen für die „taktvollen“ Arbeiter zu registriren hatte, war auch nicht jene Angst in der Bevölkerung vorhanden, wie im Jahre 1890. Das war aber den Arbeitern nicht ganz genehm.

In der Nummer 17 der „Arbeiter-Zeitung“ vom 24. April 1891, auf Seite 2, wurde den nichtpolitischen Vereinen die Fassung einer Resolution für die Discussion und Schlussfassung empfohlen, welche den Wortlaut der Beschlüsse des Pariser Arbeitercongresses zur Einladung hatte und dann die Forderungen der Arbeiter für Österreich aufzählte, als:

- Revision der Gewerbeordnung,
- Sicherung des Coalitionsrechtes und
- Vertretung in Körperschaften.

Der Inhalt dieser Resolution wurde zum Theile von der k. k. Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt, zum Theile wegen seines politischen Charakters von der Polizeibehörde als für nichtpolitische Vereine unzulässig erklärt, weshalb mit den Obmännern dieser Vereine ein sogenanntes Verpflichtungsprotokoll aufgenommen worden ist.

Die Versammlungen in den Vormittagsstunden, welche namentlich in Wien, wegen der vorher erwähnten, in Aussicht genommenen Resolutionen mit politischer Färbung scharf überwacht wurden, hatten zwar annähernd den gleichen Erfolg in Bezug auf die Besucherzahl wie im Vorjahre, „aber der Spaziergang in den Prater“ gestaltete sich lange nicht so effectvoll wie der Vorgänger.

Es verliefen die Nachmittags-, sowie die Abend- und Nachtstunden ohne jede Störung und es ist auch an keinem anderen Orte der Monarchie die öffentliche Ordnung am 1. Mai wesentlich gestört worden.

In Böhmen wurden an allen tschechischen Industriestellen vor und nach dem 1. Mai die tschechische Flugschrift „Osmi hodina doba pracovni“ (Achtstündiger Arbeitstag) auf rothem Papier gedruckt mit dem Bilde der „Freiheit“, die den Arbeitern die Friedenspalme reicht, von der tschechischen Arbeiterpartei verbreitet und fanden deshalb dortselbst wie in Wien viele Beanstandungen wegen Übertretung des §. 23 des Pressgesetzes statt.

Einige Wochen nach der Mai-Demonstration veröffentlichte das Amtsblatt der Wiener Zeitung vom 9. Juni 1891 die Verordnung des hohen Gesamtministeriums vom 8. Juni 1891, laut welcher die in Folge der Verordnung des hohen Gesamtministeriums vom 30. Jänner 1864 für die Gerichtssprengel Wien, Korneuburg und Wiener-Neustadt getroffenen Ausnahmeverfügungen theilweise aufgehoben wurden.

Demzufolge traten die Anordnungen der erwähnten Verordnung des hohen Gesamtministeriums hinsichtlich der Anwendung der Bestimmungen des Gesetzes vom 5. Mai 1869, betreffend die Vornahme von Hausdurchsuchungen, Beschlagnahme von Briefen, die Vereine und

Versammlungen und die Druckschriften, dann die Anordnung betreffend die Verhaftung von Personen ohne richterlichen Befehl außer Wirksamkeit.

Die Anordnung, dass Personen, die im Suspensionsgebiete nicht heimatberechtigt sind, ausgewiesen oder confinirt werden können, wurde gleichfalls aufgehoben und blieb nur der eine Punkt aufrecht, dass jene Personen, welche auf Grund der Verordnung des hohen Gesamtministeriums vom 30. Jänner 1884 aus dem Bezirke der Suspension oder aus einem Orte dieses Bezirkes ausgewiesen worden sind, weiterhin ausgewiesen bleiben, sofern ihnen nicht von der Sicherheitsbehörde fallweise die Rückkehr in das Suspensionsgebiet bewilligt wird.

Mit der Aufhebung der Ausnahmeverordnung erhielt die österreichische Socialdemokratie die von ihren Führern so oft und laut begehrte „Bewegungsfreiheit“ wieder.

Die neueste Ära der Arbeiterbewegung Österreichs wurde von der Arbeiterpartei mit Jubel begrüßt, sie erhob jetzt kühn das Haupt und blickte auf Schichten der Bevölkerung, welche sich bisher abseits von der socialdemokratischen Bewegung gehalten haben, um diese für ihre Ideen zu gewinnen.

Zuerst setzte sie die schon anlässlich der Reichsrathswahl begonnene Agitation in der landwirtschaftlichen Bevölkerung fort. Der Zeitpunkt, in welchem die Socialdemokratie und die Landwirtschaft zu einander in engere Beziehungen gebracht werden könnten, schienen den Führern auf einmal nahe und deshalb griff die Agitation namentlich in die gemischt landwirtschaftlich-industriellen Bezirke Nord-Böhmens ein, wo die Socialdemokratie im Friedländer Bezirke bis nach Tetschen hin einige Anhänger in Bauernkreisen schon von früherer Zeit her zählt.

Ebenso griff die socialdemokratische Agitation auf die „Handelsangestellten“ über, von welchen aber bisher nur eine Organisation in Wien besteht.

Endlich ist die socialdemokratische Partei seit einer geraumen Zeit bestrebt, in der „Studentenschaft“ festen Fuß zu fassen.

Es ist ihr dies aber nur theilweise gelungen, denn die Zahl der Studenten, welche officiell der organisirten Partei angehören, ist sehr gering.

Die kleine Partei in der Studentenschaft findet aber eine Stütze in dem sogenannten „geistigen Proletariate“, in den „Kopfarbeitern“, das sind ehemalige Studenten, zumeist Privatbeamte, welche aus irgend einer Ursache ihre Berufsstudien nicht vollenden konnten. Diese sind es, welche namentlich in Wien und Prag das Führerthum der Studentenschaft übernehmen wollen.

Der Herd dieser Agitation in Wien ist der vor nicht langer Zeit gegründete „Lese- und Discutioclub „Veritas“,“ welcher zu seinen Functionären die in socialistischen Kreisen und aus dem ehemals bestandenen behördlich aufgelösten „Österreichischen Studentenverein“ bekannten Studirenden: Heinrich Seidel, Techniker, Richard Singer, M. Schacherl etc. zählt.

In diesem Discutioclub, welcher vollkommen auf socialistischer Basis steht, wurden auch die Berathungen über die Beschickung des Brüsseler Studentencongresses in einer geheimen Sitzung am 10. November 1891 gepflogen und der gewesene Studirende und gegenwärtige Buchhandlungsgehilfe Arthur Kodiček als Delegirter für den Brüsseler Studentencongress am 20. December 1891 aufgestellt, „wenn die Reisemittel, zu deren Aufbringung die böhmischen Studenten in Prag das meiste versprochen

haben, bis dahin vollständig zur Stelle geschafft sein würden“.

Thatsächlich ist Kodiček am 19. December 1891 nach Brüssel abgereist.

In Ausführung der Beschlüsse des Brüsseler Socialistencongresses gehen die österreichischen Socialisten nur zögernd und langsam vor.

Vorderhand ist nur das System der Vertrauensmänner in einigen Gewerkschaften zur Durchführung gebracht oder in Durchführung begriffen; die aber schon am Pariser Congresse 1890 und im Frühjahr 1891 in England in Anwesenheit von deutschen Socialistenführern in Anregung gebrachten Arbeitersecretariate sind noch nicht in Bildung begriffen.

Es wurde zwar die Creirung eines Arbeitersecretariates bei dem politischen Verein „Politický Club delnický v Cechach“ in der diesjährigen Generalversammlung dieses Vereines in Prag beschlossen und vom Vereinsausschusse der socialistische Agitator Josef Krapka zum Arbeitersecretär bestellt.

Der Wirkungskreis des Krapka geht aber nicht über den Verein hinaus und seine Function ist daher mit der eines Arbeitersecretärs im Sinne des Pariser und Brüsseler Congresses nicht ident, weil dieser die Interessen der Arbeiterschaft eines ganzen Landes vertreten soll.

Die im vorigen Jahre in so ausgedehntem Maße anlässlich der Arbeiterausstände und an vielen Orten der Industrie zum Ausbruch gekommenen Arbeiterunruhen haben sich im Berichtjahre glücklicherweise nicht wiederholt.

Es fanden zwar Arbeiterausbreitungen in Prag am Sonntag, den 5. April 1891 statt, die infolge einer verbotenen Arbeiterversammlung auf der Schützeninsel herangerufen wurden.

Obwohl diese Versammlung polizeilich verboten worden war, wurden doch in der Nacht vorher von unbekanntem Individuen in allen Stadtvierteln Zettel ausgestreut, welche die Aufforderung an die Arbeiter enthielten, sich zahlreich auf der Schützeninsel einzufinden. Als nun die dort angesammelten Volksmassen, zu denen sich die strikenden Maurer gesellten, von der Polizeiwache verdrängt worden waren, zogen sie schreiend und johlend durch die Ferdinandsstraße. Vor dem Polizeidirectionsgebäude demonstirte die Menge und ein Theil derselben warf der Sicherheitswache Sand in die Augen, worauf die Wache ihre Säbel zog und auf die Menge eindrang, welche nunmehr nach allen Seiten flüchtete und nirgends mehr ernstlichen Widerstand leistete.

Es fielen nur wenige Verwundungen vor und einige Personen wurden arretirt.

Von diesen wurden am 14. April 1891 der Maurer Mathias Czernoch und ein Maurer namens Zižkow bei dem k. k. Landesgerichte in Prag zu 10 Monate schweren Kerkers und der Maurer Josef Mynowsky, dann der Schlosser Felix Danzer zu einer Woche, beziehungsweise 14 Tagen Arrest verurtheilt.

Die anarchistische Bewegung, welche mehrere Jahre hindurch in Österreich geschlummert hatte, hat im Berichtjahre mehrmals Lebenszeichen gegeben. Zuerst waren es die communistisch-anarchistischen Organe des Auslandes, welche sich mit der anarchistischen Bewegung in Österreich befasst haben.

Die Londoner „Autonomie“ schrieb in der Nummer 19 vom 31. Jänner 1891 eine „Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung“; der längere Aufsatz sagte:

„ um auf die Bewegung Einfluss ausüben zu können, muss man unter bestehenden Verhält-

nissen im Lande sein und an der Agitation und Organisation thätigen Antheil nehmen. An die ausgewanderten Genossen möchten wir daher das dringende Ersuchen stellen, zu erwägen, ob, falls ihnen die Verhältnisse ihre Rückkehr nach Österreich erlauben, es der Sache nicht mehr nützen würde, als ihre Thätigkeit im Auslande. Es genügt nicht eine revolutionäre Zeitung oder Broschüre abzusenden.“

Die New-Yorker „Freiheit“ brachte im Monate April, zuerst am 4. April 1891, ebenfalls mehrere Aufsätze über die „Arbeiterbewegung in Österreich“, in welchem zuerst der Gang der socialistischen Bewegung in anarchistischer Färbung beschrieben wurde. Bei der anarchistischen Propaganda angelangt, schrieb das Blatt:

„. . . . Wir haben an diesem Mittel (Aufruf zur Revolution) nichts auszusetzen, nicht das geringste, aber es muss eben auch angewendet, nicht nur empfohlen werden“.

Den Geist, der einmal wachgerufen wurde, wird niemand zu zählen vermögen. Noch stehen klare Denker im Hintergrunde, für die wieder die Zeit kommen wird, wo sie abermals das echte rothe Banner entfalten werden, auf welchem die Worte in feurigen Lettern geschrieben stehen: Rache an den Tyrannen, Vernichtung der Autorität, hinweg mit den Socialdemagogen und Hoch Anarchie und Communismus!“

Der „Junge Österreicher“, der Verfasser dieser Aufsätze, schrieb endlich:

„Ich könnte unbesorgt meine Ehre für die Wahrheit einsetzen, wenn ich erklärte, dass sich ein respectabler Bund, was Wien anbetrifft, fände, der sich für den Anarchismus erklärte. Und ich könnte weiter erklären, dass in der südlichen Sphäre Österreichs, besonders in den Alpenländern wie in Graz, Villach, Klagenfurt, Laibach, Judenburg, Marburg und in vielen anderen Städten der anarchistische Geist in der Majorität der dortigen strebsamen Arbeiter fortlebt; nur ist derselbe durch die Machtverhältnisse geknebelt und muss vorderhand mit der Masse laufen, um mit derselben in steter Berührung zu bleiben.“

Der Verfasser schrieb endlich:

„Helft uns, ihr Revolutionäre und Anarchisten aller Länder, die Massen in Österreich noch rechtzeitig zu warnen, helft uns wie Ihr könnt, die ehrliche Propaganda zu entfalten.“

Wir müssen — und kostet es was es wolle — das Terrain zurückerobern.“

In der Nacht vom 30. April auf den 1. Mai wurde die in London auf der Presse der „Autonomie“ hergestellte und aus London über die Schweiz nach Österreich eingeschmuggelte Flugschrift „Was thun? — Sie kommt“ in einigen Exemplaren in Wien verbreitet, in welcher die Revolution und Expropriation als das einzige Befreiungsmittel gepriesen wird.

Eine Wiederholung der Verbreitung dieser anarchistischen Flugschrift fand in der Nacht vom 31. Juli auf den 1. August in Wien und an einigen wenigen Provinzorten statt.

In Bregenz wurden am 2. September 1891 an die Soldaten der dortigen Garnison Exemplare der bekannten anarchistischen Flugschrift „An die Arbeiter im Soldatenrocke“ vertheilt.

Schon in der vorjährigen Darstellung der anarchistischen Bewegung in Deutschland wurde erwähnt, dass in Aachen mehrere Arbeiter böhmischer Nationalität verhaftet wurden, bei welchen mehrere tausende Exemplare von anarchistischen Druckschriften, so der „Pomsta“,

des Flugblattes „Der Heimatlose“, dann „An die Frauen des Volkes“, „Arbeiter-Kameraden“ etc. gefunden wurden, die zur Einschmuggelung nach Österreich bestimmt waren.

Die k. k. Staatsanwaltschaft in Reichenberg hat deshalb gegen die nach Österreich zurückgekehrten Staatsangehörigen Robert Hirt, Anton Tschörner und Franz Dobias die Anklage wegen Verbrechen des Hochverrathes, der Störung der öffentlichen Ruhe, der Religionsstörung und wegen mehrfacher Vergehen des Strafgesetzes erhoben.

Es haben jedoch Robert Hirt und Franz Dobias ihren Aufenthaltsort Jägerndorf verlassen und beide sind steckbrieflich verfolgt. Gegen den dritten Angeklagten, den Tuchmachergehilfen Anton Tschörner, fand am 8. August die Schlussverhandlung statt, in welcher er von dem bezeichneten Verbrechen freigesprochen wurde. Die Geschwornen haben nämlich als erwiesen angenommen, dass dem Angeklagten der Inhalt der Druckschriften, welche er von Lüttich nach Aachen schmuggelte, nicht bekannt war.

In Villach wurde am 10. April der Buchbindergehilfe Simon Wucherer wegen Verbrechen des Hochverrathes und der Majestätsbeleidigung verhaftet und wurde in seinem Besitze eine größere Anzahl von socialistischen Druckschriften gefunden.

Wucherer, welcher sich selbst als Anarchist bezeichnet hatte, war schon in den Achtziger-Jahren in der socialistischen Bewegung bemerkbar geworden und wurde bereits im Jahre 1888 in Buchs beim Schmuggel von socialistischer Literatur betreten.

Infolge der Verhaftung des Simon Wucherer wurden einige Tage später noch der Zuckorbäcker und Hauseigentümer in Villach Wilhelm Schatzmaier und der Maurergehilfe Mathias Walcher verhaftet, welche ebenfalls im Besitze von socialistischen Druckschriften und als eifrige Socialisten und Agitatoren in der Partei bekannt waren.

Simon Wucherer wurde mit Urtheil des k. k. Landesgerichtes in Klagenfurt vom 10. October 1891, Z. 9147, wegen Verbrechen der Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Kerker verurtheilt, hat sich jedoch dem Strafantritte durch die Flucht entzogen.

Am 4. Juni wurde seitens des k. k. Kreisgerichtes in Trient gegen den damals in Mailand im Aufenthalte gewesenen Schneidergehilfen Josef Peterlongo wegen der von ihm versuchten Verbreitung der anarchistischen Druckschrift „1° Maggio“ die steckbriefliche Verfolgung eingeleitet.

Ein kleines Lebenszeichen gab die „Propaganda der That“ einige Tage vor dem 1. Mai, indem vor dem Pfarrhofe in Kladno ein Dynamitattentat verübt wurde, bei welchem jedoch nur einige Fenster und Mauerbestandtheile des Pfarrhofes beschädigt worden sind.

Entsetzen rief jedoch das versuchte Attentat an der Eisenbahnbrücke der Strecke Reichenberg-Rosenthal in der Nacht zum 1. October 1891 hervor, an welchem Tage der Besuch der Stadt Reichenberg durch Seine Majestät den Kaiser angesetzt war. Es war versucht worden, die steinerne Brücke durch eine Explosion von Sprengkörpern unpassirbar zu machen. Zu dem Ende waren an zwei Stellen der Brücke Explosivstoffe in vorhandene Öffnungen gelegt und zur Explosion gebracht worden. Die Explosion ging gegen Mitternacht vor sich und hatte die Brücke zwar erheblich geschädigt, aber keinesfalls unpassirbar gemacht, so dass Seine Majestät der Kaiser am folgenden Tage die Brücke ohne Hindernis passiren konnte.

Nach den sorgfältigst gepflogenen Erhebungen dürfte das Attentat von Anarchisten verübt worden sein.

Hierauf wiesen die verwendeten Mittel mit ziemlicher Bestimmtheit hin. Die beiden verwendeten Sprenggeschosse, Eisenrohre von circa 250 Millimeter Länge und 70 Millimeter Breite, waren mit bunten Stoff überzogen, eine davon leicht mit Gips, Kitt und Holzpflöpfen verschlossen, wahrscheinlich vor Jahren schon hergerichtet, als Zündmittel dienten wahrscheinlich Sprengkapseln, Schwefelfäden, Schwammstücke, oder Sprengkapseln, kurze Stücke Bikfordzündschnur und Schwammstreifen als Anfeuerung.

Das Dynamit war alt, stammt wahrscheinlich von dem im Monat Juni 1888 bei dem Verschleißer Simon in Rutschendorf verübten Dynamitdiebstahl, bei welchem 75 Kilogramm Neudynamit Nr. I und eine geringe Menge Dynamit Nr. II verwendet wurden.

Dass das am Rosenthaler Viaduct verwendete Sprengmittel Neudynamit Nr. I war, wurde durch die chemische Untersuchung nachgewiesen, dass dasselbe alt und schon in der Zersetzung begriffen war, ließ sich mit Sicherheit daraus schließen, dass von allen, bald nach der Explosion am Viaduct erschienenen Personen ein beißender stechender Geruch wahrgenommen wurde.

Bei dem im vorigen Jahresberichte erwähnten Sprengattentate vor der Liebig'schen Fabrik, welches gegen einen Kessel gerichtet war, sind nur ledige Dynamitpatronen in leichter Papierumhüllung verwendet worden. Da zwei nicht explodirte Patronen gefunden wurden, konnte constatirt werden, dass Neudynamit Nr. I zur Verwendung gelangte, woraus immerhin ein Schluss dahin gezogen werden könnte, dass beide Attentate in einem gewissen Zusammenhange stehen. Die Sprenggegenstände hatten nicht lange Zeit unter der Brücke gelagert; zwei Nächte ist die längste Zeit, denn der als Anfeuerung dienende Zündschwamm war vollkommen trocken, hatte keine Feuchtigkeit angezogen, war also den nächtlichen Niederschlägen nur kurze Zeit ausgesetzt.

Vierzehn Tage nach dem versuchten Eisenbahnattentate bei Reichenberg-Rosenthal wurden von einem Kuhhirtenjungen zwischen zwei Blechträgern der Strassenbrücke, der sogenannten „schwarzen Brücke“ auf dem Wege von Reichenberg nach Maffersdorf, welche den Liebig'schen Fahrweg übersetzt, welcher nach Rosenthal II führt, folgende Sprengstoffe gefunden:

1. Eine Blechbüchse mit circa 0.63 Kilogramm Dynamit Nr. I und circa 0.03 Kilogramm Sprengpulver gefüllt, sowie mit einem 2.3 Millimeter langen Bikfordzündler und einem Sprengkapsel gefüllt. Die Zündschnur befand sich in einem 16 Millimeter weiten Kautschukschlauch und hatte als Anfeuerung Zündschwamm.
2. Eine Petroleumflasche aus Blech mit 1.05 Kilogramm Sprengpulver gefüllt.
3. Eine offene Blechbüchse mit circa 0.3 Kilogramm Dynamit Nr. I.
4. Fünf Stück Revolverpatronen.
5. In Stofflappen eingeschnürt 0.9 Kilogramm Dynamit Nr. I.
6. In Papier eingewickelt zwei Dynamitpatronen 0.147 Kilogramm schwer.
7. In Stofflappen eingebunden 0.068 Kilogramm Sprengpulver.
8. Ein Stück Bikfordzündschnur mit zwei Sprengkapseln versehen.
9. Ein ziemlich completer Ring (Original ach Meter) Bikfordzündschnur, dann Stofflappen, Papierfetzen, Packleinwand und ein Taschentuch.

Diese Gegenstände, mit Ausnahme von Nr. 1 und dem Taschentuche, waren in einem vierkantigen, 34 Centimeter hohen, 20.5 : 20.5 Centimeter breiten Blechkasten verpackt.

Der Befund ergab, dass die Sprengstoffe circa drei Jahre alt waren, dass das Dynamit in der Zersetzung begriffen war und es wurden aus Sicherheitsrücksichten die gesammten Sprengstoffe bis auf die nöthigen Analysenproben vernichtet.

Der neuerliche Dynamit- und Sprengkörperfund schien darauf hinzudeuten, dass noch mehrere Verstecke solcher Gegenstände vorhanden sind, und dass zwei Gruppen von Sprengkörpern zu unterscheiden kommen: solche mit starker Eisenhülle und solche mit schwacher Blech- oder bloßer Stoffhülle.

Auf anarchistische Absicht dürfte der folgende Fall wohl nicht zurückzuführen sein; er wird jedoch hier nebst mehreren Diebstählen von Sprengmitteln erwähnt, da solche Diebstähle, mögen sie auch nicht immer Zerstörungen bezwecken, geeignet sind, anarchistischen Tendenzen zu dienen.

In der Nacht vom 23. zum 24. August wurden in Soteska, Bezirk Krainburg in Krain, an dem von Camillo Paumer neuerbauten Wasserwehr drei vertical stehende Eichenbalken, welche zwei Schleusen tragen, in der Mitte angebohrt, mit Dynamit geladen und alle drei Balken sodann mit einer Zündschnur verbunden, um sie gleichzeitig zur Explosion bringen zu können.

Es dürfte in dem vorliegenden Falle ein Racheact durch einen der entlassenen Arbeiter geplant gewesen sein. Die drei Ladungen waren aber schlecht verbunden, so dass nur eine Ladung zur Explosion gelangte und den Balken spaltete.

Die Entwendungen von zwölf Stück langen und neun Stück kurzen Dynamitpatronen und zwei Sprengkapseln in der Nacht zum 13. April 1891 in dem Grafitbergwerke des Baron Klein bei Schlöglsdorf, dann von zwölf Stück Dynamitpatronen und 49 Sprengkapseln am 30. October 1891 am Julusschachte in Segengottes durch den Bergmann Franz Brim und von 50 Kilogramm Dynamit in Castel Stafleo in Dalmatien, weiters von drei Kilogramm Dynamit, 50—60 Meter Zündschnüre, 60 Sprengkapseln und zwei halben Paketen Drahtstiften in der Nacht vom 1. zum 2. November 1891 in zwei am sogenannten Strassberg, circa eineinhalb Stunden von Telfs entfernt, im Gemeindegebiete Mieming, Bezirk Imst, aufgestellten Arbeiterhütten und endlich von sechs Pakets, enthaltend 15 Kilogramm Dynamitpatronen in der Nacht zum 6. November 1891 aus dem Sprengmittelmagazine des Michael Jelicio in Javornica in Dalmatien sind wohl auf gewinnstüchtige Absicht zurückzuführen.

Ausweisungen. Die Anwendung der Ausnahmeverordnung hat bis 8. Juni 1891, mit welchem Tage dieselbe zufolge Verordnung des hohen Gesamtministeriums außer Kraft gesetzt worden ist, nur in zwei Fällen stattgefunden, hingegen wurde 13 ausgewiesenen Personen die Rückkehr in das Suspensionsgebiet bewilliget.

Ungarn.

Im vorigen Jahresberichte wurde erwähnt, dass die ungarländische Arbeiterpartei mit der Abhaltung der Pressburger Parteiconferenz am 15. September 1889 eine totale Änderung der bisherigen Organisation und Taktik eingeschlagen hat, und dass sie von diesem Zeitpunkte ab sich im Fahrwasser der österreichischen und deutschen Socialdemokratie befindet.

Eine Folge dieser Conferenz war der unfreiwillige Abgang des alten Parteiführers Anton Ihrlinger, an

dessen Stelle Dr. Csillag die Führung übernahm, welcher mit dem ihm vom Dr. Adler in Wien übergebenen Generalstabe die Einberufung einer Landesarbeiterconferenz vorbereitet hat.

Der am 7. und 8. December 1890 in Budapest durch die socialdemokratischen Arbeiter abgehaltene Congress hat auf Grundlage der Organisation der österreichischen socialdemokratischen Partei eine neue Organisation für die socialdemokratische Partei Ungarns geschaffen und mit der Durchführung derselben und der Leitung der Parteigeschäfte das Bureau betraut. Die Parteileitung hat von den gefassten Congressbeschlüssen die Hauptaufgabe der gewerkschaftlichen Organisation, der Agitation für die Mai-Feier und der Ausdehnung der Agitation auf die landwirtschaftlichen Arbeiter zugeordnet.

Was die gewerkschaftliche Organisation betrifft, so hat die Parteileitung im Interesse derselben schon zu Beginn durch Versammlungen eine rührige Agitation entfaltet. Die zugrunde liegende Tendenz war, aus ihrem Schoße ein engeres Comité zu wählen, dem die Aufgabe zufallen sollte, den Contact mit den Fachvereinen anzubahnen und zu erhalten, von sämtlichen der Idee zugänglichen Fachvereinen Vertrauensleute zu gewinnen und dieselben in das Parteicomité in der Weise einzuziehen, dass dasselbe durch diese Delegirten ergänzt, im Interesse der Gewerkschaftorganisation allmonatlich eine, später zwei gemeinschaftliche Sitzungen abhalten sollte. Dieser anfangs als Arbeits- und später als Gewerkschaftsrath constituirten Centralstelle oblag die Ausarbeitung der Organisation der Gewerkschaften, die Überwachung der gewerkschaftlichen Bewegung, die Ausarbeitung von Statuten in den durch die Delegirten vertretenen Vereinen, ferner die Aufklärung der Arbeiter über den Zweck und die Tendenz der Gewerkschaften, die Hintanhaltung im voraus aussichtsloser Strikes sowie die Förderung von gut organisirten Lohnbewegungen und weiters die Förderung der Verbreitung der Parteiblätter und Flugschriften. Mit einem Worte sollte die Gewerkschaftsorganisation unter der Leitung des Parteicomités in der Weise centralisirt werden, dass die einzelnen Gewerkvereine bei principiellen Entscheidungen vom Parteicomité abhängig seien, während die Gewerkschaften unmittelbar unter der Leitung des zur Zeit aus Paul Engelsmann, Johann Gion, Samuel Janay (Jaytelen), Johann Poor, Adalbert Gombossy, Johann Prokl und den Delegirten der Gewerkvereine bestehenden Gewerkschaftsrathes stehen. Die Delegirten referiren diesem Rathe über den Stand der Bewegung und empfangen hier Anträge für ihre weitere Thätigkeit, der Gewerkschaftsrath hingegen nimmt ihrerseits Anträge und Beschwerden entgegen und vermittelt so den Verkehr nach allen Richtungen.

Als Ergebnis dieser Thätigkeit trat die Gründung von Gewerkschaften zutage und groß war die Zahl der eingereichten Statuten um behördliche Genehmigung, die aber in den meisten Fällen verweigert wurde. Ferner gelang es dieser Agitation in Versammlungen und bei ähnlichen Anlässen eine Masse von halbwegs organisirten Arbeitern zu concentriren und viele indifferente Elemente für die Organisation zu gewinnen. Die Mai-Feier wurde durch die Agitation der Parteileitung als eine Kundgebung im großartigen Stile geplant. Es wurden bereits einige Monate vor dem 1. Mai allwöchentlich die Abhaltungen von Arbeiterversammlungen in der Hauptstadt — öfters in mehreren Bezirken gleichzeitig — sowie auch in der Provinz in solchen Städten, wo die Partei eine Fraction besitzt, betrieben, um die Arbeiter

über die Bedeutung der Mai-Demonstration in Bezug auf die Abkürzung der Arbeitszeit und die Arbeiterorganisationen gehörig aufzuklären. Zu diesem Behufe wurden unter denselben Flugschriften und Broschüren verbreitet, die Agitation sowie die Bewegung für die Geldsammlung zur Deckung der auflaufenden Kosten öffentlich betrieben, in Vereinen und Fabriken zu diesem Zwecke Sammelbögen in Circulation gesetzt und das Programm zur Festfeier abgefasst.

Die Mai-Manifestation unterblieb jedoch in ganz Ungarn infolge Verbotes der Regierung und beschränkte sich bloß auf die Durchsetzung einer partiellen Arbeitsruhe an diesem Tage. Bemerkenswert ist, dass das aus den Hauptfaisuren der Partei bestehende Arrangements-Comité auf Grundlage der Anmeldung der Mai-Feier unter Bekanntgabe des Verbotes behördlich für die geplante Demonstration und die Consequenzen derselben verantwortlich gemacht, im letzten Momente von jeder weiteren diesbezüglichen Agitation abgestanden ist und die für diese Feier besetzten Arbeiter ohne Führung sich selbst überließ.

Die für den 1. Mai mit Musik, Abzeichen und corporativem Aufmarsch geplante große Arbeiterversammlung wurde mit folgendem Bescheid der königl. Oberstadthauptmannschaft untersagt:

„Der auf den 1. Mai d. J. geplante und im Namen eines Theiles der hauptstädtischen Arbeiter von Dr. Sigmund Csillag und Genossen angezeigte gemeinsame Umzug mit Musik und Emblemen und die Versammlung werden nicht gestattet, denn die in andern Orten des Landes geplanten ähnlichen Arbeiterumzüge und Demonstrationen, ferner die an diesem Tage abzuhalten beabsichtigten Arbeiterversammlungen wurden durch eine allgemeine Regierungsverordnung im ganzen Lande verboten. Wovon die Petenten als bekanntermaßen die Führer der internationalen socialistischen Arbeiterpartei mit dem Bemerken zur Darnachachtung verständigt werden, dass sie für eventuelle Agitationen, ebenso wie für gewaltsame Versuche gegen das Verbot in erster Linie zur Verantwortung gezogen würden.“

Die ungarische „Arbeiterpresse“ konnte ihren Groll über diese Verfügung nicht unterdrücken, wagte aber nicht aufrührerisch zu schreiben, in Hinblick auf den Schlusssatz des obigen Bescheides.

Das Central-Arrangementscomité der Mai-Feier hat den polizeilichen Bescheid mit folgender Zuschrift an den Oberstadthauptmann beantwortet:

„Mit Bedauern nehmen wir den Bescheid der löblichen Oberstadthauptmannschaft, mittels welchem der von uns für den 1. Mai angemeldete Umzug und die Abhaltung der Versammlung verboten wurde, zur Kenntnis. Obwohl der erwähnte Bescheid jene Regierungsverordnung nicht bezeichnet, auf welche das Verbot sich bezieht, und obwohl wir von der Existenz einer solchen Verordnung keine Kenntnis haben, fügen wir uns den Bestimmungen dieses Bescheides, erklären aber gleichzeitig, dass mit dem Untorbleiben dieses Umzuges und der Versammlung unsere Function als Arrangeure aufgehört hat.

Gleichzeitig protestiren wir gegen jene Erklärung des bezeichneten Bescheides, welche uns für etwaige von uns gänzlich unabhängige Vorgänge verantwortlich zu machen beabsichtigt. Wir protestiren gegen eine solche Verfügung, welche jeder Rechtsbasis entbehrt. Wir erklären daher schließlich jede Verantwortung, mit welcher man uns eventuell rechts-

widrig zu belasten versuchen würde, entschieden zurlockzuweisen.“

Die wichtigste Phase von größter Tragweite in der ungarländischen socialdemokratischen Bewegung ist die Einleitung der Agitation unter den landwirtschaftlichen Arbeitern.

Die Parteileitung erkannte in richtiger Beurteilung der Landesverhältnisse, dass Ungarn nicht wie andere Industriestaaten ein zahlreiches Contingent von Industriearbeitern besitzt, sondern als Agriculturstaat in der landwirtschaftlichen Arbeiterklasse einen geeigneten Boden zu ihrer Thätigkeit bietet. Sie richtete daher ihr Augenmerk bereits vor zwei Jahren auf diese Proletarierklasse des Landes. Anlässlich einer vor zwei Jahren in der Gemeinde Dömsöd stattgefundenen Gemeindewahl wurde eine Volksversammlung einberufen, zu welcher über Anempfehlung eines gewissen Peter Ménáros, Abonnenten des Arbeiterorgans „Nepszava“, der ihm bekannte Dr. Siegmund Csillag und Jakob Kürschner eingeladen wurde.

Die genannten Faiseure erkannten bei dieser Gelegenheit, dass unter der dortigen Bevölkerung ein guter Boden für socialistische Agitationszwecke wäre und beschlossen mit ihrer Thätigkeit unter den Landarbeitern des Comitates Békés zu beginnen. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, dass bereits am vorjährigen Congresse Ménáros und Günther erschienen und die Interessen der landwirtschaftlichen Arbeiter vertraten. Nach dem Congresse leitete die Parteileitung gleich die Agitation unter den Landarbeitern ein. Es wurden sofort zahlreiche Exemplare des ungarischen Parteiorgans verbreitet, sowie auch Flugchriften, welche die Organisation und die Errichtung von Selbstbildungs- und Leservereinen ankündigten, ausgestreut, den Vertrauensleuten wurden Circulars zur Aufmunterung und zur Theilnahme an der Parteibewegung zugesendet und gleichzeitig Agitatoren exmittirt.

Das Wirken der Agitatoren im Einklange mit der schriftlichen Agitation riefen die Revolten unter den Landarbeitern im Békés Comitate im April 1891 hervor, welche später besprochen werden. Die Nachrichten über diese Agitation drangen auch in das Nachbarcomitat Arad, wo aber das in der Stadt Arad erscheinende Blatt socialdemokratischer Tendenz „Köjélet“ (Allgemeines Wohl) zur Klärung der Bewegung und zu dem durch dieselbe verursachten Aufstand in Batonya das meiste beitrug. Die Tendenz dieses Blattes hat die Landbevölkerung derart beseelt, dass dieselbe als Massendeputation im Redactionslocale erschien und die Redaction beglückwünschte. Die Zahl der Abonnenten wuchs derartig rasch, dass in letzterer Zeit das Blatt sich selbst hätte erhalten können, wenn nicht die dortige administrative Behörde das Erscheinen derselben wegen Mangels an Caution untersagt hätte.

Das Umsichgreifen dieser bedenklichen Bewegung wurde nur durch energisches Einschreiten der Behörde hintangehalten. Die Hauptfaisure gewahrten, welcher hochgradigen Classenhass diese Agitation unter den Landarbeitern hervorrief, und dass dieselbe eine bedrohliche Revolte heraufzubeschwören schien, daher sie ihre Thätigkeit als vorfrüht verminderten, weil sie sich durch diese Consequenz in ihrer Existenz bedroht sahen.

Von den übrigen Congressbeschlüssen ist noch die Förderung der Arbeiterpresse hervorzuheben. Die ungarische socialistische Presse hat sich auf ein höheres Niveau emporgeschwungen, indem nebst hervorragenden Correspondenten auch qualifizierte Männer, welche den Socialismus vom wissenschaftlichen Standpunkte aus

betreiben, selbstlos ihre Thätigkeit auf diesem Gebiete widmen.

Unter den von der Parteiliteratur im jüngstverflossenen Jahre erschienenen Broschüren ist zu erwähnen:

Die ungarische Arbeiterschutzgesetzgebung

1. Gesetz über Krankenversicherung der gewerblichen Arbeiter.

2. Gesetz über die Sonntagsruhe der gewerblichen Arbeiter.

„Nutzen und Bedeuten der Gewerkschaften“ von Emil Kralik. „Gaal, der Socialistentödder“. Antwort auf den Vortrag die „Alfölder Arbeiterbewegung“ und „Allgemeiner Arbeiterkalender für das Jahr 1892“.

Weiters verdient angeführt zu werden, die von der Parteileitung inscenirte Agitation gegen das Gesetz über die Krankenversicherung der gewerblichen Arbeiter.

Es wurden sowohl in der Hauptstadt, als in der Provinz zur Entfaltung dieser Bewegung, bei welcher es sich zumeist um die Wahrung der Interessen der Arbeiterkranken- und Invalidenkasse, welches Institut mit der Partei in gewissem Connex steht, handelte, Flugchriften unter den Arbeitern vertheilt und auch den Fabriksbesitzern und Unternehmern Circulars zugesendet. Weiters wurde beschlossen, sowohl in der Hauptstadt, als in der Provinz, wo die Arbeiterkrankenkasse Filialen oder Zahlstellen besitzt, Versammlungen abzuhalten, um die Arbeiter zum Proteste zu veranlassen gegen den Zwang zum Beitritte zu den vom Staate creirten Bezirkskassen.

Es sollten diesbezüglich Resolutionen dem königl. ungarischen Handelsministerium unterbreitet werden, welcher Beschluss aber in der That bisher nicht ausgeführt wurde. Das Inslebentreten des Gesetzes über die Sonntagsruhe, welches sich die Parteileitung als eine Errungenschaft der socialdemokratischen Bewegung vindicirte, wurde von derselben durch die Abhaltung eines Arbeiterwiesenfestes am 19. Juli demonstrirt und es wurde auch in der Provinz dafür lebhaft agitirt.

Es wurde auch die Regelung des Parteivermögens durchgeführt. In erster Linie wurde die bis jetzt unter der Firma „Ferenczy“ bestandene Parteibuchdruckerei in eine Buchdruckerei- und Verlagsgenossenschaft umgestaltet, bei welchem Anlasse die Partei 120 Actien à 25 fl. zeichnete, welche auf die Firma „Ferenczy“ handelsgerichtlich eingetragen wurden. Diese Transaction und Registrirung der Actien auf Ferenczy war nur eine Fiction zum Behufe der Sicherung des Parteivermögens gegen die eventuellen Rechtsfolgen des durch die Erben Irlingers wegen des Eigenthumsrechtes auf die Buchdruckerei angestregten Processes. Als Einnahmsquellen sind zu betrachten: Das Einkommen aus den Abonnementsgeldern und aus dem Verschleiß der Parteiblätter, die aus den Annoncen einfließenden Gebühren, ferner das aus der Ausgabe der Parteiliteratur und des Arbeiterkalenders erzielte Ergebnis, sowie die vom Congresse mit 5 kr. fixirte Mitgliedertaxe und die nach der Druckerei entfallende Dividende.

Zur Hebung des Parteivermögens wurde Ende vorigen Jahres die Ausgabe von Marken, ähnlich denen im Postverkehr gangbaren, auf den Betrag von 5 kr. lautend beschlossen und die Anfertigung von einigen tausend solcher Marken in Deutschland veranlasst.

Diese Marken wurden zur Einsammlung von Spenden unter dem Titel „freiwillige Beiträge für Arbeiterblätter“ den Vertrauensmännern, sowohl in der Hauptstadt als in der Provinz, übermittelt. Auch wurde von der Parteileitung die Idee angeregt „Arbeiterconsumvereine“ zu gründen, in welchen die Beschaffung von

Lebensmitteln im großen und aus directer Provenienz zu geschehen hätte; von den aus dem Absatze der Lebensmittel einfließenden Geldern sollte ein gewisser Procentsatz Agitationszwecken zugeführt werden.

Die Parteileitung hat der an die Partei ergangenen Einladung zur Theilnahme an dem am 28., 29. und 30. Juni abgehaltenen II. Parteitage der österreichischen Socialdemokratie und an dem am 18. August abgehaltenen internationalen Congress in Brüssel Folge gegeben und war am ersteren durch Jakob Kürschner und Josef Ferenczy, am letzteren durch Paul Engelsmann und Jakob Kürschner vertreten.

Es wurden gegen das Parteiblatt „Nepszava“ im Laufe dieses Jahres zwei Pressprocesse anhängig gemacht, und zwar einmal wegen Erscheinens politischer Artikel im Blatte, wozu dasselbe Mangels einer Caution nicht befugt war. Der Process endete mit der Verurtheilung des verantwortlichen Redacteurs J. Radó, recte Ignaz Reichenfeld, welcher als Strohmann fungirt, zu zwei Monaten Staatsgefängnis und 20 fl. Geldstrafe. Der zweite Process wurde wegen Erscheinens mehrerer auf die agrarische Bewegung Bezug habenden und zum Classenhass aufreizender Artikel angestrengt, welcher Process noch im Zuge ist.

Nicht uninteressant ist auch der Umstand, dass Csillag und Kürschner, welche früher den im königl. ung. Handelsministerium tagenden Berathungen des Landesgewerberathes zugezogen waren, zufolge ihres bedenklichen Verhaltens in der Arbeiterbewegung ausgeschlossen und an ihre Stelle zwei Mitglieder der national-demokratischen Partei einberufen wurden. Einen hervorragenden Moment bilden die in der Parteileitung platzgegriffenen Änderungen. Es wurde nämlich in einer Ende September abgehaltenen Parteicomitéconferenz der Beschluss gefasst, dass alle bei der allgemeinen Arbeiterkrankenkasse angestellten Mitglieder des Parteicomités sich zurückziehen sollen und die Führung der Parteitagenden an Engelsmann übertragen werde. Es wurde weiters ausgesprochen, dass die austretenden bisherigen Parteicomitémitglieder den öffentlichen Versammlungen zu Agitationszwecken fern bleiben sollen, aber demungeachtet können sie auf die Beschlüsse des Parteicomités Einfluss üben. Ferner wurde beschlossen, junge Kräfte zu acquiriren, denen die Aufgabe zuteil werden soll, die von den Führern entworfenen Reden zu studiren und in den öffentlichen Versammlungen vorzutragen. Endlich wurde noch der Beschluss gefasst, bis zum nächst abzuhaltenden Congress ein neues Parteicomité zu organisiren, um der Führung der Agitation eine von der Arbeiterkranken- und Invalidenkasse ganz unabhängige Richtung zu geben.

Zufolge dieser Beschlüsse sind von der öffentlichen Thätigkeit im Parteicomité Dr. Sigmund Csillag, Jakob Kürschner, Anton Güttler, Johann Schneider, Geza Endrödy, Josef Till, Karl Rauchmaul, Leopold Kohn, Ignaz Reichenfeld, Josef Ferenczy, Franz Reisch und Adolf Kies ausgetreten.

Aus diesem Anlasse wurde anstatt J. Radó, Johann Gion zum verantwortlichen Redacteur der Parteiblätter gewählt.

Die Veranlassung zu vorstehenden Beschlüssen war der Umstand, dass die Leiter der allgemeinen Arbeiterkranken- und Invalidenkasse, welches Institut, wie schon erwähnt wurde, mit der Partei in gewissem Connex sich befindet und an dessen Leitung die Hauptfaisseure der socialdemokratischen Partei Ungarns theilhaftig waren, unter dem Eindrucke standen, dass dies der Partei gefährlich sei. Sie vermeinten nämlich, dass

die Regierung aus dem Grunde, weil diesem Institute — wie dies auch in der Presse ventilirt und angefochten wurde — nicht nur die Verbindung mit der socialpolitischen Bewegung der Arbeiterschaft, sondern auch bis zu einem gewissen Grade die Verantwortung für die agrarische Bewegung zur Last gelegt werden kann, strenge Maßnahmen gegen das Institut ergreifen würde. Um nun das eventuelle Inslebentreten behördlicher Maßnahmen gegen die Richtung der Wirksamkeit des Vereines und um den Consequenzen derselben die Spitze zu nehmen, und um nicht unvorbereitet dadurch betroffen zu werden, hat der Centralausschuss der Krankenkasse in seiner am 16. September abgehaltenen Sitzung den Beschluss gefasst, zufolge dessen in welcher Eigenschaft beim Institute Angestellten unter Androhung der Entlassung verboten wurde, im Interesse der socialdemokratischen Propaganda irgend welche Thätigkeit zu entfalten. Dieser Beschluss wurde auch im 38. Wochenberichte kundgemacht. Zur Anregung der socialdemokratischen Bewegung in Ilankunft und zur Führung der Propaganda wurde als Centrum der mit von der Regierung genehmigten Statuten versene hauptstädtische Arbeiterclub ausersehen, in welchem sämtliche Führer der zu gründenden Gewerkevereine und Fabriken concentrirt wurden. In diesem Club werden alle Tagesereignisse und auftauchende socialistische Fragen discutirt, werden wöchentlich Vorträge über socialistische Themas gehalten und werden allmonatlich an jedem auf dem 15. folgenden Sonntage gemüthliche Abende abgehalten. Zur Durchführung der Agitation wurden die in den Gewerkschaftsrath gewählten Genossen bestimmt, deren Aufgabe es ist, in den provisorisch bestehenden Gewerkevereinen die socialdemokratischen Lehren zu verbreiten und in solchen Branchen, wo noch kein Gewerkeverein besteht, das Inslebenrufen derselben anzuregen.

Die innere Organisation der Partei ist zur Zeit folgende: Das öffentlich wirkende Parteicomité, bestehend aus Paul Engelsmann, Johann Gion, Samuel Janay (Joitelten) und Adalbert Gombossy; dasselbe wird vorläufig nicht ergänzt. Es wurden für die zu haltenden öffentlichen Vorträge besondere Referenten sowohl für die deutsche, als ungarische Sprache bestellt.

Der intellectuelle Redacteur des Parteiorgans „Nepszava“ blieb auch weiterhin Jakob Kürschner, an Stelle Adolf Kiss wurde zum internen Mitarbeiter dieses Blattes ein gewisser Meröfy gesetzt, welcher auch mit der Redaction des auf Grundlage des Parteiprogrammes stehenden Blattes „Cripóse“ (der Schuhmacher) betraut wurde. Die Arbeiterpresse wird wie bisher auch weiterhin durch Engelsmann redigirt.

Aus der socialdemokratischen Bewegung hervorgegangen, verdient besondere Erwähnung die von Ihrlinger und Consorten gegründete Opposition und deren Anschluss an die socialdemokratische Partei. Im Jahre 1889 wurde von radicalen Socialisten und malcontenten Elementen behufs Gründung einer radicalen Arbeiterpartei eine Bewegung initiirt und zur Führung der diesbezüglichen Propaganda unter dem Titel „Budapester Arbeiterbildungsverein“ ein Verein gegründet. Diese Bewegung, deren Spitze sich gegen die Leiter der ungarländischen allgemeinen Arbeiterpartei richtete, die Macht der Parteileitung zu brechen beabsichtigte, und welche die Schwächung der Partei- und die Losreißung der allgemeinen Arbeiterkranken- und Invalidenkasse von der Partei bezweckte, hat zwar eine Organisation und Thätigkeit nach socialrevolutionären Principien in Aussicht gestellt, jedoch gar keine Organisation geschaffen

und vermochte auch nicht so viel Boden zu fassen, um sich als radicale Arbeiterpartei mit Erfolg zur Geltung zu bringen.

Sie hat sich in Consequenz dessen auch zu keinem solchen Factor herangebildet, welcher in staatspolizeilicher Beziehung besondere Beachtung verdient hätte. In dieser Bewegung trat in neuerer Zeit ein Umschwung ein, indem die Führer derselben sich der socialdemokratischen Partei genähert und die durch sie geleitete Bewegung auf das Gebiet der socialdemokratischen Bewegung übertrugen. Diese Umkehr veranlasste der Umstand, dass die Leiter der Arbeiterkrankenkasse, welche gleichzeitig in der Partei als Faiseure fungirten, von ihrer Thätigkeit im Parteicomité zurücktraten, wodurch die Trennung dieses Institutes von der Parteileitung stattgefunden hat und weil Engelsmann sich dahin geäußert hatte, dass die zukünftige Opposition im Rahmen der Partei eine ihrer Richtung entsprechende Stelle finden wird. Was das Verhalten der neuen Opposition im Schoße der Partei betrifft, vertritt dieselbe den radicalen Standpunkt und entfaltet dementsprechend ihre Thätigkeit, soll aber im Geheimen für socialrevolutionäre Ideen Propaganda machen.

Auch sei hier noch der national-demokratischen Partei Erwähnung gethan.

Unter den hauptstädtischen Arbeitern war längere Zeit eine Bewegung bemerkbar von Seite jener, welche mit der in neuerer Zeit ganz internationalen Tendenz der socialdemokratischen Partei sich nicht assimiliren konnten, und welche, größtentheils Anhänger der Unabhängigkeitspartei, ihre Socialpolitik mit dem nationalen Gefühl in Einklang zu bringen wünschten. Diese Fraction, welche bei der Enthüllung des Denkmals der Arader Blutzugeen sich vertreten ließ, hat die Gefühlsäußerung der Socialdemokraten provocirt, dass der Arbeiter weder einem Vaterlande noch einer Nationalität angehören dürfe. Die in ihrem Nationalgefühl tief verletzten ungarischen Arbeiter beriefen infolge dessen am 23. November 1890 eine Versammlung ein, in welcher sie feierlichst dagegen Protest erhoben, dass Individuen, deren Princip Vaterlandslosigkeit ist, die patriotische Pietät ungarischer Arbeiterverunglimpfen und dass solche Leute auch weiterhin die Führerrolle der ungarländischen Arbeiter usurpiren können, weiters protestirten sie auch gegen die irrite Auffassung, als ob nur solche als Demokraten anerkannt werden, welche auf Nationalgefühl und Nationalismus abdiciren und das Vaterland und die Nation negirenden kosmopolitischen Ideen anhängen.

Es wurde ausgesprochen, zu jeder Zeit die Verfassung ihres Vaterlandes und dessen Gesetze zu ehren und in diesem Rahmen wünschen sie die Lage ihrer Mitbürger zu verbessern, in nationaler Richtung reichen sie den Bürgern jeder Nation die Bruderhand zur Regelung der Arbeiterangelegenheiten — aber hier verstehen sie vor allen andern nur Individuen reinen Charakters.

Aus den im Jahre 1889 gefassten verschiedenen Beschlüssen der beiden getrennten Fractionen, Possibilisten und Marxisten, acceptirten sie alle jene Punkte, welche nach den ungarischen Gesetzen zur Zeit durchführbar sind. Endlich wurde noch gesagt, dass sie die national-demokratische Partei seit jeher bilden und demokratische Principien nicht nur im Herzen tragen, sondern auch durch die That bekundeten. Sie erachten es für nothwendig, dass diese nationale demokratische Partei sich consolidire, zu welchem Behufe sie mit der inneren Organisirung in Ansehung obangeführter Principien das Bureau der Versammlung betrauen.

Bisher hat sich die Existenz dieser Parteischatthirung meist durch die Wirksamkeit von Tischgesellschaften in größerer Mitgliederzahl bekundet.

Ihre weitere Action manifestirte sich in der Abhaltung einer Versammlung am 12. April, in welcher sie demonstrativ gegen die, internationale socialistische Richtung verfolgenden Arbeiter Stellung nahmen und beschlossen, dass sie von der am 1. Mai beabsichtigten Demonstration und der Feier dieses Tages fernbleiben, was sie auch thatsächlich einhielten. Der Verlauf dieser Versammlung war folgender: Der Sitzung wohnten ungefähr 300 Personen, darunter auch oppositionelle Elemente bei und sie wurde von Emerich Varga mit der Erklärung eröffnet, dass nur solche Arbeiter das Wort erhalten, welche die Versammlung nicht zu stören wünschen. Die Conferenz sei dazu berufen, einen Beschluss zur würdigen Feier des 1. Mai zu erbringen. Es entstand hierauf heftiger Lärm. Viele der Anwesenden riefen, der 1. Mai müsse in großartiger Weise begangen werden, denn das sei ein Festtag aller Arbeiter der Welt. Nachdem wieder Ruhe eingetreten war, ergriff Albert Darvas das Wort um die „vaterlandslosen Internationalisten“ und die zwecklosen Straßendemonstrationen zu verurtheilen. Der ungarische Arbeiter soll in erster Linie Patriot sein! Es sei unbegründet einen Tag zu feiern, der für Ungarn keine pietätvolle Bedeutung hat. Hierauf entstand von Seite der Opposition neuer Lärm, so dass der anwesende Polizeibeamte mit der Auflösung der Versammlung drohte, da wurde von Seite der „Internationalisten“ gerufen „Gehen wir also, wenn man uns nicht hören will“, worauf großes Gelächter entstand und aus den Reihen der patriotischen Partei der Ruf „Glück auf den Weg!“ ertönte. Thatsächlich verließ ein Theil der Ruhestörer den Saal, worauf der Schriftführer Matthias Remszö den Beschlusssantrag verliest:

„Der ungarische Arbeiter ist vor allem Patriot, der seine Nation, sein Vaterland niemals und um keinen Preis verleugnen wird. Die ungarische Arbeiterpartei respectirt Ungarns Verfassung und Gesetze und sucht im Rahmen derselben die Lage des ungarischen Arbeiters zu verbessern; darum acceptirt sie von den Beschlüssen des Pariser Arbeitercongresses vom Jahre 1889 nur jene Punkte, welche im Rahmen unserer Landesgesetze durchführbar sind.“

Es wurde darauf hingewiesen, dass die am 1. Mai vorigen Jahres veranstaltete Arbeiterdemonstration absolut kein Resultat hatte und die ungarische Arbeiterpartei heute gar keinen Grund hätte, eine solche Demonstration zu wiederholen, umsoweniger, als die Arbeiter dadurch nur in den Ruf von Ruhestörern kämen und durch solche Demonstrationen nur Kraft und Zeit der Arbeiter vertrödelt worden. Es wurde darauf hingewiesen, dass schon in allen Ländern die verständigen Arbeiterelemente dafür eintreten, den 1. Mai als Arbeiterfeiertag fallen zu lassen. Endlich wurde betont, dass Ungarns Regierung bereits die Initiative ergriffen hat, um die Lage der Arbeiter auf gesetzgeberischem Wege zu regeln und zu verbessern. Endlich beschlossen die anwesenden Arbeiter Schulter an Schulter nicht an einem bestimmten Tage, sondern ununterbrochen im Interesse der Verbesserung ihrer Lage zu wirken, dieses Ziel nur unter Anwendung gesetzlicher Mittel zu erstreben und vor allem Patrioten bleiben zu wollen. Ungarn dürfe nicht durch fremde, vaterlandslose Elemente politischen oder wirtschaftlichen Erschütterungen ausgesetzt werden. Schließlich wurde ausgesprochen, dass die ungarische nationale Arbeiterpartei sich an einer eventuellen Demonstration am 1. Mai nicht betheiligen werde. Die Resolution

schloss mit den Worten: „Das Motto sei nicht das Brod, sondern das Vaterland vor allem!“

Die mit der Führung der Geschäfte provisorisch betraute Parteileitung hat die Organisation der Partei in Angriff genommen, ein Parteiprogramm entworfen und dasselbe der am 7. Juni stattgefundenen constituirenden Versammlung vorgelegt, wo es en bloc angenommen wurde. Die Thätigkeit der Partei bekundet sich gegenwärtig dadurch, dass sie ihr Organisationsprogramm in hauptstädtischen und provincialen Arbeiterkreisen bekannt macht und im Interesse desselben agitirt, weiters, dass sie durch die Ausgabe des Blattes „Mizaszlók (Unsere Fahne) für ihre Ideen Propaganda macht. Dieses Blatt erscheint seit 4. Juli wöchentlich einmal und dessen Bestand wird durch das Abonnement, von dem Ertragnisse kleinerer Unterhaltungen und einzelnen Spenden mit äußerster Kraftanstrengung erhalten.

Der Zweck der Partei ist die graduelle Aufbesserung der materiellen und intellectuellen Lage der ungarländischen Arbeiter im gesetzlichen Wege, nationalem Geiste und patriotischer Richtung.

Die neue Bewegung unter den landwirtschaftlichen Arbeitern verdient noch einige Erwähnung.

Diese Bewegung kam in Fluss, als am 13. April in der Gemeinde Oroshaza für 3 Uhr nachmittags eine große socialdemokratische Arbeiterversammlung anberaumt war, zu welcher Deputation von Békés, Mezobereny, Gyoma, Gyula, Csaba etc. angekommen waren und zu welcher der Parteiführer Dr. Csillag aus Budapest eingetroffen ist. Schon in den Morgenstunden sammelten sich die bäuerlichen Arbeiter in den Straßen und die Gendarmerie hatte alle Mühe die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Am 1. Mai war es wieder in Oroshaza, dass im Hofraume des Arbeiterbildungsvereines eine weißseidene Fahne aufgehisst wurde mit den Worten: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Erholung, 8 Stunden Schlaf!“ und hier sowie in Békés-Csaba kam es zu Unruhen. Die Bewegung dehnte sich von Oroshaza aus auf Békés-Csaba, dann Battonya aus und obwohl die strafgerichtliche Untersuchung betreffs der stattgehabten Unruhen nach dem Wortlaute der Anklageschrift dargethan hat, dass nicht so sehr socialistische Motive bei den Unruhen mitgewirkt haben, sondern vielmehr locale Ursachen, so beweist doch die Gegenwart eines Dr. Csillag aus Budapest und eines Andreas Horvath, dass die Socialisten die Unruhen wenigstens für ihre Zwecke auszubeuten suchten. Die Budapester Socialdemokraten rühmten sich sogar, ihre Hand bei den Unruhen im Spiele gehabt zu haben, denn Paul Engelsmann, der Delegirte auf dem BrüsselerCongresse der internationalen Socialisten, äußerte sich in dem Berichte über die ungarländische Bewegung dahin, dass die agrar-socialistische Bewegung seit dem socialdemokratischen Parteitage am 7. und 8. December 1890 in auffallender Weise zugenommen habe. Die calvinistische bäuerliche Bevölkerung im Békéser Comitate erfreue sich einer guten Schulbildung und sei es „im höchsten Grade überraschend, unter den landwirtschaftlichen Tagelöhnern Männer zu finden, welche Büchner's „Kraft und Stoff“ gelesen und begriffen haben, welchen die Werke Darwins bekannt sind und die sich als Atheisten bekennen“.

Der Bericht des ungarischen Delegirten lautete dann weiter:

„Vom Békéser Comitate aus verbreitete sich diese etwas primitiv socialistische Bewegung unter den Bauern alsbald in die benachbarten Comitate Csongrad, Arad und Torontal. In kurzer Zeit wurden auch

in zahlreichen Gemeinden von den landwirtschaftlichen Arbeitern Arbeiterbildungsvereine gegründet.“

In jüngster Zeit ist die Parteileitung bestrebt ihre Agitation auf die Landarbeiter im Tabakbaue zu übertragen.

Mit welchen Mitteln die schriftliche Agitation zur Gewinnung der bäuerlichen Bevölkerung gearbeitet hat, beweist ein Flugblatt, dessen Schlussätze lauteten:

„O, schlafender Riese Volk! Wach auf, erkenne Deine Macht! Erkenne, dass Du es bist, der die Äcker bebaut, Felder, Wiesen und Weingärten bestellt; dass Du es bist, dessen Schweiß die Gesellschaft es schuldet, dass sich Speicher und Keller füllen, dass Du es bist, der Erze und Metalle ans Tageslicht hebt und diese zu Reichthum bildet und zu schaffenden Formen gestaltet, dass Du es bist, der da hämmert und hobelt, nähet und spinnet, dass Du es bist, der die Menschen bekleidet und beschuht und ihnen ein schirmendes Dach errichtet, das sie gegen Regen und Sturm, Kälte und Sonnenglut schützt, erkenne es, dass Deine Thätigkeit es ist, die den Staat erhält, der zusammenbricht, wenn Du es einmal satt wirst, bloß den Pflichten tragenden Theil zu bilden. Erkenne Deine Macht und fordere Dein Recht, Dein Recht der Theilnahme an der Herrschaft im Staat und Gemeinde.“

Deutschland.

Mehr als ein Jahr ist seit der Aufhebung des deutschen Socialistengesetzes verflossen. Ein Rückblick auf diesen Zeitraum mit Betrachtungen über den Einfluss, welchen der Wegfall des Ausnahmsgesetzes auf die socialdemokratische Bewegung im Deutschen Reiche ausgeübt hat, belehrt, dass der kurze Zeitraum nicht hinreichend war, eine wesentliche Änderung in dem Umfange oder in der Form der socialistischen Agitation hervorzubringen. Ein Umstand ist jedoch aufgefallen. Bekanntlich hat der Pariser internationale Arbeitercongress beschlossen, von nun ab in kurzen Zeiträumen, beiläufig alle zwei Jahre, solche internationale Arbeitercongresse abzuhalten, um den Marx'schen Ausspruch „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ so recht zur Geltung zu bringen. Ebenso ist bekannt, dass die deutschen Socialistenführer auf diesem Congresse unbestritten die Führung gehabt haben und dass unmittelbar nach dem Pariser Arbeitercongresse die Bewegung in Deutschland hoch ging. Nun hat sich die Glut der socialdemokratischen Agitation ein wenig abgekühlt und die Partei, deren Stärke und Bedeutung auch heute noch von keiner socialistischen Partei der übrigen Länder erreicht wird, verlor seither ein wenig ihren revolutionären Charakter.

Die Arbeitermassen konnten im abgelaufenen Jahre nicht mehr so häufig und stark wie vormalis in Bewegung gesetzt werden. Das Bekenntnis zur Socialdemokratie war vielleicht an Intensität nicht geringer geworden, aber entschieden haben die Wogen der Agitation gegen das Vorjahr sich mehr und mehr ausgeglichen, wozu noch ein Umstand kam, dass die socialdemokratischen Versammlungen in Deutschland, mit Ausnahme von Berlin, woselbst die Oppositionspartei am stärksten das Haupt erliebt, immer weniger besucht wurden.

Von Lohnkämpfen war nur wenig die Rede. Die Hemmnisse, unter denen die socialdemokratische Maschinerie seit dem Erlöschen des Ausnahmsgesetzes arbeitete, kamen aber nicht bloß von außen, nicht bloß von dem Umschwung der Existenzbedingungen, sondern sie kamen vielmehr von der Fortdauer innerer Zwistigkeiten. Gleichwohl ist an einen Rückgang der Social-

demokratie in Deutschland vorderhand noch nicht zu glauben, wie denn auch nicht die feindliche Haltung gegen die staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen seitens der Führerschaft und der Socialisten überhaupt seither wesentlich nachgelassen hat.

Die Spaltung in der Partei hatte schon im Jahre 1890 begonnen. Zwar haben die Häupter der deutschen Reichsrathsfraction, nämlich Singer, Bebel und Liebknecht noch das Heft in der Hand, aber fast mit jedem Tage im Berichtsjahre wuchs für sie die Schwierigkeit, sich gegen neu herandrängende Kräfte von unten her zu behaupten.

Die „Jungen“ sind geschlagen, aber noch lange nicht vernichtet, sie haben in der Berliner Arbeiterbevölkerung sogar einen großen Anhang und wenn der Kampf sich nicht heftiger bisher gestaltet hat, so geschah dies, weil die Klugheit ihnen gebietet, den Schein der Eintracht möglichst zu wahren. Deshalb wurde, wie in Österreich, von der socialistischen Partei stets gelehrt, dass eine ernstliche Spaltung in der Partei bestehe, und behauptet, dass nur Differenzen vorhanden wären, wie sie eben in jeder anderen Partei vorzukommen pflegen.

Der Conflict im Lager der deutschen Socialdemokratie zwischen den „Alten“ und den „Jungen“ ist aber in den ersten Tagen des Monates Juli in ein ernsteres Stadium getreten.

Es fand nämlich am Freitag, den 3. Juli, im Feenpalaste, einem der größten Locale Berlins, eine gut besuchte socialdemokratische Versammlung statt, um Stellung zum Brüsseler internationalen Congresse zu nehmen, eventuell auch einen Delegirten zu wählen.

Schon der erste Redner, Fischer, welcher vor seiner Ernennung zum Parteisecretär sich lange in Zürich und London aufgehalten hatte, musste sich viele Unterbrechungen gefallen lassen, ebenso der Abgeordnete Stadthagen und alle Redner, die nicht zur Opposition zählten. Endlich kam Bebel zum Worte, der am Schlusse seiner Rede eine offene Kriegserklärung an alle Parteigenossen aussprach, welche fürderhin den Beschlüssen der Fraction und des Vorstandes offenen Widerstand entgegengesetzt und somit das Ansehen der Partei schädigen würden. Er erklärte, auf dem nächsten Parteitage dahin wirken zu wollen, dass die factische Opposition gebührend gekennzeichnet werde, um endlich die Parteiverhandlungen wieder in Ruhe fortführen zu können. Bei der Wahl des Delegirten siegte zwar Parteisecretär R. Fischer gegen den Candidaten der Opposition, dem Schuhmacher R. Baginski; er legte aber infolge mehrerer Proteste einige Tage darauf das erhaltene Mandat nieder und ließ sich einige Tage später in einer zweiten Versammlung, am 9. Juli, für welche seitens der Partei ein größerer Anhang gesichert war, dasselbe wieder übertragen.

Es folgte noch eine dritte Versammlung in Hensel's Local am 25. August 1891, dann eine vierte Versammlung im Eiskeller am 1. September und endlich eine fünfte Versammlung in Kolberg's Salon am 9. September 1891, in welcher die hervorragendsten Parteiführer Deutschlands mit den Spitzen der „Jungen“ über Parlamentarismus, Dictatur etc. debattirten, ohne zu einem Ausgleiche zu gelangen. Der Kampf zwischen den „Alten“ und „Jungen“ in der deutschen Socialdemokratie dauerte daher in Berlin und den Vororten ungeschwächt fort. Die im Monate September abgegebene Erklärung des Parteivorstandes, womit ein entschiedenes Vorgehen gegen die Opposition auf dem bevorstehenden Erfurter Parteitage angekündigt wurde, hatte die „Jungen“ veranlasst, alle Kräfte anzustrengen, um auf

demselben zahlreich vertreten zu sein. Es wurde zu dem Zwecke damals in dem Berliner Vororte Rixdorf eine überaus zahlreich besuchte Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereines abgehalten, in welcher es der Opposition gelang, ihre Candidaten für den Congress durchzubringen. Der Entscheidung ging eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen dem Abgeordneten Bebel und dem Führer der Opposition, Buchdrucker Werner, voraus. Bebel verbreitete sich in längerer Rede über den Programmwurf, wobei er bemerkte, dass man von einem socialdemokratischen Zukunftsstaate nicht sprechen könne, da, wenn erst der Socialismus sich Bahn gebrochen, der Staat überflüssig werde und ganz von selbst verschwinde. Den Weltkrieg erklärte er für unvermeidlich, komme es aber so weit, dann sei die bürgerliche Gesellschaft bankerott und was dann geschehen werde, darüber wolle er nicht weiter sprechen. Jedenfalls müsse die große Masse aufgeklärt werden, damit, wenn der große Tag kommt, diese auch weiß, was sie zu thun hat.

Nach einer Gegenrede von Seite der Opposition wurden Wilhelm Werner (Berlin), Specereihändler Mielew (Johannesthal) und Cigarrenhändler Ungering (Köpenik), sämmtlich zur Opposition gehörig, als Delegirte für den Erfurter Parteitag gewählt.

Den Höhepunkt hatte der Conflict der „Alten“ und „Jungen“ mit dem Erscheinen eines anonymen Flugblattes der „Jungen“ an die socialdemokratischen Parteigenossen Berlins erreicht.

In diesem Flugblatte wurde der Vorwurf erhoben, dass die Führer den revolutionären Geist absichtlich tödten, ja sogar das Denken und Fühlen verbieten; ihre Taktik sei falsch und es sei sogar ein Betrug, wenn behauptet werde, dass auf dem Wege des Parlamentarismus eine Socialisirung der Massen möglich ist, und dass sich die heutige Gesellschaft in den socialistischen Staat gewöhnen werde.

Aus der langen Flugschrift sei hier nur eine Wiedergabe von zwei Absätzen gestattet:

„Es wäre Verrath an der uns heiligen Sache, wenn wir noch länger zusehen wollten, wie die Dictatur (der Führer) jedes demokratische Denken und Fühlen erstickt — wie die ganze Bewegung immer mehr verflacht und schon jetzt zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken ist, wie die Revolution von der Tribüne des Reichstags herab feierlichst abgeschworen wird und täglich alles geschieht, um einen Ausgleich zwischen Proletariern und Bourgeois herbeizuführen. Die socialdemokratische Bewegung in Deutschland ist von Anfang an eine durch und durch revolutionäre und proletarische gewesen.“

Die Flugschrift endete mit den Worten:

„Hoch die internationale revolutionäre Socialdemokratie!“

Infolge dieses Vorkommnisses hatte der Parteivorstand die Opposition am 11. September 1891 aufgefordert, ihre Anschuldigungen genau zu formuliren und unter Beifügung des nöthigen Beweismaterialies dem Erfurter Parteitage zu unterbreiten.

Die Vorgänge am Erfurter Parteitage werden weiter unten dargestellt werden.

Nachdem die Parteileitung aber die „Jungen“ auf dem Congresse zum Austritte genöthigt hatte, machte sie sich daran, dieselben vollständig unschädlich zu machen.

Ein Aufruf des Parteiorganes „Vorwärts“ bedrohte die Berliner Parteigenossen, welche sich etwa der Werner'schen Gruppe anschlossen, eindringlich mit sofortigem Ausschluss; jeder Versuch, die Einheit der

Partei zu stören, werde machtvoll zurückgewiesen werden.

Nachdem die höchste Instanz gesprochen, heiße es einfach Unterordnung; wer sich nicht füge, stehe außerhalb der Partei. Eine organisierte Partei, welche gegen eine Welt in Waffen kämpfe, könne Franc tireurs und Freibeuter in ihren Reihen nicht brauchen. Entsprechend dieser energischen Ankündigung hat der Parteivorstand am 10. November 1891 den Redacteur Richard Baginski und den Hausdiener Otto Lambrecht, welche mit dem Flugblatt der Opposition in Verbindung gebracht worden waren, aus der Partei ausgeschlossen. Es ist dies in analoger Weise geschehen, wie Hanser und Heimann von der Wiener Parteileitung ausgeschlossen worden sind.

Die Antwort der Opposition ließ nicht lange warten. Am 8. November 1891 trat die selbständige Organisation, welche sich die aus der socialdemokratischen Partei ausgetretenen „Jungen“ gaben, durch die Bildung eines „Vereines unabhängiger Socialisten“ in Berlin ins Leben.

Zur Vorbereitung derselben wurde ein Flugblatt veröffentlicht, in welchem es unter anderem heißt:

„Wir oppositionell gesinnten Socialisten wollen das ganze Proletariat zu einer Schlachtreihe gegenüber der Bourgeoisie vereinigen, jedoch bekämpfen wir jede erzwungene Centralisation.“

In Bezug auf die Taktik wurde erklärt, die Gründer des Vereines hätten sich entschlossen, außerhalb des Rahmens der Parteiorganisation zu wirken, weil die Dictatur des Parteivorstandes jedes selbständige Denken ersticke.

Nachdem auch am Sonntag, den 15. November 1891, die Nummer 1 des Organes der unabhängigen Socialisten „der Socialist“ in Berlin erschienen war, ist die lange genug geheimgehaltene Spaltung der Partei officiell publicirt worden.

Eine dritte Fraction ist die der „süddeutschen Genossen“ an deren Spitze Georg von Vollmar in München steht, welche gemäßigten Anschauungen huldigt.

Vollmar vertritt die Ansicht, die Arbeiterpartei müsse, da eine vollständige Verwirklichung aller socialdemokratischen Ziele in absehbarer Zeit nicht in Aussicht stehe, von der principiellen Opposition lassen und suchen durch Mitwirkung an der Lösung der Arbeiterfrage auf gesetzlichem Wege möglichst günstige Existenzbedingungen zu erreichen.

Er steht auf nationalem Standpunkte und erklärt sich daher für einen Anhänger der Tripelallianz. Diesen Ansichten hatte Vollmar in den Münchner Blättern und in Versammlungen wiederholt entschieden Ausdruck gegeben.

Er wurde deshalb von der Berliner socialistischen Presse („Vorwärts“) angegriffen und seine Anschauungen sind auch in München nicht unangefochten geblieben, dennoch steht der größte Theil der Münchner Genossen auf seiner Seite, was nicht zum geringsten seiner Persönlichkeit zuzuschreiben ist.

Ehemaliger sächsischer Officier, gehört Vollmar den besseren Ständen an, ist vermöglich, ganz unabhängig und genießt infolge seiner geistigen Begabung, nicht allein die größte Achtung innerhalb seiner Partei, sondern auch eine unumschränkte Autorität.

Als der Abgeordnete Vollmar am 1. Juni unter dem Titel „die Entwicklung der Socialdemokratie unter dem neuen Curs“ in einer öffentlichen Versammlung der socialdemokratischen Partei in München

eine Rede gehalten hatte, in welcher er in der auswärtigen Politik sich als Anhänger des Droibundes erklärt, in der inneren Politik die Weiterführung des Arbeiterschutzes, die unbeschränkte Coalitionsfreiheit und völlige Beseitigung aller Lebensmittelzölle als die nächsten Ziele der Bewegung bezeichnet und hierüber einen ausführlichen Bericht in der von Vollmar und Birk herausgegebenen „Münchner Post“ veröffentlicht hatte, war die socialistische Presse in ganz Deutschland sowohl im Lager der „Alten“, als auch in den Kreisen der „Jungen“ über diese Erklärungen Vollmar's in Aufregung.

Die Rede hatte einen umso größeren Eindruck gemacht, weil es keine bloße private Äußerung war. Dies bewies der ganze Ton, in welchem sie gehalten war und das nachherige Benehmen Vollmar's zeigte ebenfalls, dass er sie als Programmrede aufgefasst wissen wollte.

Die Rede hat im Norden von Deutschland bedeutend mehr Staub aufgewirbelt, als im Süden von Deutschland; so schrieb die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“:

„Wir halten die ganze Angelegenheit für äußerst belanglos und unwert, besonders besprochen zu werden. Gegnerische Blätter jedoch und eine handvoll von heisspornigen Berliner „Radicalen“ haben aus der Mücke einen Elefanten gemacht und ein gänzlich unwichtiges Geschehnis zu einem großen Spectakel aufgebauscht.“

Endlich veröffentlichte der Parteivorstand am 30. Juni 1891 eine Erklärung, welche lediglich besagte, dass Vollmar nicht im Namen der Partei gesprochen habe, womit er jeder weiteren Gefahr aus dem Wege ging.

Hiermit scheint die Stellung der Parteien in Deutschland genügend gekennzeichnet und es am Platze zu sein, die beiden wichtigsten Begebnisse in der deutschen Bewegung des abgelaufenen Jahres: Den Parteitag in Erfurt und das neue Programm der Partei zu besprechen.

Am 14. October um 7 Uhr abends, trat in Erfurt der zweite Parteitag der deutschen Socialdemokratie seit der Aufhebung des Socialistengesetzes zusammen.

Die Verhandlungen des Congresses schienen aus mehrfachen Gründen sich interessant zu gestalten, es wurden aber die Erwartungen in dieser Richtung nicht erfüllt.

Die Verhandlungen sollten die Anklagen bringen, welche die „Opposition“ in Berlin in Versammlungen und in einem Flugblatte gegen die herrschende Taktik der Partei erhoben hat, die Delegirten sollten fernorts richten über die Reden Vollmar's in München und endlich sollten die Delegirten die eingebrachten Programmentwürfe prüfen und den besten davon zum Beschlusse erheben.

Singer eröffnete den Congress mit einem Rückblick auf den Parteitag in Halle und gab die Tagesordnung bekannt:

- I. Geschäftsbericht des Vorstandes.
- II. Bericht der Controleure.
- III. Parlamentarische Thätigkeit.
- IV. Programmentwurf.
- V. Berathung besonderer Anträge.
- VI. Wahl der Parteileitung.

Nach den Worten Singer's erstattete Auer den Bericht des Parteivorstandes, welcher in den wenigen Worten zusammenzufassen ist: Die Partei hat alles gethan, was in ihren Kräften stand, wenn das Ergebnis doch nicht ganz befriedige, sei sie nicht schuld daran.

Gespanntes Interesse wurde dem folgenden Capitel gewidmet. Es betraf die Spaltung in der Partei. Die „Anklagen der Opposition“ wurden entgegen genommen und mehrere Sitzungen sogar den Anschuldigungen der Opposition gewidmet, in welchen Auerbach, Wildberger, Werner u. a. m. in heftiger, ja leidenschaftlicher Weise ihre Anschuldigungen erhoben, die theilweise sehr schwerer Natur waren und sich hauptsächlich gegen Reichstagsfraction und Parteivorstand richteten. Die von der Opposition abverlangten Beweise wurden aber von der großen Majorität der Delegirten nicht für genugsichthältig befunden, weshalb sie die Opponenten aufforderte, die Beschuldigungen zu widerrufen. Da keiner derselben es that, wurde auf Antrag Bebel's eine neungliederige Commission eingesetzt, welche die Anschuldigung der Opposition zu prüfen und dem Plenum Bericht zu erstatten hatte. Aber die Delegirten der Opposition, Auerbach, Wildberger, Werner, Röthge und Schultze, zogen es vor, vor dieser Commission nicht zu erscheinen und verließen den Sitzungssaal, nachdem sie vorher noch die Erklärung abgegeben hatten, dass sie mit dieser Socialdemokratie nicht gehen können.

Nachdem auf diese Weise die Taktik der „Jungen“ abgethan war, hielt der Parteitag Gericht über Vollmar. Zunächst referirte Molkenbuhr „Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit des Reichstages, nach demselben sprach Bebel über die Taktik und hiebei kam Vollmar daran, der jedoch viel sanfter behandelt worden ist, als die „Jungen“. Es wagte niemand diesen „intelligenten“ Genossen, welchem die deutsche Socialdemokratie Dank schuldig ist, schroff entgegen zu treten. Es wurde nur vorgebracht, dass, wenn auch das Socialistengesetz gefallen und manch andere Änderung eingetreten sei, der Curs kein anderer geworden ist. Ein Grund zur Änderung der Parteitaktik liege also nicht vor. Würde die Partei sich zu den Anschauungen Vollmar's bekennen, dann gerieth sie auf eine schiefe Ebene, sie würde bald aufhören socialdemokratisch zu sein und der Auflösung entgegengehen. Wenn auch Besonnenheit überall geboten sei, so dürfe dieselbe doch nicht zu weit gehen.

Bebel brachte die nachfolgende Resolution ein:

„In Erwägung, dass die Eroberung der politischen Macht das erste und Hauptziel ist, nach der jede classenbewusste Proletarierbewegung streben muss, dass aber die Eroberung der politischen Macht nicht das Werk eines Augenblicks, nicht die Frucht einer momentan gelungenen Überrumpelung des Gegners sein kann, sondern nur durch zähe und ausdauernde Arbeit und geschickte Benützung aller Mittel und Wege, die sich der Propaganda für unsere Ideen und Ziele in der gesammten Arbeiterclassen darbieten, errungen werden kann, erklärt der Parteitag:

Es liegt kein Grund vor, die bisherige Taktik der Partei zu ändern.

Der Parteitag betrachtet es vielmehr noch immer als Pflicht der Parteigenossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften und Mitteln die Agitation für die Reichstags-, Landtags- und Gemeinderathswahlen zu betreiben, wo immer nur eine Aussicht auf Erfolg, ohne Verletzung des Princips, sich bietet.

Ohne sich bei der Beschränktheit und dem Classengeoismus der bürgerlichen Parteien über den Wert der parlamentarischen Erfolge in Bezug auf unsere Grundforderungen der geringsten Illusion hinzugeben, betrachtet der Parteitag die Agitation für die Reichstags-, Landtags- und Gemeinderathswahlen als besonders wirksam für die socialistische Propaganda,

weil sie die beste Gelegenheit bietet, mit den proletarischen Massen in Berührung zu kommen und dieselben über ihre Classenlage aufzuklären, und weil die Benutzung der parlamentarischen Tribüne das wirksamste Mittel ist, die Unzulänglichkeit der öffentlichen Gewalten zur Hebung der socialen Übel darzuliegen und die Unfähigkeit der herrschenden Classen den neuen Culturbedürfnissen, deren Befriedigung die Arbeiterclassen fordert, gerecht zu werden, vor aller Welt zu offenbaren.

Der Parteitag verlangt von den Vertretern der Partei, dass sie fest und entschieden im Sinne des Parteiprogramms wirken und, ohne auf die Erlangung von Concessionen seitens der herrschenden Classen zu verzichten, immer das ganze und letzte Ziel der Partei im Auge haben.

Der Parteitag verlangt ferner von jedem einzelnen Genossen, dass er den Beschlüssen der Gesamtpartei und den Anordnungen der Parteiorgane, so lange diese innerhalb der ihnen zugewiesenen Befugnisse handeln, volle Beachtung schenkt und in der Erkenntnis, dass eine Kampfpartei, wie die socialdemokratische, nur in strengster Disciplin und Unterwerfung unter den Willen der Gesamtpartei ihr Ziel erreichen kann, diese Disciplin und diese Unterwerfung übt.

Der Parteitag erklärt ausdrücklich, dass die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein einem jeden Parteigenossen zustehendes selbstverständliches Recht ist, er verlangt aber, dass diese Kritik in Formen gelbt werde, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Theile ermöglichen. Er fordert insbesondere, dass kein Parteigenosse persönliche Anschuldigungen oder Anklagen öffentlich erhebt, bevor er sich von der Richtigkeit der erhobenen Anschuldigungen oder Anklagen überzeugt und alle ihm nach der Organisation zustehenden Mittel erschöpft hat, um Abhilfe zu schaffen.

Endlich ist der Parteitag der Anschauung, dass der in den Statuten der internationalen Arbeiterassociation von 1864 ausgesprochene Grundsatz: „Dass Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage für das Betragen aller ihrer Mitglieder untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anzuerkennen sei“, auch heute noch die Richtschnur für die Handlungen der Parteigenossen sein muss.“

Vollmar erklärte sich mit der vorstehenden Resolution einverstanden und somit war der Fall Vollmar erledigt.

Nachdem der Parteitag auf diese Weise nach zwei Richtungen hin allerdings mit ganz verschiedenen Gefühlen Gericht gehalten hatte, schritt er zur Urtheilfassung über die Opposition. Müller (Darmstadt) referirte für die Neuner-Commission. Drei Fragen waren ihr zur Beantwortung vorgelegt worden, welche wie folgt beantwortet wurden:

Frage 1: Sind Beweise für die Anschuldigung, dass der Vorstand und die Fraction die Partei corruptirt und versumpft hätte, erbracht?

Einstimmig: Nein!

Frage 2: Sind Beweise dafür erbracht, dass der Parteivorstand Parteigelder nach Gunst verwendet habe?

Einstimmig: Nein!

Frage 3: Sind Beweise dafür erbracht, dass die Parteileitung die wichtigsten Parteiinteressen vernachlässigt habe?

Einstimmig: Nein!

Den Inhalt des Flugblattes der Opposition richtete die Commission mit folgenden Sätzen:

1. Es ist nicht wahr, dass der revolutionäre Geist seitens einzelner Führer systematisch ertödtet wird.

2. Es ist nicht wahr, dass in der Partei eine Diktatur geübt wird.

3. Es ist nicht wahr, dass die ganze Bewegung verflacht und die Socialdemokratie zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken ist.

4. Es ist nicht wahr, dass die Revolution von der Tribüne feierlich abgeschworen wurde.

5. Es geschah bis heute nichts, um den Vorwurf zu rechtfertigen, dass versucht worden wäre, den Ausgleich zwischen Proletarier und Bourgeois herbeizuführen.

In einer zweistündigen Rede referirte Liebknecht über den neuen Programmentwurf. Es waren einer vom Parteitag gewählten 21gliedrigen Specialcommission sämtliche Programmentwürfe und Anträge zu denselben überwiesen worden.

Das neue Programm, dessen Wortlaut bei der näheren Besprechung desselben angeführt werden wird, wurde ohne Debatte en bloc angenommen.

In die Parteileitung sind hierauf die bekannten Führer: Singer, Auer, Bebel, Fischer und Gerisch gewählt worden.

Als Sitz der Parteileitung wurde Berlin bestimmt, woselbst auf Beschluss auch der nächste Partoitag abgehalten werden wird.

Der Parteitag, dessen Theilnehmer — 258 an der Zahl — eine Menge von Anträgen, die jedoch hauptsächlich nur interne Angelegenheiten der Partei behandeln, angenommen hatten, ist am 21. October mit einer von Singer gehaltenen Schlussrede, in welcher Singer ein Hoch auf die internationale Socialdemokratie ausbrachte, geschlossen worden.

Die Delegirten erhoben sich dann und sangen stehend die Marseillaise.

Jakob Reumann aus Wien hat kurz vor Abschluss des Parteitages im Namen der österreichischen Socialisten eine Ansprache an die Delegirten gehalten.

Hiemit sind die essentiellen Ergebnisse des Parteitages zu Erfurt gezeichnet.

Über die Eröffnung desselben wäre nebenbei noch Folgendes zu bemerken:

Schon eine Stunde vor Beginn des Parteitages hatte sich die große Mehrzahl der Delegirten in dem festlich geschmückten Kaisersaale zu Erfurt eingefunden. Der große Saal war mit rothen Tafeln decorirt, auf welchen die bekannten Sprüche der socialdemokratischen Partei angebracht waren.

An den Wänden des Saales waren rothe Fahnen befestigt und auch von der Decke des Saales hing eine große rothe Fahne herab.

Endlich war über die Tribüne ein Schild befestigt mit der Aufschrift in großen Lettern:

„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ und

„Die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft aufgebaut werden soll.“

Als der wichtigste Punkt der Tagesordnung auf dem Parteitage zu Erfurt wurde an früherer Stelle die Berathung des neuen Programmes erwähnt.

Wie aus der vorjährigen Darstellung bekannt ist, hat der Parteivorstand auf dem Congress zu Halle das Mandat erhalten, ein neues Programm auszuarbeiten, nachdem das alte Programm den durch die Vorgänge der letzten Jahre geänderten thatsächlichen Verhältnissen nicht mehr entsprochen hat.

Das alte Programm, welches im vorjährigen Berichte ebenfalls aufgenommen worden ist, wurde im Jahre 1875 auf dem Congress zu Gotha angenommen, auf welchem das Programm des allgemeinen deutschen Arbeitervereines (Anhänger Lassalle's) und der socialistischen Arbeiterpartei (Anhänger des Eisonacher-Programmes) zu einem Programme vereinigt worden ist.

Bekanntlich ging das Programm Lassalle's dahin, der arbeitenden Classe zur Freiheit in politischer und ökonomischer Beziehung zu verhelfen; Lassalle erstrebte für die arbeitende Classe die Erlangung des allgemeinen Wahlrechtes und die Schaffung von Productivassocationen mit Staatshilfe.

Auf dem Parteitage zu Halle schon wurde die letztere Forderung als ein überwundener Standpunkt erklärt und demgemäß musste das neue Programm umgestaltet werden.

Die hervorragendsten Führer der deutschen Socialdemokratie wurden berufen, zusammenzuwirken an der Aufstellung eines Entwurfes des neuen Programmes; in erster Linie wurde Liebknecht mit dieser Aufgabe betraut, an dessen Werk sodann Bebel, Engels, Kautsky und noch einige Parteiführer Veränderungen vornahmen, bis der Entwurf des Parteivorstandes fertig war.

In vielen Versammlungen in Berlin und anderen Orten wurde der neue Entwurf Monate vorher schon berathen und eine große Reihe von Zusätzen dem Entwurf des Parteivorstandes angefügt. Es wurden aber auch von anderen Seiten Elaborate über einen Entwurf eines neuen Parteiprogrammes an den Partoitag zu Erfurt eingesendet, so dass zur Eröffnung desselben vorlagen:

1. Der Entwurf des Parteivorstandes;
2. der Entwurf der Redaction der „Neuen Zeit“ in Stuttgart;
3. der Entwurf der Genossen Albert Auerbach, Paul Kampffmeyer und Dr. H. Lux in Magdeburg und
4. der Entwurf des Genossen J. Stern in Stuttgart.

Außerdem war eine große Reihe von Anträgen für den Entwurf des Parteivorstandes eingeschickt worden.

Das aus den vorliegenden Elaboraten von der oberwähnten 21gliedrigen Commission zusammengestellte und ausgearbeitete, vom Parteitage zu Erfurt schon angenommene neue Programm der socialdemokratischen Partei Deutschlands lautet:

„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Productionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Productionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Productionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Capitalisten und Großgrundbesitzern werden.“

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Productionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Productivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Capitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Classenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der capitalistischen Productionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erleben und den Beweis liefern, dass die Productivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, dass das Privateigenthum an Productionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Productionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Producenten das Eigenthum an seinem Product zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Capitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Productes der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des capitalistischen Privateigenthums an Productionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum und die Umwandlung der Warenproduction in socialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Production, kann es bewirken, dass der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Classen aus einer Quelle des Elendes und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß der Arbeiterklasse, sondern der gesamten Menschheit, die unter den heutigen Zuständen leidet. Aber diese Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Classen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Productionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die capitalistische Ausbeutung ist nothwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Productionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewussten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen, das ist die Aufgabe der socialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit capitalistischer Productionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Production für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Culturländer gleichmäßig theilhaben. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt

die socialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den classenbewussten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die socialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Classenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Classenherrschaft und der Classen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechtes und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Classe, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Race.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die socialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches directes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportionalwahlssystem, und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte, außer im Falle der Entmündigung.

2. Directe Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Verwerfungsrechtes. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Erziehung zur allgemeinen Wahrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf scheidsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher oder privatrechtlicher Beziehung dem Manne unterordnen.

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichtes, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volke gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung des Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung, einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.

10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Aus-

gaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbgutes und Entfernung der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirecten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschafts-politischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die socialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:

- a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages;
- b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren;
- c) Verbot der Nacharbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nacharbeit erheischen;
- d) eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter;
- e) Verbot des Trucksystems.

2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.

4. Sicherstellung des Coalitionsrechtes.

5. Übernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.“

Das neue Programm unterscheidet sich von dem alten wohl nicht sehr viel bezüglich der Forderungen, aber bei der Principienklärung ist der Unterschied ein wesentlicher.

In dem neuen Programme sind keine Concessionen an die einstige Lassalle'sche Richtung mehr vorhanden; es wird keine Hilfe von der Staatsverwaltung erwartet, weil gar keine in Anspruch genommen wird und als ausgemacht gilt: dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, weil alle übrigen Classen und Parteien auf dem Boden des Capitalismus stehen und die heutige Gesellschaft noch weiter erhalten wollen.

Vor und nach dem Parteitage zu Erfurt fand noch eine Reihe von Provinzialconferenzen statt; es ist dies eine Erscheinung, welche früher nicht wahrgenommen worden ist, welche aber jetzt auch in anderen Ländern, beispielsweise in Oesterreich, zutage tritt.

In fast allen Theilen des Deutschen Reiches haben solche Conferenzen stattgefunden, in welchen zumeist das Gebiet der Agitation verhandelt wurde und deren Ergebnis war, dass Landescomités mit der Förderung der Agitation betraut wurden. Auf dem socialdemokratischen Parteitag für Rheinland und Westphalen, in den ersten Tagen des Monates Januar hoben die Redner mit Nachdruck die Schwierigkeiten hervor, welche sich der socialistischen Propaganda in katholischen, von der Centrumpartei beeinflussten Gegenden darbieten. Es sei nicht leicht möglich, von der vorwiegend protestantischen rechtsrheinischen Seite aus die linksrheinische katholische Seite zu erobern. Daher müsse Liebknechts Erklärung „Religion ist Nebensache“ streng

beachtet werden, wenn der Kampf mit einiger Aussicht auf Erfolg geführt werden soll.

Die Beschlüsse des Parteitages waren:

1. Der Parteitag erklärt es für Pflicht der größeren Industrieorte nach kleineren Orten sowie in solche Kreise, in denen die Partei bis jetzt keinen Anhang besitzt, Agitationstouren zu unternehmen.

2. Der Parteitag erklärt es für Pflicht, in den Organen der Provinzen eine besondere Rubrik einzuführen, in welcher Vertrauensmänner der verschiedenen Parteivereine und gleichzeitig die Adressen der Sammelstellen für die gelesene Parteiliteratur regelmäßig angeführt werden.

Der socialdemokratische Parteitag für die Kreise Ober-Barnins, Königsberg und Brenzlau, wurde am Sonntag, den 1. März in Wriezen a. O. abgehalten. Zu demselben waren circa 300 Delegirte aus obigen drei Kreisen erschienen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Organisation und Agitation, wurde die Agitation in den ländlichen Kreisen als besonders nothwendig hingestellt. Bei den Landarbeitern sei die Fachorganisation nicht angezeigt, für sie empfehlen sich nur politische Organisationen und öffentliche Versammlungen.

In einer Resolution wurde beschlossen:

1. Wo es nur angeht, auf den Dörfern Versammlungen abzuhalten.

2. Von Zeit zu Zeit Flugschriften, welche die Lage der ländlichen Arbeiter behandeln, zu verbreiten.

Die Conferenz der Porzellanmaler Deutschlands in Berlin am 17., 18. und 19. Mai war nur von 13 Delegirten besucht. Es wurde die Gründung eines allgemeinen Verbandes der Porzellanmaler und verwandten Berufsgenossen mit Einschluss der Glasarbeiter und die obligatorische Einführung des Verbandsorganes für alle Mitglieder beschlossen.

Zu den Pfingsttagen fand auch noch der dritte Verbandstag deutscher Müllergehilfen in Altenburg statt, auf welchem 2500 Müller durch 29 Delegirte vertreten waren. Der Verbandstag befasste sich ausschließlich mit Organisationsfragen und sprach aus, dass die Müller besonders berufen seien, die politische Agitation in ihre Wirkungskreise, d.h. auf das flache Land, zu tragen.

In den Räumen des Merian-Saales zu Frankfurt a.M. wurde am 1. Juni der Metallarbeitercongress eröffnet. Über der Bühne war ein Transparent mit der Inschrift: „Metallarbeiter aller Länder, vereinigt Euch!“ angebracht.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Gründung einer Metallarbeiterunion. Untorden Zuschriften war auch eine aus Wien eingetroffen.

Die 128 Delegirten, welche 180 Orte vertreten haben, nahmen eine Resolution an, in welcher sie entschieden Protest gegen jene Organisationen der Unternehmer erheben, welche „gegen Gesetz und Recht“ es sich zur Aufgabe stellen, den Arbeitern das Coalitionsrecht unmöglich zu machen und durch Verbreitung von schwarzen Listen und gekennzeichneten Zeugnissen den organisirten Arbeitern die Existenz erschweren. Insbesondere protestirte der Congress gegen den Geheimbund der Berliner Metallindustriellen.

Am 24. Juni fand in Altenburg der Congress der deutschen Bäcker-Conditoron statt. Auf diesem Congress, für welchen auch in den österreichischen Fachblättern Propaganda gemacht wurde, welcher aber infolge der durch den missglückten Strike lahmgelegten Organisation von Oesterreich nicht beschiedt worden ist,

wurden über die zukünftige Gestaltung der Organisation und Agitation endgiltige Beschlüsse gefasst.

Einige Tage später, am Sonntag, den 28. Juni wurde unter Beteiligung von 40 Delegirten der Parteitag der Socialdemokratie Pommerns in Stettin abgehalten. In den Verhandlungen dieses Congresses wurde constatirt, dass die Partei in Pommern zwar mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, aber trotz alledem fortschreitend Erfolge erzielt.

Zu Köln a. Rh. hat am 1. und 2. Juli eine internationale Conferenz der Bergarbeiter stattgefunden, welche sich namentlich mit der Gründung eines internationalen Bergarbeiterverbandes befasst hat.

Auf der Conferenz waren die englischen Arbeiter durch Thomas Burt und B. Pickard, welche beide Mitglieder des englischen Parlaments sind, die französischen durch Arthur Lamendin und Cavrot, die deutschen durch Ludwig Schröder aus Dortmund und Anton Strunz aus Zwickau, endlich die belgischen durch Gustav Defret, Redacteur des Brüsseler „le Peuple“ vertreten. Die österreichischen Bergarbeiter waren nach den zugekommenen Informationen auf dieser Berathung nicht vertreten, weil in Österreich erst von Anfängen der Bergarbeiterorganisation die Rede sein kann. Der Wortlaut des Entwurfes für einen internationalen Bergarbeiterverband führt als Zweck an: das Zusammengehen aller Bergleute der Welt; die Beschränkung der Arbeitszeit auf 8 Stunden inclusive Ein- und Ausfahrt; das Erlangen wirksamerer Beaufsichtigung und Inspection der Bergwerke; internationales Handeln bei nöthigen Gelegenheiten und Anwendung aller gesetzlichen Mittel behufs Erlangung einer gerechten Durchführung aller Arbeitscontracte.

Zu erwähnen ist endlich noch die Enunciation der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands an die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands im Monate April, welche den Aufruf gemäß des Auftrages, der ihr von der im November vorigen Jahres in Berlin stattgefundenen Gewerkschaftsconferenz geworden, versendet hat.

Um ein einheitliches planmäßiges Vorgehen der unter den bestehenden Gesetzen in Deutschland möglichen gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen herbeizuführen, sowie zur Erreichung ihrer Zwecke, insbesondere bei Strikes und Aussperrungen, eine gegenseitige wirksame Unterstützung zu garantiren, schlug die Generalcommission eine Organisation der deutschen Gewerkschaften vor.

Die Grundlage der gesammten Gewerkschaftsorganisation sollen die Centralvereine der einzelnen Branchen bilden.

Es wurden die Aufgaben der Centralvereine (Verbände), dann die der Unionen und endlich die der Generalcommission zusammengestellt und die Beiträge zur Durchführung der Organisation festgesetzt.

Die mündliche und schriftliche Agitation der socialistischen Partei in Deutschland war im abgelaufenen Jahre eine sehr lebhaft. Speciell hat eine sehr rührige mündliche Agitation durch Versammlungen stattgefunden, und die Partei konnte den vielfachen Ansprüchen um gediegene Redner nur in den wenigsten Fällen entsprechen.

Anders war es noch zur Zeit des Socialistengesetzes, während welcher Zeit der Parteivorstand bezahlte Redner unterhielt, welche ganze Agitationstouren in Deutschland machten, überall dasselbe Thema mutatis mutandis gebrauchten und förmliche Schulen für heranzubildende Redner hielten.

Mit dem Hinwegfall des Socialistengesetzes aber hat der Parteivorstand auch aufgehört, diese Art von bezahlten Agitatoren ferners zu behalten, indem er von der Voraussetzung ausging, dass die neue Ära vorerst die schriftliche Agitation durch Gründungen von zahlreichen Arbeiterblättern fördern werde und dass dann bei den verschiedenen Redactionen der Arbeiterblätter genug Genossen sich finden würden, die nebst der schriftlichen Agitation noch mündliche Propaganda zu leisten imstande sein würden.

Außerdem hoffte der Parteivorstand, dass die Mitglieder der an Zahl nicht unerheblichen Reichsrathsfraction die Hände nicht müßig in den Schoß legen, sondern, wo sich nur die Gelegenheit darbieten würde, als Redner in Versammlungen auftreten würden.

Diese haben in der That während der ganzen Dauer des Berichtsjahres in zahllosen und großen Versammlungen die mündliche Agitation betrieben, haben aber zumeist in den Häuptern der Oppositionspartei erbitterte Gegner gefunden, wodurch es nicht selten zu sehr heftigen Auseinandersetzungen kam, die jedoch meistens mit einem Sieg der „Alten“ endeten.

Einige Versammlungen verdienen ob ihrer Vorkommnisse aus der großen Zahl der Versammlungen hervorgehoben zu werden.

Am 13. Jänner vormittags fanden in Berlin zwei große Versammlungen von Arbeitslosen statt, welche entschieden socialistische Resolutionen fassten. Von Straßendemonstrationen, die ein Redner vorschlug, wurde Abstand genommen.

Die am Montag, den 29. Juni in Berlin abgehaltene öffentliche Schuhmacherversammlung bot aus dem Grunde mehr als ein gewöhnliches Interesse, weil diese Branche zuerst in das Lager der Opposition übergegangen ist und für diese in obiger Versammlung demonstriert hat. In einer Resolution sprach die Versammlung Folgendes aus:

„..... Sie protestirt entschieden dagegen, dass Genosse Werner die Schuhmacher zu dieser Opposition verleitet hat, denn die Schuhmacher sind keine Hurrahanaille.....

Sie protestiren gegen die Auslassungen im „Vorwärts“, welcher schrieb, die Versammlung wäre eine zufällig zusammengelaufene gewesen.....

Wir erklären hiemit, dass es uns ferne liegt, eine Spaltung herbeizuführen, werden aber Leute, welche die Principien der Socialdemokratie mit spießbürgerlichen Ideen vormischen wollen, aus unserer Partei zu entfernen suchen.“

Eine der interessantesten Versammlungen war die am 3. Juli 1891 im Feenpalaste in Berlin behufs Stellungnahme zur Beschickung des Brüsseler Arbeitercongresses, über welche bereits an früherer Stelle kurz berichtet worden ist.

Das Referat hatte der Secretär des Parteivorstandes R. Fischer übernommen, der in längerer Ausführung sein Thema behandelte und ebenso des längeren die Gründe entwickelte, welche die deutschen Arbeiter bestimmen mussten, nicht an der Feier des 1. Mai festzuhalten.

In diesen Ausführungen wurde der Redner wiederholt durch Lärm und Zwischenrufe aus einer Gruppe der Opposition in der Mitte des Saales unterbrochen, es wurde aber jeder Angriff der Opposition von der etwa 1000 Köpfe zählenden Anhängerschaft des Parteivorstandes niedergeschlagen.

In gereizter Weise sprachen W. Werner und Kaufmann Goldberg gegen die Ausführungen Fischers, deren Tenor dahin ging, dass das wenige Betonen der Existenz-

vernichtung schließlich dazu führte, dass die Socialdemokratie eine reine Opportunitätspartei geworden ist. So lange das Socialistengesetz bestand, hätte die Partei Bedeutung gehabt, jetzt sei sie aber eine lächerliche Partei geworden.

Mit diesen Worten veranlassten die „Jungen“ den „Alten“ Bebel das Wort zu ergreifen, welcher in langer Rede ausführte, dass diese ewige Nergelei und das ewige Unruhestiften endlich aufhören müsse und dass er auf dem nächsten Parteitage Sorge tragen werde, dass endlich klare Bahn zwischen der Partei und der Opposition geschaffen werde, und dass, wenn die Opposition mit der Haltung und Taktik der Partei sich nicht versöhnen könne, sie Gelegenheit bekomme, eine eigene Partei zu gründen.

Er verwahrte sich gegen den Vorwurf, dass die Parteileitung vor Strikes gewarnt habe. Heute, wo zehn für einen da sind, um in Arbeit zu treten, sagte Bebel, in einer solchen Situation zur Arbeitseinstellung zu rathen, sei Wahnsinn.

Wenige Tage später, am Donnerstag, den 9. Juli, fand abermals eine große Versammlung im Feenpalaste zu Berlin statt, um endgiltig Beschluss zu fassen über die Beschickung des internationalen Congresses zu Brüssel.

Der Schuhmacher Baginski von der Opposition trat zuerst mit den heftigsten Anklagen gegen den Parteivorstand auf, der die Socialdemokratie zu einer rein parlamentarischen Partei gemacht hat. Bereits sehen die auswärtigen Bruderparteien argwöhnisch auf diese Taktik. Die österreichische Socialdemokratie sei principieller als die deutsche, deshalb werde sie auch mehr Erfolg haben.

Wildberger sagte am Schlusse seiner oppositionellen Rede, dass die, welche heute in der Opposition stehen, die Partei in die Höhe gebracht hätten.

Wenn es aber so wie jetzt weiter gehe, so sei die Partei in zehn Jahren vollständig verflacht.

Auf die Anklagen Wildberger's, sowie Werner's und Baginski's, die hauptsächlich gegen das Parlamentiren sich aussprachen, erwiderte Bebel, dass auch er sich der Gefahren, welche der Parlamentarismus für die Partei brächte, bewusst sei, er sagte unter anderem wörtlich:

„Jetzt, wo wir auf dem besten Wege sind, für die Arbeiter etwas zu erreichen und unseren Zielen näher zu rücken, werden wir uns nicht von einer sogenannten radicalen Opposition auf einen Boden locken lassen, auf dem wir die Schlacht verlieren müssen.

Wenn wir so handeln, wie es die Opposition wünscht, dann haben wir binnen wenigen Monaten ein neues Socialistengesetz.“

Ebenfalls von Interesse war die Versammlung am 19. Juli 1891 in Niederschönhausen bei Großjean, Lindenstraße 25, wegen des Themas: „Wie wird die Socialdemokratie siegen?“

Peus aus Berlin äußerte in den Hauptpunkten ungefähr Folgendes:

Wie die Einzelheiten des Sieges in der Socialdemokratie vor sich gehen werden, weiß niemand, jedoch wird sie bestimmt siegen. Der Großbetrieb vernichtet den Kleinbetrieb; die Eisenbahn ist der große Revolutionär, welcher die Köpfe der Menschen aller Gegenden durcheinander wirft. Redner kam zu dem Schlusse, dass es keine blutige Revolution mehr geben kann, sondern es würden die Verhältnisse auf friedlichem Wege in den Socialismus hineinwachsen.

In der auf den 9. September, abends 8 Uhr, nach dem „Kolberger-Salon“ einberufenen Versammlung

des socialdemokratischen Wahlvereines im VI. Berliner Reichstagswahlkreis kam es abermals beim Thema „Kritik und Disciplin“ zu einer scharfen Auseinandersetzung der beiden Parteien.

Als Wildberger der Fraction den Vorwurf machte, dass sieben Achtel von der Fraction den Entwurf des neuen Parteiprogrammes vorher nicht zu Gesicht bekamen, auch Verschiedenes nicht unterschrieben hätten, wenn es vorher discutirt worden wäre, bekämpfte Auer namens der Fraction diesen Vorwurf und sprach sodann über die Verwirklichung der Ziele der socialdemokratischen Partei, welche sich wahrscheinlich auch dann noch nicht verwirklichen werden, wenn selbst 100 Vertreter derselben im Reichsrathe sitzen würden.

Endlich muss noch die socialdemokratische Versammlung am 27. September 1891 in München erwähnt werden, weil in derselben Reichstagsabgeordneter Vollmar über den Erfurter Parteitag sprach.

Seine Äußerungen bezogen sich über die Arbeitseinstellungen und das Gewerkschaftswesen, über die neue Gesetzesvorlage gegen Contractbruch und auf die Frage, ob bei den Strikes jugendliche Arbeiter betheiligte waren.

Wäre — sagte Vollmar — letzteres der Fall, würde sicherlich behauptet werden, dass die Strikes lediglich Excesse jugendlichen Übermuthes und die Frucht socialdemokratischer Hetzereien seien.

Vollmar warnte unter den gegenwärtigen Umständen die Arbeiter vor unüberlegten Strikes, durch welche sie der Regierung das von ihr gewünschte Material für die Motivirung neuer Gesetzesvorlagen liefern würden.

Erst müsse eine der großartigen Vereinigung der Arbeitgeber obenbürtige Macht geschaffen werden, durch weitere Ausbildung des Gewerkschaftswesens, durch Organisation und Centralisirung der Mittel und Kräfte, dann könne man prüfen, ob ein Strike durchführbar sei. Endlich sprach Vollmar über die Opposition. Einen Punkt gäbe es — sagte Vollmar — der die Ausschließung der „Jungen“ nothwendig machen würde.

Wenn die „Jungen“ in Berlin sich auf die anarchistische Propaganda verlegten, so werden sie aufhören Parteimitglieder zu sein, denn die Anarchisten sind in der Theorie das gerade Gegentheil der Socialisten.

Nicht minder rührig als die mündliche Agitation in Versammlungen, war die schriftliche Agitation durch Flugblätter, Broschüren etc.

Auch das abgelaufene Jahr lieferte den Beweis, dass die Presse für die socialdemokratische Partei das erste und wichtigste Agitationsmittel ist. An der Spitze der socialistischen Presse in Deutschland steht das Centralorgan „Vorwärts“ (Berliner Volksblatt), täglich erscheinend. Diesem zur Seite als wissenschaftlicher Beirath erscheint die wissenschaftliche Revue „Die neue Zeit“ in Stuttgart, von dem Chefredacteur Karl Kautzky mit den ständigen Mitarbeitern: A. Bebel, E. Bernstein und M. Schippel. Sie erscheint wöchentlich einmal.

Welche Ausdehnung in Deutschland die Parteipresse in der letzten Zeit genommen hat, wird aus der Zahl der gegenwärtig bestehenden Organe ersehen. Außer dem vorerwähnten Centralorgan „Vorwärts“ erscheinen in Deutschland noch 26 socialistische Tagesblätter und eben so viele Blätter erscheinen wöchentlich dreimal, sieben Blätter erscheinen zweimal, 10 Blätter erscheinen einmal in der Woche.

Humoristisch satyrische Arbeiterblätter besitzt Deutschland gegenwärtig drei.

Weniger haben die Gewerkschaftsblätter im Laufe des letzten Jahres eine Vermehrung erfahren.

Die meisten Fachblätter erscheinen wöchentlich einmal, es sind dies 26 an der Zahl, während zweimal im Monate 211 erscheinen und außerdem noch einige in kürzeren oder längeren Zeiträumen. In Bezug auf die Presse hat der vorjährige Parteitag den Genossen empfohlen:

„Bei Gründung von neuen Parteiblättern möglichst Vorsicht walten zu lassen und solche Unternehmungen unter keinen Umständen zu gründen, bevor sie nicht genau erwogen und sich überzeugt haben, dass die Möglichkeit für die Existenz des Unternehmens aus eigenen Mitteln gegeben und dass die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte zur Leitung eines Blattes vorhanden sind.“

Dieser Taktik sind die meisten Orte gefolgt und erhalten demgemäß ihre Blätter selbst; nur die auf Rechnung der Partei übernommenen Blätter für die polnischen Landestheile („Gazeta robotnicza“) und die Reichslande („Elsass-Lothringische Volkszeitung“) erhielten ziemlich große Vorschüsse.

Ein wesentliches Mittel für die schriftliche Agitation besitzt die socialistische Partei Deutschlands in der von der Parteileitung ins Leben gerufenen Parteibuchhandlung, welche die Firma: Buchhandlung „Vorwärts“ führt und demnächst eine Gesamtausgabe aller socialistischen, sowie der gesammelten Schriften Ferdinand Lassale's veranstalten wird.

Das gedruckte Protokoll über den Parteitag in Halle hat die bezeichnete Buchhandlung in 40.000 Exemplaren abgefasst. Schon auf dem deutschen Parteitag zu Halle hatte Bebel einen neuen Agitationsplan der socialdemokratischen Partei entwickelt, die socialistische Bewegung sollte aus den Industriebezirken aufs flache Land getragen und unter den Landarbeitern, den Kleinhäuslern sollten neue Anhänger der Arbeiterpartei gewonnen werden.

Dieses neue Agitationsmittel — die Landagitation — sollte gleichfalls auf mündlichem und schriftlichen Wege, das ist in Versammlungen, sowie in der Presse, dann in Flugblättern und Broschüren erfolgen.

Dieser Agitation stellten sich aber formelle und gewissermaßen natürliche Schwierigkeiten entgegen, welche zunächst in dem Umstande ihren Untergrund haben, dass die Landarbeiter an Wochentagen gar nicht und an Sonntagen nur schwer zu haben sind, weil die Mehrzahl derselben noch festhält an der Theilnahme am kirchlichen Gottesdienste und daher noch wenig oder gar keine Empfänglichkeit für die Reden der Socialistenführer besitzt.

Der Parteivorstand hat schon im December 1890 an jene Genossen, welche die Fähigkeit hätten, schriftstellerische Arbeiten auf dem Gebiete der ländlichen Arbeiterfrage zu leisten, einen Aufruf ergehen lassen, solche Arbeiten dem Parteivorstande einzusenden. Der Aufruf blieb nicht ohne Erfolg; er hatte aber auch zur Folge, dass die Gegenpartei in ihrem Sinne eine lobhafte Agitation entfaltete, welche ihre Wirkung nicht verfehlt hat, so dass die Fortschritte der socialistischen Landagitation nur ein geringes Ergebnis hatten. Die Nummern 39 und 40 vom 17. und 18. Februar 1891 des „Vorwärts“ brachten die Leitartikel „Zur Landagitation“ und behandelten dieselbe in den Capiteln I. die socialen Gegensätze auf dem Lande, II. Vorschläge zur Landagitation. In diesen wird die Schwierigkeit einer

Landagitation für die Partei anerkannt. Die Führer der deutschen Socialdemokratie haben deshalb die Parole ausgegeben, in den großen Industriezentren möchten sich landsmannschaftliche Vereine bilden, um die Agitationen in den Heimatsorten zu unterstützen und zu pflegen. Ein Verein der in Berlin lebenden Ost- und Westpreußen hat sich bereits gebildet, dem zuzuschreiben ist, dass im Wahlkreise Memel die socialistische Agitation einige Fortschritte machte. Solche landsmannschaftliche Vereine der Socialdemokraten sind auch für die Wahlkreise Wittenberg, Schweinitz und Torgau geplant, welche in erster Linie den Zweck haben, die Agitation in der Heimat zu betreiben.

Am Sonntag, den 28. Juni erfolgte eine Vertheilung von Flugschriften unter die ländliche Bevölkerung des Wahlkreises Bielefeld.

Es wurden Emissäre in die dicht bevölkerten Bezirke zu dem Zwecke entsendet, welche zum Theil aber sehr übel ankamen, indem eine Gruppe in Brönninghausen thätlichen Widerstand gefunden hatte.

Ähnlich erging es auch den Veranstaltern einer socialdemokratischen Versammlung am 9. August in Herford-Halle i. W. Die ländliche Bevölkerung sprengte die Versammlung, wobei es zu ernstlichen Thätlichkeiten gekommen ist. Die Agitation machte sich ferner auch unter den polnischen Landarbeitern der Provinz Posen bemerkbar, welche die dienende Bevölkerung gegen die besitzenden Classen aufzureizen suchte. Die Agitation ging hauptsächlich von der in Berlin gedruckten polnisch-socialistischen Zeitung „Gazeta Robotnicza“ (Arbeiter-Zeitung) aus. Dieser Agitation gegenüber wurde die Gründung von katholischen Arbeitervereinen unternommen, mit der ausdrücklichen Aufgabe, den Kampf gegen die socialistischen Ideen aufzunehmen. Diese bisher geringen Erfolge der deutschen Parteileitung mit der neuen Landagitation hinderten diese doch nicht, in ihrem Organe „Vorwärts“ zu schreiben:

„. . . . das aber müssen wir bekunden, dass die Landagitation, welche unsere Feinde für uns treiben, seit dem Halle'schen Congress außerordentlich zugenommen und geradezu überraschende günstige Resultate geliefert hat.“

Die vormals so rege Agitation für die Lohnbewegung hat in Deutschland im abgelaufenen Jahre wieder eine merkliche Abnahme gefunden. Die vielen Niederlagen, welche die deutsche Socialdemokratie auf gewerkschaftlichem Gebiete erlitten hat, sind Gegenstand eifrigster Besprechung der hervorragendsten Führer und Vertrauensmänner der Partei gewesen. Es wurde dann auch bestimmt, die bisherige Taktik in der Lohnbewegung zu ändern. Zunächst erging die Aufforderung an die Organisationen, bei der allgemeinen Geschäftsstille alle Angriffsstrikes zu unterlassen. Es wurde aber auch den Arbeitern gesagt „heuchelt!“ indem die Arbeiter aufgefordert wurden, auf Wunsch der Unternehmer zu unterschreiben, dass sie keiner Organisation angehören. Es wurde bemerkt, dass jeder vernünftige Arbeiter deshalb doch seiner Organisation treu bleiben werde, womit die Arbeiter offen zur Lüge aufgefordert wurden.

Veranlassung zu dieser Änderung der Taktik in der bisherigen Lohnbewegung mag wohl der unglückliche Ausgang des großen Ausstandes der Cigarrenarbeiter in Hamburg gegeben haben, welcher zu Anfang des Berichtjahres nach mehrmonatlicher Dauer vollständig erfolglos zu Ende gegangen ist.

Die enorme Summe von mehr als 400.000 Mark, das Ergebnis von Sammlungen in allen Arbeiterkreisen Deutschlands und von Zuflüssen aus dem Auslande,

wurde für diesen Monstrestrike ganz zwecklos verausgabt und doch hatte es sich in diesem Falle nicht so sehr um einen Lohnkampf gehandelt, als vielmehr um eine Auflehnung der Arbeiter gegen die von den Fabrikanten getroffene Vereinbarung, dass kein Mitglied einer socialdemokratischen Vereinigung in den Fabriken Aufnahme finden sollte.

Nichtsdestoweniger begann schon in den ersten Wochen des Monats März eine gewaltige Bewegung der Bergarbeiter in Deutschland.

Eine Delegirtenversammlung der rheinisch-westphälischen Kohlenarbeiter hatte eine Reihe neuer Forderungen aufgestellt, für deren Annahme durch die Arbeiter im genannten Kohlenbezirke durch einige socialistische Führer der Bergarbeiter eifrig agitirt wurde. Dagegen hatte der Vorstand des Vereines für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund ein Rundschreiben an die Vereinszechen erlassen, in welchem er von vornherein erklärte, dass er sich gegen die neuen Forderungen entschieden ablehnend verhalten müsse.

Nachdem der Strike der Kohlenarbeiter endlich ausgebrochen war, schrieb das Centralorgan der Partei „Vorwärts“ am Sonntag, den 26. April 1891, an erster Stelle einen Artikel, betitelt: „Sie haben's erreicht!“

Es wurde kurz vorher erwähnt, dass einige socialistische Führer der Bergarbeiter für diesen Strike in Wort und Schrift agitirt hatten, und nun schrieb das Centralorgan, um sich vor dem voraussichtlich unglücklichen Ausgang dieses Ausstandes zu schützen, folgendermaßen:

„Was wir seit langem befürchteten, ist zur Thatsache geworden: der Bergarbeiterstrike ist im Ruhrrevier ausgebrochen. Die socialdemokratische Partei hat alles, was in ihren Kräften stand, gethan, um den Ausbruch zu verhüten.

In Wort und Schrift haben wir auf das eindringlichste abgemahnt.“

Und zwei Tage später, am 28. April 1891, schrieb dasselbe Organ gegen die verbrecherischen Urheber dieses Strikes, die Grubenbesitzer, die sich die Taschen füllen und das bisschen Organisation ihrer Arbeiter zerstören und dem bisschen Coalitionsrechte der deutschen Arbeiter den Garaus machen wollen. Die Centralcommission schrieb nach dem Scheitern dieses Strikes aber Folgendes:

„Wir erwarten von den Leitern der Bergarbeiterbewegung, dass sie sich durch das Misslingen des Kampfes nicht entmuthigen lassen. Wir sind überzeugt, dass sie nach wie vor an der Ausbildung des Verbandes arbeiten werden. Es gilt vor allen Dingen, Fühlung mit der großen Masse der organisirten Arbeiter zu nehmen, es muss erstrebt werden, die gesammte Arbeiterschaft Deutschlands zu einem Ganzen zu verbinden. Dann können wir des Erfolges sicher sein.“

Am 19. Juni trat die Strikecontrolscommission in Berlin zu einer Sitzung zusammen.

Ins Leben gerufen, um den vielen Strikes, welche noch im Vorjahre auf der Tagesordnung standen, ein Ende zu machen und in die Lohnbewegung eine einheitliche Ordnung hineinzubringen, hat sich dieselbe im Anfang nicht fähig erwiesen und wurde daher reorganisirt.

Es wurde in obiger Sitzung berathen, welche Stellung die Strikecontrolscommission gegenüber jenen Gewerkschaften einnehmen sollte, welche selbständig vorgehen, unbekümmert um die Commission.

Es wurde ausgemacht, dass bei jeder Lohnbewegung, gleichgiltig, ob es sich um eine Sperre oder eine Maßregelung oder einen Ausstand oder einen Boycott handelt, erst die Sanction der Strikecontrolcommission eingeholt werden müsse.

Wenn dieser Forderung entsprochen würde, dann würde auch die Strikecontrolcommission den Strike etc. auf jede Art unterstützen, während sie im andern Falle ihre Hilfe versagen würde.

Nach Erledigung dieses Punktes wurde das Referat über die Verbreitung der von der Commission ausgegebenen Marken zur Ansammlung eines Fonds erstattet und gleich von vornherein betont, dass von dieser Frage die Existenz der Commission abhängt.

Beschlossen wurde, durch jede Gewerkschaft Fünfpfennigmarken ausgeben zu lassen, wovon ein Theil an die Commission abgeführt werden müsse.

Von den übrigen Ausständen in Deutschland ist nur noch der große Buchdruckerstrike gegen Ende des Jahres hervorzuheben, welcher auf die allgemeine Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und auf eine Lohnerhöhung hinzielte und erst nach Jahresschluss das seit Wochen vorausgesehene Ende gefunden hat. Am 16. Jänner 1892 haben die Strikenden durch ihre Vertreter in Berlin und Leipzig ihre Bereitwilligkeit erklärt, bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen. Die großen Druckereien in den Hauptdruckstätten des Deutschen Reiches hatten ihr Personal schon in der ersten Zeit des Ausstandes durch auswärtige Kräfte besetzt.

In dem Boycott — dessen Anwendung schon im vorigen Jahresberichte erwähnt wurde — glaubt die deutsche Socialistenpartei eine ebenso mächtige Waffe gegen die besitzende Classe gefunden zu haben, wie in dem Strike. Die Gefährlichkeit des wirtschaftlichen Boycotts, dessen sich die Socialdemokratie in Deutschland bedient, trat auch seither mehr zutage.

Zu dem eigentlichen Boycott, dem Meiden bestimmter Wirtschaften, welche die Säule den Genossen für Versammlungen nicht hergeben, ist die Controlmarke hinzugekommen.

Zuerst kam die Controlmarke der Hutmacher, vor kurzer Zeit die der Textilarbeiter. Der wirtschaftliche Krieg ging endlich noch weiter, als vor Weihnachten 1891 in den Parteiblättern die Aufforderung an die Parteigenossen erging, nur bei solchen Geschäftslouten ihre Weihnachtseinkäufe zu machen, welche die Socialdemokratie und die socialistische Propaganda unterstützen. Es wurde auch aufgefordert, überhaupt nur dort zu kaufen, wo die Parteiblätter empfehlen. Durch dieses System wurde ein Zwang ausgeübt, indem der betreffende Händler eine socialistische Zeitung abonniren oder bestimmte Beträge für gewisse Fonds leisten muss, wenn er nicht wirtschaftlich geächtet sein will.

Aus dem Dargestellten geht hervor, dass die deutsche Arbeiterpartei die alte Kampfweise immer mehr verlässt, beziehungsweise nur dort anwendet, wo sich ein anderes Hilfsmittel nicht gebrauchen lässt und als Ersatzmittel für die wirtschaftlichen Kämpfe und erfolgreichen Strikes die Arbeitercontrolmarke einführt, welche sich in Amerika, wo sie zuerst eingeführt wurde, als ein vortheilhaftes Kampfmittel erwiesen hat. Die deutsche Arbeiterpartei hofft durch das System der Arbeitercontrolmarke einen Einfluss auf den Consum, das heißt auf die Absatzgebiete der Fabrikanten und damit auch auf die Production zu erhalten. Am Schlusse dieser Darstellung erblüht nur noch einiger Agitations-

mittel der deutschen Socialistenpartei zu gedenken. Die Verlegung der Mai-Feier vom 1. auf den 3. Mai (ohnehin ein arbeitsloser Sonntag) wurde als Rückzug aufgefasst. Es war nämlich eine Verständigung zwischen der Reichstagsfraction und dem Parteivorstand über die Mai-Feier erfolgt und erschien von ersterer in Bezug auf die Mai-Feier am 4. Februar ein Aufruf an die Parteigenossen, worin den deutschen Arbeitern empfohlen wurde, die Mai-Feier am 1. Sonntag im Mai zu begehen. Dieser Vorschlag fand in Deutschland auch allgemeine Beachtung. Am 1. Mai fanden in Deutschland, namentlich in den großen Städten und Industriecentren, nur Volks- und gewöhnliche Arbeitervereinsversammlungen statt, in welchen die hervorragendsten Parteiführer über die Bedeutung der Mai-Demonstration in Bezug auf den Achtstundentag und die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung sprachen.

Am folgenden Sonntage aber wurde die eigentliche Festfeier dort, wo es überhaupt polizeilich gestattet worden ist, mit Umzügen und öffentlichen Demonstrationen begangen.

Wie in Österreich, war auch in Deutschland die Theilnahme an der Mai-Demonstration nicht mehr so groß wie im Vorjahre, und sie würde diese Größe nicht erreicht haben, wenn sie nicht am Sonntage stattgefunden hätte. In Hamburg allein hatte die Mai-Demonstration einen etwas größeren Umfang angenommen. Endlich wurde auch in Deutschland eine Festschrift, welche zur Mai-Feier erschien, in einer großen Auflage abgesetzt.

Eine große Agitation gab sich für die Beschickung des Brüsseler Congresses kund. Der Einladung zu diesem Congress waren nicht weniger als 40 Delegirte gefolgt, wovon seitens des Parteivorstandes und der Reichstagsfraction A. Bebel, W. Liebknecht und P. Singer als Vertreter der socialdemokratischen Partei Deutschlands entsendet wurden. Von Seite des Parteivorstandes wurde, dem Beschlusse des Pariser Congresses entsprechend, ein schriftlicher Bericht über den Stand der socialdemokratischen Bewegung in Deutschland ausgearbeitet, der in deutscher, französischer und englischer Sprache in Brüssel zur Vertheilung gelangte.

Die Agitation, die Frauen in die socialdemokratische Bewegung hineinzuziehen, wurde im Laufe des Berichtsjahres weiter betrieben und erhielt ihren Höhepunkt in einer im Monate August in Berlin abgehaltenen großen öffentlichen Volksversammlung, in welcher das Thema: „Die Frauen und das Parteiprogramm“ zur Behandlung kam.

Das Bureau bildeten die Frauen Rohrlack, Hofstetten und Reißner; Frau Apotheker Ihrer referirte. In dieser Versammlung gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die heutige, von mehr als 1500 Personen besuchte Versammlung, in welcher Frau Ihrer über den Programmentwurf referirte und das gleiche Recht, sowie die Betheiligung der Frauen an dem politischen und wirtschaftlichen Befreiungskampf des Proletariats befürwortete, erklärt sich mit derselben einverstanden und verlangt als schließliches Endziel ihrer Bestrebungen die socialistische Gesellschaft.“

Die Lassalle-Feier ist in diesem Jahre vollständig misslungen. Nach der Ankündigung socialdemokratischer Agitationen sollte das Proletariat am 30. August zu Ehren Lassalle's eine Kundgebung veranstalten, wie sie Berlin noch nicht gesehen hat; da aber eine eigentliche Organisation hiezu fehlte, hatte sich die Lassalle-Feier in eine Anzahl einzelner Festlichkeiten aufgelöst, die an keinem Orte zu irgend einer Bedeutung gelangten.

Die anarchistische Bewegung in Deutschland hat im Laufe des Berichtsjahres wiederholt ein Lebenszeichen von sich gegeben.

Bereits im Monate Februar und im Monate März ist in Berlin und an einigen anderen Orten ein anarchistisches Flugblatt „An die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ verbreitet worden.

In demselben wendet sich eine Anzahl „von nach dem Auslande gehetzter Arbeiter“ — Anarchisten — an die Landleute in Deutschland, die so gut wie sie Socialisten sind, nur einer gemäßigeren Richtung angehörend, um von ihnen in dem Kampfe zur Befreiung des Proletariats aus den Fesseln, welche eine entmenschte Bourgeoisie geschlagen habe, unterstützt zu werden.

Die Anarchisten bieten den Socialisten die Hand — nicht wie sie sagen zu einem Putsche, sondern sie bitten um die Hilfe zum Kampfe gegen das Capital. Sodann wird die deutsche Socialistenpartei mit einem Sträfling verglichen, der zwölf Jahre unter dem Joche einer furchterlichen Zuchthausordnung (Ausnahmsverordnung) geschmachtet und plötzlich infolge seiner schweigsamen Duldsamkeit mit ein wenig mehr Menschlichkeit behandelt wird, so dass er sich als freier Mann dünkt, in Wahrheit nichts anderes, als ein begünstigter Sträfling ist. Die Flugschrift weist sodann auf die Helden in Nürschau (Böhmen), Charleroi (Belgien), Roubaix (Frankreich), Bilbao (Spanien) etc. hin, die ihre Peiniger abzuschütteln suchten. Als Definition von Anarchismus wird ein gesellschaftliches System, das auf Grund der Moral, Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit basirt, aufgestellt, in welchem die Warenlager der Capitalisten dem Volke zur freien Verfügung, zur freien Benützung und zur Weiterproduction überlassen sind.

Gegen Schluss sagt das Flugblatt:

„Es gibt keinen anderen Ausweg als die Revolution! Darum nieder mit der Ausbeutung! Nieder mit dem Reformschwindel! Nieder mit der Bourgeoisie und nieder mit ihren Werkzeugen! Das heißt Euren falschen Freunden, Euren Führern!“

Der Maler Behr, welcher schon nach der vorjährigen Darstellung der anarchistischen Bewegung in Deutschland in dem Hochverrathsprocess, der am 10. Juli 1890 in Leipzig vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichtes gegen die Anarchisten Reinhold und Genossen durchgeführt worden ist, verwickelt war, wurde auch mit der Verbreitung dieses Flugblattes wieder in Verbindung gebracht.

Die Londoner Anarchisten entfalteten dann später in den Monaten Juli und August abermals eine rührige Thätigkeit nach Deutschland. Flugblätter und Nummern der anarchistischen „Autonomie“ wurden in Berlin und anderen Orten verbreitet und auch an Personen gesendet, die nach Beruf und Gesellschaftsclassen anarchistischen Tendenzen durchaus unzugänglich waren.

Die deutsche Aufsichtsbehörde war infolge dessen überaus thätig und lieferte das Materiale zu dem Anarchistenprocessen der am 25. September in Moabit vor der dritten Strafkammer des Berliner Landesgerichtes I begann. Angeklagt waren:

1. Der Eisenhobler Karl Wagenknecht aus der Provinz Posen;
2. Der oberwähnte Maler Albert Behr aus Berlin;
3. Der Buchbinder Georg Tanner aus der Schweiz;
4. Der Buchbinder Christian Brielmeyer aus Constanz;
5. Der Tischler Waibel aus Württemberg und
6. Der Tischler Allweyer aus Stuttgart.

Ein siebenter Angeklagter, der Goldarbeiter Kopp, war flüchtig.

Die Anklage lautete auf Aufreizung, Angehörigkeit zu einer geheimen Verbindung, wobei unbekanntem Personen Gehorsam versprochen und geleistet wird, Majestätsbeleidigung, Verbreitung verbotener Druckschriften und Anstiftung, respective Beihilfe dazu.

Die Angeklagten standen durchwegs im mittleren Alter oder waren junge Leute, speciell der Buchbinder Brielmeyer war der jüngste, erst im Jahre 1870 geboren. Von den Angeklagten galt Behr als der geistige Leiter der Berliner Anarchisten und Wagenknecht, der sich einige Zeit in London aufgehalten hat, stand in Berlin in lebhafter Verbindung mit Behr. Ihre Hauptaufgabe soll in dem Einschmuggeln anarchistischer Schriften nach Oesterreich und Deutschland bestanden haben. Der Gerichtshof hat Behr und Brielmeyer als Thäter, Waibel als Anstifter, Tanner und Allweyer als Beihilfer für schuldig befunden, dagegen nicht als erwiesen erachtet, dass Wagenknecht bei der Verbreitung theilhaftig war. Wagenknecht wurde aber für schuldig befunden mit Behr, Brielmeyer, Waibel und Allweyer an einer Verbindung theilgenommen zu haben, deren Dasein, Verfassung und Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, in welcher gegen unbekanntem Obere Gehorsam versprochen wird und zu deren Zwecken gehörte, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften. Nach Ansicht des Gerichtshofes haben die Angeklagten zweifellos gewusst, dass dieser Zweck der Verbindung, die ihre Centralleitung in London hatte, beiwohnte.

Der Gerichtshof verurtheilte demgemäß:

Wagenknecht zu 6 Monaten Gefängnis;

Behr zu zwei Jahren, 6 Monaten;

Brielmeyer zu einem Jahre, 6 Monate

Tanner zu 6 Monaten;

Waibel zu zwei Jahren und

Allweyer zu einem Jahr Gefängnis.

Schweiz.

In dem Stande der socialdemokratischen Bewegung in der Schweiz ist seit dem vorigen Jahre eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. Die Organisation geht langsam vor statten und ist in diesem Jahre nur durch den Parteitag zu Olten gefördert worden. Die Agitation ist in diesem Lande hinter der Agitation in den Nachbarländern weit zurückgeblieben.

Die geringe Thätigkeit, welche immerhin auf socialistischem Gebiete entfaltet worden ist, ging vom Centralcomité des schweizerischen Grütlivereines aus, welches seit Neujahr seinen Sitz von St. Gallen nach Winterthur verlegt hat, woselbst der Präsident des neuen Centralcomités, Nationalrath Socher, als Redacteur des demokratischen Winterthurer „Landboten“ ansässig ist.

Der Schweizerische Grütliverein ist — abgesehen vom schweizerischen Arbeiterbund, der ein Verband der verschiedenen Arbeitervereinigungen ist, welchem auch der Grütliverein und zwar als das einflussreichste Glied angehört — die zahlreichste Arbeitervereinigung der Schweiz. Ehemals und noch bis vor kurzem gehörten demselben viele Gewerbetreibende, Kaufleute, auch Advocaten, Ärzte und Professoren als Mitglieder an, doch sind diese nach und nach von den Arbeitern ganz verdrängt worden, so dass heute mit Recht von einer Arbeitervereinigung gesprochen werden kann. Dagegen ist in St. Gallen noch der leitende Ausschuss des schweizerischen Arbeiterbundes, an dessen Spitze der frühere Präsident des Grütlivereines, Advocat H. Scherer, steht,

welcher seit Jahren in der Bewegung ist und die Arbeiterschutzgesetzgebung in der Schweiz durch seine sociale Stellung gefördert hat.

Zuletzt hat derselbe einen Antrag eines cantonalen Arbeiterschutzgesetzes für die dem schweizerischen Fabrikgesetz nicht unterstellten Arbeiter eingebracht. Auf Einladung des Bundescomités des schweizerischen Gewerkschaftsbundes fand am 24. und 25. Jänner in Zürich ein schweizerischer Arbeitertag statt. Auf demselben waren 173 Delegirte anwesend, welche circa 40.000 Arbeiter mit circa 100 Organisationen vertreten haben.

Der Arbeitertag fasste eine Resolution gegen die vom Vereine schweizerischer Maschinenindustrieller geplante Durchbrechung des schweizerischen Fabrikgesetzes. Die Fabrikanten sagten nämlich zu, den Zehnstudententag einzuführen, verlangten aber eine Revision des Fabrikgesetzes, dass sie bei Noth- und Hilfsarbeiten außerhalb des Normalarbeitstages keiner amtlichen Bewilligung mehr bedürft hätten, wovon wieder die Arbeiter nichts wissen wollen.

Hinsichtlich des Schutzes des Vereinsrechtes der Arbeiter stellte der Arbeitertag folgende Forderungen auf:

1. Dass derjenige Arbeitsherr bestraft werden kann, welcher seinen Arbeitern den Beitritt an einen politischen oder gewerkschaftlichen Verein verbietet oder erschwert;

2. dass Berufsverbände gesetzlich anerkannt werden sollen, welche für alle in dem Fache befindliche Gehilfen bindende Beschlüsse fassen können;

3. dass das Recht auf Arbeit jedes Bürgers seinen Ausdruck in der Bundesverfassung finden solle;

4. dass Submissionsarbeiten nur solchen Geschäften übergeben werden dürfen, die sich keiner Übertretung des Fabrikgesetzes in den letzten drei Jahren schuldig gemacht hätten.

Weiter wurden noch Beschlüsse hinsichtlich der Feier des 1. Mai gefasst und wurde in einer Resolution auf einer Feier des 1. Mai bestanden.

Bezüglich der Stellung der organisirten Arbeiterschaft zu Strikes wurde eine Resolution gefasst, welche sich von ähnlichen Resolutionen in anderen Industriestaaten durch gar nichts unterscheidet und in dem Endsatze gipfelt, dass Angriffstrikes angesichts der volkswirtschaftlichen Krisis möglichst zu vermeiden seien.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung in der Schweiz wurde aber nicht nur von Arbeiterverbänden angeregt, sondern ging auch von Regierungsorganen selbst aus.

So hat die Regierung des Cantons Baselland der gesetzgebenden Behörde im Monate April den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Sonntagsruhe vorgelegt, nach welchem die Sonntage, sowie Neujahr, Charfreitag und Weihnachten als öffentliche Ruhetage erklärt werden.

Ausgenommen sind nur Nothwerke. Selbst die öffentlichen Beamten dürfen, dringliche Fälle ausgenommen, nicht zur Ertheilung von Audienzen an Sonntagen verpflichtet, die Parteien von ihnen aber auch nicht vorgeladen werden.

In Betreff der Lohnauszahlung wurde dem Bundesrathe aufgetragen, gesetzliche Bestimmungen zu erlassen, dass der ganze Betrag des Lohnes den Arbeitern regelmäßig im currenten Gold auszubezahlen sei, dass kein Ersatz dafür wie immer geleistet, und dass kein Lohnabzug gemacht werden dürfe.

Endlich hat die Regierung des Cantons Zürich der gesetzgebenden Behörde Ende April einen Gesetzentwurf

über Gewerkschaftskammern vorgelegt, weloher folgende Hauptbestimmungen enthält:

Die Einführung der Gewerkschaftskammern ist facultativ.

Die Gewerbsinhaber und Arbeiter eines Berufes betrauen mit der Vertretung und Durchführung der Aufgaben des Verbandes ein Gewerkschaftsorgan, die Gewerkschaftskammer.

Diese ist verpflichtet, bei Civilrechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern mitzuwirken, eventuell dem Gerichte Gutachten abzugeben, hauptsächlich aber als Einigungsamt thätig zu sein.

Als Wirkungskreis einer Gewerkschaftskammer gilt der politische Bezirk. Die Gruppe der Gehilfen wählt in getrennter Versammlung und in geheimer Abstimmung je die Hälfte der Mitglieder der Kammer, die aus mindestens 11 Mitgliedern bestehen soll, auf 6 Jahre. Aus 2 Mitgliedern ist ein Sühnamt, aus 4 Mitgliedern ein Einigungsamt zu bestellen, dem außerdem noch ein Vorsitzender von der Kammer gegeben wird.

Die Kammern sollen sich selbst erhalten, das heißt durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeiter, und sollen auch Staatshilfe erhalten.

Eine besondere Wichtigkeit wird den Einigungsämtern beim Massenaustritt der Arbeiter zugemuthet, das Einigungsamt hat einen friedlichen Ausgleich zwischen den Parteien herbeizuführen und hat im Falle des Mislingens das Recht, die Kammern zu einer Schlussfassung darüber zur veranlassen, ob die ablehnende Partei vom Verbands auszuschließen ist.

Am 14. Juni 1891 fand ein Congress der französisch-schweizerischen Arbeiter in Lausanne statt.

Dieser beschloss die Gründung einer Reservekasse für die französische Schweiz, Arbeiterschutz, Einführung der obligatorischen Gewerkschaften und falls die Volksinitiative in der Abstimmung angenommen werde, dass dann 50.000 Unterschriften gesammelt werden sollen, um das Recht auf Arbeit als allgemeines Volksrecht des schweizerischen Volkes in die Bundesverfassung aufzunehmen. Einstweilen hat auf dem Wege der Urabstimmung das Schweizer Volk die Initiative in die Bundesversammlung eingeführt.

Betreffs der politischen Polizei hat der socialistische Nationalrath Vogelsanger von Zürich in der Junisession der Bundesversammlung in der üblichen Weise scharfe Kritik geübt. Nach seinen Depositionen habe die politische Polizei den Wirkungskreis als „Fremdenpolizei“ wieder oftmals überschritten, was die socialistischen Vereine und Blätter zu verschiedenen Enunciationen gegen die politische Polizei veranlasst hat. So schrieb der Baseler „Arbeiterfreund“ damals:

„Fort mit der politischen Polizei! Wir wollen und brauchen eine solche nicht, weder für Schweizer noch für Fremde!“

Der Brüsseler Congress wurde von der Schweiz von einigen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen beschiedt, obenan vom Grütliverein, vom schweizerischen Gewerkschaftsverband und von der socialdemokratischen Partei der Schweiz. Das Centralcomité des Grütlivereines delegirte den Redacteur der „Arbeiterstimme“ in Zürich, Robert Seidel, und den Genossen Baumgartner.

Die Wahl des ersteren war nicht ohne symptomatische Bedeutung, denn während Seidel allezeit einen rückhaltslos socialistischen Standpunkt vertrat, neigte sich der Grütliverein, wie auch aus der vorjährigen Darstellung ersichtlich ist, häufig der gemäßigten, ja der

demokratischen Partei zu. Es kam deswegen kurz vorher noch zwischen Seidel und dem oberwähnten Vogelsanger, dem Redacteur des „Grütli“, zu heftigen Auseinandersetzungen. Der Umstand, dass trotzdem die Wahl auf Seidel und nicht auf Vogelsanger fiel, bewies nur, dass die socialdemokratischen Ideen sich immer mehr unter dem nationalen, patriotischen Grütliverein verbreiten.

Am 1. und 2. August feierte die Schweiz das 600jährige Gründungsfest der Eidgenossenschaft, die Socialdemokratie benützte auch diesen Anlass, um zu demonstrieren. Sie erinnerte in diesen Tagen an die Schaffung des Bundesanwaltes, den Chef der politischen Polizei, welcher nicht nur Ausländer, wie es bei der Creirung hieß, sondern auch Schweizer durch Hausdurchsuchungen und Ausweisungen verfolge.

Das wichtigste Begebnis in der socialdemokratischen Bewegung in der Schweiz war der am Samstag und Sonntag, den 28. und 29. November 1891 in Olten abgehaltene Parteitag der schweizerischen Socialdemokraten.

Dieser Parteitag allein bewies, dass die socialdemokratische Partei in der Schweiz nicht so rasch vorwärts gehe als anderswo, dass aber die Partei, wenn auch langsam, so doch stetig vorwärts schreitet. Die 70 Delegirten des Parteitages verhandelten am ersten Tage über die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter und wurde das Parteicomité beauftragt, überall Material zu sammeln und dem nächsten Parteitag zu berichten. Dann kam die Statutenrevision, welche viel Zeit in Anspruch nahm.

Es wurde statt des vom Verein gewählten sieben-gliedrigen Parteicomités auf dem Parteitage eine fünf-gliedrige Geschäftsleitung aufgestellt und ein zehngliedriges Parteicomité aus Vertretern der verschiedenen Landestheile gewählt, unter anderen die Genossen Steck in Bern, Brandt in St. Gallen, Lang und Seidel in Zürich, Wollschleger in Basel.

Ein Antrag, auch Ausländer in die Partei aufzunehmen, wurde abgelehnt und in Bezug auf den internationalen Socialistencongress des Jahres 1893 folgender Beschluss gefasst:

Das Parteicomité wird beauftragt in Verbindung mit dem Grütliverein und dem Gewerkschaftsbund für möglichst baldige Ausführung der Brüsseler Beschlüsse und für die Auhandnahme der zur Organisation des nächsten internationalen Congresses nöthigen Schritte besorgt zu sein.

Der Parteitag stimmte der Einführung des allgemeinen Volksrechtes auf Arbeit in die Bundesverfassung zu, beauftragte aber das Parteicomité mit der Ausführung dieses Beschlusses in dem Sinne, dass ihm zustehe, die Wahl des Zeitpunktes der Initiative, die definitive Formulirung des Initiativbegehrens und ebenso die Gewinnung der Mithilfe auch anderer politischer Comités, um dem Rechte auf Arbeit zum Siege zu helfen.

Zur Gründung eines in französischer Sprache geschriebenen Parteiorganes für die romanischen Genossen wurde aus der Parteikasse ein Credit von 200 Francs bewilligt.

Am Sonntag, den 28. November wurde der Parteitag mit einem Hoch auf die internationale und schweizerische Socialdemokratie geschlossen.

Von einigem Interesse war auch der gleichfalls im Monate November in Zürich abgehaltene schweizerische Textilarbeitertag. Derselbe fand nicht auf Veranlassung einer Organisation, sondern auf die des ehemaligen Fabrikanten Zuppinger statt, der aus „Men-

schenliebe“ sich der armen Weber und Spinner annehmen und sie organisiren will, um ein besseres Los für sie zu erringen. Obwohl er in der Einladung zu diesem Verhandstage ausdrücklich betonte, dass er die sociale Frage gegen die Socialdemokratie lösen wolle, erschienen doch die Vertreter von fünf Vereinen und zwei Verbänden und beschlossen:

1. Den Zehnstundentag.
2. Die Erhöhung der Arbeitslöhne, womöglich unter Beseitigung der Accordarbeit.
3. Gewerbliche Schiedsgerichte.
4. Obligatorische Kranken- und Unfallversicherung.

In das bestellte Centralcomité wurde auch der Einberufer Zuppinger gewählt. Trotz der antisocialistischen Richtung des neuen Bundes rieth die „Arbeiterstimme“ den übrigen Textilarbeiterorganisationen sich demselben anzuschließen, um auf dessen Gestaltung „gehörig“ einwirken zu können.

Endlich fand im Monate November noch eine Delegirtenversammlung des schweizerischen Grütlivereines statt, welche in Sachen der politischen Polizei beschloss, dass die Bundesversammlung fürderhin dem Bundesrath keinen besonderen Credit für die sogenannte politische Polizei oder politische Fremdenpolizei mehr gewähren solle.

Lohnconflicte ereigneten sich auch in der Schweiz.

Aus Anlass des Strikes der Züricher Färbereiarbeiter hat sich das leitende Comité des schweizerischen Gewerkschaftsbundes aber veranlasst gesehen, die Arbeiter vor Conflicten mit den Geschäftsinhabern zu warnen und sie aufmerksam zu machen, dass in Zeiten wirtschaftlicher Krisen solche Conflicte mit den Arbeitern gesucht werden, um diese bei Wiederaufnahme der Arbeit zur Eingehung schlechterer Arbeitsbedingungen zu zwingen. „Heute ist keine Zeit, muthwillig zu sein, die ernste Zeit verlangt ernste Berücksichtigung der Lage.“

Die socialistische Presse in der Schweiz hat im Berichtsjahre einen Niedergang erlitten. Die nach dem Eingehen des „Socialdemokrat“ im Jahre 1890 zu Zürich herausgegebene wöchentliche Correspondenz „Der Proletarier“, unter der Redaction von W. Belles, ist am 28. März 1891 zum letztenmale erschienen und schrieb zum Abschiede:

„Ite missa est: Das Stück ist aus; wir gehen nach Haus. Der Proletarier stirbt an der Proletarierkrankheit: an chronischem Abonnentenmangel.“

Kurz darauf erschien die letzte Nummer des Journals „Der achtstündige Arbeitstag.“ (La Journée de huit heures.)

Die anarchistische Bewegung in der Schweiz hat im Laufe des Berichtsjahres keinerlei Fortschritte gemacht.

Im Monate Jänner fand im Canton Tessin ein Anarchistencongress statt, der von etlichen 50 Anarchisten, der Mehrzahl nach Italiener, besucht war. Der Congress fand unter besonderer Vorsicht statt, da die Polizei ein sehr wachsames Auge hatte und es bekannt wurde, dass im eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement der feste Entschluss vorherrschend war, der internationalen Pflicht nachzukommen.

Die Genfer Regierung hat die Anarchisten Niquet (Franzose), Mari (Italiener) und Kreuzfeld (Deutscher), wegen anarchistischer Umtriebe gelegentlich der Mai-Feier aus dem Gebiete des Canton Genf ausgewiesen. Ebenso wurde der Anarchist Schiechi durch einen Beschluss des schweizerischen Oberbehörden wegen anar-

chistischer Propaganda aus der Schweiz im Monate September verwiesen.

Über den Ausschluss der anarchistischen Delegirten am Brüsseler Congress sprach sich der „Schweizerische Socialdemokrat“ wie folgt aus:

„Diese Einigung aller socialistisch gesinnten Arbeiter hatte aber auch die Scheidung zwischen Socialisten und Anarchisten zur Voraussetzung und das ist eine Errungenschaft des Brüsseler Congresses. Wer weiß, wie sie uns am Marxistencongress in Paris durch allerlei Proteste, Anträge, Zwischenrufe, Spectakel etc. hinhielten, und wer sich erinnert, wie leidenschaftlich und gehässig ihre Presse über uns herfiel, muss gestehen, dass die Anarchisten kein Recht haben, von unseren Congressen eine allzu nachsichtige Behandlung zu verlangen.“

Dänemark.

Über die socialdemokratische Bewegung auf der skandinavischen Halbinsel ist nur wenig zu berichten.

Es wurde im vorjährigen Berichte gesagt, dass die socialdemokratische Partei in Dänemark numerisch die schwächste aller Parteien im Lande ist, dass sie insbesondere außerhalb der Hauptstadt Kopenhagen nur wenige Anhänger im Lande besitzt. Es wurde ferners gesagt, dass die socialdemokratische Partei in Dänemark nur einem Bündnis mit der liberalen Partei den Erfolg bei den Wahlen ins Folkething verdankte, deren Bündnis die Socialdemokraten wieder nur dadurch erlangen konnten, dass sie sich wiederholt und ausdrücklich verpflichtet hatten, ihre Bestrebungen ausschließlich auf dem Boden des Gesetzes und innerhalb des Rahmens der Verfassung zu verfolgen. Es scheint nun, dass diese Verbindung mit den Liberalen die Agitation der dänischen Socialdemokratie in ihrem Fortgange gehemmt hat.

Die Opposition in Dänemark, welche gegen Ende des vorigen Jahres infolge der Bündnisse mit der liberalen Partei entstanden ist und sich selbständig organisirt hat, besteht zwar auch heute noch, hat es aber zu keiner Bedeutung gebracht, und wohl nur deshalb, weil sie sich nur im Rahmen des Doctrinarismus bewegt, der in keinem Lande bisher eine größere Masse von Anhängern zu finden vermochte.

Es blieb daher im Berichtsjahre der Parteileitung fast allein überlassen, das Programm zu erweitern, das heißt neue Anhänger aus der Mitte der ackerbautreibenden Bevölkerung zu gewinnen, nachdem die Industriearbeiter auf der ganzen Halbinsel wenig zahlreich sind.

Die ländliche Bevölkerung zählt in Dänemark drei Viertel des ganzen Landes, während die Bevölkerung in Kopenhagen und in den Provinzstädten nur ein Viertel ausmacht.

Die Hauptmasse aller ländlichen Arbeiter setzt sich aus den sogenannten Häuslern zusammen. Diese Häusler ohne Äcker sind naturgemäß darauf angewiesen, sich ihren Lebensunterhalt bei den Bauern oder größeren Grundbesitzern zu sichern, weil ihr eigenes Besitzthum ihnen nicht ganz die Mittel zur Existenz bietet.

Es gibt aber neben den Häuslern noch eine andere Classe von Arbeitern auf dem Lande, nämlich die sogenannten Einleger (Inquilinen), das sind solche, welche nicht imstande sind, Mieter eines Hauses zu sein und deshalb sich mit der Miete eines Zimmers oder Bettes begnügen müssen.

Auf diese Landarbeiter im allgemeinen, insbesondere auf die zuletzt erwähnte Classe, hatte es die dänische Socialdemokratie abgesehen, um neue Anhänger für die socialistische Sache zu gewinnen. Der Erfolg war jedoch

im ganzen Lande nur ein sehr mäßiger, so dass sich die Zahl der Socialisten in Dänemark fast noch so darstellt, wie sie auf dem Parteicongresse zu Kopenhagen im Sommer des Jahres 1890 war.

Damals umfasste die socialdemokratische Parteiorganisation nach dem Berichte des P. Kundsens, Delegirten der dänischen Socialdemokratie auf dem Brüsseler Congresse, 109 politische Vereine mit ungefähr 14.000 Mitgliedern.

Von den zur Partei gehörenden politischen Vereinen hatten 10 in Kopenhagen ihren Sitz mit etwa 6000 Mitgliedern, 35 in den Provinzstädten mit circa 5000 Mitgliedern und 64 Vereine auf dem Lande mit circa 20.000 Mitgliedern und ungefähr 200 Vereine anderer Art, meist Fach- und Arbeiterbildungsvereine in Kopenhagen und in den Provinzstädten, mit einer Gesamtmitgliederzahl von beinahe 11.000 Personen.

Die fachlichen Organisationen sind in Kopenhagen durch eine gemeinschaftliche Centralleitung verbunden, nämlich in dem „Samvirkende Fachforeniger“ (zusammenwirkende Fachvereine). Die gemeinschaftlichen Beratungen werden von den Vorständen sämtlicher Kopenhagener Fachvereine gepflogen und zur Wahrnehmung der laufenden Geschäfte ist ein geschäftsführender Ausschuss gewählt.

Eine ähnliche gemeinschaftliche Vertretung ist in vielen größeren Provinzstädten zu finden.

Die Leitung der politischen Organisation, das ist der socialdemokratische Verband, wird von einem aus 17 gewählten Mitgliedern bestehenden Hauptvorstand ausgeübt; die Reichstagsabgeordneten der Partei sowie die Redacteurs der Parteiorgane sind ebenfalls Mitglieder des Hauptvorstandes. Von den 17 gewählten Mitgliedern sind 7 von Kopenhagen und die übrigen 10 vom Lande. Das Land ist in 9 Agitationsbezirke eingetheilt, welche je von einem Agitationsausschuss vertreten werden.

Die fachlichen sowie politischen Organisationen wirken in Gemeinschaft durch Manifestationen, Veröffentlichungen etc. Am Sonntag, den 3. Mai wurde die Mai-Feier durch eine große Demonstration zu Gunsten des Achtstundentages eingeleitet. Dieser Manifestation wohnten in Kopenhagen mehrere tausend Parteigenossen bei, kleinere Demonstrationen fanden auch in den Provinzstädten, einige auch unter den Landarbeitern statt. Zur Mai-Feier hat die socialistische Presse mit allen zu Gebote stehenden Mitteln agitirt. Diese besitzt fünf socialistische Tageblätter, von welchen das Journal „Social Demokraten“ in Kopenhagen in einer täglichen großen Auflage von nahezu 20.000 Exemplaren erscheint, während die übrigen vier Zeitungen in Jütland erscheinen und circa ein Fünftel der Abnehmerzahl des großen Arbeiterorganes haben. Ähnlich wie in Deutschland und Österreich wird von der dänischen Partei ein socialistisch-satyrisches Witzblatt, „Ravnene“ (der Rabe), herausgegeben.

Die dänische Partei hat ferner im Berichtsjahre eine kleine Reihe von socialistischen Werken und Broschüren herausgegeben, von denen in größerer Auflage erschienen sind: Karl Marx, „Das Capital“; Benoit Malon, „Geschichte des Socialismus“; Friedrich Engels, „Ursprung der Familie, des Privateigenthums und des Staates.“

Die von der dänischen Partei zur Ausgabe gelangten socialistischen Broschüren sind zum Theile originale, andern Theiles übersetzte Arbeiten der früher Genannten, dann von F. Lassale, W. Liebknecht, A. Bebel, Domelo Nieuwenhuis, Paul Lafargue etc. gewesen. Die socialistische Vertretung im Folkething (Deputirtenkammer) und

im Landstinget (Senat) hat sich seit dem Vorjahre nicht verändert.

Die socialistische Fraction hat im Reichsrathe einen Gesetzentwurf eingebracht, der die allgemeine Einführung des achtstündigen Arbeitstages bezweckt.

Der Entwurf behandelt im §. 1 die gleichartige Durchführung des achtstündigen Arbeitstages für alle Personen beider Geschlechter über 14 Jahre. Der §. 2 verlangt diese Begünstigung auch für die im Acker und Waldbau, bei Milchereien etc. beschäftigten Arbeiter beiderlei Geschlechtes, der §. 3 verlangt auch für die Bemannung der Handels- und Passagierschiffe unter normalen Verhältnissen die achtstündige Dienstzeit. Die übrigen Paragraphen des Entwurfes bestimmen die Ausnahmen, sowie die Strafen für Übertretungen.

Zu Ostern fand zu Odense eine internationale Conferenz der Schmiede, Schlosser und Maschinenbauarbeiter statt, welche deshalb von mehr als gewöhnlicher Bedeutung war, weil von ihr die Anregung ausging, neben dem internationalen Socialistencongress zu Brüssel gleichzeitig dortselbst einen internationalen Congress der Metallarbeiter abhalten zu lassen. Inwieweit der vom „Forbund for Smede og Maskinarbejdernes i Danmark“ und ähnlichen Vereinigungen erlassene diesbezügliche Aufruf von Erfolg begleitet war, wird bei der Darstellung der socialdemokratischen Bewegung in Belgien weiter ausgeführt werden.

Bezüglich der bereits oben erwähnten Mai-Feier in Dänemark kommt noch Folgendes zu bemerken: Die Hauptdemonstration geschah in Kopenhagen auf dem großen, dicht bei der Stadt gelegenen Felde „Nørrefælled“, welches sonst als Exercirplatz benützt wird.

Dort sammelten sich gegen 4 Uhr nachmittags am Sonntag, den 3. Mai die Arbeiter von Kopenhagen mit einer größeren Anzahl von rothen Fahnen. Die am Eingange des Feldes gesammelten Arbeiter marschirten sodann querfeldein nach der Rednertribüne, woselbst die mitgebrachten rothen Fahnen aufgepflanzt worden sind. Von dort herab sprachen die Parteigenossen Sigwald Olsen, P. Kundsens und J. Jensen und schlugen eine Resolution über den Achtstundentag für die Kammer vor.

Unter freiem Himmel fanden an diesem Tage in Dänemark noch Versammlungen statt in den Städten Helsingör, Nätved, Roskilde, Hilleröd etc., in welchen überall die gleiche Resolution vorgeschlagen und angenommen worden ist.

Auf dem internationalen Socialistencongresse zu Brüssel berichtete der Delegirte Dänemarks, P. Kundsens:

„Seit dem letzten Parteicongresse anno 1890 hat die Socialdemokratie in Dänemark bedeutend an Anhängern zugenommen und namentlich hat sich die Zahl der Landarbeiter, welche sich unseren Organisationen angeschlossen haben, mehr als verdoppelt. Dabei muss wieder darauf hingewiesen werden, dass unsere Partei viel mehr Gesinnungsgenossen hat, als sich an unsere Organisationen förmlich angeschlossen haben, indem die Armut und das sociale Elend, sowie der Druck, welchen die Arbeitskäufer ausüben, Massen von Arbeitern von der Theilnahme an der Organisation zurlockt.“

Kundsens schloss seinen Bericht mit den Worten:

„Wir können deshalb mit Vertrauen in die Zukunft blicken. Der Zeitpunkt, in welchem es unserer Partei gelingen wird, die Capitalistenklasse zu zwingen, sich vor unseren Forderungen zu beugen, ist nicht weit entfernt.“

Schweden und Norwegen.

In Schweden hat die socialdemokratische Bewegung einen ruhigen Verlauf genommen.

Zu Pfingsten hielt die schwedische Socialdemokratie in Norrköping ihren zweiten Parteitag ab.

Vertreten waren 103 Mitgliedschaften durch 47 Abgeordnete. Nachdem sich der Parteitag mit Organisationsfragen, sowie mit dem Gotenburger Tabakarbeiteraustand beschäftigt hatte — in welchem er entsprechend den Beispielen in Deutschland zur Nachgiebigkeit gerathen hatte — ging er zur Parteitaktik über.

Am interessantesten gestaltete sich die Debatte über die „Propaganda der That“.

Es haben nämlich, so wurde am Parteitage berichtet, die anarchistischen Redensarten von der „Propaganda der That“ da und dort bei noch weniger geschulten Arbeitern so weit Eingang gefunden, dass in einem Verein ganz ernstlich das Thema verhandelt wurde: ob nicht Diebstähle und andere gegen die heutige Classengesetzgebung verstoßende Handlungen sachlich und vom Parteiorgan als rechtmäßig zu vertheidigen seien. Der Berichterstatter am Parteitage äußerte hierüber: Diesem Treiben musste endlich Einhalt gethan werden, weshalb die Frage zur Entscheidung des Parteitages gestellt wurde.

Ein Theil der Delegirten, insbesondere die alten Parteiführer Axel Danielson und Hjalmar Branting, verurtheilten die anarchistischen Ideen und die Versuche, sie in die schwedische Arbeiterbewegung einzuführen. Branting betonte, dass der Anarchismus nichts weniger als ein Bruder, vielmehr der ärgste Gegensatz des Socialismus sei.

Es blieben aber die „Jungen“ in Schweden nicht stille und ihr Führer Hinko Bergégren sagte, man müsse endlich aufhören zu reden und anfangen zu „handeln“.

Schließlich beschloss der Parteitag mit 34 gegen 10 Stimmen und 3 Enthaltungen eine eingehend begründete Erklärung, in welcher der Anarchismus antisocialistisch genannt und die Erringung des friedlichen Mittels des Wahlrechtes als die nächste Aufgabe der Partei bezeichnet wurde.

Auch die Frage des allgemeinen Ausstandes wurde behandelt und mit 34 gegen 2 Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen: dass, wenn nicht ein allgemeiner, so doch ein kräftig organisirter Riesenausstand unter günstigen Umständen allerdings als ein tüchtiges Propaganda- und Machtmittel zur Förderung der wirtschaftlichen und politischen Forderungen anzusehen sei, dass jedoch dessen vorherige Ansetzung auf einen bestimmten Zeitpunkt unpolitisch und auch unmöglich wäre; die politische und wirtschaftliche Lage könne allein hier maßgebend sein.

Nach Beendigung dieses Parteitages wurde eine große Kundgebungsversammlung unter freiem Himmel abgehalten, in welcher eine Reihe von Rednern in demselben Sinne wie auf dem Parteitage sprachen.

Das anarchistisch-communistische Organ „Autonomie“ war natürlich mit dem Gange der Dinge auf diesem Congresse nicht einverstanden. Es schrieb in der Nummer 137 vom 6. Juni 1891: „Die Mehrzahl der Delegirten des schwedischen Socialistencongresses hat es für gut befunden, sich vor alter Welt zu blamiren. Statt sich auf den revolutionären Standpunkt zu stellen, hat sie sich dagegen verwehrt, mit den Anarchisten etwas Gemeinschaftliches zu haben.“

Der Artikel in der „Autonomie“ schloss mit den tröstenden Worten: „Die schwedischen Genossen können

mit diesem Beschluss nur zufrieden sein, da ein Hand in Handgehen mit socialdemokratischen Führern à la Danielson und Branting ohnehin unmöglich ist.“

In Norwegen war ein ähnlicher Gang der Dinge wie in Schweden bemerkbar.

Während aber in Schweden sich das allgemeine Stimmrecht sich im gesteigerten Maße zum allgemeinen Agitations-, beziehungsweise Discussionsthema gestaltet hat, griff in Norwegen die eigentliche neue socialdemokratische Idee mehr um sich.

Anfangs August fand in Drammen, im südlichen Norwegen, der fünfte norwegische Arbeitertag statt.

Dieser jährlich wiederkehrende Arbeiterparteitag ist nicht so sehr ein Parteicongress, als vielmehr eine Versammlung von Vertretern aller im Lande bestehenden Arbeitervereine ohne Rücksicht auf deren politische Richtung oder gewerbliche Sonderzwecke.

Bei diesem norwegischen Arbeitertage waren im ganzen 47 Arbeitervereine durch 89 männliche und 2 weibliche Bevollmächtigte vertreten; letztere waren vom Verein der Zündholzpaakerinnen und der Gesellschaft der Dienstmädchen, beide aus Christiania, ausgesendet.

Die Delegirten sollen circa 20.000 Arbeiter vertreten haben.

Unter den Delegirten waren jedoch nur 24 von rein socialistischer Couleur.

Als Hauptaufgabe der Verhandlungen bezeichnete der Vorsitzende Arstad, die Linke des Storthings (Reichstags) mit allen Mitteln vorwärts zu drängen, damit die Arbeitersache nicht bei Seite geschoben werde.

Erster Verhandlungspunkt war die Frage des Wahlrechtes.

Es wurde beschlossen: sich für die Forderung des Linken-Programms auf allgemeines Wahlrecht für Männer zu erklären. Hierauf wurde die Stellungnahme berathen, welche die norwegischen Arbeiter zum Achtstundentag einzunehmen hätten.

Nachdem ein Antrag, welcher einen gesetzlichen Arbeitstag von zehn Stunden wollte, abgelehnt worden war, wurde ein Beschluss zu Gunsten des Achtstundentages gefasst, jedoch nicht decidirt. Es wurde nur die hohe Bedeutung des Achtstundentages hervorgehoben und es als Pflicht des Staates hingestellt, der für das leibliche und geistige Wohl der Arbeiter verpflichtet wäre, diese Reform für die Arbeiter durchzuführen.

Die Versammlung empfahl weiter, indem sie an die Folgen der 1. Mai-Feier erinnerte, diese Kundgebung in immer gesteigerter Ausdehnung zu wiederholen, weil sie das wirksamste Mittel zur Erreichung des Achtstundentages sei.

In der für das größtentheils landwirtschaftliche Norwegen wichtigen Frage, wie die Lage der Landarbeiter zu verbessern sei, standen sich zwei Hauptmeinungen gegenüber.

Die eine verlangte die unentgeltliche Vertheilung des dermaligen staatlichen Landbesitzes und die Ankaufung culturfähigen Bodens durch Staat und Gemeinden zum Zwecke der Überlassung zu billigem Preise an die Landarbeiter.

Die andere Richtung bekämpfte diese Forderungen, welche wenig nützen würden und verlangte eine neue Grundsteuergesetzgebung, durch welche der größere Besitz zu Gunsten des kleineren Besitzes stärker belastet werde.

Die erstere Meinung überwog jedoch mit 48 gegen 15 Stimmen.

Fast einstimmig erklärte sich der Arbeitertag gegen die Einrichtung des Stücklohnes und der Arbeitsversteigerung (Submission), an deren Stelle der Zeitlohn mit einem bestimmten Mindestlohn treten müßte.

Zum Schutze gegen die Beeinträchtigung des Vereinigungsrechtes der Arbeiter durch die Unternehmer wurde der einstimmige Antrag an das nächste Storting gestellt, im allgemeinen Strafgesetze eine diesbezügliche verpönde Bestimmung aufzunehmen. Hiebei wurde eine ganze Reihe von Beeinträchtigungen des Vereinigungsrechtes durch die Unternehmer angeführt.

Der Arbeitertag fasste sich endlich mit der Steuerfrage und mit dem Schulwesen, wobei folgendes interessante Factum vorkam:

Ein einziger auf dem Arbeitertage anwesend gewesener Anarchist wollte sämtliche öffentlichen Schulen abgeschafft haben, weil sie die Geistesentwicklung des Kindes beeinflussen und eine unerträgliche Tyrannei üben.

Vor Schluss des Arbeitertages kam es noch zu einem Wortgefechte zwischen dem nichtsocialistischen Rechtsanwalt Castberg und dem Socialisten Jeppesen. Der erstere behauptete nämlich, dass die Socialisten im Verhältnis zur Verbreitung ihrer Ansichten in der Arbeiterschaft viel zu stark am Arbeitertag vertreten seien, was natürlich von Jeppesen bestritten wurde. Schließlich wurde der Ausbau des bisherigen losen Arbeiterverbandes zu einer systematischen, bezirksweise gegliederten Organisation aller Arbeitervereine über das ganze Land einstimmig beschlossen.

In Norwegen fasste der Anarchismus auch im Berichtsjahre nur wenig Wurzel. Es schrieb zwar der Anarchist Mortensen an das anarchistische Organ „Fedraheimen“, welches seit 10. Jänner 1891 wieder in Skien bei Rasmus Steinsvik abwechselnd in dänischer und norwegischer Sprache erscheint:

„So gut wie dieses Jahr habe ich noch keine Weihnachten benützt. Ich habe den Anarchismus und Communismus in vielen verschiedenen Bezirken gepredigt und im ganzen 18 Vorträge an 15 verschiedenen Orten gehalten.“

Im ganzen und großen machte aber der Anarchismus auf der skandinavischen Halbinsel wenig Fortschritte, so dass es dem vorgenannten Anarchisten auf seiner Agitationsreise besonders auffiel, wenn an Wochentagen sich einmal 70—80, an Sonntagen gar 100 Personen zu seinen lang und breit angekündigten Vorträgen eingefunden haben. Anarchistische Druckschriften wurden von Mortensen auf seiner Agitationsreise in hunderterten von Exemplaren verkauft, so dass der anarchische Agitator auf seiner Agitationstour noch ein einträgliches Geschäft gemacht hat.

Großbritannien.

Das wichtigste Begebnis für die englische Arbeiterbewegung war der Beschluss der englischen Regierung dem Parlamente die Ernennung einer königlichen Untersuchungscommission zur Prüfung der Verhältnisse zwischen Arbeitsgeber und Arbeitnehmer vorzuschlagen, welche sodann der Regierung Bericht zu erstatten hätte, um auf Grund desselben Gesetzesvorlagen auszuarbeiten. Den Grund hiezu haben die großen Arbeiteräusstände und sonstigen Conflicte zwischen den Unternehmern und Arbeitern in England gegeben, welche sich in der letzten Zeit nur noch geschärft und an Umfang derart zugenommen haben, dass die schwersten Schädigungen der Industrie und des öffentlichen Verkehrs daraus entsprangen.

Auf der andern Seite ist aber der Ausbau der Organisation der socialistischen Partei in England fortgeführt worden. Die alten Trades Unions erfuhren im Berichtsjahre noch eine weitere Ausdehnung durch die nach ihrem Muster organisirten Verbände der sogenannten „nichteingelernten“ Arbeiter, das heißt derjenigen, welche bloße Tagelöhnerarbeit verrichteten. Alle diese neuen Organisationen wurden durch socialistische Agitatoren gegründet, welche dabei in erster Linie den Zweck verfolgten, die bestehenden Gegensätze zwischen den Arbeitern und Unternehmern zu verschärfen und die neuen Organisationen als Sturmcolonnen gegen das Privatcapital und die Unternehmer zu verwenden.

Diese Thätigkeit der englischen Socialistenführer, welche nach einem festen Programme durchgeführt wird, hat nicht bloß bedeutende Erfolge in den großen und leicht zu erregenden Massen der nicht qualificirten Arbeiter erzielt, sondern auch endlich auf die conservativen Elemente der Trades Unions eingewirkt, unter denen sich gerade im Berichtsjahre eine dem Socialismus immer mehr zugeneigte Strömung bemerkbar macht, welche durch die außerhalb der alten Gewerksvereine sichtlich zunehmende socialistische Arbeiterbewegung constant gefördert wird.

Die noch im Jahresberichte von 1889 ausgesprochene Anschauung, dass in England der Socialismus keinen nennenswerten Anhang unter den Arbeitern, wenigstens der alten Gewerkschaftsvereine, besitzt, ist heute nicht mehr zutreffend und in diesem Umstand dürfte wohl der Hauptgrund liegen, dass die englische Regierung sich für die Ernennung der oberwähnten königlichen Commission, bestehend aus hervorragenden Politikern, die sich mit der Arbeiterfrage beschäftigen, und aus Arbeitervertretern, worunter sich auch Burt, der parlamentarische Secretär des Gewerkvereinscongresses, befundet, entschieden hat.

Auf socialistischer Seite ging diese Initiative der Regierung nicht unbeachtet vorüber, welche durch den Londoner Arbeiterführer Tillett ein Programm aufstellen ließ, welches er in West-Bradford am 18. November eröffnete und folgende Punkte enthielt:

Ernennung weiblicher Fabriksinspectoren; Mitwirkung der Arbeiter bei Ernennung der Fabriksinspectoren; Übertragung aller Industrien, so weit möglich, an die Gemeinden; Zahlung richtiger Löhne; gesetzliche Einführung des Achtstundentages; Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren und verheirateten Frauen, außer Witwen; Nationalisirung des Landes; Aufhebung des Oberhauses; Abschaffung des stehenden Heeres; Befreiung der Kirche von den Einflüssen des Thrones und der Regierung.

Außerdem hat der Londoner Gewerkschaftsrath schon vorher Stellung zur königlichen Untersuchungscommission genommen, indem er einen einstimmigen Beschluss gefasst hat, in welchem er die Überzeugung aussprach: Die königliche Commission zur Untersuchung der Verhältnisse zwischen Capital und Arbeit werde das Vertrauen des Volkes, welches ein Hauptinteresse an jener Untersuchung hat, nur dann besitzen, wenn sie eine gerechte und die Zahl der Vertreter des Unternehmerthums gleiche Anzahl von Vertretern der arbeitenden Classe enthält.

Dieser Beschluss wurde dem Parlamente übermittelt. Im Monate April erfolgte die Constituirung der königlichen Commission und wurden 27 Personen in diese berufen unter anderen: Lord Hartington, Lord Derby, dann der Secretär des Verbandes der schottischen Eisenbahnbediensteten Henry Tait, weiter David Dale als

Vertreter der Eisenindustrie, der bereits genannte Abgeordnete Burt, endlich Olustin, der Secretär des irischen nationalen Arbeiterverbandes in Cork u. a. m. Die Verhandlungen der Commission wurden in mehreren Abtheilungen geführt, von denen die Section B, welche sich ausschließlich mit den Dockarbeitern beschäftigt, am weitesten vorgeschritten ist, doch sind auch hier die Verhandlungen noch zu keinem Abschlusse gekommen. Wie in allen Industriestaaten hat auch in Großbritannien im Laufe des Berichtsjahres eine stattliche Anzahl von Arbeitercongressen stattgefunden.

Als erster hat die Jahresversammlung des Nationalvereines der Bergleute in Birmingham am 7. Jänner 1891 getagt. Auf derselben waren Vertreter von 147.000 Bergleuten erschienen. Der Bericht bemerkt, dass sich die Mitgliederzahl seit der Gründung des Vereines um 46.000 vermehrt habe. Die Versammlung drückte ihre Sympathie für die eben damals im Ausstande gewesenen Bediensteten der schottischen Eisenbahnen aus und empfahl, dieselben und ihre Familien mit Geld zu unterstützen.

In fünftägiger Berathung wurde am 12. September 1891 die zu Newcastle am Tyne abgehaltene Jahresversammlung des Congresses der englischen Gewerkvereine zu Ende geführt. Bei dieser Versammlung, welche am stärksten von allen bisher abgehaltenen besucht war, zeigten sich abermals jene bedauerlichen Erscheinungen, welche bereits den früheren Congress unvortheilhaft von seinen Vorgängern unterschieden hatten. Der ernste sachliche Ton und die Mäßigung und Ruhe, welche bisher die Jahresversammlungen der englischen Gewerkvereine von allen ähnlichen Institutionen des Continents ausgezeichnet hatte, sind seit dem großen Dockarbeiterausstande aus den Berathungen des Congresses nahezu verschwunden. Die Debatten wurden in ungemein gereizter, leidenschaftlicher Form durchgeführt und es fehlte nicht an beleidigenden Ausfällen gegen diejenigen, welche eine abweichende Meinung vertreten haben.

Dieser Wechsel in der Form der Discussion wurde durch die Parteienverschiebung innerhalb des Congresses herbeigeführt. Die alten Trades Unionisten, welche einmal das gemäßigte und conservative Element in dem Verbande darstellen und an den durch mehr als ein halbes Jahrhundert vom Congress vertretenen Grundsätzen festhalten, sind durch den massenhaften Beitritt neuer Arbeiterclassen in die Minorität gebracht; die neu entstandene progressistische Mehrheit entbehrt der Schulung, welche sich die alten Mitglieder durch so lange Zeit angeeignet haben und so wurde das Ansehen des letztjährigen Congresses sehr geschädigt.

Auch die letzten Beschlüsse dieser Jahresversammlung ließen jene maßvolle Besonnenheit vermissen, welche noch vor wenigen Jahren diese Congresses ausgezeichnet hat. Im Vordergrund der Discussion stand die Debatte über den Achtstundentag.

Auf der Tagesordnung befand sich ein Antrag der Bergarbeiter, durch welchen der Parlamentsausschuss des Congresses aufgefordert wird, alle gesetzlichen Mittel aufzuwenden, um das Unterhaus zu einer Annahme der Achtstundentagsbill zu bewegen.

Die alten Trades Unionisten, unter denen auch die Bergleute von Durham und Northumberland waren, sprachen sich gegen diesen Antrag aus, weil nach ihrer Ansicht die Frage des Achtstundentages im Wege eines für alle Industrien geltenden Gesetzes nicht lösbar sei, sondern vielmehr der Regelung im Wege der freien Vereinbarung und der Selbsthilfe überlassen bleiben solle.

Trotz der Ausführungen, selbst des Präsidenten Burt, in welchen dargelegt wurde, dass es nicht anginge, sämtliche Arbeiter nach einem Maßstabe zu messen, ja dass einzelne Arbeiter Englands heute bereits einen siebenja sechsstündigen Arbeitstag genossen, während für andere Industrien eine Reducirung der Arbeitszeit auf acht Stunden mit dem Ruin der Industrie und damit zugleich mit der Brotlosigkeit der Arbeiter verbunden sei, wurde der Antrag der Bergarbeiter mit der überwiegenden Majorität von 237 gegen 59 Stimmen angenommen. Mehr als 100 Delegirte hatten sich der Abstimmung enthalten. Es wurde aber ein Amendement durchgesetzt, nach welchem der achtstündige Arbeitstag dann nicht zu beobachten sei, wenn sich die Mehrheit der organisirten Mitglieder eines Gewerkes durch Ballotage dagegen erklärt habe.

In einer Resolution wurde ferner ausgesprochen, dass nach Ansicht des Congresses der Zeitpunkt gekommen sei, wo die britische Regierung im Vereine mit allen auswärtigen Regierungen die internationale Einführung des Achtstundentages herbeiführen soll.

Der Congress beschäftigte sich auch noch eingehend mit der Frage der Fabrikgesetzgebung und beauftragte die obligatorische Einsetzung von Gewerbe- und Fabrikinspectoren, die Beschränkung der Frauenarbeit, die sanitäre Überwachung der Fabriken, die Abschaffung des Stücklohnsystems und der industriellen Partnerschaft etc. Endlich sprach sich der Congress noch dahin aus, dass die arbeitenden Classen in England zahlreicher im Parlamente und im Gemeinderathe vertreten sein und zum Amte der Geschwornen zugelassen werden sollen, zu welchem Behufe den englischen Geschwornen eine Entlohnung von zehn Shilling per Tag aus Staatsmitteln gewährt werden soll.

Am 22. September wurde zu Hull der Congress der Delegirten der englischen Dockarbeiter unter dem Vorsitze von Tom Man, ebenfalls für fünf Tage anberaumt, eröffnet.

Die Arbeiter der meisten Häfen waren vertreten und aus dem Rechenschaftsberichte, sowie aus der Rede des Vorsitzenden ging hervor, dass man sich bemüht, auch die Feldarbeiter, welche den Dockarbeitern große Concurrrenz machen, in Trades Unions zu organisiren, um eine Erhöhung der Löhne der Feldarbeiter und eine Abkürzung der Arbeitszeit für dieselben zu erzielen. Es wurden auch auf diesem Congress die Leiden der Dockarbeiter alle wiederholt, aber auch auf die Angestellten bei den Eisenbahnen und auf die Arbeiter anderer Branchen übergegangen und behauptet, dass alle diese Übelstände dadurch beseitigt werden könnten, wenn die Trades Unions mit jenen Arbeiterconsumvereinen (Cooperative Societies) in Beziehungen treten, welche nur solche Kleider, Möbel und andere Artikel erstellen, die von Arbeitern, deren Lohn und Arbeitszeit gleich jenen von der Trades Unions bestimmt ist, erzeugt wurden.

Die Verhandlungen wurden bei geschlossenen Thüren und mit Ausschluss der Presse geführt. Nur eine Resolution wurde öffentlich gefasst:

Subcontracte für Ladung und Löschung der Schiffe sind zu verurtheilen u. s. w. Weiters: In keinem Industriezweige soll, wenn die Majorität der Arbeiter es verlangt, länger als 48 Stunden wöchentlich gearbeitet werden; die Regierung soll Werkstätten für erwerblose Arbeiter aufstellen.

Der Congress beschloss endlich die Aufnahmegebühr in der Union herabzusetzen und noch andere Beneficien für die Mitglieder einzuführen.

Von Bedeutung waren noch einige Meetings.

Das erste bedeutendere Meeting fand am zweiten Sonntage im Monate Februar 1891 in London statt. Es war eher ein Straßenumzug, an welchem ungefähr 20.000 Menschen theilgenommen hatten, zumeist Mitglieder von Gewerkschaften, welche damit bezwecken wollten, gegen den „Vernichtungskampf“ zu protestiren, den der Rhederverband, sowie andere Gruppen von Unternehmern Englands und Schottlands gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter führen.

Es war fast jede Gewerkschaft Londons durch ihr Banner und durch ihre Mitglieder vertreten. Die Arbeiterführer Michael Davitt, W. C. Steadman, Tom M. Carthy und Tom Walsh beteiligten sich an dem Umzuge und hielten Reden, in welchen sie insgesammt auf den lokalen Ausstand zu Cardiff zu sprechen kamen, der durch den Rhederverband veranlasst worden sei.

Davitt sprach die Drohung aus, dass der noch locale Ausstand zu Cardiff bald in einen allgemeinen Kampf zwischen Capital und Arbeit in ganz England übergehen könne und forderte die Arbeiterschaft auf, die Ausständigen zu Cardiff moralisch und materiell zu unterstützen.

Der Ausstand zu Cardiff war aber dadurch entstanden, dass die organisirten Arbeiter erklärten, sich an keiner Arbeit beteiligen zu wollen, bei welcher nicht organisirte Arbeiter beteiligt seien.

Die Schiffsherrenföderation erklärte hinwieder durch ein Manifest, dass kein Mann Beschäftigung durch ihre Mitglieder erhalte, der nicht einem von der Föderation gegründeten Vereine „Freie Arbeiter“ beitreten würde.

Der Kampf begann am 2. Februar. Schon nach 14 Tagen waren die organisirten Arbeiter besiegt und in den Docks kehrte das alltägliche Leben wie vor Ausbruch des Kampfes zwischen Gewerkvereins- und „freier“ Arbeit zurück, denn die zum Gewerkvereine gehörigen Arbeiter arbeiteten nun wieder auf ein und demselben Schiffe Seite an Seite mit den „schwarzen Schafen“, das ist mit freien Dockarbeitern.

In der großen englischen Fabrikstadt Bradford waren einige Wochen später zahlreiche Arbeiter der Woll- und Seidenweberei im Ausstande, der am 12. April zu einem großen Krawalle führte, als die Behörde die Abhaltung einer Volksversammlung auf dem Platze vor dem Rathhause verweigert hatte.

Es sammelten sich auf dem Platze starke Volkshaufen, heftige Reden wurden gehalten, worauf die Polizei einschritt und die Menge auseinander jagte. Am Abende sammelten sich die Massen wieder, es kam zum Zusammenstoße mit der bewaffneten Macht, nachdem schon der Bürgermeister das Aufruhrgesetz zur Verlesung gebracht hatte, bis endlich die Ruhe hergestellt werden konnte.

Bei dem einige Tage später folgenden Meeting in Bradford, welchem viele tausende Mitglieder der Gewerkschaftsvereine beigewohnt hatten, riethen die anwesenden Socialistenführer von weiteren Ruhestörungen ab und forderten die Versammelten auf, sich der gesetzlichen Mittel zu bedienen.

Ein großes Meeting hielten am Abend des 1. Juni die Angestellten der Omnibus- und Pferdebahngesellschaften Londons ab, um ihre Forderung in Betreff des zwölfstündigen Arbeitstages zu formuliren.

Infolge der unnaehgiebigen Haltung der Directoren der „General-Omnibus-Company“ begann der Strike am 7. Juni, nachdem sich noch die Gesellschaft der „London

road car Company“ gegen die zwölfstündige Arbeitszeit ausgesprochen hatte.

Infolge der Vermittlung des Lordmayors wurden am 12. Juni in der Versammlung der Delegirten der ausständigen Omnibusbediensteten die Hauptpunkte des Ausgleichs vereinbart, womit der Strike ein Ende fand.

Die Kundgebung der Arbeiterschaft für die achtstündige Arbeitszeit war in England bekanntlich auf den ersten Sonntag im Mai festgesetzt worden.

Die Londoner Arbeiterschaft veranstaltete einen riesenhaften Aufzug in den Hydepark. Zahlreiche Mitglieder der Gewerkschaften und verschiedene Arbeitervereine zogen in Gruppen, mit Fahnen an der Spitze, geordnet aus allen Theilen der Stadt und aus den Vorstädten, in den Park. Zwölf Wagen dienten als Tribünen für die Redner und ein Trompetenstoß kündete den Beginn der Vorträge an.

Dr. Aveling eröffnete die Aussicht auf Verstaatlichung nicht nur der Eisenbahnen, der Gaserzeugung u. d. gl. m., sondern auch des gesammten Fabrikwesens. Tom Man wollte den Achtstundentag nicht durch die staatliche Gesetzgebung, sondern je nach Bedarf durch die Localgewerkschaft eingeführt sehen.

John Burns setzte auseinander: Die achtstündige Arbeitszeit sei dem Arbeiterstande nothwendiger, als Lohnerhöhung.

Der Rückzug der Arbeiter erfolgte ebenso geregelt wie der Aufzug.

Der Hydepark war auch im Monate Juli das Ziel einer großen Menge von Wäscherinnen, welche am ersten Sonntage dieses Monates mit einem zahlreichen Geleite von Eisenbahnbediensteten und andern Gewerken dorthin gezogen waren, um die Forderung zu besprechen, dass die Wäscherinnen unter das Fabriks- und Werkstättenwesen gestellt werden sollen.

Einige derselben kamen auf Leiterwagen angefahren, die große Mehrzahl war zu Fuß gekommen.

Nach Fassung einer Resolution wurde der Vorschlag gemacht, später einmal nach dem „House“ (Parlamentsgebäude) zu gehen.

Zum drittenmale fand im September ein Meeting der strikenden Zimmerleute und Bauschreiner im Hydepark statt. Die Zahl der Theilnehmer betrug am 20.000. Das Meeting hatte zunächst den Zweck, den schon 22 Wochen währenden Ausstand der Zimmerleute und Bauschreiner zu besprechen.

Die ursprüngliche Forderung der Arbeiter: Achtstündige Arbeitszeit und 10 Pence Lohn per Stunde wurde fallen gelassen, worauf der Strike ein Ende nahm.

Die in fortwährender Zunahme begriffene Zahl der Meetings und Umzüge der Londoner Arbeiter haben die Behörde veranlasst, die von den Socialisten improvisirten Straßenversammlungen als eine gesetzwidrige Verkehrsstörung zu erklären.

Als daher am Sonntag, den 17. October die socialdemokratische Föderation in World's End, Chelsea abermals ein zahlreiches Meeting einberufen hatte, und der socialdemokratische Redner S. Sallard eben die Plattform bestiegen und die Menge anzureden begonnen hatte, war die Polizei erschienen und hatte die Menge auseinander gejagt. Die Socialisten hatten für den folgenden Sonntag wieder eine Straßenversammlung an derselben Stelle arrangirt. Trotz des strömenden Regens waren doch mehrere hundert Personen zusammengekommen. M. Hargan von der socialdemokratischen Föderation war als Redner erschienen und hatte eben wieder zu sprechen begonnen, als abermals die Polizei erschien

und nach Vornahme mehrerer Verhaftungen, darunter die des Redners Hargan, die Menge in kurzer Zeit zerstreut.

Den Bericht, welchen die englischen Delegirten des internationalen Congresses in Brüssel 1891 erstattet haben, war zusammengestellt und überreicht von den „Gasworkers and General Laborers Union“, dann der „Legal Eight Hours and international Labour League“, sowie der „Bloomsbury Socialist Society“ und der „Battersea Labour League“.

Der Bericht behandelte den Zeitraum vom Pariser internationalen Congress 1889 bis zum Brüsseler Congress 1891 und setzte gleich zu Beginn auseinander, dass eine britische Arbeiterpartei leider bis jetzt noch nicht existire. Es fehlen aber die Zeichen nicht, dass sie im Begriffe steht, sich zu bilden. Der Bericht der englischen Delegirten nennt den besprochenen Zeitraum einen glücklichen, weil mit ihm eine neue Ära in der Geschichte Großbritanniens und Irlands begonnen habe; sie habe den neuen Unionismus gebracht, der die alten Unionen, die seit vielen Jahren aufgehört haben ein thätiger und streitender Körper zu sein, vergessen ließ.

Von den vielen socialistischen Parteien, die das Inselnd hat, nennt der Bericht die „Socialdemokratische Förderation“ als die größte; dann die „Fabian Society“ und noch die „Bloomsbury Socialist Society“, welche den Anstoß zur Mai-Demonstration und der Achtstundenbewegung im vereinigten Königreiche gegeben hat.

Die neuen Unionen fanden in dem Berichte der englischen Delegirten eine ungehörliche Verherrlichung.

Es wurde in dem Berichte die Schwierigkeit hervorgehoben, die sich den jungen Unternehmungen von allen Seiten entgegenstellten, welche aber die neuen Unionisten alle siegreich überwunden hätten; besonderes Lob wurde der Gasarbeiter- und der allgemeinen Arbeiterunion gezollt, welche sich im Dockarbeiterstrike, in der Achtstundenbewegung bei der Mai-Demonstration im Jahre 1890 und 1891 besonders hervorgethan und zu den gigantischen Erfolgen der englischen Arbeiterschaft wesentlich beigetragen haben.

Der Bericht constatirte endlich die traurige Thatsache, dass die ländlichen Arbeiter in England heute weniger gut organisirt sind, als sie vor wenigen Jahren waren. Viele Versuche seien gemacht worden, aber alle notorisch erfolglos, um diese Arbeiter zu organisiren. Für den englischen städtischen Arbeiter, besonders für die Armee ungelerner Arbeiter, ist der ländliche Arbeiter die größte Gefahr. Deswegen bedauert der Bericht, dass die ländlichen Arbeiter so schwer zu organisiren sind. Sie sind es deswegen, so klagt der Bericht weiter, weil sie vor allem dem Stadtvolk misstrauen, weil sie unbeschreiblich arm und elend sind und weil zu dieser Armut und zu diesem Elende noch ihre Isolirung und die schreckliche Abhängigkeit vom Pfarrer und Grundbesitzer kommt.

Ein besonderes Capitel widmete der Bericht auch den weiblichen Arbeitern, die fast noch schwerer zu organisiren sind, als die ländlichen.

Besonders schwer sind die weiblichen Arbeiter in Städten und hier vor allen wieder in London zu organisiren, wofür der Grund nicht ferne liegt.

Der Bericht schloss mit den Worten: „Hoch lebe die internationale Solidarität und die Arbeiterclassenbewegung!“

Die anarchistische Bewegung in England war auch im Berichtsjahre stärker als irgendwo in Europa.

Am 18. März sammelten sich in South Place Chapel die in London sich aufhaltenden Anarchisten aller Länder, um die Jahrestage der Erhebung des geknechteten Proletariates gegen ihre Unterdrücker und Tyrannen zu feiern. Die Reden wurden in deutscher, englischer, französischer, russischer und italienischer Sprache gehalten.

Die „Autonomie“ schrieb hierüber in der Nummer 127 vom 28. März:

„Wir müssen mit Freuden constatiren, dass gerade die Reden von einigen englischen Genossen von sehr consequent anarchistischem Standpunkte gehalten worden sind. Wer sich erinnern kann, wie schwer es noch vor einigen Jahren hielt, unter den englischen Arbeitern Propaganda für den Socialismus zu machen, der kann ermessen, welche Fortschritte die anarchistische Idee während dieser kurzen Zeit gemacht hat.“

Beinahe alle Redner auf dieser März-Feier sprachen über die letzte Erhebung der Arbeiterklasse: den Communeaufstand von Paris. Im Laufe des Abends wurden mehrere Telegramme verlesen, wovon eines lautete:

„Wir sind im Geiste mit Euch! Hoch lebe die Anarchie!“

Zum Schlusse sang eine junge Anarchistin die Marseillaise, in welche natürlich die ganze Versammlung eingestimmt hat. Am Sonntag, den 29. und Montag, den 30. März versammelten sich die Anarchisten zur internationalen anarchistischen Conferenz in London im Clublocale der „Autonomie“, um über die Zweckmäßigkeit einer Organisation, behufs Förderung der anarchistischen Propaganda in den verschiedenen Theilen Großbritanniens und über die Stellung der Anarchisten zum 1. Mai sich zu besprechen.

Die letztere Frage wurde zuerst behandelt und die Meinung allgemein dahin ausgesprochen, dass die Anarchisten die Mai-Bewegung so viel als möglich ausnützen sollen. Der Antrag eines französischen Anarchisten, ein Flugblatt mit dem Titel: „Kämpfe oder verhungere!“ zu verbreiten, fand selbst in diesen Kreisen nicht Anklang, da das Flugblatt „zu scharf“ gehalten war. Von einem andern Anarchisten wurde darauf hingewiesen, dass man die verschiedenartigen Arbeiterbewegungen, wie: Ausstände, Boycotts etc. mehr ausnützen solle und dass es daher von Nutzen sei, jetzt zu erörtern, wie das am besten geschehen könne.

Endlich wurde in dieser Conferenz noch beschlossen, die Propaganda mehr in die Provinz und auf das flache Land zu tragen und vor allen Dingen einen Agitationsfond zu gründen, zu dessen Hüter der Anarchist Coulon bestellt wurde, an dessen Adresse „Club ‚Autonomie‘, 6 Windmill Street, London W“ alle Sendungen zu richten sind.

Die Gruppe „Ritter der Freiheit“ beschloss in der Versammlung am 19. April diese anarchistische Gruppe aufzulösen und in den „internationalen Arbeiterbildungsverein“ einzutreten, weil dieser Verein sich officiell als anarchistische Organisation erklärt hatte und der Präsident M. Jungmann der aufgelösten Gruppe erklärte, dass die „Ritter der Freiheit“ so wirksamer als bisher die Lehre des communistischen Anarchismus unter den jüdischen Arbeitern verbreiten könnten.

Die Feier des 11. November fand wieder in South Place Chapel statt. Den „Märtyrern von Chicago“ zu Ehren sprachen die Anarchisten Woss, Merlino, Touzseau, Krapotkin, Nikoll, Janovski, Mowbray, Bell, Tochatti, Leggalt und Fröhlich, sowie ein Fräulein Henry und die berühmte Louise Michel, welche einhellig der

„großen Männer von Chicago“ gedachten, dabei sich der „edlen Russen“ erinnerten, welche zugrunde gingen in dem Streben, den Despotismus des Czars zu stürzen und endlich auch des „edlen Mannes Reinsdorf“ erwähnten, welcher unter dem mörderischen Beile fiel.

Tochatti machte den Genossen die allzu scharfe Sprache zum Vorwurf und sagte: „wir sollten nicht die heftige Sprache üben, Dynamit und Plünderung gebrauchen. Was Dynamit anbelangt, so werde ich, wenn die Zeit kommt, eben so gut bereit sein, es zu gebrauchen, wie irgend ein anderer, aber zu sagen, dass man es jetzt schon anwenden soll, ist Verrücktheit.“

Er empfahl, die Reden der gefallenen Chicagoer Genossen zu studiren und zu lernen, die „erhabenen Principien“ derselben auf klare und einfache Weise auszulegen.

Die letzten Tage des Berichtsjahres haben auch in England anarchistische Kundgebungen gebracht.

So feuerte am 31. December John Borlas seinen Revolver fünfmal auf das Parlamentsgebäude ab. Bei seiner Verhaftung erklärte er dem Polizisten: „Ich bin Anarchist und wollte sie erschießen.“

Die Erhebungen gehen noch dahin, ob Borlas geistesgestört sei.

In derselben Zeit verhaftete die Polizei in Walsall einen Franzosen namens Victor Cailles und einen Engländer namens Frederik Charles, sowie die angebliche Gattin des Franzosen unter dem Verdachte, dass sie mit einem vierten Genossen Dynamitbomben zu anarchistischen Zwecken hergestellt haben. Auch in diesem Verhaftungsfalle sind die Erhebungen noch im Zuge. Die anarchistische Propaganda in England geht in London vom „Communistischen Arbeiterbildungsverein“, von der „Londoner anarchistischen Propaganda-Gruppe“ und vor allen vom „Club Autonomie“ aus, welcher das anarchistisch-communistische Organ „Die Autonomie“ herausgibt.

Die Anarchisten in Sheffield haben ein wöchentlich einmal erscheinendes Organ gegründet, dessen erste Nummer am 28. Juni erschienen ist, unter dem Titel „The Sheffield Anarchist“.

Die Herausgabe der seit einer Reihe von Jahren in Genf erscheinenden socialrevolutionären Wochenschrift „Przedswit“ wurde nach London verlegt, woselbst dieselbe als Fortsetzung des Genfer Blattes unter demselben Titel erscheint. Die Redaction hat der bekannte Parteiführer Mendelson, welcher sich nach seiner aus Paris erfolgten Ausweisung in London niedergelassen hat. „Przedswit“ ist ein Organ der im Auslande unter der Führung Mendelson's gebildeten polnischen socialrevolutionären Partei der schärfsten Tonart.

Die anarchistische Presse in England hat sich im abgelaufenen Jahre wieder einmal viel mit der kommenden Revolution befasst. Die Nummer 121 des Organs „Die Autonomie“ brachte einen Artikel: „Die Periode der Revolution.“ Das Blatt erörterte die Frage, wann ist der Tag der Revolution, wann der Tag der Abrechnung? und schrieb:

„Wer sich die sociale Revolution in einer kurzen Zeitdauer denkt, kann sich der Tragweite derselben nicht bewusst sein, denn dieselbe ist nicht mit einer vorhergegangenen bürgerlichen Revolution zu verwechseln, welche nicht nur einen Sturz der Regierung zur Folge hatte. Eine Revolution kann erst dann eine sociale genannt werden, wenn sich die Proletarier nicht nur gegen eine freche Regierung vertheidigten, sondern auch gegen die Ausbeuter“
und das Blatt schrieb weiter:

„Hiezu bedarf es keiner Barricaden, sondern Angriffe auf das Eigenthum, das heißt, um dasselbe zu erlangen, bedarf es ganz anderer Dinge: Diebstahl mit und ohne Einbruch, Betrug und Raub.“

Der Brandartikel schloss mit den Worten:

„Wenn die Arbeitslosen durch die Straßen ziehen, die Läden plündern und die geraubten Schätze unter die Menge werfen, wenn die Arbeitseinstellungen sich nicht nur auf die Gewerkschaften der gelernten Handwerker beschränken, sondern sich auch die Tagelöhner zu diesem Zwecke organisiren und den ganzen Bahn- und Schiffsverkehr zum Stocken bringen oder ganze Städte in Finsternis versetzen, dann kann man annehmen, dass wir bereits in die Revolutionsperiode eingetreten sind.“

Die Nummer 144 desselben Organes brachte später den Artikel: „Vorbereitung zur Revolution“, welcher sich mit der Organisirung der Revolution befasste, lehrte, wie der revolutionäre Geist in die Massen getragen werden soll, bezeichnete Dynamit als die beste Waffe, mit welcher wenige Männer ganze Bataillone von Soldaten zugrunde richten können, verurtheilte endlich die thatenlose Taktik — das bloße Reden gleich den Parlamentlern — und schloss mit den Worten: „Nein! Wir müssen handelnd uns auf die Revolution vorbereiten und sie beschleunigen.“

Frankreich.

Von Frankreich ist in Bezug auf Ausdehnung und Vertiefung der socialistischen Bewegung ein Fortschreiten zu constatiren. In diesem Lande, wo noch im vorigen Jahre die „Possibilisten“ und „Collectivisten“ oder „Marxisten“ im heftigsten Gegensatze zu einander standen, hat sich rasch eine Wendung vollzogen und gegenwärtig kann wohl behauptet werden, dass der Possibilismus immer mehr nach dem Süden verschwindet, während die Marxisten zu dem schon früher innegehabten Terrain im Norden von Frankreich noch Mittel-Frankreich und ein gutes Stück im Süden des Landes für ihre Ideen gewonnen haben. Mit dem Anwachsen der Socialisten marxistischer Richtung ist aber auch noch ein Hinneigen zur radicalen und anarchistischen Seite bemerkt worden, was insbesondere in den Tagen vor und nach dem 1. Mai wahrgenommen worden ist.

In den ersten Wochen des Jahres 1891 erscholl von Frankreich her der Ruf zum Zusammenschluss der „Proletarier aller Länder“ zu dem angestrebten allgemeinen Weltbunde aller Arbeiter, zu dem vorläufig sich nur die Bergarbeiter vereinigen sollten, indem eine mächtige Agitation für den am 31. März in der Pariser Arbeiterbörse eröffneten „Internationalen Bergarbeitercongress“ in Scene gesetzt wurde.

Um nämlich über die Anträge, welche im analogen, vorigen Jahr in Jolimont abgehaltenen Congresse gemacht wurden, Beschluss zu fassen, entschied das leitende Comité am 22. September 1890 in Brüssel, dass dieser Congress in Paris im Gebäude der Arbeiterbörse vom 31. März bis 4. April abgehalten werden solle.

Die Sitzungen wurden öffentlich abgehalten und sollte die Abstimmung nach Köpfen geschehen, so dass je ein Delegirter für 1000 Arbeiter eine Stimme hätte. Anwesend waren 99 Delegirte in Vertretung von 909.167 Arbeitern.

41 Engländer vertraten	. 448.636	Grubenarbeiter
18 Deutsche	„ . 141.531	„
1 Österreicher	„ . 100.000	„
16 Belgier	„ . 92.000	„
23 Franzosen	„ . 127.000	„

Als Sprecher haben sich hervorgethan: Von den Engländern die Parlamentsmitglieder Burt, Pickard und Abraham, ferner die Delegirten Morgan, Harvey, Whitsfield, Cowey, Wood, Wilson und Weir. Die Deutschen: Schröder, Siegel, Runte, Brodam, Bauer, Warken und Thome. Die Belgier: Cavrot, Callewaert und Defuisseaux. Von den Franzosen: der Deputirte Basly, ferner die Delegirten Colte, Bouchard, Lamendin und Devonet.

Einigemal wurden die Berathungen durch tumultuarische Kundgebungen des zuhörenden Publikums und hier und da auch durch unter den Delegirten stattgefundenen Streit unterbrochen, im allgemeinen aber in parlamentarischer Ordnung durchgeführt.

Es sind folgende Beschlüsse gefasst worden:

1. Nicht nach Köpfen, sondern nach Nationalitäten zu stimmen, was anfangs dem heftigsten Widerspruch seitens der Engländer begegnete.

2. Mit 34 gegen 5 Stimmen der Engländer und sonst einhellig wurde angenommen:

„Der internationale Congress der Grubenarbeiter ist der Ansicht, dass ein allgemeiner Ausstand der Grubenarbeiter in England, Frankreich, Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Belgien nöthig werden könnte, um die achtstündige Tagesarbeitszeit zu erzwingen.“

„Bevor der Congress aber zu dieser äußersten Maßregel schreitet, ladet er die Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften der genannten Länder ein, sich ins Einvernehmen zu setzen, um einen internationalen Vertrag abzuschließen, zum Zwecke Erlassens specieller für die Grubenarbeiter geltenden Gesetze.“

„Der Gegenstand eines solchen internationalen Vertrages, der jenem ähnlich wäre, wie sie bereits Post, Telegraphen, Eisenbahnen und Schifffahrt beschlossen, soll der sein, durch eine gleichförmige legislative Action in allen staatlichen und privaten Kohlengruben die achtstündige Tagesarbeitszeit einzuführen.“

Anlässlich der diesbezüglichen Berathungen hatten die Belgier beantragt, sofort einen allgemeinen Arbeitsausstand zu beschließen. Trotz einzelner Stimmen unter den Engländern, Franzosen und Deutschen wurde dieser Antrag abgelehnt; bei diesem Anlasse erklärte der österreichische Delegirte Karnoš: „Wir sind bereit, jedem Beschlusse uns zu fügen, aber derzeit fehlen uns die Mittel einen allgemeinen Ausstand durchzuführen und es wird besser sein, einstweilen damit zu warten.“

3. Einhellig unter begeisterter Acclamation wurde der belgische Antrag zum Beschlusse erhoben:

„In Erwägung, dass die internationale, unter den Grubenarbeitern bestehende Solidarität, dieselben verpflichtet, sich gegenseitig zu unterstützen, verlangt die belgische Delegation in Voraussicht des allgemeinen Ausstandes, der demnächst in Belgien ausbrechen soll, vom Congress die Erklärung, dass die Grubenarbeiter aller föderirten Länder mit aller Macht ihre belgischen Collegen unterstützen werden, indem sie zum Ausstande schreiten, falls die Eigenthümer ihre Kohlen alsdann nach Belgien senden, oder indem sie die Förderung verringern und aufs stricte Bedürfnis des eigenen Landes einschränken, eventuell durch jedes andere ihrem Ermessen anheimgestellte Mittel.“

4. Schließlich wurde über Antrag der englischen Delegation beschlossen:

„Der Congress ernennet abermals das Comité, welches im September 1890 in Brüssel tagte und gibt ihm die Vollmacht, den Constitutionsentwurf einer internationalen Föderation der Grubenarbeiter vorzubereiten, diesen Entwurf allen beteiligten Nationa-

litäten einzusenden, damit dieselben ihn zur Kenntnis nehmen und prüfen.“

Dieser Entwurf wird im nächsten Congress berathen werden, welcher vom Comité einzuberufen ist, nach jenem Orte und zu der Zeit, die das Comité als passend glaubt.

Nachdem die Versammlung dem Deputirten Basly für die energische Haltung gegenüber den Drohungen des anarchistischen Publicums in den Tribünen den Dank votirt hatte, löste sie sich unter dem Hurrah der Engländer auf, welches die Belgier mit: „Es lebe die Republik“, die Franzosen mit dem Rufe: „Es lebe die Revolution“ erwiderten.

Die Anbahnung der allgemeinen Republik wurde von den Rednern in der am 2. April stattgehabten Abendunterhaltung der Congressmitglieder im Local des Cercle démocratique belge zu Paris, woselbst die belgischen Demokraten ein Festmahl zu Ehren der Congressmitglieder und ihrer Frauen veranstaltet hatten, als Endziel aller dieser Bestrebungen gefeiert.

Am 1. April wurden die Congressmitglieder vom Präsidenten des Gemeinderathes, Levrana, im Beisein mehrerer Gemeinderäthe feierlich empfangen und begrüßt. Levrana betonte in seiner Ansprache die Wichtigkeit der Kohle für die gesammte Industrie und hob die große Verantwortlichkeit hervor, welche den Beschlüssen des Congresses innewohne, von denen der mehr oder weniger rasche Fortschritt in der Verbesserung der Lage ihrer Arbeiter abhängt.

Er feierte die Verbrüderung der Völker und bezeichnete als Endzweck dieser internationalen Besprechung sozialer Fragen, die Ersetzung des Krieges durch Schiedsgerichte.

Am 4. April, nach Schluss der letzten Sitzung des Congresses, bogaben sich die deutschen Delegirten nach dem Friedhofe Père-Lachaise, wo sie am Grabe der Communemitglieder einen Kranz niederlegten, der die Aufschrift trug: „Die deutschen Grubenarbeiter ihren 1871 gefallenen Brüdern.“

Im Sinne obiger Beschlüsse des Pariser Congresses, fasste auch der unmittelbar nach Schluss desselben in Brüssel am 5. April 1891 abgehaltene Congress der belgischen Arbeiter, bei dem 450 Delegirte in Vertretung von 272.000 Arbeitern anwesend waren, unter Vorsitz des genannten Leon Defuisseaux, seine Beschlüsse. Die große Bedeutung des internationalen Bergarbeitercongresses lag darin, dass die Arbeiter desselben in den, in den verschiedenen Ländern Europas betriebenen Industrien, sich methodisch und disciplinirt über die Organisation eines gemeinsamen Vorgehens behufs Durchführung ihrer gemeinsamen Ziele ins Einvernehmen setzten, nachdem sie die Identität ihrer Interessen erkannt und sich im Entschlusse gemeinsamen Handelns begegnet hatten. Die internationale Solidarität dieser Arbeiter wurde durch den Beschluss betreffs des von den Belgiern als unvermeidlich ins Auge gefassten Ausstandes sanctionirt.

Dabei mag wohl bei den Engländern der Hintergedanke obgewaltet haben, dass sie trotz allen pecuniären Opfern an ihre belgischen Collegen bei einem solchen Ausstande im Auslande nur gewinnen können.

Von maßgebender Bedeutung ist auch die nun erwiesene Thatsache, dass die Massen immer mehr von der praktischen Richtigkeit des Staatssozialismus überzeugt worden. Bisher haben sich die Engländer in ihren Trades Unions zumeist zu der liberalen Theorie bekannt, die das Los der Arbeiter durch die Thätigkeit ihrer freien Vereine verbessern will; seit kurzer Zeit ist da ein gewaltiger Umschwung eingetroten und hat die social-

demokratische Schule, welche dasselbe Ziel durch die Staatsgewalterreichen will, bedeutend an Boden gewonnen. Damit traten die kühl rechnenden und praktisch denkenden Engländer nicht nur in den Congress, sondern gewannen auch darin rasch die Oberhand, die sie wahrscheinlich in der geplanten Föderation behalten werden.

Diese kann dadurch nur an Wichtigkeit gewinnen, insbesondere, wenn die Engländer den anderen Arbeitern die Illusion, dass sie alles erzwingen können, benehmen, und sie bestimmen, sich stets auf legalem Boden zu halten. Vorderhand haben die Engländer trotz allen Drängens der Belgier den sofortigen allgemeinen Ausstand verhindert. Ihr Sprecher, Burt, beharrte darauf, dass der Ausstand ohne genügende Hilfsmittel eingestellt werde. Englischer Einfluss machte den Arbeitern klar, von welcher Gefährlichkeit für ihre eigenen Interessen ein allgemeiner Ausstand wäre.

Über den Appell an die Intervention der Regierungen behufs deren cocroitiven Einschreitens zu Gunsten der Arbeiter gegen die Capitalisten haben sich die Engländer nicht klar ausgesprochen, aber die Verhandlungen bewiesen, dass die Arbeiter von der Allmacht des Staates in dieser Sache überzeugt sind. Darum waren die Belgier von ihrem Entschlusse nicht abzubringen, eventuell ihren Ausstand durchzuführen, um im Wege der Revision ihrer Staatsverfassung das allgemeine Stimmrecht und dadurch maßgebenden Einfluss auf das Parlament und somit auf die Regierung zu gewinnen.

Da den eigentlichen Mittelpunkt der Verhandlungen der Kampf um den Achtstundentag und die internationale Organisation bildete, so blickte die Arbeiterschaft der ganzen Welt gerade auf diesen Congress der Grubenarbeiter, indem sie hofften, dass die beiden Fragen zuerst von diesen der Lösung zugeführt werden könnten.

In Hinblick auf den Umstand, dass die Bergarbeiter nach der letzten Strikebewegung ein wichtiger Factor im socialen Leben geworden sind, dass keine andere Bewegung in den letzten Jahren einen so großen Umfang in Oesterreich, Deutschland, Belgien, England und Frankreich angenommen hat, wie die Bergarbeiterfrage, haben die Parteiführer aller Länder beschlossen, gerade diese Branche als erste in das Treffen zu schicken. Würde unter den Bergarbeitern aller Länder eine internationale Organisation endlich einmal platzgreifen, dann hoffen die Führer in allen übrigen Branchen leicht folgen zu können und die Internationale zur Wahrheit machen zu können.

Vorläufig hat, Dank den englischen Delegirten, noch die Besonnenheit die Oberhand behalten und man begnügte sich mit einer platonischen Erklärung, welche die Überzeugung, dass der allgemeine Ausstand unterbleiben müsse, in Anregungen staatlicher Vereinbarungen über den Achtstundentag und den Arbeiterschutz nothdürftig verbirgt.

Von minderer Bedeutung waren der Congress der französischen Socialisten des Parti Ouvrier — der Arbeiterpartei — am 24. Juni in Paris, welcher sich hauptsächlich mit der Frage der Organisation und Propaganda beschäftigt hat und der Localcongress der Socialisten von Bordeaux am 5. Juli, der neben Fragen der inneren Organisation, über die Beschickung des internationalen Congresses, die Wahl von Delegirten und die ihnen zu gebende Instruction verhandelte.

Ein wichtigerer Congress war der der Bauarbeiter in den ersten Tagen des September in St. Etienne. Die dort gefassten Resolutionen sind von socialistischen Gedanken erfüllt. Man verlangte die Anwendung

des Gesetzes vom Jahre 1848, welches das Subunternehmerthum (sweating system marchandage) verbietet, dann den gesetzlichen Achtstundentag, die Ausführung der communalen Arbeiten in eigener Regie und die Ausdehnung des Gesetzes über die Bergarbeiterausschüsse auf die Bauarbeiter.

Nach diesem Gesetze haben die Bergarbeiter Delegirte zu wählen, welche über ihre Interessen und ihre Sicherheit zu wachen haben.

Am Sonntag, den 20. November, hat in Lyon der Congress der Textilarbeiter stattgefunden, der in der Lyoner Arbeiterbörse tagte und sich mit der gewerkschaftlichen Organisation und mit einem nationalen Bunde der Textilarbeiter vorzugsweise befasste, aber auch eine Resolution in Bezug auf die Schutzzölle beschlossen hat.

In Lyon tagte aber auch noch vier Tage später, und zwar vom 24. bis 28. November, der Congress der französischen Arbeiterpartei marxistischer Richtung, dessen Präsidium aus Paul Lafargue, Ferroul, Abgeordneter aus Narbonne und Renard, Delegirten von Fourmies bestand.

Lafargue war kurz vorher, nach dem Tode des radicalen Deputirten Verguin, als er noch im Gefängnisse von St. Pelagie saß, um seine Strafe wegen des Auftrages in Fourmies zu verbüßen, wortüber weiter unten noch die Rede sein wird, zum Deputirten von Lille gewählt worden.

Gleich zum Eingang der Berathungen erhob der Congress nach Anhören einer Rede Jules Guesde's über die politische Lage folgende Erklärung zum Beschluss:

„Der am 26. November 1891 zu Lyon versammelte neunte Landescongress der Arbeiterpartei begrüßt, ehe er in die Tagesordnung eintritt, die gegen die Grubengesellschaften im Strike befindlichen 34.000 Grubenarbeiter von Pas de Calais; beglückwünscht die Bergarbeiter Englands, die ihren französischen Brüdern Hilfgelder im Betrage von fünf-hunderttausend Franks bis zu einer Million und eine Woche Arbeitsstillstand pro Monat zur Verfügung gestellt haben, und acclamirt den von der socialistischen Partei und den Gewerkschaften Europas und Amerikas auf dem internationalen Congress zu Brüssel erneuerten Bruderpact;

überweist die angeblich republikanische Regierung, die, nachdem sie die Arbeiter in Fourmies niederschießen ließ, sich vorbereitet, sie durch Zölle auf Getreide, Brot, Fleisch, Kaffee und Zucker auszulungern, dem Abscheu der französischen Arbeiterschaft

und denunciirt den in Kronstadt über den Leichen des politischen Märtyrerthums und des russischen Nihilismus geschlossenen Bund als eine Prellerei, eine Gefahr und ein Verbrechen.

Als eine Prellerei, weil das Czarenthum in der Freundschaft Frankreichs nichts als den französischen Markt sieht, der seinen wiederholt gemachten Anlehen eröffnet ist, also das Mittel, seine Kassen zu füllen; als eine Gefahr, weil, entfernt davon, eine Friedensgarantie zu bieten, eine solche Allianz, indem sie unsere Actionsfreiheit aufhebt, unser Land in Gefahr bringt, in einen Krieg hineingezogen zu werden, wo es nichts zu suchen hat und den das Czarenreich allein in Europa alles Interesse hat zu entfesseln;

als ein Verbrechen, weil selbst eine Bourgeoisrepublik sich nicht mit dem moskowitzischen Despotismus verbünden kann ohne sich zum Mitschuldigen der Niedertrötung des russischen Volkes wie der schlimm-

sten aller Reactionen zu machen, die über die westliche Cultur verhängt ist, die mit der socialistischen Gesellschaft schwanger geht.“

Der Congress hat ferner in Übereinstimmung mit dem internationalen Brüsseler Congresse beschlossen, ein Arbeitersecretariat für ganz Frankreich zu creiren, welchem die Aufgabe zufällt, Statistik zu betreiben, bei Arbeitsausständen zu interveniren etc.

Weiters kamen drei Gesetzentwürfe zur Behandlung, welche der Kammer durch die Abgeordneten der Partei später überreicht wurden. Von diesen betraf der eine die Zulassung der Arbeiterinnen zu den Gewerbeberichten, der zweite begehrt die Competenz der Gewerbeberichte für alle Lohnstreitigkeiten ohne Rücksicht auf die Höhe des Betrages und der dritte will den Gewerkschaften das Recht einräumen, Lohnsätze festzusetzen.

Die nächsten Verhandlungen des Congresses bezogen sich auf die Gemeinderathswahlen im Jahre 1892, welche mit der Mai-Demonstration diesmal zusammenfallen und überdies noch auf einen Sonntag.

In dieser Beziehung beschloss der Congress, dass die Arbeiter allüberall corporativ zu den Wahllocafen sich zu begeben und zu Gunsten des Achtstundentages zu manifestiren hätten.

Außer den obenerwähnten drei Gesetzentwürfen wurde der französischen Deputirtenkammer am 25. Juli auch noch von der Regierung ein Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung einer Arbeiterpensionskasse vorgelegt. Der Entwurf umfasst 18 Artikel, wovon die vier letzten Übergangsbestimmungen enthalten. Die Kasse soll nur für Franzosen gelten, deren jährliche Einnahmen geringer als 3000 Francs sind, die Functionäre und der Staat sollen die Hälfte der Jahresprämien übernehmen.

Den Höhepunkt erreichte die französische Arbeiterbewegung im Berichtsjahre mit der Mai-Kundgebung. In keinem Lande wurde schon so frühzeitig die Agitation für die Mai-Feier eingeleitet als in Frankreich. Es schien, als ob die französischen Socialisten die geringe Theilnahme an der Mai-Feier des Jahres 1890 gut machen wollten.

Die Agitation wurde eingeleitet, dass der „Conseil national de la Fédération de travailleurs de France“ von Lille aus, seit 14. Februar d. J. seinen Aufruf vom 4. Februar 1891 in allen größeren Arbeitercentren Frankreichs verbreitet hat. In demselben wurde zu Manifestationen am 1. Mai aufgefordert, einerseits um die internationale Solidarität der Arbeiter zu beweisen, andererseits um für die Lösung der socialen Frage zu wirken (Eindämmung des Capitalismus) und die gesetzliche Feststellung der achtstündigen Arbeitszeit bei bestimmtem Monatslohn zu erreichen. Am 18. Februar hatte sich in Paris ein „Comité Général d'Organisation du 1 Mai“ gebildet, um zu berathen, welcher Art die Manifestationen sein sollen. In diesem Comité waren alle Arbeiterparteien, als: Blanquisten, Guesdisten, Possibilisten, Broussisten und Allemanisten vertreten.

Schon in der Sitzung vom 3. März brach heftiger Streit über die Bezeichnung der Manifestation aus, indem die Anträge der Broussisten, sie als „Manifestation internationale ouvrière du 1 Mai“ und der Allemanisten sie als „revolutionäre“ zu bezeichnen, abgewiesen wurden. Am 13. März wurde beschlossen, Petitionen auf Freigebung des 1. Mai dem Gemeinderath und der Deputirtenkammer zu übergeben.

Der Gemeinderath beschloss dahin einhellig zu erklären, dass er Anhänger einer Arbeiterschutzgesetz-

gebung sei, womit nur jener Schutz, wie er in den bisherigen Gesetzen für Alter und Unfallversicherung, Frauen- und Kinderarbeit etc. normirt ist, gemeint war.

Die Einhelligkeit dieses Beschlusses hat nur dazu beigetragen, den Forderungen der Arbeiter Nahrung zu geben. Die Minorität des Gemeinderathes war für den Staatssocialismus wie ihn Ronaret formulirte:

„Der Staat müsse den Arbeiter dadurch schützen, dass er die Bedingungen des Verdingungsvertrages regulirt.“

Im „Comité Général d'Organisation“ kam es zu Zerwürfnissen. Die Broussisten trennten sich ab und erklärten sich allein als „Socialisten“, sie beschlossen einen selbständigen Aufruf nach Einführung des achtstündigen Arbeitstages zu veröffentlichen und für den 1. Mai ein Nachtfest zu organisiren. Die Allemanisten gewannen im Comité dominirenden Einfluss, verwarfen die Absicht, eine Deputation ans Parlament zu entsenden und forderten die Arbeiter in einem Aufrufe auf, sich mit den öffentlichen Gewalten nur insoweit zu beschäftigen, um sich derselben womöglich zu bemächtigen.

Auch wurde beschlossen, keine Massendemonstration zu veranstalten, um der Behörde keinen Anlass zum Einschreiten zu geben.

Die Arbeiterbörse sollte geschlossen werden, damit deren Räume nicht zu Ausschreitungen benützt würden. Die Anarchisten-Liga der Antipatrioten in Paris, welche nur wenige junge Leute zählt, hatte ein Manifest an die Armee drucken lassen, in welchem Arbeiter und Soldaten als Brüder hingestellt werden und der Kampf für die Freiheit, die Revolution und die Anarchie als gemeinsames Ziel genannt wird. Einige Exemplare dieses Aufrufes sollen in die Kasernen eingeschmuggelt worden sein. Die Anarchisten beschlossen zwar, sich von Demonstrationen fern, jedoch bereit zu halten, um jede revolutionäre Wendung zu benützen.

In den Provinzen sollte sich die ganze Bewegung auf Massenaufzüge und Petitionen, sowie Abendunterhaltungen beschränken.

Großindustrielle sprachen sich dahin aus, es solle an Stelle der bisherigen verschiedenen Jahresfeierstage der Arbeiter der 1. Mai als allgemein gesetzlicher Feiertag freigegeben werden.

Die Guesdésisten (auch Marxisten) forderten die Arbeiter auf, so lange zu feiern, bis Gesetze zur Regelung der Arbeitszeit und des Lohnes erlassen sein würden, auch wollten sie die aus den Provinzen kommenden Arbeiter bei Übergabe ihrer Petitionen an die Behörden begleiten.

Die Pariser Eisenbahnarbeiter beschlossen, am 1. Mai nicht zu feiern.

Die Regierung hatte alle möglichen Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Infolge der Uneinigkeit der einzelnen Sectonführer schwand auch das Vertrauen des Volkes in dieselben. Der Tag selbst verlief im allgemeinen ruhig, die einzelnen Arbeiterdelegationen wurden vom Generalsecretär und Präsidenten des Abgeordnetenhauses empfangen, übergaben ihre Petitionen und erhielten Versicherungen des warmen Interesses der Abgeordneten für die Arbeiterschaft.

Ruhestörungen fanden statt in Clichy und Lyon, wo es bei einem Zusammenstoße zwischen Gendarmerie und Polizeiwachmannschaft einerseits und Anarchisten andererseits zu Verwundungen kam und in Fourmies, einer an der belgischen Grenze gelegenen, von circa 150.000 Arbeitern (meist Webern) bewohnten Ortschaft, woselbst schon einige Tage vorher Ausstände sich bemerkbar

gemacht hatten. Als am 1. Mai Arbeiter ihre Collegen an der Arbeit zu hindern suchten, wurden einige der ersteren in das vom Militär bewachte Rathhaus abgeführt, doch suchte nachmittags eine Menge von 4000 Leuten in das Haus einzudringen und die Verhafteten zu befreien. Die Wachmannschaft wurde mit Steinen beworfen und schoss scharf, wobei 9 Personen getödtet und 15 verwundet wurden. Darauf zerstreute sich die Menge.

Außerdem wurde der Deputirte Antide Roger in Marseille wegen Widersetzlichkeit gegen die Polizei verhaftet.

Von den sonstigen Vorfällen aus Anlass der Mai-Demonstration sind noch folgende bemerkbar:

Im Keller des Hauses des Marquis von Treviso, wo am Morgen des 1. Mai eine Dynamitexplosion stattgefunden hatte, fand am 5. Mai nachmittags ein Diener des Marquis, der hinabgestiegen war um Kohlen zu holen, zwei Tuben (Röhrchen), die mit Nitroglycerin gefüllt waren. Die beiden Tuben, die sorgfältig in die Kohlen eingelegt waren, waren 168 Millimeter lang und im Durchmesser von 9 Millimeter. In Lyon hat sich am 5. Mai ein Individuum selbst der Behörde gestellt und angegeben, dass er es war, der die Telephondrähte am 1. Mai durchschnitten hätte.

Der Thäter bekannte sich selbst als revolutionären Anarchisten und wollte die That nicht nur gethan haben, um der Sache seiner Partei zu dienen, sondern auch um zu beweisen, dass er nicht verrückt sei. In der Nacht war er kurze Zeit vorher wegen heftiger Reden gegen die Bürgerschaft und öffentliche Ordnung in ein Irrenhaus gebracht worden.

In Saint-Denis wurde gleichfalls am 5. Mai, abends, 10 Uhr der Briefkasten des Bankhauses Bousrez durch in Petroleum getränkte Lappen in Brand gesteckt. Das Feuer ergriff sofort die ebenfalls mit Petroleum bestrichenen Thür- und Fenstertheile. Die Thäter ließen an Thatorte noch ein Gefäß mit einem Liter Petroleum und eine Dynamitpatrone zurück.

Vier Stunden später entdeckte der Wächter der Firnißfabrik Leven, durch ein Geräusch geweckt, einen brennenden Fetzen an der Dachrinne hängen. Im Dunkel davon eilende Personen hatten versucht, einen in Petroleum getauchten Fetzen in das Firnißlager zu werfen.

Vor der achten Kammer des Pariser Zuchtpolizeigerichtes standen am 6. Mai 1891 an 80 Individuen, die am 1. Mai an den zwei großen Sammelorten, der Place de la Concorde und der Place de la Republique, verhaftet worden waren.

Es war förmlich eine Musterkarte der Pariser Industrien, voran ein Beamter des Armenwesens, dann Handlungscommis, Maurer, Bäcker u. s. w. Nur sechs wurden freigesprochen, darunter der Beamte des Armenwesens, die andern zumeist Bursche von 17—21 Jahren, wurden zu Gefängnisstrafen verurtheilt.

Von großer Bedeutung waren die schon vorher kurz berichteten Vorfälle in Fourmies. Schon am Morgen des 1. Mai waren daselbst Unruhen entstanden dadurch, dass strikende Arbeiter andere Arbeiter von der Arbeit abhalten wollten, wobei eine Rauferei entstand.

Verhaftungen steigerten die Unruhe. Der Sous-präfect und der Staatsanwalt wurden mit Steinen beworfen und drei Soldaten verwundet, worauf der Waffengebrauch erfolgte.

Das Abgeordnetenhaus ging, „tief bewegt von den Unglücksfällen in Fourmies“ mit dem Entschlusse die socialen Reformen friedlich durchzuführen, zur Tagesordnung über.

Das Ergebnis der Debatte in der Kammer über die blutigen Vorgänge in Fourmies wurde von den französischen Blättern je nach dem Parteistandpunkte verschieden beurtheilt.

Mit Besorgnis wurde dem Leichenbegängnisse der zum Opfer gefallenen Individuen am 4. Mai entgegen-gesehen.

Mehrere Socialisten hielten heftige Reden, die jedoch nur eine schwache Wirkung machten und keinerlei Zwischenfall veranlassten.

Als Nachspiel folgte der Process Lafargue-Culine vor dem Schwurgerichte zu Douai, dessen Ergebnis war, dass beide Angeklagte, als die intellectuellen Urheber der Unruhen zu Fourmies, zu längeren Gefängnisstrafen verurtheilt wurden.

Der Ausgang des Processes bestimmte die Wähler von Lille, an Stelle des verstorbenen radicalen Deputirten Verguin, „die Opfer von Fourmies“ in Betracht zu ziehen und wurde Lafargue zum Deputirten von Lille gewählt.

Die Gewerkschaftsbewegung hat in Frankreich im Laufe des Berichtsjahres einen großen Schritt nach vorwärts gethan und mit ihr auch die Lohnbewegung.

Nachdem die Angestellten der Omnibusgesellschaft durch einen Strike einen Erfolg errungen hatten, traten bald andere Branchen in die Lohnbewegung ein.

Der Ausstand des Betriebspersonales der Omnibus- und Tramwaylinien in Paris verdient wegen des hohen Grades der Bewegung und wegen der innigen Theilnahme der Socialisten, welche auch hier bald die leitenden Fäden in die Hand genommen hatten, besondere Erwähnung.

Eingeleitet wurde der Ausstand von dem politischen Tageblatte „Rappel“, das sich hiedurch in den Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit drängen wollte und zu diesem Zwecke die Omnibus- und Tramwaybediensteten von Paris vorerst organisirte.

Das Unternehmen schien von vorneherein einigen Elementen recht günstig und so kam es, dass ein gewisser Mesureur, ein radicaler Abgeordneter von Paris, dessen Unbestechlichkeit sicher war, sich entschloss, dem Blatte und der Sache zu dienen. Socialistische Stimmen schlossen sich mit Eifer an und boten workthätige Hilfe.

Der „Rappel“ und der vorgenannte Abgeordnete beschlossen aus der Erregung Nutzen zu ziehen, welche sich der Arbeiterschaft infolge der Mai-Manifestation und der Propaganda für den Achtstundentag bemächtigt hatte und so forderten sie das Betriebspersonale der Omnibus- und Tramwaygesellschaft auf, nach Feierabend, das ist um 1 Uhr nachts, behufs Gründung einer Syndicatskammer (Gewerkschaft) eine Versammlung abzuhalten.

Der geschickt abgefasste und lancirte Aufruf fand Gehör und am festgesetzten Tage kamen mehr als 4000 Bedienstete zusammen; die Versammelten organisirten sofort ein Syndicat und ernannten dessen leitenden Ausschuss, in welchen die Herren Mesureur und Vacquerie, der Hauptredacteur des „Rappel“, als Ehrenmitglieder gewählt wurden.

In einer zweiten Versammlung zeichneten sich die Omnibus- und Tramwaybediensteten in grosser Anzahl in die Mitgliedschaft des Syndikats ein und um das Eisen zu schmieden, so lange es heiß ist, wurden sofort gewisse Forderungen formulirt, darunter Herabsetzung des Arbeitstages auf 12 Stunden, dreiprocentige Verzinsung der Cautionen, welche die Bediensteten in einer Höhe von 300 bis 400 Francs stellen müssen, Umänderung des Straf-

reglements und Abführung der Geldbußen in die Pensionskassen etc.

Die Direction der Omnibusgesellschaft lehnte die Forderungen ab und so kam es, dass am Montag, den 25. Mai weder Omnibus, noch Tramways durch die Straßen von Paris rollten.

Die Gesellschaft versuchte mit einem neu aufgenommenen Personale den Verkehr, wenigstens einigermaßen, aufrecht zu erhalten. Wie anderwärts, ergriff aber das Publicum Partei für die Ausständigen, indem es zu den Ausständigen sagte: „Bleibt nur ruhig, mengt Euch nicht hinein, wir werden die Wagen schon nicht fahren lassen.“

Und so war es auch. Ein Arzt wurde in dem Augenblicke von der Polizei verhaftet, als er die Fensterscheibe eines fahrenden Pferdebahnwagens zertrümmerte. Wieder zeichneten sich die Frauen vor allen aus. Eine Frau ward auf dem Bastilleplatz verhaftet, als sie einen Omnibuskutscher vom Boocke herabreißen wollte, nachdem sie ihm vorher die Peitsche zerbrochen und den Hut desselben in die Menge geworfen hatte. Neben diesen Frauen hatten die gefürchteten Pariser „Gamins“ bei diesen Tramwaykrawallen eine hervorragende Rolle.

Die Behörde und die Direction der Tramway bemerkte bald, dass die Bevölkerung strikelustiger war als die Strikenden und schon nach wenigen Stunden wurde der Versuch den Betrieb aufrecht zu erhalten, aufgegeben.

Montag abends verlangten die Bediensteten von der Direction unverzügliche Concessionen und fügten ihren früheren Forderungen noch hinzu: 1. Anerkennung des Syndicats durch die Omnibusgesellschaft. 2. Wiederanstellung der Bediensteten, die seit dem 1. Mai entlassen wurden. Dienstag abends wurden die meisten Punkte ihrer Forderungen bewilligt und am Mittwoch früh kehrte mit dem regelmäßigen Verkehr der Omnibusse und Tramways Ruhe und Ordnung in die Straßen von Paris zurück.

Wie oben angedeutet, halfen die Herren Mesureur und Vacquerie den Angestellten der Omnibusgesellschaft sich zu organisiren und brachten das Syndicat zustande, obwohl sie hiebei mehr das eigene Interesse, Popularität und Verbreitung des Blattes, zu erlangen im Auge gehabt haben mochten, aber es darf nicht vergessen werden, dass die Organisation eines Syndicats der Omnibusbediensteten durch die Propaganda für die Mai-Kundgebung vorbereitet worden war und dass die Socialisten speciell eine sehr rege Agitation hiebei entfaltet haben.

Paul Lafargue, der erste Socialistenführer Frankreichs, nahm auch den Erfolg „der guten That“ für die socialistische Partei allein in Anspruch und machte den bürgerlichen Faiseurs nur einige Concessionen. Er schrieb über diesen Ausstand in der Nummer 38 „Die neue Zeit“, socialistische Revue aus Stuttgart:

„Capitalistische Interessen haben, um ihre Rechnung dabei zu finden, Arbeiterinteressen gedient. Das ist eine Thatsache, die sich um so häufiger und umso mehr wiederholen wird, je mehr sich die Arbeiterbewegung entwickelt und ihre Macht bethätigt. Die Capitalisten, welche das Proletariat geschaffen haben, das die sociale Umgestaltung völli ziehen muss, lassen sich angelegen sein, den Zünder zum Pulver zu legen und die revolutionäre Bewegung zu fördern, die sie selbst hinweglegen wird.“

In den beiden Striketagen waren viele Personen, am ersten Tage im ganzen etwa 50, am zweiten Tage in den Vormittagsstunden allein 80 Personen wegen Ein-

griffes in die Arbeitsfreiheit verhaftet worden. Zwei Kutscher, welche Omnibusse fahren wollten, wurden schwer verletzt. Seit dem Erfolge des Pariser Omnibusstrikes herrschte in den Kreisen der Eisenbahn-, Tramway- und Fuhrwerksbediensteten beinahe aller größeren Städte in Frankreich eine Gährung, welche ebenfalls den Ausbruch eines Strikes befürchten ließ, der thatsächlich auch hie und da zum Ausbruche kam, aber an keinem Orte von größerer Bedeutung war. Im Monate Juni traten die Bäckergehilfen in Paris in die Lohnbewegung, welche jedoch den gehofften Erfolg nicht erzielt haben.

Es folgte sodann der Ausstand der französischen Eisenarbeiter im Monate Juli, welcher einen Augenblick lang bedenklich große Dimensionen anzunehmen drohte, aber mit einer vollständigen Niederlage geendet hat. Der Ausstand hatte nur den einen Erfolg, dass die Angestellten der fünf großen Eisenbahngesellschaften in Paris sich zu einer Gewerkschaft vereinigt haben, welche bald 30.000 Mitglieder umfasste.

Die Textilarbeiter haben einen nationalen, über ganz Frankreich ausgedehnten Verband gegründet, ebenso die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie und auch die Handelsangestellten.

Im Monate October traten die Glasarbeiter in den Ausstand und im Monate November die Kohlenarbeiter in dem Becken von Pas de Calais, welcher am 9. November von einer Delegirtenversammlung der Bergarbeiter in Leus beschlossen wurde.

Die aufgestellten Forderungen:

1. Gerechtere Vertheilung der Löhne,
2. Durchschnittslohn von 5 Francs 50 Cent. per Tag,
3. Reorganisation der Pensions- und Hilfskassen,
4. Achtstündiger Arbeitstag,
5. Wiedereinstellung der infolge von Strikes oder Gewerkschaftsorganisation entlassenen Arbeiter,
6. Verpflichtung der Grubengesellschaften, künftighin keine Arbeiter mehr wegen Strikes und damit zusammenhängenden Handlungen zu entlassen, wurden theilweise von den Grubenbesitzern zugestanden, worauf der Strike ohne besondere Zwischenfälle beendet war.

Die französischen Socialisten verwerteten bereits die Beschlüsse des Brüsseler Congresses praktisch, indem sie ein nationales Arbeitersecretariat errichtet haben, welches die statistischen Berichte bezüglich der Arbeiterorganisationen und Arbeiterbewegung zusammenzustellen und zu bearbeiten, sowie die Correspondenz mit den ausländischen Arbeitersecretariaten zu führen hat. Dem nationalen Arbeitersecretariate gehören Delegirte der Arbeitsbörsen, der Syndicate und einzelner socialistischer Parteigruppen an.

Die anarchistische Bewegung in Frankreich hat im Jahre 1891 außer den schon anlässlich der Maidemonstration berichteten Einzelheiten noch mehrfache Lebenszeichen von sich gegeben.

Eine anarchistische Manifestation (Meeting) am 22. Jänner 1891, welche eine Gruppe beschäftigungsloser Individuen auf dem Opernplatze in Paris veranstalten wollte, ist, Dank der Umsicht und Energie der französischen Regierung und ihrer Organe, vollständig gescheitert. Trotzdem, dass einige anarchistische Führer selbst zu gewalthätigen Handlungen Zuflucht nahmen, um die Menge aufzureizen, hat sich die Pariser Bevölkerung doch ruhig verhalten und es mit Gleichmuth angesehen, wie die von den anarchistischen Journalen bezahlten Manifestanten von der Polizei zerstreut und deren Führer, sieben an der Zahl, verhaftet wurden.

Bezeichnend für die Demonstration war, dass die Arrangere der Kundgebung sich in Dunkel hüllten. Der Aufruf zu derselben war nämlich unterzeichnet: „Eine Gruppe von beschäftigungslosen Arbeitern. Druckerei Bourgeois, 3 rue de Deyres.“

Die genannte Straße zeichnet sich nun von allen anderen Pariserstraßen dadurch aus, dass sie keine Häusernummern hat.

Verhaftungen fanden viele statt, doch wurden die meisten bis auf die obigen sieben Führer und einem Individuum, das mit einem Stocke ein Schaufenster eingeschlagen hatte, bald wieder entlassen.

Das Zuchtpolizeigericht in Paris hat am 26. Jänner 1891 die Theilnehmer an der anarchistischen Manifestation am 22. Jänner zu Gefängnisstrafen von drei Tagen bis zu zwei Monaten verurtheilt.

Anarchistenprocesse fanden mehrere statt, davon zwei am Montag, den 21. März in Paris. Der erste war gegen die Conscrits von St. Denis, der zweite gegen den Geranten des Journals „Père Peinard“ gerichtet.

Im ersten Falle waren sieben Angeklagte, von welchen aber nur Descamp zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt wurde, weil er bei einer öffentlichen Manifestation die Worte „Nieder mit dem Vaterlande“, „Hoch die Anarchie!“ gerufen hatte.

Im zweiten Falle wurde der Gerant des „Père Peinard“, namens Mayence, dem Gerichte vorgeführt, weil er im genannten Blatte jungen Leuten gerathen hatte, in die Kaserne zu gehen, um da die revolutionären Ideen zu verbreiten und, wenn nöthig, praktisch anzuwenden. Es wurde über ihn eine sechsmonatliche Gefängnisstrafe verhängt.

Am Freitag, den 28. August fand im Schwurgerichte des Departements La Seine die Verhandlung gegen die Anarchisten Descamp, Dardare und Leveillé statt, welche angeklagt waren, am 1. Mai in Verbindung mit andern, unbekannt gebliebenen Personen verschiedene Polizeianten verwundet zu haben, in der Absicht dieselben zu tödten, mithin unter der Anklage der Aufreizung zum Bürgerkriege und Zusammenrottung mit bewaffneter Hand. Descamp und Dardare wurden schuldig gesprochen und ersterer zu fünf Jahren, der andere zu drei Jahren Gefängnis verurtheilt. Leveillé hingegen wurde freigesprochen. Die Pariser Anarchisten sind zu Beginn des Winters 1891 auf den Gedanken verfallen, den Hunger für ihre Zwecke auszunützen. Sie veranstalteten sogenannte „Suppenconferenzen“, das heißt jeder, der einer Vorlesung über ein anarchistisches Thema beiwohnte, erhielt gratis eine Schale Suppe. Die erste dieser Conferenzen fand am 15. November im Saale Favié statt, zu welcher an 4000 Personen, darunter Frauen und Kinder, gekommen waren.

Gegen Schluss des Berichtsjahres fanden noch mehrere Attentate statt. Am 21. December nachts wurde der Versuch gemacht, die große Verlags- und Druckanstalt Quentin, welche viele hundert Arbeiter beschäftigt, in Brand zu stecken. Unbekannte Personen hatten sich abends eingeschlichen und an mehreren Stellen aufgehäuften Papier angezündet, nachdem sie alle Gasröhren aufgeschnitten und die Gashähne aufgedreht hatten. Nach allen Anzeichen lag ein Attentat von Anarchisten vor, weil sie in letzter Zeit Drohbriefe gesendet hatten. Ebenfalls im Monate December, einige Tage später, hatte ein Individuum ein Dynamitattentat auf das Polizeihaus in Clichy versucht. Die Nachforschungen haben die Existenz einer vollkommen organisirten Anarchistenbande constatirt, in deren Besitz zahlreiche Waffen, Sprengmittel und Broschüren gefunden wurden.

Als der eigentliche Bombenwerfer auf das Polizeigebäude von Clichy wurde 14 Tage später der bereits obengenannte, wenige Monate vorher schon in strafgerichtlicher Untersuchung gestandene Anarchist Leveillé in Puteaux ausgeforscht. Leveillé hatte sich bei der Verhaftung widersetzt, feuerte mehrere Revolvorschüsse ab, aber ohne die Polizisten zu treffen. Erst nach heftigem Kampfe mit den Polizisten, die fast alle verwundet wurden, gelang es, Leveillé zu überwältigen.

Belgien.

Drei Ereignisse traten in der socialdemokratischen Bewegung in Belgien im Jahre 1891 in den Vordergrund und gaben der ganzen Bewegung ein besonderes Gepräge. Diese drei Ereignisse waren: Der internationale Arbeitercongress, die tiefgehende Bewegung, welche die Revision der Verfassung behufs Erlangung des Wahlrechtes anstrebte und die damit in Verbindung gestandene Ausstandsbewegung, welche eine Zeit lang allgemein zu werden drohte.

Der internationale Arbeitercongress zu Brüssel vom 16. bis 22. August hatte nicht mehr die hohe Bedeutung, welche noch dem Pariser Congress zugeprochen werden musste. Es verdient aber doch dieser Congress nach einer dreifachen Richtung Beachtung: erstens weil diesmal die drei Hauptrichtungen des europäischen Socialismus, nämlich die Marxisten, Possibilisten und Trades Unionisten vereint getagt haben, zweitens weil auch die amerikanische Arbeiterschaft stärker vertreten war und drittens weil neben dem internationalen Arbeitercongresse gleichzeitig internationale Gewerkschaftsconferenzen der Metall-, Holz- und Textilarbeiter stattgefunden haben.

Weiters ist bemerkbar geworden, dass bei der Prüfung der Mandate ein spanischer Anarchist unter dem Rufe „Werft ihn hinaus!“ an die Luft befördert wurde, wodurch bewiesen werden sollte, dass die Socialisten von dem brutalen blutrünstigen Anarchismus nichts wissen wollen.

Am Tage später wurde bei einer Abendunterhaltung, eine Büste des Königs Leopold in der frechsten Weise behängt, was gezeigt hat, wie die Gesinnung der Congressmitglieder beschaffen war.

Die einzelnen Parteiführer haben auf dem Congress verschiedene Wege angezeigt, welche die Socialdemokratie aller Länder zu wandern hätte, um zu dem gehofften Ziele zu gelangen.

Vanderveelde, der bekannte Brüsseler Socialist, forderte die Arbeiterklasse der ganzen Welt auf, mit der äußersten Energie den Kampf fortzuführen und mit allen Mitteln eine Arbeitergesetzgebung zu erstreben, wie sie in den Beschlüssen des Pariser Congresses gefordert ist.

Er wollte die Arbeiter der ganzen Welt verpflichtet wissen, ihre Kraft gegenüber dem Widerstande der Bourgeoisie und des Capitalismus zu vereinigen. „Wir wollen eine klare, zielbewusste Opposition, keine Halbheiten, keine Pfscharbeit.“

Nüchterner dagegen benahmen sich die Engländer. Ihre Delegirten waren nicht mit den weitausgreifenden Revolutionsgedanken der auf dem Congress gleichfalls anwesenden englischen Delegirten, der Tochter und des Schwiegersohnes von Karl Marx, Frau und Herr Dr. Aveling, einverstanden. Die englischen Delegirten Burton und Walker empfahlen vielmehr die Nachahmung der englischen Arbeitergewerkschaften als das sicherste Mittel gegen reactionäre Regierungen.

Allerdings meinten sie, dass diese Arbeitergewerkschaften nicht nach dem Muster der alten Trades Union eingerichtet werden dürften, denn sie müssten socialistisch aufgebaut werden.

Eine ähnliche Mahnung richteten die französischen Delegirten an den Congress durch ihren Pariser Delegirten Dejean. „Vereinigt Euch zu Syndicaten!“ rief Dejean aus und erörterte, dass die Arbeiter der ganzen Welt sich zu nationalen Syndicaten verbinden sollen, welche die Schutzzöllnerei und den Krieg unmöglich machen würden. In einem ganz anderen Sinne äußerte sich Bebel, der Vertreter der deutschen Arbeiter.

„Unsere Anstrengungen müssen vor allen Dingen dahin gerichtet sein, die heutige Gesellschaft der Bourgeois durch die Gesellschaft der Arbeiter, der Socialisten zu ersetzen.“

„Die Partei müsse alles aufwenden, um die körperliche, geistige und sittliche Kraft der Arbeiterschaft zu stärken, müsse aber auch den Gewalthabern gegenüber vorsichtig sein und dieses Verhalten der Arbeiter werde das Ende der heutigen Gesellschaft herbeiführen.“

So wurde zu Beginn des Congresses von allen Seiten gegen die Anwesenheit von Anarchisten im Saale protestirt, dann aber vereint auf dasselbe Ziel, auf den Umsturz der gesellschaftlichen Ordnung hingearbeitet.

Hiemit sind die Grundzüge der verschiedenen socialistischen Strebungen wiedergegeben, wie sie auf dem Brüsseler Congress ertheilt wurden.

Die liberale Presse hat mit einer gewissen Befriedigung constatirt, dass die Verhandlungen des Congresses durch einen gewissen Zug ins Praktische sich ausgezeichnet haben, und dass der früheren Tendenz, mit einem einzigen wilden Ansturm die ganze bestehende Gewerkschaftsorganisation zu zertrümmern, zu Rücken gewendet wurde. Beweise hiefür fand die Presse darin, dass der Antrag Nieuwenhuis, dem Kriegsdienste passiven Widerstand zu leisten, verworfen wurde, dass ferner der Antrag, den 1. Mai als gemeinsamen Festtag auf der ganzen Erde zu feiern, keine Mehrheit gefunden hat.

In diese Töne der Zufriedenheit ertönte der stürmische Jubel des Congresses hinein, als der belgische Delegirte Vandervelde ausgerufen hatte:

„Jetzt ist der Kriegsruf Karl Marx's: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ zur Wahrheit geworden, noch ehe der Krieg begonnen hat.“

Die Einzelheiten des internationalen Arbeitercongresses zu Brüssel (Congrès ouvrier International) sind zu charakteristisch, um übergangen zu werden.

Im Monate März 1891 haben im Auftrage des Generalrathes der belgischen Arbeiterpartei, der Secretär für das Ausland, Jean Volders, und Carl Bürkli und E. Wullschlegler namens des Züricher Executivcomités des internationalen socialistischen Arbeitercongresses von Paris einen Aufruf an die Arbeitervereinigungen aller Länder gerichtet.

Der Aufruf enthielt die Einladung zu dem Arbeitercongresse in Brüssel, theilte den zweifachen Beschluss, auf Grund dessen der Generalrath der belgischen Arbeiterpartei die Einladung ergehen ließ, nämlich den Beschluss des Pariser Congresses und des Executivcomités in Zürich mit, brachte aber noch kein Programm.

Diesem Aufrufe folgte im Monate Juli ein Exposé des Secretärs Jean Volders für die an den Congress theilnehmenden Organisationen mit einer Einleitung, welche eine Erneuerung der früheren Einladung enthielt, dann mit den näheren Bestimmungen über Zeit und Dauer des Congresses, über Prüfung der Mandate, über

Bekräftigung des Bundes aller Nationen, über Unterkunft und Speisung, über die Gewerkschaftsconferenzen der Holz-, Metall- und Textilarbeiter und mit der Tagesordnung für den internationalen Congress.

Als diese wurden folgende 11 Punkte aufgestellt:

1. Stand der Arbeiterschutzgesetzgebung in nationaler und internationaler Hinsicht, und die Mittel, sie auszudehnen und wirksam zu gestalten.

2. Das Coalitionsrecht, die Mittel zu seiner Sicherung, Ausstände, Boycott und gewerkschaftliche Bewegung vom internationalen Standpunkt aus.

3. Stellung und Pflichten der Arbeiterclassen gegenüber dem Militarismus.

4. Die Haltung, welche die organisirten Arbeiter aller Länder in der Judenfrage einzunehmen haben. (Amerikanischer Verband der Arbeitervereinigungen jüdischer Zunge.)

5. Die Verwendung des Parlamentarismus und des allgemeinen Stimmrechts zu Gunsten der socialistischen Arbeitersache; die Taktik, welche einzuschlagen ist, um die Befreiung der Arbeiter zu erreichen, und die Mittel, welche angewandt werden müssen, um sie zu verwirklichen. (Holland.)

6. Bündnis der socialistischen Arbeiterparteien mit Parteien der Bourgeoisie.

7. Unterdrückung der Stückarbeit und der Arbeit auf Accord.

8. Internationale Feier des 1. Mai, gewidmet dem Achtstundentag, der Regelung der Arbeit und der Bekräftigung des allgemeinen Wunsches der Arbeiter auf Erhaltung des Friedens unter den Nationen.

9. Annahme einer allgemeinen gleichmäßigen Bezeichnung, um den Zusammenschluss aller Arbeiterparteien der Welt zu bezeichnen. (Das revolutionäre Centralcomité von Paris schlägt vor: „Internationale socialistische Partei“; die belgische Arbeiterpartei: „Internationale socialistische Arbeiterpartei“.)

10. Wirksame und praktische Organisation *a)* der internationalen Arbeitercorrespondenz; *b)* der allgemeinen Arbeiterstatistik; *c)* einer internationalen Verständigung unter den Arbeitern aller Gewerke durch die Einrichtung von nationalen und eines internationalen Syndicats-(Gewerkschafts-) Ausschusses; *d)* der regelmäßigen Übermittlung von Nachrichten und Berichten vermittels eines internationalen socialistischen Jahrbuches und Kalenders, welche in allen Sprachen zu erscheinen hätten; *e)* der socialistischen Propaganda und Agitation in allen Ländern.

11. Vorschlag der Abhaltung eines internationalen Arbeitercongresses in Chicago für das Jahr 1893 und einer daselbst zu veranstaltenden internationalen Manifestation (Kundgebung); Festsetzung der Zeit des nächsten internationalen socialistischen Congresses.

So kam der 16. August heran, an welchem Tage der internationale Arbeitercongress eröffnet wurde. Der Congress wurde im Saale der Maison du Peuple abgehalten.

Schon am Abende vorher waren einzelne Häuser in der Nachbarschaft mit rothen Fahnen versehen worden, und Socialisten und Neugierige fanden sich in den Straßen ein, um die ankommenden Delegirten zu begrüßen, respective zu sehen.

Der Congressaal war mit Guirlanden und rothen Emblemen ausgeschlagen, vorne stand die Büste der Freiheit, sonst war nur noch das Portrait des im December vorher zu Brüssel verstorbenen Genossen De Paepe angebracht.

Der Congress wurde namens der belgischen Arbeiterpartei von Verrycken mit einer Rede eröffnet, in welcher er rühmend hervorhob, dass der Congress alle Schattirungen der socialistischen Arbeiterparteien aller Länder vereinige, worauf Liebknecht und Frau Eleonor Marx-Aveling die Rede in die deutsche und englische Sprache übersetzten. Der Secretär des Organisationscomités Jean Volders begrüßte die Delegirten im Namen des Comités und hob ebenfalls hervor, dass es künftighin nur noch eine internationale Socialdemokratie gäbe, die unter dem rothen Banner marschire.

Anwesend waren auf dem Congress 187 belgische und 175 ausländische Delegirte. Von diesen waren 40 aus Deutschland, 11 aus Österreich, davon Adler, Heilmann, Reumann, Pokorny und Louise Kautzky aus Wien; Hybeš und Rieger aus Brünn; Roscher aus Reichenberg; Heinrich Scheu, Daszynski und Diamand für die Polen; Engelsmann und Kürschner aus Ungarn. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika hatten sechs Delegirte entsendet.

Das Bureau wurde aus Delegirten aller Länder zusammengesetzt, welche auf dem Congress vertreten waren und aus deren Mitte wurden die Delegirten Vaillant (Paris) und Singer (Berlin) zu Präsidenten des Congresses gewählt.

Vaillant hob die große symbolische Bedeutung hervor, dass ein Vertreter der Pariser Commune neben einem Mitgliede des deutschen Reichstages präsidire und setzte auseinander, was die Wahl eines Franzosen und Deutschen zu Präsidenten bedeute, während doch beide Nationen heute in der officiellen Politik als die beiden feindlichen Pole gelten.

Am Abende des ersten Verhandlungstages waren die Delegirten von den Brüsseler Genossen zu einem Gartenfest im Theatre lyrique geladen. Der Garten war mit Fahnen und Lampions in rother Farbe geschmückt. Das Fest war von mehreren tausend Personen besucht und nahm den gewohnten Verlauf. Bei diesem Sommerfeste geschah es, dass die im Saale aufgestellte Büste des Königs von Belgien in frechster Weise bedeckt wurde. Die ersten Sitzungen des Congresses waren, wie bereits erwähnt, im Saale der „Maison du Peuple“ abgehalten worden, welcher sich aber alsbald als zu klein erwiesen hatte, weshalb die folgenden Sitzungen vom Montag ab nach dem Saale von St. Michel, rue d'or verlegt wurden. Es wurden nunmehr täglich zwei Sitzungen abgehalten, in welchen die Punkte der Tagesordnung durchberathen und die Berichte über den gegenwärtigen Stand der socialistischen Bewegung in den verschiedenen Ländern vorgetragen wurden.

An Unterhaltungen fehlte es den Delegirten in Brüssel inzwischen nicht. Am Montag Abend waren sie abermals von den Brüsseler Genossen zu einem Punsch nach dem Saale „Maison du Peuple“ geladen.

Die Delegirten Volders, Vaillant, Turetti, Iglesias, Ferroul, Wurm etc. sprachen für die verschiedenen Nationen, worauf auch noch Calm als Vertreter der socialistischen israelitischen Gruppen Amerikas das Wort ergriff.

Es wurde zuerst von allen die Marseillaise gesungen, sodann von den Deutschen und Dänen vereint die deutsche Marseillaise vorgetragen, bis unter den Klängen der „Carmagnole“ das „Fest“ geschlossen wurde.

In der siebenten Sitzung des Congresses ergriff Dr. Adler aus Wien das Wort, um Irrthümer, welche in der Übersetzung des Berichtes über den Stand des Arbeiterschutzes in Österreich vorhanden wären, richtig zu stellen.

Er wiederholte, was er schon auf dem Pariser Congress erwähnt hatte, dass Österreich neben England und der Schweiz das beste Arbeiterschutzgesetz der Welt habe, freilich nur auf dem Papier.

Interesse bot die Verhandlung über das Capitel: Stellung des Proletariats zum Militarismus. In der Commissionsitzung war die Frage angeregt worden, ob man nicht die Vorschläge und Maßregeln besprechen soll, die vom Proletariate im Falle eines Krieges zu ergreifen wären, z. B. Strike der unter die Fahne einberufenen Soldaten, Erhebung des Proletariats bei Ausbruch eines Krieges etc.

Liebknecht sprach sehr dagegen, indem er warnte und die Überzeugung aussprach, dass jede Weigerung der Fahne zu folgen im Kriegsfall mit Erschießen geahndet würde, nichtsdestoweniger protestirte Domela Nieuwenhuis dagegen und brachte eine Gegenresolution ein, die aber abgelehnt worden ist.

Am 22. August, abends wurde der Congress mit einem Hoch auf die sociale Revolution geschlossen.

Am folgenden Tage, am Sonntag, den 23. August, früh 9 Uhr, fand der von der belgischen Arbeiterpartei arrangirte Ausflug nach Gent statt.

Die Fahrt nach Gent wurde in einem Extrazuge gemacht und trotzdem es in Strömen regnete, fanden sich doch sehr viele Theilnehmer ein.

Die Ankunft in Gent erfolgte um 11 Uhr. Vis-à-vis vom Bahnhofe war ein Triumphbogen mit der Inschrift: „Welkom Broeders uit Noord en Zuit!“ Berittene Standarten-träger, ein Musikcorps und zwei Männer mit einem Riesenplacate, dass die Worte enthielt: „Plaats aan de werklieden!“ (Platz für die Arbeiter!) marschirten dem Zuge voraus bis zum Saale des „Vooruit“.

Ansele hielt daselbst die Festrede und man zog darauf nach dem Saal Valentino, woselbst die Genter Genossen den Gästen ein Diner angeboten hatten.

Um 7 Uhr abends kehrte man nach Brüssel zurück, woselbst das Schlussbankett abgehalten worden ist.

Folgende Resolutionen wurden vom Congress angenommen:

In Bezug auf den Arbeiterschutz, welchem die ersten Verhandlungen gewidmet waren, wurden durch Acclamation unter brausendem Jubel die Resolution in folgender Fassung einstimmig angenommen:

„Der Congress, welcher sich auf den Boden des Classenkampfes stellt und überzeugt ist, dass die Befreiung der Arbeiterklasse ohne Aufhebung der Classenherrschaft nicht möglich ist, erklärt:

Die seit den internationalen Congressen zu Paris im Jahre 1889 in den einzelnen Ländern erlassenen Arbeiterschutzgesetze und Verordnungen entsprechen in keiner Weise den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterklasse.

Insbesondere haben die Verhandlungen der internationalen Arbeiterschutzconferenz zu Berlin, deren Einberufung zugestandenmaßen unter dem Drucke der Pariser Congresses stattfand und die insofern als eine Concession an die wachsende Macht der Arbeiterklasse zu betrachten ist, bewiesen, dass die Regierungen die nothwendigsten Reformen nicht wollen.“

Dagegen haben die Verhandlungen der Arbeiterschutzconferenz zu Berlin verschiedenen der beteiligten Regierungen den Vorwand geliefert, unter Hinweis auf jene Beschlüsse und auf die Mangelhaftigkeit der Arbeiterschutzgesetzgebung in anderen concurrirenden Ländern von jeder weitergehenden Arbeiterschutzgesetzgebung abzusehen, ein Verfahren,

welches unlauteren Absichten entspringt und das daher auf das entschiedenste verurtheilt werden muss.

Desgleichen constatirt der Congress, dass die bestehende, an und für sich mangelhafte Arbeiterschutzgesetzgebung ungenügend gehandhabt und controlirt wird.

Die Conferenz fordert daher die Arbeiterklasse aller Länder auf, durch eine energische Agitation und mit allen der Arbeiterklasse der einzelnen Länder zweckmäßig erscheinenden Mitteln für die Beschlüsse des Pariser Congresses einzutreten, auch wenn diese Agitation zunächst keinen anderen Erfolg hat, als der Arbeiterklasse der einzelnen Länder zu beweisen, dass die herrschenden und ausbeutenden Classen jeder wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung feindselig gegenüberstehen.“

Im weiteren fordert der Congress in Anbetracht der Nothwendigkeit einer einheitlichen Leitung der internationalen socialistischen Arbeiterbewegung, insbesondere mit Rücksicht auf die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Arbeiterorganisationen und Parteien auf:

„1. In jedem Lande eine permanente Enquête über die Arbeitsbedingungen und Lage der Arbeiterklasse zu organisiren.

2. Sich gegenseitig diejenigen Mittheilungen zu machen, welche nothwendig sind, um die Arbeiterschutzgesetzgebung einheitlich zu gestalten.

3. Endlich empfiehlt der Congress den Arbeitern der ganzen Erde, ihre Kräfte zu einigen gegen die Herrschaft der capitalistischen Parteien und überall da, wo sie im Besitze der politischen Rechte sind, dieselben zu benutzen, um sich von der Lohnslaverei zu befreien.“

Nach kurzer Debatte wurde die Stellung des Congresses zur Judenfrage in folgender Resolution präcisiert:

„In Erwägung, dass in den Principien und Programmen der socialistischen und Arbeiterparteien aller Länder von jeher klar ausgesprochen ist, dass sie keinen Gegensatz und keinen Kampf der Nationen oder Racen anerkennen, sondern den Classenkampf des Proletariats aller Länder und Racen gegen die Capitalistenklasse aller Länder und Racen führen, und dass es für die Proletarier jüdischer Rasse und Zunge kein anderes Mittel der Emancipation gibt, als den Anschluss an die Arbeiterorganisationen der betreffenden Länder, hält der Congress, unter Verurtheilung der antisemitischen und philosemitischen Hetzereien, welche nur ein Manöver der Capitalistenklasse und der politischen Reaction sind, zu dem Zwecke: die Arbeiter zu spalten und die socialistische Bewegung von ihrem Ziele abzulenken, eine Erörterung des von den amerikanischen Genossen jüdischer Zunge beantragten Punktes 4 der vorgeschlagenen Tagesordnung für überflüssig und geht zur Tagesordnung über.“

Zur Regelung der Strikes, Boycotts und internationalen Gewerkschaftsverbinding wurde nach längerer Debatte die nachstehende Resolution angenommen:

„Unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen und bei dem Bestreben der herrschenden Classen, die politischen Rechte und die wirtschaftliche Lage des Arbeiters immer tiefer herunterzudrücken, sind Strikes und Boycotts eine unumgängliche Waffe für die Arbeiterklasse, einmal um die auf ihre materielle oder politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückzuweisen, dann aber auch um ihre sociale und politische Lage nach Möglichkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern.

Da aber Strikes und Boycotts zweischneidige Waffen sind, die am unrechten Orte oder zur unrechten Zeit angebracht, die Interessen der Arbeiterklasse mehr schädigen als fördern können, empfiehlt der Congress den Arbeitern sorgfältige Erwägung der Umstände, unter welchen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen. Insbesondere betrachtet es der Congress als zwingende Nothwendigkeit, dass die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisire, um sowohl durch die Wucht der Zahl, wie auch die materiellen Mittel die beabsichtigten Zwecke erreichen zu können.

Von diesen Auffassungen ausgehend, empfiehlt der Congress allen Arbeitern kräftige Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisation, zugleich erhebt der Congress Protest gegen alle Versuche der Regierungen und der Unternehmerklasse, das Recht der Vereinigung der Arbeiter irgendwie zu beschränken. Zur Sicherung des Coalitionsrechtes verlangt der Congress Beseitigung aller Gesetze, welche geeignet sind, dem Coalitionsrechte irgend welche Schranken zu ziehen, desgleichen Bestrafung aller derjenigen, welche die Arbeiter in der Ausübung dieses Rechtes verhindern.

Und da, wie wünschenswert auch eine centrale Organisation der Kräfte der internationalen Arbeiterschaft wäre, diese im Augenblicke auf Schwierigkeiten aller Art stößt, so empfiehlt der Congress den Arbeitern in den verschiedenen Ländern als ein gemeinsames Mittel der Solidarität in jedem Lande, wo dies möglich ist, die Errichtung nationaler Arbeitersecretariate, damit, sowie von irgend welcher Seite sich ein Conflict zwischen Capital und Arbeit entwickelt, die Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten davon benachrichtigt werden können, um ihre Maßnahmen zu treffen.“

Zum dritten Punkt: Stellung des Proletariats zum Militarismus, referirte Liebknecht und brachte folgende Resolution ein:

„In Erwägung, dass der Militarismus, welcher auf Europa lastet, das nothwendige Resultat des permanenten — offenen und latenten — Kriegszustandes ist, welcher durch das System der Ausbeutung des Menschen durch den dadurch erzeugten Classenkampf der Gesellschaft auferlegt wird,

erklärt der Congress, dass alle die ökonomischen Ursachen des Übels nicht treffenden Bestrebungen auf Beseitigung des Militarismus und auf Herbeiführung des Friedens unter den Völkern ohnmächtig sind, so edel die Beweggründe sein mögen,

dass allein die Schaffung der socialistischen Gesellschaftsordnung, welche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, dem Militarismus ein Ende machen und den Frieden unter den Völkern herbeiführen kann,

dass demzufolge alle, welche dem Kriege ein Ende machen wollen, die Pflicht haben, sich der internationalen Socialdemokratie, als der einzigen wirklichen und grundsätzlichen Friedenspartei anzuschließen.

Angesichts der immer drohender werdenden Lage Europas und der chauvinistischen Hetzereien der herrschenden Classen fordert der Congress die Arbeiter aller Länder auf, gegen alle Kriegsgelüste und denselben dienenden Bündnisse unablässig und energisch zu protestiren und zu wirken, und durch Vollendung der internationalen Organisation des Proletariats den Triumph des Socialismus zu beschleunigen.

Der Congress erklärt, dass dies das einzige Mittel ist, die furchtbare Katastrophe eines Weltkrieges abzuwenden, dessen unabsehbar verhängnisvolle Folgen die Arbeiterklasse in erster Linie zu tragen hätte,

und dass die Verantwortung für eine solche Katastrophe vor der Menschheit und vor der Geschichte einzig und allein den herrschenden Classen zufällt.“

Die vorstehende Resolution gelangt zur Annahme.

Zu Punkt 7: Abschaffung der Stück- und Accordarbeit, empfahl Bertrant (Belgien) eine Resolution, wie folgt:

„In Erwägung, dass die Stück- und Accordarbeit immer mehr in der Groß- und Kleinindustrie sich einbürgert, dass diese Form der Lohnzahlung die Ausbeutung der Arbeitskraft und damit die Armut und das Elend der Arbeiter immer mehr vergrößert und den Arbeiter immer mehr zur Maschine macht,

dass durch die Concurrrenz, die unter diesem System die Arbeiter sich gegenseitig machen, dasselbe dazu dient, dass bei der Berechnung der Stück- und Accordlöhne die Leistungen der besten Arbeiter zur Grundlage der Berechnung genommen werden,

endlich, dass dieses System eine beständige Ursache zu Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern und zwischen den Arbeitern selbst wird und namentlich auch in der Hausindustrie sich verallgemeinert,

ist der Congress der Ansicht, dass dieses fluchwürdige System intensivster Ausbeutung eine nothwendige Folge der capitalistischen Gesellschaftsordnung ist und erst mit der Beseitigung derselben aufhören wird, dass es aber nichtsdestoweniger Pflicht der Arbeiterorganisationen aller Länder ist, mit allen ihnen zu Gebote stehenden und ihnen gutdünkenden Mitteln für die möglichste Beseitigung desselben zu wirken.

Die gleichen Anschauungen hat der Congress über das sogenannte Sweatingssystem, das System der Zwischenmeister, gegen das ein gleiches Vorgehen empfohlen wird.“

Diese Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Singer begründete im Namen der weiblichen Abgeordneten folgenden Antrag:

„Der Congress möge beschließen, die socialistischen Parteien aller Länder aufzufordern, in ihren Programmen dem Streben für völlige Gleichstellung beider Geschlechter bestimmten Ausdruck zu geben und zunächst ganz besonders zu fordern:

„der Frau auf civilrechtlichem wie politischem Gebiete dieselben Rechte wie dem Manne zu gewähren.“

W. Drucker, E. Ihrer, Louise Kautsky,

Dr. Anna Kulischoff, O. Baader.“

In der Abstimmung wurde der Antrag mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Zu Punkt 8: Mai-Feier, wurde beschlossen:

„Um dem ersten Mai seinen bestimmten ökonomischen Charakter: der Forderung des Achtstundentages und der Bekundung des Classenkampfes zu wahren, beschließt der Congress:

Der 1. Mai ist gemeinsamer Festtag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollen.

Dieser Festtag soll ein Ruhetag sein, soweit dies durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird.“

Zur selben Zeit, als in Brüssel der internationale Arbeitercongress tagte, hat ebenfalls in Brüssel ein internationaler Holzarbeiterstag, ferner ein internationaler Textilarbeiterstag und endlich auch noch ein internationaler Metallarbeitercongress stattgefunden, welche alle sich mit der Frage der Schaffung einer internationalen Organisation dieser Branchen befasst haben.

Auf allen Beratungen dieser drei Congresses trat zutage, dass, so wünschenswert eine derartige Organisation sei, dieselbe dennoch in einer formellen festgelegten Form, heute noch nicht möglich ist. Es wurde hiebei insbesondere auf die Schwierigkeiten in Österreich hingewiesen, wo sich der internationalen Organisation gesetzliche Hindernisse entgegenstellen, es wurde aber weiter hervorgehoben, dass andertheils auch die nationale Organisation in vielen Ländern noch zu wenig ausgebaut ist, dass ein auf Schaffung einer festgelegten Organisation abzielender Beschluss von praktischer Bedeutung wäre.

Wie das Programm aller drei Congresses im großen und ganzen dasselbe war, waren auch die Verhandlungsgegenstände auf allen drei Congressen dieselben, am Metallarbeitercongress aber sind sie am eingehendsten behandelt worden. Dieser hatte eine Resolution angenommen, welche Punkte enthält, die, wenn sie thatsächlich in allen Ländern zur Durchführung gelangen, jedenfalls eine Basis zur künftigen internationalen Organisation der Metallarbeiter bieten.

Diese Resolution lautete:

1. In jedem Lande ist von den Metallarbeitern ein Vertrauensmann aufzustellen, welcher die Aufgabe hat, die internationalen Beziehungen der Berufsgenossen wahrzunehmen und zu ordnen.

2. Der Vertrauensmann braucht nicht Vorstand oder Leiter einer festgelegten Organisation zu sein.

3. Auf welche Weise der Vertrauensmann zu wählen sei, bleibt den Berufsgenossen eines jeden Landes überlassen.

4. Der Vertrauensmann eines jeden Landes ist verpflichtet, alle drei Monate einen schriftlichen Bericht an sämtliche Vertrauensmänner der verschiedenen Länder zu erstatten.

Der Bericht hat sich auszusprechen:

- a) über die Zahl der in dem betreffenden Lande beschäftigten Metallarbeiter,
- b) über die Zahl der organisirten Berufsgenossen und die Form der Organisation,
- c) durchschnittliche Arbeitszeit,
- d) die Durchschnittslöhne,
- e) den Stand der gewerkschaftlichen Presse,
- f) über allfällige Lohnbewegungen,
- g) über den Stand der Unternehmerorganisation und deren Maßnahmen gegen die Arbeiter.

Diese Berichte sind in der Landessprache abzufassen, die Vertrauensmänner haben sie zu übersetzen und in den Fachpressorganen abzudrucken.

5. Außer diesen regelmäßigen Berichten haben die Vertrauensmänner sofort zu berichten, wenn eine umfangreiche Arbeitseinstellung oder sonstige Bewegung vorkommt, um von dem betreffenden Orte den Arbeiterzugang fernzuhalten.

Diese Berichte sind auch in den Fachblättern zu veröffentlichen.

Für die Abfassung dieser Berichte bedienen sich die Vertrauensmänner einer unter ihnen vereinbarten Zeichensprache, wodurch eine zeitraubende Übersetzung überflüssig wird.

6. Über Congressse der Berufsgenossen in den einzelnen Ländern ist allen Vertrauensmännern zu berichten, was in den Fachorganen abgedruckt ist.

7. Sind die Berufsgenossen in den einzelnen Ländern außer Stande, die bei Arbeitseinstellungen, Aussperrungen nothwendigen Unterstützungen aus eigenen Mitteln aufzubringen, so sind alle Vertrauensmänner verpflichtet, für materielle Unterstützung der im Lohnkampfe befindlichen Berufsgenossen zu sorgen.

Zu diesem Zwecke versendet der Vertrauensmann, in dessen Lande die Bewegung ausbrach, Marken im Werte von 20 und 50 Centimes.

Die Vertrauensmänner haben für den Vertrieb dieser Marken zu sorgen, ungesäumt, längstens aber binnen vier Wochen, an den Vertrauensmann, der die Marken sandte, das Geld abzusenden.

8. Die Kosten, welche durch die Ausführung dieser Organisation erwachsen, haben die Berufsgenossen in jedem Lande selbst zu tragen, sowie sie darüber selbst zu wachen haben, dass der von ihnen aufgestellte Vertrauensmann seine Function pünktlich und gewissenhaft erfüllt.

Kurz vor dem internationalen Arbeitercongresse, nämlich am 2. August 1891, hat in Mons ein Congress der socialistischen Vereine aus dem Borinage stattgefunden, welcher von 150 Delegirten besucht war. Die Einladung zu diesem Congressse war von der „Fédération Borraine“ an sämtliche Arbeitervereinigungen des Kohlenbeckens ergangen, welche folgende Beschlüsse gefasst haben:

1. Revision des Regimes der Unfallversicherungskassen durch Annahme des von der „Fédération Borraine“ ausgearbeiteten Entwurfes.

2. Gesetzliche Festsetzung eines Minimallohnes und einer Maximalarbeitszeit.

3. Vermehrung und Verbesserung der gewerblichen Syndicate.

4. Als Mittel zur Erlangung dieser Forderung: das allgemeine Stimmrecht.

Verdiente Beachtung hat endlich der internationale Brüsseler Studentencongress im December 1892 in allen Ländern gefunden.

Die Universität von Brüssel stand im Rufe, dass ein Theil ihrer Hochschüler dem socialistischen Programme nicht fern stehen soll. Es kam daher die Kunde nicht überraschend, dass die „Belgische Verbindung der socialistischen Studirenden und ehemaligen Studenten“ beabsichtige, zu Beginn des Studienjahres 1891/92 in Brüssel einen allgemeinen internationalen Congress socialistischer Studenten der Gegenwart und Vergangenheit zu veranstalten.

Bald erschien der bezüglichliche Aufruf in der gesammten socialistischen Presse, welcher lautete:

„Commilitonen! Die Föderation der socialistischen Studenten und gewesenen Studenten Belgiens veranstaltet einen allgemeinen Congress der Vereine der Studenten und gewesenen Studenten, welcher in Brüssel bei Beginn des Studienjahres 1891/92 stattfinden wird.

Ohne die Tagesordnung dieses Congresses bereits festsetzen zu wollen, meinen wir, dass unsere Berathungen einen doppelten Charakter tragen werden: einen theoretischen und einen praktischen.

Einen theoretischen, denn wir haben die unweigerliche Pflicht, unsererseits energisch mitzuwirken, alle Arbeiter zu demselben Zweck zu vereinigen — der Arbeiter mit dem Handwerkzeug und mit der Feder, mit den Muskeln und mit dem Hirn.

Uns, die wir zugleich wohl unserer Herkunft nach mit der Bourgeoisie zusammenhängen, aber durch den Geist der Gerechtigkeit auch mit dem Proletariate, uns geziemt es, die wissenschaftlichen Kenntnisse, welche eine privilegierte Stellung uns erlaubt hat uns zu erwerben, in ihre Dienste zu stellen.

In kurzer Zeit werden wir uns also vereinigen. Indem wir die Gegensätze der Classen beseitigen helfen, werden wir die Sache der Arbeiter fördern; indem wir den patriotischen Egoismus der Nationen missbilligen, werden wir den internationalen Kampfplatz frei machen für das Ringen nach Gerechtigkeit und Gleichheit.

Bekannt mit unseren Bestrebungen haben, die Studenten Englands, Frankreichs, Rumäniens und der Schweiz sich noch vor Veröffentlichung dieses Aufrufs für die Theilnahme an diesem Congress erklärt. Wir fordern Euch auf, das Gleiche zu thun und Euch mit uns ins Einvernehmen zu setzen über den Zeitpunkt und die Tagesordnung unserer Zusammenkunft.

Die belgische Föderation schlägt folgende Punkte vor:

1. Volksunterricht und Erziehung.

2. Die politische Rolle der Studenten.

3. Regelung der Arbeit.

4. Internationale Föderation aller socialistischen Zirkel.

Die duldsamste Brüderlichkeit wird unsere Debatten leiten und wir würden glücklich sein, wenn wir selbst diejenigen Theilnehmer sähen, welche, ohne unsere Ansichten über den Socialismus in Bausch und Bogen zu unterschreiben, die Ansicht haben, dass solidarisches Zusammenstehen der menschlichen Gattung die Pflicht aller ist, woeher religiösen oder philosophischen Richtung sie anhängen mögen.

In der Hoffnung, dass Ihr auf unseren Appell antworten werdet, hoffen wir, bald unsere Stimmen, liebe Brüder, mit den Eurigen zu vereinigen in dem Rufe: Hoch der internationale Socialismus!

Für die „Fédération des Etudiants et anciens Etudiants socialistes“:

Das „Comité fédéral“:

Georges Defuisseaux, Brüssel, Secretär; Louis Debrouckère, Brüssel; Emile Vandervelde, Brüssel; Henrion, Antwerpen; Boesnach, Gent; W. Horrebaut, Gent; Demartaux, Liège; Molhaut, Mons; Rousseau, Mons.

Der Congress fand am 20., 21. und 22. December 1891 statt; derselbe war nicht zahlreich besucht, denn es waren von auswärts im ganzen nur 16 Delegirte anwesend. Die Brüsseler Genossen aber gaben dem Studentencongresse die nothwendige Staffage, indem sie ihre besten Genossen dazu entsendeten.

Eröffnet wurde der Congress vom Präsidenten Lafontaine, diesem folgte Volders, der die Studenten (?) namens der belgischen Arbeiterpartei begrüßte, worauf die Berichte der Delegirten über ihre Länder erfolgten.

Sodann gelangte die eigentliche Tagesordnung zur Verhandlung. Zum Punkt 1 der Tagesordnung: die sociale Rolle der Studenten betonte Debrouckère die Nothwendigkeit des Anschlusses der Studentenschaft an die socialistische Arbeiterpartei und schlug folgende Resolution vor:

Der Congress der socialistischen Studenten in Brüssel beschließt, dass in allen Ländern, in denen eine organisirte socialistische Arbeiterpartei existirt, die socialistischen Studentenverbände sich dieser

anzupassen haben. Die Studentenverbände haben außer mit der allen Gruppen der Partei gemeinsamen Propaganda sich mit folgenden Gegenständen zu befassen:

I. Umwandlung der Universitätseinrichtungen, um dieselben den Erfordernissen einer socialdemokratischen Gesellschaft anzupassen, insbesondere:

- a) Volle Unabhängigkeit der Universitäten gegenüber den politischen Körperschaften, den Kirchen, den religiösen Corporationen und allen anderen, dem Unterrichte fremden Autoritäten.
- b) Übertragung der Leitung der Universitäten an die Interessenten: Professoren, Studenten und ehemaligen Studenten.
- c) Verallgemeinerung der praktischen Studienübungen und der Versuchs- und Forschungslaboratorien, der Seminare und aller Einrichtungen, die bestimmt sind, den theoretischen Unterricht in gegenseitigen Unterricht umzuwandeln.
- d) Ein Verband der Universitäten und der wissenschaftlichen und pädagogischen Institute aller Art, der Schulen, gelehrten Gesellschaften, der Institute wissenschaftlicher Propaganda und der wissenschaftlichen Anstalten.
- e) Die Errichtung eines höheren, speciell für die Arbeiter bestimmten Unterrichts auf den Universitäten.
- f) Die Errichtung eines ernsthaft organisirten höheren Unterrichts der socialen Wissenschaften.
- g) die Unentgeltlichkeit des höheren Unterrichts.

II. Schaffung von Einrichtungen künstlerischer und wissenschaftlicher Belehrung im Schoße der Arbeiterparteien selbst, insbesondere:

1. Theoretische Curse oder vielmehr wissenschaftliche Conferenzen von halb aus Arbeitern, halb aus Studenten gebildeten Zirkeln.
2. Kunstsoirées, Ausstellungen in Arbeiterlocalen.
3. Wissenschaftliche Propaganda durch Broschüren und Bücher.
4. Gründung von Redezirkeln.

Beim zweiten Punkte der Tagesordnung „Volks-erziehung“ (Enseignement populaire) wurde hervorgehoben, dass die bestehenden Schuleinrichtungen durchaus ungenügende seien. Die Resolution von Ley mit den nachstehenden Forderungen wurde angenommen:

1. a) Unentgeltlicher und confessionsloser Unterricht auf allen Stufen.
- b) Obligatorischer Unterricht bis zu dem durch die Regelung der Arbeit bestimmten Alter.
2. Gemeinschaftliche Erziehung der beiden Geschlechter unter Beobachtung der pädagogischen Erfordernisse.
3. Einführung eines Handfertigkeitsunterrichtes.
4. Obligatorischer Unterricht für die aus den Volksschulen entlassenen jungen Leute und Mädchen, und zwar für erstere in Fortbildungs- (Gewerbe-) Schulen, für letztere in Haushaltungsschulen bis zum 18. Jahre.
5. Einführung des social-wissenschaftlichen Unterrichtes.
6. Vollständige Reform der Universitätsordnung; die Wahl der Mitglieder des Lehrkörpers soll ausschließlich durch wissenschaftliche Erwägungen bestimmt werden, und insbesondere wird die Einrichtung von Curson empfohlen; die von unabhängigen Lehrern (professeurs libres) erteilt werden.

7. Der Congress spricht den Wunsch aus, dass die Gesamtheit die Ernährung und Bekleidung der armen Schulkinder übernehme und spricht sich für die Unternehmung von Ferienreisen und Errichtung von Feriencolonien aus.

8. Alle Lehrprogramme und Bücher sollen auf rein wissenschaftlicher Basis beruhen und frei von jeder religiösen und dogmatischen Anschauung sein.

9. Abschaffung der Prämien- und Wettbewerbe.

10. Der Congress wünscht ferner, dass der Lehrer sich bemühe, in dem Kinde nicht sowohl engherzige, patriotische Gefühle, sondern die edleren und höheren Gefühle der Menschlichkeit und Brüderlichkeit zu erwecken.

In Erwägung, dass private Einrichtungen die Organisation der öffentlichen Dienste, welche denselben Zweck, aber eine größere Tragweite haben, vorbereiten und erleichtern, wünscht der Congress, dass in allen Gemeinden Anstalten errichtet werden, welche den Zweck haben, die Nahrung und Kleidung für den Gebrauch der Schule herbeizuschaffen.

Endlich wünscht der Congress, diese Anstalten von den Gemeinden erhalten zu sehen.

Der dritte Punkt der Tagesordnung befasste sich mit der Rolle der Universitäten in der Frage des Völkerfriedens und der internationalen Schiedsgerichte und empfahl den Studenten den Beitritt zu den Friedensgesellschaften mit folgender Resolution (von Lafontaine):

1. Änderung des historischen Unterrichtes in folgendem Sinne:

- a) Abschaffung der Verherrlichung der Kriegsmänner und Kriegsthaten in den Lehrbüchern der Geschichte. In Erwägung, dass die gesellschaftliche und politische Entwicklung der ökonomischen untergeordnet sind, und dass deren Einflüsse gemeinschaftliche und nicht persönliche sind, fordert der Congress, dass in den Geschichtsbüchern der Wert der Personen und Ereignisse auf ihren wirklichen Wert zurückgeführt werde.
- b) Betonung der Thatsache, dass jeder Fortschritt auf allen Gebieten der menschlichen Thätigkeit nur durch das Zusammenwirken aller Völker entstanden ist, sowie des Umstandes, dass die Ereignisse die Folge von dem Willen nicht unterworfenen Triebkräften und nicht das Werk irgend welcher einzelner Personen sind.

2. Es soll darauf hingearbeitet werden, dass die von Universitäten eines Landes ausgestellten Diplome auch für andere Giltigkeit haben sollen.

3. Es wird den socialistischen Studenten und Kopfarbeitern empfohlen, sich den Friedensgesellschaften in ihren Ländern anzuschließen.

Endlich befasste sich der Studentencongress noch mit der Einführung von künstlerischen Abenden in Arbeiterlocalen (Organisation de soirées artistiques dans les locaux ouvriers). Als Illustration zu diesem Punkte veranstaltete die Section d'Art et d'Enseignement populaire am dritten Congresstage eine solche soirée artistique, wobei zuerst ein Thema behandelt wurde, sodann eine Vorlesung von Gedichten etc. und zum Schlusse eine Gesangsproduction stattfand.

Die beiden vorletzten Punkte der Tagesordnung „Regelung der Arbeit“ und „die Frauenfrage“ fanden die gleiche Behandlung, wie am internationalen Arbeitercongresse.

Die Judenfrage wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Der letzte Punkt der Tagesordnung

„Internationale Vereinigung“ wurde geheim berathen und dahin erledigt, dass vorläufig von einer solchen Abstand genommen werden musste.

Eine große Bewegung fand beinahe in ganz Belgien zu Gunsten der Einführung des unmittelbaren allgemeinen Wahlrechtes statt. Es fanden Versammlungen in allen Gegenden des Landes statt, der Generalrath der Arbeiter hat an das Volk ein Manifest erlassen und tausende von Flugschriften drucken und vertheilen lassen und, um endlich der Bewegung noch mehr Nachdruck zu geben, wurde noch kurz vor Schluss des Berichtsjahres beschlossen, ein neues socialdemokratisches Blatt zu 5 Centimes schon demnächst erscheinen zu lassen.

Die erste Kundgebung zu Gunsten der Verfassungsrevision wurde am 1. März veranstaltet, an welchem Tage zu Brüssel und in der Provinz 40 Meetings für die Einführung des allgemeinen Stimmrechtes stattfanden. Auf diesen Meetings wurde zugleich gedroht, im Falle der Nichtgewährung des allgemeinen Stimmrechtes am 1. April 1891 den allgemeinen Ausstand zu beginnen.

Diese Drohung wurde jedoch nicht erfüllt und es wurde nur dem für den 5. April nach Brüssel einberufenen Socialistencongress überlassen, in der Sache zu entscheiden. Dieser Congress war von etwa 500 Personen aus allen Zweigen der Industrie besucht.

Die Hauptpunkte des Programms waren:

Die politische und ökonomische Lage des Landes und die hinsichtlich des allgemeinen Ausstandes zu fassende Resolution. Nach einer stürmischen Debatte wurde der Vorschlag des Redacteurs des „Peuple“, Volders, fast einstimmig angenommen, nämlich, dass der Ausbruch des allgemeinen Strikes vertagt werden solle, bis das Budget und die Verfassungsrevision (Antrag des Jules Jansen) von den Kammern votirt sein würde. Wenn der Antrag auf Verfassungsrevision nicht angenommen oder aber bis zum 20. Mai 1891 nicht zur Berathung gelangt sein würde, hätte der Strike sofort auszubrechen.

Gleichzeitig wurde dem Pariser Congress der Dank für den Beschluss votirt, die belgischen Arbeiter im Strike zur Erreichung des allgemeinen Wahlrechtes zu unterstützen.

Nach allen Wahrnehmungen unterhielten die belgischen Socialisten eine lebhaftige Agitation unter der Arbeiterschaft, seit die Frage der Verfassungsrevision aufs Tapet gebracht worden ist und suchten auf alle mögliche Weise den Arbeitern die Überzeugung aufzudrängen, dass nur das allgemeine Wahlrecht ihre Leiden zu lindern vermöchte, doch ließ sich die Regierung nicht einschüchtern.

Wie weit die großen Massen verhetzt worden waren, bewies der Umstand, dass die anfangs hetzenden Führer später nicht mehr imstande waren, die Massen zurückzuhalten, als diese, durch die Mai-Demonstration aufs höchste gereizt, den Ausstand früher begonnen hatten, als die Führer wollten und festgesetzt hatten.

Sie hatten nicht umsonst so oft mit dem Generalstrike gedroht, es bedurfte nur einer Anregung, wie sie die Mai-Demonstration bot und von Thal zu Thal, von Becken zu Becken griff der Ausstand um sich und es begann jene kurze Periode nach dem 1. Mai, welche allenthalben mit dem Ausdrucke „Arbeiterrevolten in Belgien“ bezeichnet worden ist.

Nach den Wahrnehmungen sind in den ersten Tagen des Mai in zahlreichen Kohlengruben der drei Becken Lüttich, Mons und Borinage Arbeiterausstände ausgebrochen, während im vierten Becken Centre der Ausbruch für die nächsten Tage besorgt wurde. Im Lütticher Becken brach der Strike zuerst aus und war

am gewaltthätigsten, da fünf Dynamitattentate und zahlreiche Versuche von Brandlegungen vorkamen; die Intervention des Militärs wurde nothwendig, selbst die Bürgergarde wurde mobilisirt und die Regierung, welche entschlossen war, mit größter Strenge vorzugehen, gab Befehl, zwei Classen Reservisten einzuberufen. In Seraing erstreckte sich der Ausstand auch auf die Metallarbeiter.

Die Vorstände der Arbeitersynicate standen der Sache machtlos gegenüber.

Von 110.000 belgischen Kohlenarbeitern feierten damals 68.000—70.000 und der Strike schien ein allgemeiner zu werden.

Der „Conseil général des ouvriers“, welcher anfangs zum Strike hetzte, dann denselben als verfrüht bezeichnet und seine Unterstützung versagt hatte, beschloss endlich doch die Unterstützung der Strikenden.

Eine zielbewusste Führung war nur im Borinage und im Becken Charleroi zu erkennen, wo Callwart die nach amerikanischem Muster eingerichtete Verbindung Chevaliers du travail befehligte.

Die treibenden Gründe des Ausstandes waren: Lohnerhöhung, Achtstundenarbeit und Aufhetzung der Arbeiter durch anarchistische Elemente.

Das allgemeine Stimmrecht spielte in Wahrheit keine Rolle.

Die Besonnenen hegten keine Besorgnisse, sie waren sogar bis zu einem gewissen Grade angenehm berührt, in der Erwartung, dass dieser Strike die Arbeiter mürbe machen werde, so dass zur Zeit des Beschlusses hinsichtlich der Verfassungsrevision und des allgemeinen Stimmrechtes, keine Ausschreitungen mehr zu besorgen sein werden.

In der That hatte der belgische Arbeiterstrike mit 110.000 feiernden Arbeitern bereits in der zweiten Hälfte des Mai seinen Höhepunkt überschritten und ging infolge des Mangels an fremder Unterstützung und des Angebotes französischer und englischer Kohle seinem Ende zu.

Die am Pariser Congress gepriesene Solidarität der Kohlenarbeiter, welche die Zufuhr fremder Kohle nach Belgien hindern sollte, hatte sich als ohnmächtig erwiesen. Der Ausstand hatte zwar einen großen Schaden, aber auch eine langwirkende Misstimmung gegen die Hetzer und socialistische Wortführer verursacht.

Das Militär — die zwei Reservistenclassen mit inbegriffen — beschränkte sich auf fleißiges Patrouilliren und schützte wenigstens jene Arbeiter, welche sich dem Ausstande nicht angeschlossen hatten.

Im Lütticher Becken war der Strike am 16. Mai bereits beendet, nur in Seraing feierte noch eine größere Zahl Arbeiter, etwa 4000.

Im Centre und Borinage war der Ausstand ebenfalls auf 10.000 Strikende zurückgegangen. In Charleroi zählte man noch 22.000 Strikende.

Die Brüsseler Socialisten hatten ein Massenmeeting projectirt, das vom Bürgermeister Buis untersagt wurde, worauf ein Ausstand unter den Metall- und Holzindustriearbeitern in Scene gesetzt wurde.

6000 Arbeiter feierten und suchten die arbeitenden Genossen von der Arbeit abzuhalten.

Die Socialisten, der Redacteur des „Peuple“, Volders, an der Spitze, gaben abermals das Schlagwort aus, der Ausstand müsse ein allgemeiner werden, bis das allgemeine Stimmrecht oder doch die Verfassungsrevision zugestanden sein werde. Hiemit waren jedoch die Arbeiter nicht mehr einverstanden, da sie wussten, dass

der Strike nicht so lange andauern könne. So war der große Arbeiterausstand in Belgien, der eine Zeit lang gefährlich und allgemein zu werden anfang, wie es die Regierungspersonen vorausgesehen hatten, für die arbeitende Classe ohne Nutzen, aber mit großem Nachtheile beendet worden.

Dass es im ganzen großen Ausstandsgebiete nicht zu größerem ernstlichen Widerstande gekommen ist, war nur dem Umstande zu danken, dass die Aufsichtsbehörden, namentlich die Militärbehörden, vom Anfange an mit großer Energie vorgingen. Dies geschah am 3. Mai im Lütticher Reviere, namentlich in Horloz, Seraing und St. Nikolas, wo Eisenbahnzüge angefallen, Telegraphenstangen niedergerissen und Brandlegung an Bergwerken versucht wurde und am 4. Mai in Brüssel. Dort hatten sich an diesem Tage um 10 Uhr nachts einige tausend Arbeiter auf dem Brüsseler Börsenplatze angesammelt, welche riefen: „Hoch der Generalstrikel!“ Hierauf hatten die Arbeiter mehrere Straßen durchzogen, wobei es vorkam, dass einige Gewölbe und Fenstertafeln eingeschlagen wurden.

Eine sonderbare Rolle während der ganzen Dauer des belgischen Ausstandes hatte der Generalrath der belgischen Arbeiterpartei gespielt, der, wie schon erwähnt, zuerst zum Ausstand hetzte, dann wieder abrieth, um wieder hetzend einzugreifen, als der Ausstand unvermeidlich war, bis er sich endlich ganz an die Spitze der Ausständigen stellte. Es machte den Eindruck, als ob der Generalrath nicht mehr die Bewegung dirigirte, sondern von ihr fortgerissen würde.

Als endlich gar am 20. Mai durch die „Commission Centrale“ der Deputirtenkammer die Votirung des „principe de la revision“ erfolgt war, hatten von 110.000 Strikenden schon mehr als 80.000 die Arbeit wieder aufgenommen. Da zu der Zeit auch der Widerstand im besser organisirten Becken von Charleroi (les Chevaliers du travail) im Schwinden begriffen war, konnte der große Strike mit Ende Mai 1891 als beendet angesehen werden. Die Consequenzen dieses Ausstandes waren folgende:

Zum Nachtheile der Arbeiterpartei:

Die Überzeugung, dass sie auf den Beistand der französischen, englischen und deutschen Socialisten nicht rechnen können; das Ansehen der Führer Volders, Defuct, Defuisseaux und Callewaert, welche diesen Beistand versprochen hatten, litt natürlich sehr; die Opfer, welche von der Partei für den Ausstand gebracht wurden, waren so bedeutende (ungefähr 5½ Millionen Francs für 22 Striketage), dass für lange Zeit die Mittel fehlen, um neue Ausstände zu insceniren.

Zum Vortheile der Arbeiterpartei:

Die Erkenntnis, dass es ihr möglich sei, in einem bestimmten Augenblicke eine große, genügend organisirte Masse ins Feld zu stellen. Die einheitliche Leitung wurde allerdings durch die unter den Führern eingetretene Spaltung erschwert, doch kamen, obwohl nur geringe Macht gegen die Ausständigen (die übrigens wohl bewaffnet waren) aufgeboten worden war, größere Ausschreitungen nicht vor, was auf die unter den Arbeitern herrschende Disciplin schließen lässt.

Auf Seite der Arbeitgeber ergaben sich zu deren Ungunsten: Die nach Millionen zählenden Gewinnstausfälle; zu deren Gunsten die Aufklärung darüber, dass Gleichgiltigkeit und zuwartende Haltung gegenüber den socialistischen Bestrebungen nicht am Platze sei. Infolge dessen haben in Belgien auch schon manche Industrielle sich entschlossen, einerseits den

Kampf mit dem Socialismus aufzunehmen durch Cartells, Meetings etc., auf welchen sie durch Wanderredner den Socialismus mit seinen hohlen Worten und Phrasen bekämpfen lassen, anderseits aber auch dem Arbeiter die vom humanitären Standpunkte nothwendigen Concessionen zu gewähren durch Errichtung von Spitälern, Consumvereinen, Arbeiterwohnungen, die gegen Abzahlungen in den Besitz der Arbeiter übergehen etc.

Die anarchistische Bewegung in Belgien hat zwar keinen Fortschritt gemacht, aber im Laufe des Berichtsjahres mehrmals Lebenszeichen von sich gegeben.

In Verviers sprengte die Polizei am 6. März eine Versammlung von Anarchisten, welche in der Absicht zusammengekommen waren, einen Beschluss zu fassen, wie sich des Rathhauses am ehesten zu bemächtigen sei, um eventuell am 1. Mai die Commune zu proclamiren. Es wurden hiebei mehrere Individuen verhaftet, bei welchen Revolver und Dynamitpatronen gefunden wurden.

In der Nacht vom 28. auf den 29. März (Sonntag) wurde in Seraing, nahe der französischen Grenze, ein Wagen mit Beschlag belegt, welcher neun Kisten Dynamit mit 8000 Patronen enthielt, welche der Pulverfabrik in Ombrèt bei Lüttich gestohlen worden waren und ursprünglich aus der Fabrik Nobel in Hamburg stammten. Die eingeleitete Untersuchung führte zur Verhaftung von vier Personen, welche als Anarchisten bekannt waren und gegen diese wurde die Amtshandlung eingeleitet. Einige Tage später wurden sechs Anarchisten verhaftet, welche die vorerwähnte Pulverfabrik zu Ombrèt in die Luft sprengen wollten. Bekanntlich wurden die notorischen Anarchisten von den Verhandlungen des internationalen Arbeitercongresses ausgeschlossen. Bereits am zweiten Congresstage ließen sie in mehreren Blättern eine Notiz veröffentlichen, in welcher sie behaupteten, vom Congresse ausgeschlossen worden zu sein, weil sie nicht die Ansicht der großen Mehrheit des Congresses zu theilen vermögen und in welcher sie den Beschluss mittheilten, am Samstag, den 22. August, in Ruben's Saale eine Versammlung abzuhalten, um die Öffentlichkeit aufzuklären. Bereits am 20. August fand eine Vorbesprechung (Conferenz) im „Colin“ statt, in welcher die freie Organisation der Anarchisten durch mehrere Redner aus verschiedenen Ländern zur Darstellung kam. Dies geschah in besonders heftiger Weise durch den Spanier Estève, der eine ähnliche Gruppierung wie die spanischen Anarchisten empfahl, nämlich eigene Gruppen für Redigiren und Verbreiten von Zeitungen, Gruppen für wörtliche Propaganda etc.

Das eigentliche Protestmeeting der Anarchisten gegen die Ausweisung aus dem internationalen Socialistencongresse fand am Samstag, den 22. August, abends 8 Uhr, im Saale Rubens zu Brüssel statt.

Die Anarchisten brachten in ihren Anklagen gegen die Congressmatadore vor, dass sie aus aller „Herren“ Länder hieher gekommen seien, um mit ihren Mitarbeitern den Kampf gegen das Capital aufzunehmen, dass sie aber als Dynamitarden abgewiesen wurden.

Diese Handlungsweise wurde von allen Rednern als eine Schande bezeichnet, worauf wieder, wie auf der Conferenz zwei Tage vorher, über die Taktik der Anarchisten gesprochen wurde, bis um Mitternacht die Versammlung mit dem Rufe geschlossen wurde: „Hoch die Anarchie!“

Holland.

In Holland hat die Arbeiterbewegung auch im Berichtsjahre keine Fortschritte gemacht. Es wurden zwar

einige Organisationen gegründet, so die der Sumpfarbeiter, mit 5000 Mitgliedern, dann der Bahnarbeiter, der Bahn-conducteurs etc., allein ein Anwachsen der socialistischen Partei wie in anderen Ländern und so große Bewegungen in Lohn- und Ausstandssachen kamen in Holland nicht vor. Es blieb zwar auch Holland von der Lohnbewegung nicht verschont, sie hat aber nirgends einen gefährlichen Charakter angenommen und meistens mit der Niederlage der Arbeiter geendet. Auf diese Weise endete der Strike der Weber von Enschede, der Landarbeiter im District Bildt und der Cigarrenarbeiter in Eulenburg.

Diese Niederlagen haben der socialistischen Sache in Holland aber weniger geschadet, als die Niederlage des Redacteurs des officiellen Parteiorganes „Recht vor Allen“, des bekannten Domela Nieuwenhuis. Dieser hatte noch in der letzten Generaldebatte über das Staatsbudget im Monate Februar als Deputirter der Kammer wiederholt Anlass genommen, die Verschwendung und Fahrlässigkeit der Regierung nachzuweisen, das Hinauswerfen der öffentlichen Fonds, dann auch die vollständige Unzulänglichkeit der verschiedenen Verwaltungen zu tadeln. Seine letzte Rede im Parlamente befasste sich mit der Lage der subalternen Beamten der Post, des Telegraphen und der Eisenbahn, für welche er den gesetzlichen achtstündigen Arbeitstag, wie für alle öffentlichen Unternehmungen und bei Arbeiten, welche für das Ministerium bestimmt sind, überhaupt fixirt haben wollte. Bei der bald darauf erfolgten Neuwahl der Abgeordneten für das Parlament erhielt er nur 215 Stimmen und verlor seinen Sitz in der Kammer. Es war natürlich, dass die socialistische Partei diese Niederlage nur dem Mangel des allgemeinen Stimmrechtes zuschrieb und dieser Umstand, sowie die Lorbeeren der belgischen Socialisten, welche wenigstens eine Revision der Verfassung in dieser Beziehung zugesichert erhalten hatten, ließen die holländischen Gesinnungsgenossen nicht mehr ruhen. Sie forderten daher in Wort und Schrift in der socialistischen Presse, in Broschüren und Flugschriften, sowie in Versammlungen das allgemeine Wahlrecht und riefen endlich eine solche Agitation hervor, dass ein Massenmeeting am letzten Sonntage im Monate Mai in Amsterdam eine Theilnehmerzahl von mehr als 30.000 Personen aufweisen konnte. Der Versammlungsort war eine große Ebene hinter dem Museum. Dortselbst waren acht mit Laubwerk und rothen Draperien verzierte Tribünen errichtet. Die Haupttribüne war mit rothen Standarten und französischen, belgischen und deutschen Fahnen geschmückt, während die holländische Fahne fehlte. In drei Stunden sprachen 16 Redner, davon zwei Frauen, dann ein Advocat und ein Arzt, welche sämmtlich das allgemeine Stimmrecht, aber auch eine gleichmäßigere Vertheilung der Steuern und Militärlasten verlangten. Zum Schlusse schickte die Versammlung ein Telegramm an die belgischen Socialisten ab, um ihnen zu ihrem Erfolg in dem Kampfe um die Verfassungsrevision Glück zu wünschen, worauf die Versammelten in Ruhe den Platz verließen.

Auf diesem Meeting wurde ein Pamphlet „Anschaulicher Unterricht in der Politik oder die drei gekrönten Schweine“ vertheilt. In dem Flugblatte wird die Welt als Schweinestall dargestellt, indem je nach der Regierungsform (absolutistisch, constitutionell oder republikanisch) jeder Vierfüßler mehr oder weniger aus dem allgemeinen Trog zugemessen erhält.

Während der Weihnachtstage hielten die holländischen Socialdemokraten in Amsterdam ihren jährlichen Parteitag ab, zu welchem nicht ganz 50 Delegirte, zumeist aus den nördlichen Provinzen des Landes, erschienen waren.

Der Congress, welcher mit dem Siege des bekannten Revolutionärs Domela Nieuwenhuis endete und der die „revolutionäre Taktik“ aufrecht erhalten will, und infolge dessen jede Verbindung mit der „Volkspartei“, die sich jüngst in Friesland auf minder revolutionären Grundlagen als die sogenannte socialistische Partei gebildet hat, ablehnt, war diesmal von besonderer Bedeutung.

Jede Änderung der socialistischen Liga erscheint ihm gefährlich, da der Socialismus keine Reformen wünscht, sondern die gänzliche Zerstörung der gegenwärtigen Grundlagen der Gesellschaft, um auf den Ruinen derselben eine neue errichten zu können. In diesem Sinne hat denn auch der Congress mit Einhelligkeit beschlossen, dass die socialdemokratische Partei eine stetige Propaganda zu Gunsten der den Militarismus betreffenden Resolution, welche die holländischen Delegirten auf dem internationalen Arbeitercongress in Brüssel vorgebracht hatten, entfalten müsse.

Außerdem wurde dem „Conseil Central“ ein Special-credit zur Fortsetzung der revolutionären Propaganda unter den Soldaten und zur Aufreizung derselben gegen das Ersatzsystem eröffnet und ferner beschlossen, dass der 1. Mai 1892 als Feiertag durch Aufzüge und Versammlungen öffentlicher und privater Natur gefeiert werden solle, sowie dass in Broschüren die Stellung der socialdemokratischen Partei gegen alle anderen Parteien besprochen werden würde. Schließlich wurde Domela Nieuwenhuis wieder zum Chefredacteur der Zeitschrift „Recht voor allen“ und Van Vliegen zum Redacteur des in Maastricht erscheinenden Blattes „Volkstribüne“ gewählt. Der nächste socialdemokratische Congress soll im Jahre 1892 in Amsterdam stattfinden.

Der Congress war diesmal, wie schon erwähnt, von größerer Bedeutung, weil von Seite der gemäßigten Fraction der Versuch gemacht worden war, den unvorsöhnlichen Agitator Nieuwenhuis, welcher es gewagt hatte am internationalen Arbeitercongresse zu Brüssel, sich den übrigen Parteiführern entgegenzustellen, zu stürzen.

Es wurde die Anklage, welche der Führer der gemäßigten Opposition, van der Goes, gegen Nieuwenhuis einbrachte, mit großer Majorität abgelehnt, nachdem dieser erklärt hatte, dass van der Goes nur ein Werkzeug der gemäßigten deutschen Socialistenföhler sei, welche ihn (Nieuwenhuis) als Führer der holländischen Socialdemokraten stürzen wollen.

Indem van der Goes zunächst aber seiner eigenen Person diene, als er sich dem Nieuwenhuis auf dem Parteitage entgegenstellte, vertrat er auch noch die Sache der sogenannten „Volkspartei“ in der Provinz Friesland, deren Programm zwar socialistisch ist, welche aber doch nicht zu dem „socialdemokratischen Bund“ zählt.

In der Mitte zwischen dem „socialdemokratischen Bund“ und der erwähnten „Volkspartei“ in Friesland stehen noch die mehr oder weniger socialistisch angehauchten Gewerkschaften, von denen aber zu erwarten ist, dass sie schon demnächst vollständig in das Lager des „socialdemokratischen Bund“ übergehen, so wie die alten Trades Unions in England es gethan haben.

Und endlich existirt noch eine neue Strömung der socialdemokratischen Bewegung Hollands, das sind alle jene Personen, welche dem „Bunde für das allgemeine Wahl- und Stimmrecht“ angehören.

Spanien.

In Spanien hat, wie im vorigen Jahresberichte erwähnt worden ist, Ende August 1890 der zweite Congress der socialistischen Partei zu Bilbao statt-

gefunden, welcher sich außer der Rechenschaftslegung des Nationalcomités und des Delegirten zum internationalen Pariser Congress noch mit folgenden Fragen beschäftigt hat: Die internationale Mai-Demonstration, der Wahlkampf, die Gefängnisarbeit und der internationale Brüsseler Congress.

Es wurde beschlossen: am 1. Mai überall, wo es möglich ist, zu feiern; an dem Wahlkampf theilzunehmen, eigene Candidaten aufzustellen und alle Compromisse mit der Bourgeoispartei zurückzuweisen; hinsichtlich der Gefängnisarbeit wurde beschlossen, am ersten Feiertage im Jänner 1891 eine Demonstration zu veranstalten, um von der Regierung eine Regelung zu erzwingen und endlich wurde beschlossen den internationalen Congress zu Brüssel zu beschicken, dortselbst aber die Idee eines Generalstrikes durch den Delegirten bekämpfen zu lassen.

Die nachfolgende Darstellung zeigt, inwieweit diese Beschlüsse im Jahre 1891 zur Durchführung gelangt sind. Die geplant gewesene Kundgebung der socialistischen Partei, am ersten Feiertage im Monate Jänner vor den Gefängnissen zu demonstrieren, hat nicht stattgefunden, da den Parteiführern das Zwecklose eines solchen Gebarens später einleuchtete.

Hingegen war die Theilnahme der socialistischen Partei an den Wahlen am 1. und 15. Februar 1891 eine sehr rege. Die Socialisten stellten eigene Candidaten in Madrid, Barcelona, Valencia, Cortagura, Bilbao und Cadix auf. Die Agitation nahm mit jedem Tage einen leidenschaftlicheren Charakter an, so dass in den Arbeitercentren außergewöhnliche Vorsichtsmaßregeln getroffen werden mussten. Da es jedoch ebenso sehr an Organisation als an Geld fehlte, so war es für die Partei nicht leicht möglich einen ihrer Candidaten durchzubringen und sie verzichtete auf einen Erfolg in dieser Richtung, noch ehe die Wahlen begonnen hatten.

Die Parteiführer benützten aber die Wahlen als Agitationsmittel und hielten dadurch, dass sie die Proletarier in Bewegung setzten, um an den Wahlorten zu erscheinen, Proben über die Stärke ihres Heerbannes ab.

Bei den später vorgenommenen städtischen Wahlen gelang es aber den Socialisten in der Stadt Biscaya vier und im Bergwerksdistrict von Biscaya einen Candidaten durchzubringen.

Wie im Jahre 1890 war auch im Berichtsjahre die Mai-Demonstration in Spanien von den radicalen Socialisten und Anarchisten am 1. Mai, von den gemäßigten Socialisten hingegen am Sonntage veranstaltet worden.

Am stärksten war sie in Barcelona und dann in Madrid. Hier wurden zwei Versammlungen abgehalten, die eine vormittags, die andere am Abend. Bei der ersteren hielt die Frau des englischen Socialisten und Abgeordneten Cunningham Graham eine Rede; vor der Abendversammlung hielten die Socialisten Madrids einen „Spaziergang“ im „Retiro“, in dem größten öffentlichen Garten dortselbst, ab. Die Absicht der spanischen Anarchisten die Mai-Demonstration mit einem Generalstrike einzuleiten, ist zwar misslungen, die Lohnbewegung blieb aber nicht aus.

Der Herd der socialistischen Bewegung in Spanien ist heute in Bilbao, in der Hauptstadt der Provinz Biscaya, und in den die Hauptstadt umgebenden Bergwerksdistricten. Dort ist die Arbeiterschaft fast durchaus socialistisch und von dort gingen die Lohnbewegungen zuerst aus. In diesem Districte haben die Bergarbeiter im Jahre 1890 die Arbeit eingestellt, um die vom internationalen Arbeitercongresse vorgeschriebenen Demon-

strationen auszuführen. Wegen dieser eigenmächtigen Einstellung der Arbeit entließ ein Bergwerksbesitzer alle jene, welche der socialistischen Mitgliedschaft von „La Arboleda“ angehörten, die ausschließlich aus Bergleuten besteht.

Infolge dieses Vorganges seitens des Arbeitsgebers stellten sämtliche Bergleute die Arbeit ein und verlangten die Wiederaufnahme der entlassenen Genossen, aber auch die Abschaffung der von den Unternehmern errichteten Verkaufsbuden und Arbeiterhäuser und die Herabsetzung der Arbeitszeit von 12 und 14 auf 10 Stunden. Den Arbeitern von „La Arboleda“ folgten bald sämtliche Arbeiter des Districtes, etwa 15.000 an der Zahl, verhielten sich jedoch ruhig.

Im Jahre 1891 wollten sie den Generalstrike proclamiren, falls aus Anlass der Mai-Feier wieder Maßregelungen stattfinden würden, aber die besonneren Elemente hielten zurück und beschlossen auf einer großen Versammlung zu Ortuella, lieber noch ein Jahr, und sei es auch länger, zuzuwarten, um noch weiter ihre Kräfte zu organisiren. In den Ausstand traten nur die Gießer, Steinhauer, Bäcker und die Arbeiter in den Papierfabriken. Von diesen Ausständen zu Bilbao war der der Bäcker am 31. Mai 1891 mit blutigen Consequenzen verbunden.

Mit dem Anwachsen der socialistischen Mitgliedschaften in Spanien, welche im Jahre 1890 die Zahl von 23 erreicht hatte, im Jahre 1891 aber auf 36 sich erhöhte, hat auch die Parteipresse sich vermehrt.

Dieselbe umfasst gegenwärtig 4 Wochenblätter: „El Socialista“ (der Socialist) in Madrid, „La Guerra“ (der Krieg) in Barcelona, dann „El Grito del Pueblo“ (Volksstimme) in Alicante und „La Lucha de Clases“ (der Classenkampf) in Bilbao.

An Broschüren hat die Partei Folgendes veröffentlicht: „Das communistische Manifest“ von Marx und Engels, „das Lohngesetz“ von Jules Quesde, „der Achtstundentag“ von Lafargue und einen Auszug von Marx's „Capital“ etc.

Mit Schluss des Berichtsjahres arbeitete die spanische Parteileitung an einer neuen, das ganze Land umfassenden Organisation, welche in erster Linie bezweckt, größere Geldmittel zu beschaffen, um die Lohnkämpfe mit Erfolg im Jahre 1892 durchzuführen.

Es sollen sechs Provinzialverbände geschaffen werden, welche auf je Ein Jahr einen Vorort erwählen, der die Verwaltung des großen Fondes übernimmt. Als Hauptorte der Verbände sind in Aussicht genommen: Bilbao, Barcelona, Zaragoza, Madrid, Valencia und Malaga.

Nach der Sachlage dürfte die Ausstandsbewegung im Jahre 1892 mit einem Bergarbeiterstrike in den baskischen Provinzen beginnen, für welchen schon jetzt agitirt wird.

Die anarchistische Partei in Spanien hat nach wie vor in Barcelona und in Andalusien ihren Hauptsitz.

In Barcelona wurden am 4. April 1891 sechs Anarchisten verhaftet, welche verdächtig waren, heimlich Dynamitbomben angefertigt zu haben.

Es fand eine Hausdurchsuchung bei den Verhafteten statt, bei welcher zahlreiche Revolver und Munition, aber keine Bomben vorgefunden wurden.

Wie im vorigen Jahre, fand am 11. November die Erinnerungsfeier „zu Ehren der Märtyrer von Chicago“ in Spanien an mehreren Orten des Landes, so in Valencia, Sevilla, am meisten wieder in Barcelona statt. Das anarchistische Blatt „El Productor“ erschien in einer „Prachtausgabe“, mit Beiträgen von Eliase Reclus, Kravotkin, Merlino, Malato und Louise Michel.

Portugal.

Die Arbeiterorganisationen dieses Landes hielten vom 7. Jänner ab durch sechs Tage im Sitzungssaale des Lissaboner Magistrates den ersten portugiesischen Arbeitercongress ab. Derselbe war von 230 Delegirten, meist Vertreter von gewerkschaftlichen Syndicaten aus Lissabon, Oporto, Evora und Setubal, besucht. Der Congress beschloss einstimmig, am 1. Mai nicht zu arbeiten und zu Gunsten des Achtstundentages zu demonstrieren. Die politische Organisation der portugiesischen Arbeiter als Arbeiterpartei und die Errichtung einer Arbeitsbörse wurde als das zunächst zu erreichende Ziel hingestellt. Zugleich sprach sich der Congress gegen alle Arbeitsausstände aus, die nicht wohl organisirt und vom Parteausschuss approbirt seien.

Vor allen Dingen seien alle chauvinistischen Tendenzen, alle colonialen Experimente und alle schutzzöllnerischen Sonderinteressen zu verwerfen, weil das kämpfende Proletariat Portugals nur durch die Kampfsgemeinschaft mit den Genossen aller übrigen Länder voranschreiten könne. In diesem Sinne wurden Deputationen erwählt, welche den einzelnen Ministerien die Proteste des Congresses gegen die Vertheuerung des Brotes, gegen die Zölle auf nothwendige Consumartikel und gegen die Monopole einzelner Actiengesellschaften überbringen sollten.

Eine andere Commission wurde zum Ministerpräsidenten entsendet, um die Beseitigung jenes Paragraphen des Strafgesetzes zu fordern, welcher den Strike als strafbares Delict bezeichnet.

Endlich wurden noch andere Commissionen ernannt, welche Gesetzanträge über Kinder- und Frauenarbeit, Sonntagsruhe, Fabriksinspectoren und Minimallohn ausarbeiten sollen, um diese später durch die zu errichtenden Arbeiterkammern der Regierung zu übermitteln. Die Congressbeschlüsse wurden auf einer Reihe von Versammlungen im Laufe des Berichtsjahres durch die Arbeiterführer Luiz Saares, Costa Leite und Luiz de Figueiredo im ganzen Lande bekannt gemacht und in erster Linie die Errichtung von Arbeiterkammern in Lissabon und Oporto angestrebt, für deren Unterbringung und Unterhaltung von den beiden Stadtgemeinden Baulichkeiten und Geldmittel verlangt wurden.

Endlich veranstalteten die vereinigten Arbeitergewerkschaften und socialistischen Vereine Portugals am 9. Juli zu Lissabon eine große Kundgebung, zu welcher die Führer der Socialisten aus den Städten des Landes eingetroffen waren. Es wurden wieder Deputationen an die Minister und die Kammern abgeschickt, um zu erklären, dass die arbeitenden Classen des Landes unmöglich noch länger die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Krisis auszuhalten vermöchten.

Die auf dem Congress im Jänner zu Lissabon in Aussicht gestellte Lohnbewegung kam im Laufe des Berichtsjahres nicht in Fluss.

Italien.

Im vorjährigen Berichte über die Arbeiterbewegung in Italien wurde noch der Thatsache erwähnt, dass die eigentlich socialistische und gewerkschaftliche Organisation noch unentwickelt sei. Dies trifft in diesem Jahre nicht mehr zu. Die Organisation der Arbeiter in Italien wächst, hat aber im großen und ganzen die Entwicklung wie in anderen Staaten noch lange nicht erreicht. Sie ist gefördert worden durch ein Zusammengehen der socialistischen Vereinigungen mit einigen politischen Verbindungen, welche im Monate April 1891 einen Aufruf an sämtliche Arbeiterparteien und Gruppen der ganzen

Welt gerichtet haben. Es haben nämlich 58 Vereine, darunter „Consolato“, „Operaio“, „Circolo Operaio Milanese“, „Circolo Operaio Socialista“, „Circolo XX. Dicembre“, „Volontari Garibaldini“, „Carabinieri Italiani“ etc. mit einem Comité aus 18 Personen, darunter die Deputirten Giovanni Bovio, Felice Cavalotti, Salvatore Barzilai, Andrea Costa, die Vereine und Arbeiter der ganzen Welt eingeladen, ein internationales Meeting für die Rechte der Arbeiter am 12. April 1891 in Mailand zu beschicken.

Der Aufruf wies auf das Internationale hin, denn die Zustände der arbeitenden Classe seien überall drückend und aussichtslos, überall nehme der gegen die Monopolisten des Capitals gerichtete Kampf seitens der Proletarier das Gepräge einer allgemeinen Auflehnung an und überall erwache unter dem Volke das Bewusstsein für seine geschmälerten Menschenrechte einzustehen und die Vorurtheile, sowie die Vorgewaltungen zu bekämpfen.

Es wurde in dem Aufrufe ferner auf den geschichtlichen Moment hingewiesen, dass sich in allen Ländern die Arbeiter regen, sich die Hände über die Grenzen reichen, und dass gegen den Bund der Mächtigen, der Begünstigten, sich der Bund der Arbeiter und Brodlosen gebildet habe. Von diesen Gedanken getragen, schloss der Aufruf, haben die unterzeichneten Vereine sich geeinigt, am 12. April 1891 ein internationales Meeting für die Rechte der Arbeit abzuhalten.

Dasselbe fand in den weiten Räumen des Theaters Cannobbiana zu Mailand statt. Aus Italien selbst waren zahlreiche Delegirte von Arbeitergesellschaften, Fachvereinen, politisch-radicalen, irredentistischen, socialistischen und social-revolutionären Gruppen erschienen, dazu waren viele Gäste aus Mailand gekommen, so dass wohl an 2000 Personen die Theaterräume gefüllt hatten.

Die Versammlung wurde von dem italienischen Socialisten Croce eröffnet und der Präses des Bundes der Mazzinisten zu Rom, Fratti, zum Präsidenten der Versammlung gewählt.

Es sprachen der Reihe nach Fratti, der die Versammlung begrüßte, dann Gustave Rouanet, ein Mitglied des Pariser Stadtrathes und Chef der „Revue Socialiste“, der die Grüße der radicalen Mitglieder des Pariser Municipalrathes überbrachte und die universelle Republik Hoch leben ließ, L. Jakoby, als Vertreter der deutschen Socialisten, der der Überzeugung Ausdruck gab, dass nur eine auf der Grundlage socialistischer Organisation aufgebaute Gesellschaft der Welt den Frieden geben und sichern kann.

Es sprachen noch der Anarchist Francesco Fernandez aus Barcelona und Galliani aus Montferat in so aufreizender Weise, dass sie wiederholt über Andringen des behördlichen Abgeordneten unterbrochen wurden.

Es ging auch noch weiter ungemein lebhaft zu bei den Berathungen, welche endlich zu folgender, etwas unklarer Resolution führten:

„Die internationale Versammlung für die Rechte des Volkes, gehalten am 12. April zu Mailand, erklärt, dass die Arbeit alle ihre Rechte nur erlangen kann, wenn durch die bewusste Thatkraft der Arbeiter die Ausbeutung durch das Capital aufhört,

dass die sociale Befreiung der Arbeiter darauf gerichtet sein muss, die Vergesellschaftlichung („Socializzazione“) der Reichthümer zu erlangen, und dass diese einen wesentlich internationalen Charakter haben muss und beschließt:

Die arbeitende Classe zu dem Ziele zu organisiren, dass sie mit allen ihren zusammenwirkenden

Kräften und mit allen möglichen Mitteln die radicale Erneuerung der Gesellschaft in ihren ökonomischen, politischen und moralischen Beziehungen sich erobere. Für dieses Ziel soll die Feier des 1. Mai als Volkskundgebung gelten.“

Wie denn überhaupt italienische Versammlungen zumeist unruhig verlaufen, so war dies auch bei dieser Versammlung „für die Rechte der Arbeit“ der Fall.

Von diesem Meeting ab, war das Bestreben der italienischen Parteiführer nur dahin gerichtet, die Mai-Feier zu einer riesigen „Volkskundgebung“ zu gestalten.

Die Agitation in dieser Richtung dohte sich auch auf die Landbevölkerung aus, bei welcher eine Unzufriedenheit wachgerufen wurde, welche in der Provinz Palermo wenige Tage vor dem 1. Mai zu Ausschreitungen geführt hat.

Es versammelten sich in Cerda 2000 Landleute auf dem Hauptplatze, drangen in die Gendarmeriekaserne, befreiten ihre im Laufe des Tages verhafteten Anhänger und wendeten sich dann gegen das Gemeindeamt, wo sie die Steuerregister vernichteten. Dass an dieser Auflehnung die socialistische Bewegung einen Antheil hatte, ergab sich daraus, dass die Socialisten ihre Thätigkeit lange Zeit vorher auf die ländliche Bevölkerung Italiens ausgedehnt und dort viele Anhänger gefunden hatten.

Natürlich blieb die Agitation in den Städten darum nicht zurück und insbesondere hatten es die Parteiführer auf die Hauptstadt abgesehen, in welcher am 21. April im Locale des Veteranenvereines der Anarchistenführer Cipriani eine Brandrede gegen die Monarchie, das Papstthum und das Bürgerthum gehalten hatte. Er ging hiebei so weit, dass er das Ministerium wegen dessen Verbots der öffentlichen Kundgebung am 1. Mai schmähete und unter dem Beifalle von 150 versammelten Socialisten und Anarchisten dennoch zu einer öffentlichen Feier des 1. Mai, sowie zum bewaffneten Widerstand gegen die Polizei aufforderte.

Nach solchen Verhetzungen kam der 1. Mai heran. Dass diesmal die Mai-Feier in Rom besonders demonstrirt werden sollte war vorauszusehen.

Am Vormittage war die Stadt ruhig; viele Geschäfte waren geschlossen, die Straßen weniger begangen und befahren als sonst. Um 1 Uhr nachmittags rückten die Truppen nach dem höheren Stadtviertel, wo das Meeting stattfinden sollte. Zwei Arbeiter, welche auf den Ruinen des sogenannten Trionto di mario am Victor Emanuel Platz eine rothe Fahne aufzupflanzen versuchten, wurden verhaftet und bekannten sich als Anarchisten. Andere vertheilten eine Festzeitung, welche von den radicalen Socialisten Gnochi-Viani, Penna, Labriola, von dem vorher genannten Anarchisten Cipriani und dem Irredentisten Barzilai herausgegeben war.

Einen friedlichen Anfang hatte das Meeting genommen. Mitten auf dem Platze von Santa Croce stand eine aus rohen Balken gezimmerte Kanzel mit zwei Fahnen: die rothe der republikanisch-socialdemokratischen Giuventu operosa und die schwarze des Oberdank-Vereines, welcher sich offen zu den Anarchisten geschlagen hatte. Die Abgeordneten Maffi, Ferrari und Barzilai vertraten die äußerste Linke.

Cipriani, welcher erst später gekommen war, wurde mit Hurrahrufen und Fahenschwenken empfangen. Als erster Redner trat der Setzer Corradetti auf. Er ermahnte die Genossen, leeren Worten zu entsagen und zur That zu schreiten, doch nicht zur rohen That, sondern zum allgemeinen Ausstand. Seine Worte fanden nicht den Beifall der Menge. Der zweite Redner rieth, den Weigerungen der Capitalisten die Fäuste entgegen zu setzen.

Das zweite wirkte schon besser. Rufe wie: „Fangen wir gleich an!“ wurden hörbar. Nochmals kam ein Redner und apostrophirte die Menge mit den Worten: „Genossen, man will Euch zur Dummheit verleiten! Er ist ein gemeiner Hetzer!“

Bei diesen Worten brach ein ungeheurer Lärm aus, der Redner wurde von der Tribüne herabgerissen, welche nunmehr Cipriani besteigt.

„Genossen“, sagte er, „Heute bitten wir, morgen werden wir befehlen. Wer Euch heute zu Gewaltthaten verleiten will, der weiß nicht, was er thut. Seht überall die blitzenden Bajonnette! Einigt Euch und wartet heute. Heute ist der Tag des Friedens. Geht nun und rüstet Euch!“

Der bisherige Verlauf des Meetings war offenbar einigen Anarchisten noch zu zahm, denn obwohl Ciprianis Rede den Schluss des Meetings bedeutete, bestieg noch ein Unbekannter die Tribüne und ergriff das Wort. Auf die Frage nach seinem Namen, erwiderte er: „Ich bin Anarchist und das genügt!“ dann rief er: Thaten, Thaten, Thaten! und sprang von der Tribüne herab. Ein Gendarm wollte ihn ergreifen, wurde aber im selben Augenblicke von dessen Genossen niedergestochen. Gleichzeitig begann der Pöbel die Truppe mit einem Steinhaapel zu bewerfen, so dass die Truppe nun mit Brachialgewalt vorgehen musste. Von den Soldaten verfolgt, flohen viele Anarchisten in die nächstgelegenen Häuser, drangen in die Wohnungen ein und begannen von den Fenstern derselben die Truppen zu bewerfen, doch wurde die Ruhe bald hergestellt. Es gab Verwundete auf beiden Seiten, davon zwei Schutzleute mit sehr schweren Wunden, ein Gendarm blieb todt am Platze. Unter den Verwundeten befanden sich 4 Officiere, 25 Soldaten und 8 Personen vom Civilstande, wovon eine bald nachher an einer Schusswunde gestorben ist. Auch Cipriani und Barzilai waren verwundet.

In der italienischen Kammer war eben Sitzung, als Maffi in den Sitzungssaal trat und dem Präsidenten der Kammer in seinem Sinne berichtete.

Die Vorgänge des 1. Mai beschäftigten die italienische Kammer auch noch in den folgenden Tagen. Fast einstimmig wurde das Verhalten der Armee und der Functionäre gebilligt und die beantragte Tagesordnung in betrefis des Vertrauens für die Regierung mit überwältigender Majorität von der Kammer angenommen.

Am 2. Mai früh weigerten sich die bei dem Baue des Justizpalastes jenseits der Tiber beschäftigten Arbeiter die Arbeit aufzunehmen, indem sie die Verriingerung der Arbeitszeit und eine Erhöhung des Lohnes verlangten. Mehrere Ansammlungen wurden aber von behördlichen Organen ohne Schwierigkeit zerstreut. Den Vorgängen des 1. Mai, welche die Verhaftung von mehr als 100 Personen zur Folge hatte, musste das Nachspiel vor dem Strafgerichte folgen. Die Voruntersuchung nahm sehr lange Zeit in Anspruch und brachte die socialistische Partei in ungemeine Aufregung, bis der Process am 15. October seinen Anfang nahm.

Der Monstreprocess gegen die Anstifter der Straßenkämpfe in Rom am 1. Mai wurde nach mehr denn zweiwöchentlicher Dauer am 31. October auf 14 Tage verlagert. Der Präsident erklärte in der vorletzten Sitzung ein Decret verlesen zu haben, wornach nach Ablauf dieser Frist der Process in Abwesenheit der Angeklagten fortgesetzt würde, da letztere durch ihre Insubordination gegenüber dem Gerichtshofe und ihr lärmendes, unanständiges Betragen den regelmäßigen Gang der Verhandlung unmöglich gemacht hätten. Dasselbe Decret verurtheilte die Vertheidiger, welche an Ausfällen gegen das

Gericht und Scandalmachen hinter den Angeklagten nicht zurückgeblieben waren, solidarisch zur Tragung der durch die Vertagung verursachten Kosten.

Niemand hatte bei dem heillosen Lärm, der zum Schlusse der vorletzten Sitzung herrschte, die Verlesung dieses Decretes gehört.

Der Process gewährte einen Einblick in den Stand der anarchistischen Bewegung in der italienischen Hauptstadt, über die man bis jetzt noch ganz im Unklaren war. Es waren 63 Angeklagte, welche sich wegen der Straßeneuere vom 1. Mai vor einem Erkenntnissenate von drei Richtern zu verantworten hatten.

Die Anklage lautete für Alle dahin, sich seit Beginn des Jahres zum Zwecke verbunden zu haben, um Delicte gegen die Sicherheit des Eigenthums und der Person zu verüben und überhaupt die bestehenden staatlichen Institutionen umzustürzen. Außerdem wurden einzelne wegen Widersetzlichkeit gegen die bewaffnete Macht, Aufreizung hiezu etc. beinziehtigt.

Die Vertheidiger, 34 an Zahl, rekrutirten sich aus den radicalsten Advocaten.

Drei derselben waren Deputirte von dem äußersten linken Flügel, also Republikaner.

Barzilai hingegen, welcher am 1. Mai eine so traurige Rolle gespielt hatte, zog es vor, ganz von der Bühne abzutreten, so dass er weder als Vertheidiger, noch als Zeuge erschien.

Es musste zunächst auffallen, dass der Process nicht vor dem Geschwornengerichte, sondern infolge Ministerialdecretes vor einem eigens hiezu delegirten Erkenntnissenate sich abspielte.

Diese im Gesetze vorgesehene Maßregel war durch das Bestreben der Regierung motivirt, endlich einmal mit Strenge gegen die Anarchistenführer vorzugehen.

Hier war wohl vor allem die Erwägung maßgebend, dass trotz der größten polizeilichen Überwachung, das System der Einschüchterung der Jury gegenüber sicherlich zur vollen Entfaltung gebracht und höchstwahrscheinlich zu einem freisprechenden Verdict geführt hätte.

Bezüglich der Zeugen war dieselbe Befürchtung ausgeschlossen, denn die große Mehrzahl der Belastungszeugen gehörte der bewaffneten Macht, Armee, Carabinieri und Sicherheitswache an, welche zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung am 1. Mai ausgerückt waren.

Wie vorauszusehen, begann die Vertheidigung mit Aufwerfung der Competenzfrage.

Zunächst wurde betont, dass es sich nicht um gewöhnliche Gewaltacte und gemeine Verbrechen, sondern um politische Delicte handle, daher einzig und allein die Geschwornen, d. h. Volksgerichte berufen seien, ein Verdict abzugeben.

Seitens der Vertheidiger wurden große Reden voll bombastischer Declamationen gehalten. Am ärgsten trieben es natürlich jene unter ihnen, welche als republikanische Deputirte gewählt, mithin sich nicht nur auf ihre Immunität etc. was zugute thun konnten, sondern auch für ihre Popularität zu sorgen hatten.

Der Abgeordnete Santini berief sich auf die Beispiele Frankreichs, Belgiens und der Schweiz. Die Angeklagten seien nicht gemeine Verbrecher.

Das Anarchistenprogramm sei ein politisches Programm von freien Männern. Ein anderer Advocat schrie: „Nicht hier“, auf die Anklagebank weisend, „sondern dort sitzt die gerichtliche Anarchie.“ Die Angeklagten und das Publicum ergingen sich in lärmenden Beifallsäußerungen, und der Präsident musste eine ganz

un glaubliche Langmuth an den Tag legen. Der Gerichtshof berieth am zweiten Sitzungstage volle dreieinhalb Stunden über die Competenzfrage, die er im affirmativen Sinne entschied. Natürlich wurde hingegen die Nullitätsklage angemeldet.

Gleich in der ersten Sitzung protestirten Angeklagte und Vertheidiger laut gegen die schlechte Luft in dem viel zu kleinen Gerichtssaale und dagegen, dass sie auf den Anklagebänken zu gedrängt sitzen. Sie drohten ganz offen, dass sie in der nächsten Sitzung nicht mehr erscheinen würden, wenn man ihnen nicht einen größeren Saal zur Verfügung stellen würde. Sie vorwarfen sich entrüstet gegen die Leibesuntersuchung, die vor jeder Verhandlung anbefohlen wurde, als wären sie schwere Verbrecher.

Während der Verhandlung sprachen die Angeklagten, ganz ungenirt rauchend, mit dem Publicum, welches sich größtentheils aus ihren Freunden, Genossen und Mitgliedern ihrer Familie zusammengesetzt hatte.

Letztere zollten natürlich rauschenden Beifall den Declamationen der Vertheidiger und Inculpaten. Die Angeklagten, deren Verhör allein mehr als acht Sitzungen ausfüllte, sprachen nicht wie Leute, die sich verantworten, sondern wie Volkstribunen und Demagogen, die ihre volksbeglückenden Theorien dem souveränen Volke (repräsentirt durch das Publicum im Saale) verkünden und gegen die Vergewaltigung durch die Söldlinge der Regierung feierlich protestirten.

Einige der Inculpaten waren typische Figuren, welche bei ähnlichen Processen immer wiederkehren. Es ist daher nicht ohne Interesse sie kurz zu schildern.

In erster Linie stand Cipriani, das Haupt der Revolutionären in ganz Italien, wie sie im classischen Lande der Conspirationen allein zu find en sind. Er konnte sich nicht seiner sämtlichen Verurtheilungen entsinnen; allein sie seien alle ohrenvoll, weil im Dienste des Volkes zugezogen. Auch gab er zu, wegen Mordes in Ancona zu 20 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden zu sein, allein gegen dieses falsche Urtheil hätten zwei Wahlcollegien durch seine Entsendung als Deputirter ins erste nationale Parlament protestirt. Er kam erst am 14. April nach Rom, war aber sofort der Mittelpunkt der ganzen Vorbereitungen für die Versammlung des 1. Mai. Er leugnete, gerade so wie alle anderen Angeklagten, den Bestand einer anarchistischen Conföderation, die sämtliche Zweigvereine zusammenfasse, allein diese Conföderation werde doch zustandekommen, rief er trotzig aus.

Neben ihm erschienen einige Berufssagitoron, die an der Spitze der anarchistischen Zweigvereine stehen, oder auch in ganz Italien herumreisen. Meistentheils frühere Arbeiter, haben sie ihr Handwerk gegen das lohnendere Amt des Conspirirens aufgegeben, denn sie geben selbst zu, durch Subscription ihrer Genossen und aus Vereinsfonds die Mittel für ihren Lebensunterhalt zu schöpfen. Das Charakteristische war, dass sie, mit wenigen Ausnahmen, wiederholt wegen körperlicher Verletzungen, Widerstand gegen die Polizeiorgane und subversive Reden in Volksversammlungen verurtheilt waren.

Den verkommensten Typus fand man in Palla (alias Landi), welcher durch seine Brandrede mit dem tollen Schlusse „Siamo pronti“ das Signal zum Beginne der Thätlichkeiten gab, indem er gleichzeitig mit glücklichem Dolche von der Tribune sprang. Selbst seine Mitangeklagten geben zu, er sei sofort darnach verschwunden und einige derselben wollten in ihm sogar einen Agent provocateur erkannt haben. Er hatte eine

höchst bewegte Vergangenheit, hatte die verschiedensten Handwerke und Berufe versucht, ohne es je in einem auszuhalten. Er war in Süd- und Nordamerika und gab zu, daß er sich in New-York von einer Schneiderin aushalten ließ. In Montevideo wurde er als Anarchist und wegen Fälschung verurtheilt. Dann kehrte er nach Europa zurück, machte Spanien, England und Frankreich unsicher, wurde von einem italienischen Consul repatriert und war erst am 28. April nach Rom gekommen, um mit Cipriani sofort in den lebhaftesten Verkehr zu treten. Journalisten fehlten auch nicht auf der Anklagebank, unter ihnen sogar der Berichterstatter des „Popolo Romano“ und „Corriere di Napoli“, aber auch ein Doctorand, der gleichzeitig Beamter der Commune war. Er betheiligte sich in activer Weise an allen vorbereitenden Versammlungen, die dem Monstreemeeing vom 1. Mai vorangingen, war Redacteur einer unterdrückten socialistischen Zeitung gewesen und verfasste Manifeste an die Arbeiter.

Die eigenthümlichste Erscheinung war der deutsche blonde Student Körner, welcher seit 1½ Jahren in Rom weilte, um speciell in der römischen Universitätsjugend für seine gesellschaftlichen Ideale Propaganda zu machen. Kaum 22 Jahre alt, von großer Belesenheit, der italienischen Sprache vollkommen mächtig, scheint er sofort eine führende Rolle eingenommen und unter den dortigen Studenten, selbst bis in die sogenannten Philosophiejahrgänge (7. und 8. Gymnasialklasse), Anhänger erworben zu haben.

Er entwickelte in längerer Rede vor dem Gerichtshofe sein auf Abschaffung der Familie, des Privateigenthums und der constituirten Staatsgewalt zielendes Programm, welches er durch Vorbereitung und Aufklärung des Volkes auf friedlichem Wege zu verwirklichen strebe.

Anarchie definirte er als das Gesellschaftssystem ohne Regierung, das heißt ohne die jetzige, auf Gewalt beruhende Herrschaft der Minderheit. Revolution wolle er als Resultat der Evolution, das heißt einer langsamen Entwicklung, die er eben unblutig durchführen möchte. Er machte den Eindruck eines aufrichtigen, aber deswegen umso gefährlicheren Schwärmers, der durch seine Dialectik unter den Hitzköpfen der studierenden Jugend viel Unheil anrichten könnte.

Neben den Führern sah man aber auch mehrere harmlose, offenbar verführte Arbeiter als Angeklagte, die nie einer Association irgend welcher Art angehört, deren Vorleben makellos war und die am 1. Mai die Volksversammlung im guten Glauben besuchten, dass es sich um eine friedliche Demonstration für den Achtstundearbeitstag und andere legitime Forderungen ihres Standes handle.

Interessante Details waren den Aussagen des Polizeiinspectors Poli zu entnehmen, welcher mit der speciellen Überwachung der Revolutionären betraut war. Eben diese Aussagen riefen einen solchen Sturm der Entrüstung unter den Angeklagten und Vertheidigern hervor und veranlassten jene tumultuösen Scenen, welche zur Vertagung des Processes führten.

Darnach datirt die ganze Organisation erst vom Beginn des Jahres 1891, die Einladungen zu dem Ende vorigen Jahres in Capolago stattgefundenen Socialistencongresses waren der unmittelbare Anlass hiezu. Im October und November 1890 wurden zwei vorbereitende Versammlungen in Rom gehalten, an denen sich etwa 125 Affiliirte betheiligten, welche einen der Angeklagten als Vertreter Roms nach Capolago gesendet und überdies den Beschluss gefasst hatten, sich an den Municipal-

und Parlamentswahlen nicht zu betheiligen, um sich auf einen andern heftigen Kampf mit den „Ausbeutern“ vorzubereiten.

Der Socialistencongress in Capolago wurde von den Anarchisten majorisirt, welche auch Resolutionen durchsetzten, die in erster Linie die Organisirung der Anarchistenpartei in ganz Italien ins Auge fassten.

Auf Grund dieses Programmes bildeten sich im Beginne des Jahres in Rom vier, nach Localdistricten benannte Clubs oder auch Gruppen. Dazu gesellten sich noch andere nach Berufsclassen benannte, wie die Gruppe der Bäcker, die Gruppe „Giustizia“, unter Leitung Körner's, und die aus den äußersten Revolutionären gebildete Gruppe, „La gioventù ribelli.“ Außerdem gab es sogenannte Wilde — die keiner besonderen Gruppe angehörten.

Man wollte in Rom eine Zeitung mit dem Titel „La questione sociale“ herausgeben. Dieselbe wurde aber unterdrückt.

Zunächst waren die sämtlichen Gruppen noch zu wenig zahlreich und hatten keinerlei Einfluss. Es kamen jedoch besonders günstige Umstände hinzu, welche ein weiteres Feld für die Agitation der extremen Partei eröffneten.

Die Baukrise in Rom, das Feiern vieler industrieller Etablissements und die große finanzielle Misère in ganz Italien mit geschwächter Consumtionsfähigkeit in ihrem Gefolge musste vielen Fabriks- und gewerblichen Arbeitern ihren Broderwerb entziehen und zum mindesten Arbeit selten und billig machen. Auch die Regierung war gezwungen zu sparen und viele in den Arsenalen und sonstigen Ateliers beschäftigte Arbeiter zu entlassen. Dazu kam der wirklich strenge Winter 1890/91, der die brodlosen niederen Classen hart traf. Kein Wunder, dass in letzteren eine düstere, überaus unzufriedene Stimmung herrschte. Seitens socialistischer Arbeiterführer wurde sodann im Februar l. J. eine Versammlung nach der Piazza Dante einberufen, welche von der Regierung und der Gesellschaft Arbeit, das heißt Anerkennung des Rechtes auf Arbeit und entsprechende Entlohnung durch die Gesamtheit vindiciren sollte. Die Versammlung nahm einen ruhigen Verlauf, bis die bekannten Anarchistenführer erschienen, gegen die zahme Resolution Protest einlegten und energische offene Agitation in ganz Italien gegen die bestehende Regierungs- und Gesellschaftsform verlangten. Die Versammlung musste aufgelöst werden. Ganz ähnlich war der Verlauf einer zweiten Arbeiterversammlung im März. Auch hier intervenirten die Anarchisten und zwei der Rädelsführer wurden verhaftet und wegen Aufwiegelung verurtheilt. Allein, es war indessen klar geworden, dass die heftigere Tonart unter den Arbeitern immer mehr Anklang fand. Die redegewandten Professionsagitatoren benützten geschickt den angehäuften Zündstoff, um unter den socialistischen und anderen ganz gesetzlich gesinnten Arbeitern Propaganda zu machen.

Die Eintheilung in locale Gruppen erleichterte die persönliche Einwirkung der Führer auf die einzelnen Unzufriedenen. Unterdessen schadeten erstere durch Organisirung der Emeute am 1. Mai ihrer eigenen Sache am allermeisten.

Der Regierung ist dadurch die Handhabe geboten worden, die thätigsten und gefährlichsten Elemente unter den hauptstädtischen Anarchisten unschädlich zu machen und auf diese Weise ihre gesetzwidrigen Agitationen, die in Rom noch kaum Wurzel gefasst hatten, auf einige Zeit hin lahm zu legen.

Der Process wurde erst am 1. Februar 1892 unter dem neuen Präsidenten Ostermann wieder aufgenommen, jedoch erst am 24. März 1892 beendet. Die Vertheidiger hatten auf das Wort verzichtet und dem Gerichtshof die Verantwortung für den Urtheilsspruch überlassen. Der Gerichtshof lehnte die Forderung des Staatsanwaltes ab, die Angeklagten als einen Verband zur Begehung von Verbrechen zu betrachten. Cipriani und Polla wurden zu zwei Jahren und acht Monaten Einzelhaft und zu hohen Geldbußen, der deutsche Student Körner zu zwölfmonatlicher Haft, andere 49 Angeklagte zu 10—30 Monaten und zu entsprechenden Geldbußen verurtheilt. Zehn Angeklagte wurden freigesprochen.

Der Gang der Arbeiterbewegung in den großen Industriestaaten Europas, der sich namentlich durch Abhalten von Parteitag und Arbeitercongressen kennzeichnete, auf welchen die Fragen über Organisation und Taktik in dem Vordergrund standen, ist nicht ohne Rückwirkung auf die Arbeiterbewegung Italiens geblieben.

Die Vorfällen am 1. Mai haben die Mehrheit der Arbeiter von der Unfruchtbarkeit der anarchistischen Propaganda überzeugt und eine ähnliche Taktik angerathen wie die der deutschen, französischen und englischen Socialisten. Die italienischen Parteiführer beschlossen daher nach heftigem Kampfe mit den Anarchisten eine italienische Arbeiterpartei zu bilden, welche an den Kämpfen des politischen Lebens theilnehmen, an den Wahlen und anderer parlamentarischer Thätigkeit sich betheiligen soll.

Es ist daher die italienische Arbeiterpartei mit dem Jahre 1891 in das Fahrwasser der Bewegung, wie in den großen Industriestaaten getreten, als sie die Einladung zu dem ersten Vereinigten Arbeitercongress Italiens ausgesendet hatte.

Dieser nationale Congress fand am Sonntag und Montag, den 2. und 3. August 1891, in Mailand im Saale des „Consolato operaio“ statt.

Es waren sämtliche Arbeitervereine und Organisationen Italiens, ohne Rücksichtnahme auf die Richtung der politischen Gesinnung, zu diesem Congress eingeladen worden und es erschienen thatsächlich mehr als 200 Delegirte, welche mehr als 400 Organisationen auf dem Congress vertreten haben.

Auf dem Congress waren unter andern die Abgeordneten Maffi, Agnini und Prampolini, dann eine Frau namens Anna Maria Mozzoni anwesend; als Hauptberichterstatter fungirte Turati.

Die Sitzungen des Congresses wurden mit einem Antrag der Arbeiterkammer von Turin eröffnet, mit welchem die innigste Theilnahme für die wegen der Vorgänge des 1. Mai eingekerkerten Arbeitergenossen ausgesprochen wurde.

Die von dem Congress, nach oftmals stürmischen Debatten, in den beiden Tagen angenommenen Beschlüsse lauteten:

„I. Über Schutzgesetze, Vereinigungsrecht, Strikes und über Haltung und Pflichten der Arbeiterclassen gegenüber dem Militarismus.

In Erwägung, dass der wahre und vollständige Schutz der Arbeiter nur bewirkt werden und bestehen kann in dem Besitzergreifen der Mittel, der Instrumente der Arbeit,

dass der Bourgeoisstaat als Vertreter der dem Arbeiterwohl entgegengesetzten Interessen des Capitalismus einen wirklich ausreichenden Schutz der Arbeiter nicht gewähren kann, dass aber trotzdem

auch auf dem Boden des capitalistischen Staates die Arbeiterclassen durch eine hinlänglich starke Organisation die herrschende Classen zwingen kann, mindestens die allerdringendsten, unaufschiebbaren und unentbehrlichsten Sicherheits- und Schutzmaßregeln für die Arbeiter und ihre Familien zu treffen, wodurch die Arbeiterclassen physische und geistige Kraft gewinnen kann, den Befreiungskampf zu führen und auszuhalten,

dass auf dem heutigen Gesellschaftsboden das natürliche Organ für die Ausführung solcher Schutzmaßregeln der Staat ist und dass in den angegebenen Grenzen auch der gegenwärtige Staat hier helfend und schützend eintreten kann und muss,

dass in der That schon alle anderen Industriestaaten der Erde Schutzgesetze für die Arbeiter geschaffen haben mit wenigen Ausnahmen, und unter diesen leider Italien — dessen einziges bisher beschlossenes Schutzgesetz, das über die Kinderarbeit, eine wahre und reine Ironie ist und in dieser seiner vollkommenen Unzulänglichkeit noch dazu tagtäglich von den Anwendern und Fabrikanten ungestraft verletz wird,

dass die Hauptforderungen, welche vom Staat zum Schutze der Arbeiter verlangt werden müssen, sind:

- a) Normalarbeitstag von 8 Stunden,
- b) wöchentliche Ruhepause von wenigstens 36 ununterbrochenen Stunden,
- c) sorgfältige Aufsicht über gefährliche und der Gesundheit schädliche Industrien,
- d) Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren, verbunden mit einem ernstem obligatorischen Volksunterricht,
- e) allgemeine Kranken- und Invalidenversicherung der Arbeiter auf Kosten des Staates,

dass ferner die Nothwendigkeit vorliegt, dass die Arbeiter jedes Landes einander Mittheilung machen und Rechnung legen können über die Bedeutung und die bisherigen Erfahrungen ihrer schon wirksamen Schutzgesetze und über zu wünschende Verbesserungen,

dass endlich die Hauptursachen, weshalb die Schutzgesetze der Arbeit durch die dagegen verbundenen Capitalisten so oft wirkungslos gemacht worden sind: die Unzulänglichkeit der politischen Macht der bisher bestehenden Arbeiterorganisationen und die mangelnde Aufsicht der Fabrikinspectoren, die allein aus dem technisch gebildeten Personal der Arbeiter selbst ernannt werden sollten, als der einzigen wahren Betheiligten und Interessirten dieser Frage,

beschließt der Congress:

1. dass seine Vertreter auf dem Congress zu Brüssel die Nothwendigkeit betonen sollen, dass in der Organisation der Arbeiter fortwährend eine politische Agitation mit allen möglichen Mitteln zu dem Zwecke gefördert werde, um vom Staate in den genannten Punkten einen wirksamen Arbeiterschutz zu erlangen,

2. die Vertreter sollen außerdem vorschlagen, dass eine populär gehaltene, in den verschiedenen Sprachen übersetzte Schrift veröffentlicht werde, wodurch die Arbeiter sich ohne Schwierigkeit über die Bedeutung und die Wirkungen der Schutzgesetze der Arbeit in den verschiedenen Industrieländern belehren können,

3. dass dieser Gegenstand der Schutzgesetzgebung auf der Tagesordnung des nächstjährigen italienischen Arbeitercongresses gesetzt werde, auf welchem die italienischen Arbeiter ein praktisches und ausgearbeitetes Programm für diese Frage festsetzen können.

Am zweiten Tage wurde die Berathung über den ersten Punkt der Tagesordnung fortgesetzt. In Bezug auf das Coalitionsrecht und seine Garantien erfolgte der Beschluss:

„In Erwägung,

dass das Coalitionsrecht der Arbeiter, ihre einzige Vertheidigung gegen die übermäßige Ausbeutung der Arbeit wirksam nur gesichert werden kann durch ein starkes und verständiges Bündnis der gewerblich organisirten Arbeiterklasse zwischen den verschiedenen Industrie- und Ackerbauländern,

dass zur Beschleunigung und zur Wirksamkeit dieses Bündnisses die Arbeiterkammern und die internationalen Secretäre der Arbeit beitragen müssen,

dass es nothwendig ist, den Regierungen die weiteste Anerkennung des Coalitionsrechtes abzugewinnen, welches wie jedes Recht gegründet sein muss auf den Willen der Mehrheit der zunächst Beteiligten (Interessirten), — und ebenso ihr, der Regierung, die Aufhebung aller derjenigen Gesetze abzu-zwingen, welche die Wirkung des Coalitionsrechtes illusorisch machen und vernichten, so vor allem das bewaffnete Dazwischentreten des Staates zu Gunsten der Anwender und Capitalisten, sei es, um die Strikenden als eine Reservearmee des Capitals zu ersetzen, sei es, um sie einzuschüchtern, alles dies unter dem Vorwand der öffentlichen Ordnung nach Artikel 165 und 167 des neuen italienischen Strafgesetzbuches, welche Artikel unter dem lügnerischen Vorgeben der „Freiheit“, in Wirklichkeit die Strikefrage dem gemeinen bürgerlichen Rechte entziehen,

dass eine wirksame Schirm- und Schutzwache des Coalitionsrechtes nur geleistet werden kann von Organisationen der Beteiligten an den einzelnen Orten, welche, Alle für Jeden und Jeder für Alle stehend, sich der von ihren Anwendern oder durch Prozesse und ungerechte Verurtheilungen verfolgten Arbeiter annehmen, beschließt der Congress, ihren Vertretern auf dem Brüsseler Congress aufzugeben, für alle die Mittel zu kämpfen, welche die Verstärkung des Bündnisses der Arbeiterkräfte und die Aufhebung der Verhinderungsgesetze in dem genannten Sinne bewirken können, endlich

auf die Tagesordnung des nächsten italienischen Arbeitercongresses den Antrag einer Agitation zu setzen, für Abschaffung der genannten Artikel 165 und 167 des neuen Strafgesetzes und ein gemeinsames Hilfscomité zu bilden für die Opfer der capitalistischen und Strafverfolgungen in Rücksicht auf Strikes und Coalitionsrecht.

In Rücksicht auf die Stellungnahme der Arbeiter zum Militarismus lautet der Beschluss:

In Erwägung,

dass der Militarismus nichts anderes ist als die Anwendung der Macht und Gewalt zum Schutze und zur Aufrechterhaltung der bevorrechteten (privilegirten) Classen und Einrichtungen,

dass die Verrichtungen des Militarismus die freie und vernünftige Entwicklung des menschlichen Fortschrittes verhindern, da sie in dem socialen Geiste der Völker und Nationen eine Voreingenommenheit schaffen, welche dem wahren Wohle der menschlichen

Gesellschaft, der Vervollkommnung und Befreiung ihrer Mitglieder, so furchtbar entgegenwirkt und eine Production hervorrufft, bestimmt zu Mord und Zerstörung, welche Production eine gewaltige Verwüstung wirtschaftlicher Kräfte darstellt, beschließt der Congress:

die Arbeiterjugend zu den Gefühlen der Brüderlichkeit und der internationalen Solidarität, das ist der Empfindung der gemeinsamen Sache aller Arbeiter auf Erden zu erziehen, damit die unter den Waffen stehende Jugend den verderblichen Einflüssen des militärischen Geistes widerstehen könne, — und erkennt, solange die gegenwärtigen socialen Zustände dauern, die Pflicht an, für die Abschaffung der stehenden Heere zu wirken, an deren Stelle der Grundsatz des Volksheeres einer bewaffneten Nation und eines internationalen Schiedsgerichtes zu treten hat.“

Die weiteren Beschlüsse des zweiten Tages über die innere Arbeiterorganisation in Italien lauten:

In Erwägung,

dass, um die Befreiung der Arbeiterklasse zu bewirken, eine Vereinigung aller aufrichtigen Bestrebungen, aller moralischen und materiellen Kräfte der organisirten Arbeiter nothwendig ist,

während er, wie bereits ausgesprochen, aufrecht erhält, dass die vollständige Befreiung nur erreicht werden kann mit der Besitzergreifung des Bodens und der Arbeitsmittel durch die arbeitende Classe, welche diese Mittel zur gesellschaftlichen planmäßigen Gütererzeugung anwendet,

beschließt der Congress,

alle den gegenwärtigen Congress bildenden und ihm und seinen Beschlüssen zustimmenden Arbeiterverbindungen als eine „Italienische Arbeiterpartei“ zu vereinigen und zu begründen und eine Bewegung ins Leben zu rufen und zu unterhalten zu dem Zwecke, alle noch übrigen italienischen Arbeiterverbände für diese Partei zu gewinnen und zu sammeln unter folgenden Grundlagen:

1. Die „Italienische Arbeiterpartei“ hat zum Ziele die Befreiung der Arbeiter von dem politischen und wirtschaftlichen Ausbeutungsrechte und der Herrschaft der capitalistischen Classe.

Die „Italienische Arbeiterpartei“ nimmt Theil an dem Kampfe des öffentlichen Lebens mit dem Unterscheidungsmerkmal als Arbeiterklasse, unabhängig von jeder anderen politischen oder religiösen Partei.

2. AnderPartei können alle Arbeiterverbindungen beider Geschlechter in Stadt und Land theilnehmen, Lohnarbeiter oder angestellte Arbeiter, auch Unabhängige, vorausgesetzt, dass sie nicht selbst Ausbeuter oder Leiter der ausbeutenden Arbeit sind.

3. Die nähere Art und Weise der Verfassung, Begründung und Thätigkeit der Partei wird festgesetzt von einer durch den gegenwärtigen Congress gewählten Commission, welche, den Beschlüssen dieses Congresses Rechnung tragend, nach Ablauf eines Monats einen Abdruck des ausgearbeiteten Programms und der Verfassung der Partei den einzelnen der Partei angehörigen Arbeiterverbindungen zusenden und nach Anhörung ihrer Bemerkungen und etwaigen Einwände das bis zum nächsten Congress endgiltige Programm feststellen wird.

4. Den einzelnen Verbindungen und Sectionen bleibt vorläufig freie Wahl, über ihre Antheilnahme an politischen und Communalwahlen zu entscheiden.

5. Die zur Ausarbeitung des Programms und der Verfassung der Arbeiterpartei ernannte Commission wird nach Festsetzung des definitiven Programms als vorläufige Centralcommission mit dem Sitze zu Mailand ihr Amt verrichten, bis zur Berufung des nächsten Nationalcongresses, der spätestens im Sommer des nächsten Jahres gehalten werden soll.

Die Centralcommission hat aus ihrem Schoße auch einen internationalen Arbeitersecretär zu ernennen.

Spät abends am zweiten Tage wurde noch die Begründung eines der Partei gehörigen Arbeiterblattes beschlossen. Dieses soll vorläufig als Wochenblatt, später täglich erscheinen und durch Unterschriften auf Actien von je zehn Francs fundirt werden.

Es wurde noch das leitende Comité der neubegründeten Arbeiterpartei Italiens gewählt und zu Mitgliedern desselben ernannt:

Maffi, Croce, Bertini, Cattaneo, Lazzari, Cremonesi und Frau Mozzoni.

Der nationale Arbeitercongress in Mailand sollte auch die Vorbereitungen für den Brüsseler internationalen Socialistencongress treffen, hat aber hiemit die Delegirten für den Brüsseler Congress, den Arbeiter Croce und vorzugsweise den Advocaten Turati betraut, welche dieser Aufgabe auch nachgekommen sind.

Bald aber verlautete, dass die Berichte des Vertreters der italienischen Arbeiterpartei beim internationalen Congress in Brüssel, Advocaten Turati, große Gährung unter den Arbeitern in Mailand hervorgerufen haben. Die unaufrichtige Erklärung desselben auf dem Arbeitercongress in Brüssel, er tadle die irredentistische Agitation, hat ihm zwar nicht geschadet, obwohl er der Doppelzüngigkeit beschuldigt wurde, da er sehr häufig in Mailand dem conventionellen Hass gegen Österreich Luft zu machen pflegte. Man war jedoch mit seinen sonstigen Ausführungen nicht ganz einverstanden gewesen. Da ereignete sich ein Zwischenfall, der alles vergessen ließ. Nach der Rückkehr des Turati ist in Mailand ein erbitterter Kampf ausgebrochen, in welchem die Arbeiter alles aufboten, dem Capital ihren Willen zu dictiren. Der Streit hatte in der mechanischen Werkstätte „Elvetica“ begonnen, welche mehrere Locomotivbestellungen für Serbien und Rumänien erhalten hatte. Um diese Bestellungen, denen die ausländische Concurrenz hinderlich entgegen trat, mit einigen Nutzen auszuführen, hatte sich die Gesellschaft genöthigt gesehen, bis in die geringsten Details die Productionskosten zu verringern.

Der Arbeitslohn und der Modus, sowie die Zeit der Arbeit waren hiebei hauptsächlich in Betracht gekommen. Dagegen hatten die Arbeiter unmäßige Forderungen erhoben. Da damals die mechanischen Industrien in ganz Italien mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, mussten die serbischen und rumänischen Waggonbestellungen als ein Glück für die Arbeiter und Arbeitgeber betrachtet werden.

Dieser Augenblick aber wurde benützt, um auf das Capital eine Pression auszuüben.

Der Strike in Mailand, an dem endlich an 7000 Arbeiter aus mechanischen Fabriken theilgenommen hatten, ist jedoch schon nach 10 Tagen beendet gewesen, ohne dass eine Forderung der Arbeiter erfüllt worden wäre.

Einerseits fehlt es letzteren an Organisation und Geldmitteln (obzwar dieselben jüngst aus Italien und Deutschland 10.000 Francs erhalten hatten, deren größter Theil zur Bildung eines Resistenzfondes ver-

wendet werden sollte), anderseits waren die Fabrikanten zum Widerstande gezwungen, da sie sich selbst in misslichen Verhältnissen befanden, angesichts der momentanen Lebensunfähigkeit der mechanischen Industrie an den Etablissements in Mailand, Savona, Genua, Turin und Venedig. Es sollten weitere Arbeitseinstellungen folgen, schon rührten sich die strammer organisirten Maurer, dann die Klirschner und Drucker. Es kam jedoch nirgends mehr zu einem ernstlichen Ausstande. Bald darauf wurde eine Annäherung der republikanischen und socialistischen Partei bemerkbar; die praktischer gewordenen Socialisten stellten ein den Forderungen der Republikaner entgegenkommendes Übergangsprogramm auf und nahmen den Beistand der letzteren in Anspruch.

Dieses Miteinandergehen wurde hauptsächlich ventilirt von den Parteileitungen: „Critica Sociale“ (Mailand Leiter Turati), „Sentinella“ (Parma), „Giustizia“ (Reggio Emilia, Leiter der Deputirte Rampolini) und „Emanipazione“ (Rom).

Mit dieser neuen Gruppierung fand auch der Irredentismus seine Forderung, da die Republikaner ohne Unterschied Österreichs Feinde sind und die Socialisten in Italien dem Irredentismus zuneigen.

Wie in Spanien ist auch in Italien die anarchistische Propaganda thätiger als irgendwo.

Gleich zu Beginn des Jahres, am Sonntage, den 4. Jänner 1891, hat im Restaurant „Anker“ zu Capolago am Luganer See, im schweizerischen Canton Tessin, heimlich ein Congress italienischer Anarchisten stattgefunden, welche nur über die Grenze gingen um ungestört berathen zu können.

Um auch die schweizerische Polizei irrezuführen, hatte die socialistische und anarchistische Partei vorgegeben, dass der Congress erst am 11. Jänner stattfinden werde. Der Congress dauerte drei Tage, war von circa 80 Delegirten besucht, darunter der wiederholt genannte Anarchist Amilcare Cipriani und der bekannte italienische Anarchist Advocat Francesco Merlino, welcher den Congress auf das wesentlichste gefördert hat. Das Programm war folgendes:

1. Beziehungen der revolutionären Socialisten Italiens mit mehr oder weniger verwandten Gruppen, wie Irredentisten, Republikaner etc.
2. Organisation einer revolutionären Socialistenpartei in Italien.
3. Initiative für die allgemeine Agitation zum 1. Mai 1891.
4. Ernennung einer Commission für die Ausführung dieser Beschlüsse.
5. Erlass eines Manifestes an die italienischen Arbeiter.
6. Adresse an die revolutionären Socialisten anderer Länder zum Zwecke internationaler Vereinigung.

Am 25. Februar hat vor dem Schwurgerichte zu Rom der Process gegen die der Verschwörung gegen das Leben des Königs angeklagten Calzoni, Pedroni und Pennachi begonnen. In der Anklage wurde ausgeführt, dass der König im Monate Jänner 1889 aus Perugia ein mit der Aufschrift „Nihilistischer Verein“ versehenes Schreiben erhalten hatte, in welchem der König aufgefordert wurde, vor dem 21. März abzudanken, widrigenfalls er durch Dynamit in die Luft gesprengt würde.

Im darauffolgenden Monat Juni, während sich der notorische Anarchist Calzoni, aus Perugia kommend, in Rom befand, traf in Perugia unter seiner Adresse eine Cassette ein, welche 20 Dynamitpatronen enthielt. Die

Polizei verhaftete in Rom Calzoni und in Perugia den Anarchisten Pennachi, welcher sich auf der Post, behufs Behebung der Cassette, für Calzoni ausgegeben hatte, während der Absender der Dynamitpatronen, Pedroni, in Avenza verhaftet wurde.

Bei der Verhandlung, welche mit der Verurtheilung endete, bekannte sich Calzoni offen als Anarchist.

Ebenfalls am 25. Februar und wahrscheinlich infolge des Beginnes des obigen Processes veranstalteten anarchistische Arbeiter in Alexandria eine Kundgebung, welche in einen derartigen Tumult ausartete, dass Militär einschreiten musste.

Einige Tage später, am 15. März, fand aus Anlass der zu Ehren Mazzini's abgehaltenen Gedächtnisfeier in Livorno ein Zusammenstoß zwischen Anarchisten und Polizeiaagenten statt. Ersterer griffen mit Revolverschüssen an, wurden aber überwältigt und bei 60 Verhaftungen vorgenommen. Bei den verhafteten Anarchisten wurden verbotene Waffen vorgefunden.

In Genua wurde einige Tage nach dem 1. Mai der Arbeiter Michael Benedetti, einer der Wortführer der dortigen Anarchisten, durch zwei Dolchstiche ins Herz tödlich verwundet. Er wurde noch lebend ins Spital gebracht, weigerte sich aber den Namen des Mörders, den er zu kennen schien, anzugeben.

Auf alle Fragen antwortete Benedetti nur: „Mir ist recht geschehen und so wird es allen gehen, die ihren Schwur nicht halten.“

Es wurde daher allgemein vermuthet, dass Benedetti durch das Los zu einer That am 1. Mai bestimmt gewesen sei, dass er dieselbe jedoch nicht ausgeführt habe, welche Unterlassung er mit dem Leben büßen musste.

Er ist nämlich noch am Abende, als er in das Spital überbracht worden war, gestorben. Einige Monate später, am 10. September 1891, wurde das Haupt der socialistischen Partei in Cesena, namens Battistini, aus politischen Motiven, wahrscheinlich von Anarchistenhand, getödtet.

Russland.

Seit mehreren Jahren ist die socialistisch-revolutionäre Partei in Russland bestrebt, in diesem großen Reiche eine Arbeiterpartei zu schaffen, wie sie der Westen Europas mehr oder weniger in jedem Lande hat. Dieses Bestreben ist schon hervorgetreten, als die Spaltung zwischen Bakunisten und den Anhängern der Gruppe von „Vpered“ (Vorwärts) eingetreten war, welche letztere damals schon im großen und ganzen mehr zu Marx hinneigten, obgleich sich ihre mündliche und schriftliche Agitation von der der Anarchisten nicht viel unterschied.

Die Spaltung prägte sich damals mehr innerhalb der Flüchtlinge aus, als in Russland selbst, wo die socialistische Jugend sich kräftig zu regen begann und die socialistisch-revolutionäre Propaganda auf das platte Land und in die gewerblichen Bezirke hinanstrug.

Wie diese Gruppen sich vor einigen Jahren schon bemühten, die Bauern und die Arbeiter für sich zu gewinnen, so waren die Parteiführer auch im Berichtsjahre an der Arbeit, eine der Arbeiterpartei des westlichen Europa ähnliche Organisation in Russland zu schaffen, indem sie vor allem trachteten, dem Socialismus in der bäuerlichen Bevölkerung und in den größeren Industriorten Eingang zu verschaffen. Es ist dies aber auch im Berichtsjahre nicht gelungen.

Obwohl diese Parteiführer in Russland mit den schwierigsten Verhältnissen zu kämpfen haben und bis Ende des Berichtsjahres noch kein Anzeichen eines

kleinen Erfolges vorhanden war, hat der in Paris in Aufenthalt befindliche russische Socialist Peter Lawrow, welcher dem Pariser internationalen Socialistencongresse beigewohnt hatte, auf dem internationalen Socialistencongresse zu Brüssel im Jahre 1891 in einem Schreiben aus Paris in Aussicht gestellt, dass die russische Arbeiterpartei (aus dem Inneren des Landes) voraussichtlich auf dem nächsten Socialistencongresse schon vertreten sein werde.

Diese Wahrscheinlichkeit muss jedoch vorerst noch sehr angezweifelt werden, da sich Peter Lawrow selbst zu dem Bekenntnisse bequemen muss, dass sich der Stand der Bewegung in Russland wenig verändert hat und dass die völlige Abwesenheit einer wohlgefügten Arbeiterpartei, der Mangel einer kräftigen Organisation, welche die social-revolutionären Gruppen untereinander zu verbinden hätte, immer und immer wieder das große Hindernis der Entfaltung der russischen Propaganda und Action sei.

Dieses Missgeschick schreiben die russischen Socialisten neuester Zeit der liberalen Partei zu, der es an jeglicher Thatkraft mangle, eine im Lande einflussreiche politische Partei zu bilden.

Während die russischen Socialisten noch im vorigen Jahre hofften aus dem theilweisen Zusammengehen mit der liberalen Partei dem Ziele näher zu kommen, sind sie neuestens überzeugt, dass allein Socialisten es sind, aus denen sich der Kern einer solchen Partei herausbilden wird.

Vorläufig müssen die Socialisten-Revolutionäre Russlands auf einen auch noch so kleinen Erfolg verzichten und sich bei ihrem Kampfe mit den lebhaften Sympathien der Socialisten anderer Nationen begnügen, welche ihnen allerdings in reichem Maße zutheil werden.

Dieselben hoffen also auch noch weiter und glauben von einem endlichen Siege überzeugt sein zu können. Deshalb schloss Lawrow sein Schreiben an den internationalen Socialistencongress in Brüssel mit folgendem Absatz:

„Diese Überzeugung verbindet uns mit den Socialisten aller Länder und allen Racen. Sie ist es, die uns, meinen Freunden und mir, es erlaubt, unseren im internationalen Congress zu Brüssel vereinigten Brüdern einen brüderlichen Gruß zu senden. Ihre Organisation ist die einzige politische Basis, auf welcher wir hoffen, das Gebäude unserer Zukunft aufzurichten. Ihr Sieg wird der unsere sein. Jeder Schritt vorwärts, den der internationale Socialismus thut, verleiht uns neue Hoffnung. Socialistenbrüder aller Länder, seid immer dessen eingedenk, dass alle unsere Kämpfe, in welcher Form immer sie auch ausgefochten werden, Kämpfe für dieselbe Sache sind, die Euch begeistert, Kämpfe für die endgiltige Befreiung der Arbeit.“

Es wurde vorher erwähnt, dass die socialistische Partei in Russland ihre Hoffnung auf die liberale Partei in diesem Lande aufgegeben hat. Dies ist jedoch nicht bei allen Gruppen der Fall, besonders nicht bei den im Auslande lebenden Gruppen. Aus Mittheilungen einer solchen Gruppe geht hervor, dass die liberale Partei, das heißt jene, welche nur den bürgerlichen Liberalismus anstrebt und jede sociale Beigabe perhorrescirt, sowohl in Russland, selbst in den bürgerlichen Kreisen, als auch in der besitzlosen Emigration im steten Wachsen begriffen ist, und zwar derart, dass sie jenem Theile der Revolutionspartei, welcher sich zum westeuropäischen Socialismus bekennt, gefährlich wird und ihn zu erdrücken droht. Zu dieser liberalen Partei hat sich der bekannte Revolu-

tionär Stepniak mit dem von ihm begründeten, in London erscheinenden Blatte „Free Russia“ geschlagen.

Mit Stepniak ist eine zumeist in England im Aufenthalte befindliche Gruppe verbunden. Es ist nun natürlich, dass die socialistisch-revolutionäre Gruppe in Paris und die in Genf, welche unter Führung Plechanow's und Axelrod's steht, auf das heftigste gegen Stepniak Stellung nahm. Man konnte in den von Plechanow herausgegebenen Flugschriften lesen, dass Stepniak und Consorten Bettler seien, die um englische Pfunde und amerikanische Dollars die Schnallen drücken. Man warnte jeden echten russischen Revolutionär vor dem Lesen des Stopniak'schen Blattes, welches „die absolute Absage vom Socialismus und den innigen Anschluss an die liberale russische Partei empfiehlt“.

Was über die Thätigkeit der Nihilisten in Russland und außerhalb des Reiches bekannt geworden ist, beruht nur zum geringen Theil auf officiellen Mittheilungen und ist zum großen Theile Zeitungsnachrichten entnommen.

Am 26. Februar ist der Nihilist Dagajeff, welcher verdächtig war, den Oberst und Chef der Geheimpolizei Sudeikin im Jahre 1883 ermordet zu haben, in Kostroma, wo er unter falschem Namen bei einem unteren Beamten gewohnt haben soll, verhaftet worden. Dagajeff galt als das nihilistische Mitglied der revolutionären Terroristenpartei, auf dessen Ergreifung eine hohe Prämie ausgesetzt gewesen sein soll. Mehrere andere Personen in Kostroma, die ebenfalls mit dem erwähnten Morde in Verbindung gebracht wurden, sind gleichfalls verhaftet worden, darunter ein Turnlehrer, der bei seiner Festnahme einen Selbstmord beging.

Im Monate Mai 1891 gelangte nach England die Nachricht über die Entdeckung von Dynamit auf der französischen Ausstellung in Moskau und einen neuen Anschlag gegen das Leben des Czaren. Den Mittheilungen zufolge sind einige Tage vor dem angesetzten Besuche des Czaren in der Zollabtheilung der französischen Ausstellung einige Kisten mit Dynamit entdeckt worden; diese Kisten, welche angeblich Maschinen enthielten, waren bis unter das Dach der Ausstellung geschmuggelt worden. Es bleibt noch immer sehr in Frage, ob ein Attentat gegen das Leben des Czaren beabsichtigt war. Eine ganze Reihe von Gerüchten hat sich an diese Entdeckung geknüpft.

Ende August ist in Bielaia-Zerkow, in der Nähe von Kiew, der Chef-Yuriadnik (der Commissär der Polizei auf dem Lande) ermordet worden. Er wurde in der Dämmerung meuchlings auf der Straße erschossen und es gelang dem Mörder zu entweichen, ohne von den vielen Thatzeugen aufgehaltene, oder auch nur erkannt worden zu sein. Der Yuriadnik galt als ein sehr eifriger Beamter und bekleidete seinen Posten schon seit zehn Jahren. Es verlautete, dass die Ermordung eine nihilistische Hinrichtung war, zumal in Bielaia-Zerkow, dem größten Dorfe im europäischen Russland, mit etwa 10.000 Bewohnern, einige politisch compromittirte Personen damals im Aufenthalte waren.

Im Monate October sind geheime Gesellschaften in Südrussland entdeckt und mehr als 100 Personen, darunter viele Studenten in Kiew, verhaftet worden, von denen ein Theil nach Petersburg auf die Peter- und Paulsfeste gebracht worden ist.

Es sollen in allen größeren Städten Südwest-Russlands nihilistische Zweigcomités bestanden haben, von welchen einige aufgehoben wurden.

In Moskau und in Cherson wurde je eine nihilistische Druckerei entdeckt und wurden Schriftstücke

saisirt, nach welchen die Hungersnoth in Russland zu nihilistischen Umtrieben benützt werden sollte, was glücklicherweise vereitelt worden ist.

Einige Wochen später wurde in Moskau abermals eine nihilistische Druckerei entdeckt, in welcher die russische Polizei viele tausend Exemplare einer Flugschrift saisiren konnte, welche an das russische Volk gerichtet war und begann:

„Hört, Ihr Russen, die Stimme der Zeit? Sie verkündet die längstersuchte Stunde der Entscheidung!“

Der Entdeckung der Presse folgte die Verhaftung mehrerer Personen.

Gegen Ende des Berichtsjahres wurden Gerüchte laut, dass die Verunglückung des kaiserlichen Zuges bei Barki, am 29. October 1888, nun bestimmt auf einen Anschlag der Nihilisten zurückzuführen sei und dass der Gendarmeriechef General Seliverstoff, welcher den Attentätern auf der Spur war, im Zusammenhange damit in Paris im Jahre 1890 von Padlewski ermordet wurde. Über den Mörder drang um die letzte Jahreswende aus Amerika das Gerücht nach Europa, dass er durch Selbstmord geendet habe.

Die polnische revolutionäre Partei, welche seit Jahren die politische Wiederherstellung Polens anstrebt, ist im Berichtsjahre etwas lebhafter geworden. Ihre Organisation zerfällt im Auslande in zwei größere Gruppen, in die schweizerische und in die Pariser Gruppe. Beide standen und stehen noch im engen Einvernehmen mit den anderen polnischen Gruppen, die in drei Theilen des ehemaligen Polens und im Auslande bestehen.

Ein Lebenszeichen gaben diese Gruppen durch die Veröffentlichung der Proclamationen am 3. Mai als Demonstration gegen die russische Regierung.

Die Propaganda der That hat in Polen wenig Lebenszeichen von sich gegeben. Außer dem einen Fall, dass am 24. März 1891 an der russisch-preussischen Grenze ein Mann, welcher angeblich dem Stande der Warschauer Geheimpolizei angehört hatte, ermordet aufgefunden worden ist, wurde weiter nichts bekannt. Über dem Leichnam des Ermordeten fand man ein Exemplar einer socialistischen Zeitung in polnischer Sprache, weshalb vermuthet wurde, dass die That von polnischen Socialisten, welche in der letzten Zeit dortselbst mehrmals geheime Versammlungen in Gemeinschaft mit russischen Nihilisten abgehalten haben sollen, ausgeführt worden ist.

Balkanstaaten.

In den Balkanstaaten hat die socialistische Bewegung auch im Jahre 1891 nur geringe Erfolge aufzuweisen, eine Ausnahme hiefür dürfte nur Rumänien machen. Dass der Socialismus in Rumänien im Wachsen ist, geht schon daraus hervor, dass die Arbeiter dieses Landes fünf Delegirte zum Brüsseler Congress entsendet haben. Die rumänischen Socialisten haben einen Genossen, nämlich Mille, im Parlamente sitzen, welcher einervon den Delegirten am vorgenannten internationalen Congress war und welcher das socialistische Blatt in Bukarest redigirt. Dass ferner die rumänischen Socialisten der westeuropäischen Bewegung in Nichts nachstehen, geht aus der Lohnbewegung dortselbst hervor.

Am 23. Juli haben sämtliche Tischler in Bukarest die Arbeit eingestellt. Die Forderungen derselben waren, wie überall, auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit gerichtet.

Sie haben jedoch auf den ungünstigen Zeitpunkt, zu welchem die Geschäfte ohnedies flau waren, nicht Rücksicht genommen und erzielten mit der Ausstandsbewegung gar keinen Erfolg.

Endlich haben die rumänischen Arbeiter auch einen socialistischen Club in Galatz, mit anarchistischem Anstrich, in welchem das anarchistisch-communistische Organ „Autonomie“ aufliegt. Es besteht die Absicht das wöchentlich erscheinende Organ „Munca“ in Galatz in ein täglich erscheinendes Blatt umzuwandeln.

Der ehemalige Archimandrit Vasa Pelagics, dessen im vorjährigen Berichte an dieser Stelle erwähnt wurde, hat von Belgrad aus an die Delegirten des in Brüssel abgehaltenen internationalen socialistischen Congresses ein Schreiben abgesendet.

In demselben bekennt der bekannte Socialist, dass Serbien bis zum heutigen Tage keine organisirte socialistische Partei besitze, weshalb Serbien auch keinen Delegirten nach Brüssel entsenden könne. Das Schreiben erwähnte ferner, dass die serbischen Socialisten mit allen Beschlüssen des Congresses übereinstimmen, mit Ausnahme jener, dass man die Religion als eine Privatsache betrachten soll.

Pelagics constatirte, dass in Serbien, wie in Bulgarien, Rumänien und Griechenland, mehr Socialisten in den Reihen der Intelligenz und der Studirenden, als in den Reihen der Handwerker, der Bauern, Tagelöhner und Diener seien.

Die socialistischen Ideen fänden aber immer mehr Anhänger auch in den Reihen der Arbeiter. Zum Zwecke der Verbreitung der socialistischen Idee bestehe sowohl in Serbien, als auch in Rumänien und Bulgarien eine ziemlich starke socialistische Literatur. In Rumänien sei der Socialismus stärker entwickelt als in Serbien, Griechenland sei aber stark zurück, vergessend, dass in seinen Ländern einst der antike Socialismus geblüht habe.

Das Schreiben endete mit der Versicherung, dass nicht ein Jüngling, sondern ein im 56. Lebensjahre stehender Mann, der aus Liebe zu diesen erhabenen Principien freiwillig auf die Archimandritenwürde verzichtete und in die Reihen der Apostel des Socialismus eintrat, diese Kundgebung abgesendet habe.

In Griechenlands Hauptstadt hat sich im Berichtsjahr eine „communistische Liga“ auf Grund des Programmes der Berliner Socialdemokratie gebildet. Nach den vom Secretär Wassilei Dudumi entworfenen Satzungen, hat sich diese Liga die Organisation der Gesellschaft zur Aufgabe gemacht.

Zu diesem Behufe will sie die Grundsätze des Socialismus verbreiten, die bestehende Gesellschaftsordnung bekämpfen und an die Stelle der gegenwärtigen Staaten eine Verbrüderung unabhängiger Gemeinwesen setzen.

Amerika.

Im vorjährigen Berichte über den Stand der socialistischen Bewegung in Amerika wurden alle jene Centren angeführt, welche sich die Aufgabe gestellt haben, die politische Bewegung der Arbeiter auszubilden, um sie auf die Höhe der europäischen Bewegung zu bringen. Es wurde in diesem Sinne in Wort und Schrift auf das eifrigste agitirt und wenn der Erfolg nicht eingetreten ist, tragen vor allem die nationalen Verhältnisse Schuld daran.

Es ist auch im Berichtsjahre den socialdemokratischen Parteiführern nicht gelungen, den englisch redenden Arbeitern in Amerika die Überzeugung beizubringen, die Arbeiterschaft müsse international handeln, um die materielle Lage zu fördern, und so halten sich die englisch sprechenden Arbeiter auch heute noch ziemlich abseits von der großen Arbeiterbewegung in Amerika, in welcher

die deutschen Eingewanderten eine hervorragende Rolle spielen.

Die amerikanischen Arbeiter gehen überdies praktischer vor, als ihre deutschen und französischen Brüder, die durch nutz- und maßlose Agitation die Zeit vergeuden, indem jene durch Verbindung mit politischen Parteien ihre Vortheile so viel als möglich zu wahren suchen.

Ein Beispiel hievon lieferte Mr. Powderly, der seine Stellung, das heißt die des Ordens der „Knights of Labor“ zur Politik des Landes in ganz unzweideutiger Weise anlässlich der bevorstehenden Wahlen gekennzeichnet hatte.

Er sagte: „Wir (Knights of Labor) haben bisher noch nicht directe Partei ergriffen. Wir haben unseren Mitgliedern bislang immer freien Spielraum gelassen zu stimmen, für wen sie immer wollen. Das ist bis zu einem gewissen Grade durch die große Consolidirung unserer Maßen anders geworden. Wir sind weiser geworden und verstehen jetzt besser unseren Einfluss auszuüben, denn sonst. Wir kümmern uns wenig um den Namen dessen, der unseren Zwecken dient, aber wir unterstützen den, der dies thut. Wir wollen, dass unsere Forderungen sich in Gesetzen des Landes krystallisiren und wenn wir eine Partei dazu bringen können, dieses Bestreben zu verwirklichen, so thun wir es.“

Neben dieser politischen Action haben die „Knights of Labor“ aber auch nicht unterlassen, so viele Organisationen wie möglich um ihre Fahnen zu scharen. Kurz nach der Mai-Feier hat nämlich die New-Yorker „Central Labor Federation“ einige Organisationen verloren, welche den Baugewerken angehörten; eben so rasch haben aber die „Knights of Labor“ diese an sich gezogen.

Dieser Abfall einiger Organisationen von der „Central Labor Federation“ wurde von Powderly als ein Beweis angeführt, dass sich das Experiment, welches mit der Gründung der „Central Labor Federation“ gemacht wurde, als ein Fehlschlag erwiesen habe.

Bei der Gründung der „Central Labor Federation“ wurde nämlich die Reorganisation der New-Yorker Gewerkschaftsbewegung auf einer fortschrittlichen Basis und die Schaffung eines Centralkörpers angestrebt, der außer den Baugewerken auch der übrigen Arbeiterschaft seine Aufmerksamkeit widmen sollte, was in der schon früher bestandenen „Central Labor Union“ nicht geschehen sei.

Die „Central Labor Federation“ hatte allerdings verschiedene unorganisirte Gewerke organisirt und die schon bestehende Organisation in einigen Gewerken gestärkt, sie hatte aber infolge Einwirkens einiger deutscher Gewerkschaften die der Bauarbeiter verloren, über welche seither die „Knights of Labor“ eine unbeschränkte Herrschaft ausüben.

Die amerikanischen Gewerkschaftsvereine haben sich bisher gewehrt, politische Arbeiterverbindungen in ihre Unions aufzunehmen.

Im Berichtsjahre sind aber einige Neuerungen gekommen, welche das bisherige System umgestürzt haben. Die infolge der Agitation gegründete jüngste amerikanische Section der socialistischen Arbeiterpartei (S. A. P.) in Minneapolis (Staat Minnesota) hat zuerst um Zulass zu der dortigen „Trades und Labor Union“ nachgesucht.

Die Unionsführer hatten zwar auch diesmal Einsprache erhoben und sich auf das Argument gestützt, dass die „S. A. P.“ wie jede andere politische Partei in einem Gewerkschaftskörper keinen Platz habe. Das Nationalexecutivcomité hat auf dieses hin, den Sectionen empfohlen, wo immer möglich, Anschluss an die localen

Centralkörper zu suchen, denn die Erfahrung habe bewiesen, dass die enge Verbindung der Partei mit den ökonomischen Organisationen der Arbeiter der socialistischen Sache höchst förderlich sei.

Infolge dessen sind im Laufe des Berichtsjahres eine Reihe von Sectionen der „S. A. P.“ solchen Gewerkschaftsvereinen beigetreten, und zwar: Die Section Baltimore den deutschen Gewerkschaften; die Section Brooklyn der „Central Labor Union“; Cleveland dem „Arbeiterbund“; Dayton den „Trades Assembly“; Detroit der „Central Labor Union“; Evansville der „Central Labor Union“; Hudson County der „Central Labor Federation“ u. s. w.

Umgekehrt hat die „S. A. P.“ den Vertretern der „Central Labor Federation“ u. d. gl. auf ihren Staatsconventionen einen Sitz mit beratender Stimme gewährt. Eine solche Staatsconvention der „S. A. P.“ wurde am Samstag, den 16. April, in der Cäcilia Hall zu Albany von Alexander Jonas, dem Secretär des Staatscomités einberufen, bei welcher Charles Wilson zum Vorsitzenden und B. J. Gretsch von New-York zum temporären Secretär ernannt wurde. Es waren 23 Sectionen der „S. A. P.“ durch 25 Delegirte vertreten, außerdem war das Staatscomité durch Alexander Jonas vertreten.

Es wurde über Antrag der „Central Labor Federation“ eine Resolution gegen die Verfolgungen der organisirten Arbeiter durch Arbeitgeber und Behörden angenommen und darauf folgende Tagesordnung festgesetzt:

1. Organisation,
2. Platform (Programm),
3. Parteipresse,
4. Nominationen,
5. verschiedene Staatsangelegenheiten.

Vor Übergang zur Tagesordnung wurden die Berichte der Delegirten über den Stand der Bewegung in ihren respectiven Ortschaften entgegen genommen. Solche Berichte wurden erstattet von den Vertretern aus Syracuse, Newtown, New-York, East Buffalo, Richmond, County, Albany, Brooklyn, Troy, Yonkers, Rochester; es wurden sodann Comité's ernannt:

1. Für Platform und Resolutionen;
2. für Organisation;
3. für Mittel und Wege zur Beschaffung von Fonds.

Eine längere Debatte entspann sich über die Verbreitung des englischen Parteiblattes „The People“.

Alle Delegaten stimmten darin überein, dass die Verbreitung dieses Blattes das wirksamste Mittel zur Agitation unter den englisch sprechenden Arbeitern sei und für die Wahlcampagne das Blatt geradezu unentbehrlich sei.

Das Comité über die Platform berichtete:

Die „S. A. P.“ und die mit ihr verbündeten Arbeiterorganisationen erklären von neuem, dass sie die in der Nationalplatform der Partei, wie sie in Chicago am 12. October 1889 angenommen wurde, ausgesprochenen Grundsätze aufrecht erhalten wollen. Außerdem sollen folgende Reformen eingebracht werden:

1. Ausrottung der mörderischen Pinkertonbande (gegen strikende Arbeiter).
2. Abschaffung der einseitigen Verschwörungs- und Boycottgesetze.
3. Annahme und Durchführung von Fabriksgesetzen in Bezug auf Arbeitszeit, Frauen- und Kinderarbeit.
4. Die Annahme passender Gesetze für öffentliche Schulen.

5. Die Übernahme aller Industrien innerhalb der Staatsgrenzen, welche bereits zu Monopolen herangereift sind, durch den Staat.

6. Übernahme der Wälder, Eisenbahnen, Telegraphen- und Telephonlinien durch den Staat.

Das Organisationscomité berichtete:

1. Das Staatscomité soll den Sectionen englische und deutsche Redner zur Verfügung stellen.

2. So weit möglich sollen in jedem County Countycomités gebildet werden.

3. Die Countycomités sollen, so weit möglich, Naturalisationsbureaux etabliren.

4. Jedes Countycomité ist verpflichtet, monatlich wenigstens einmal über seine Thätigkeit an das Staatscomité zu berichten.

5. Alle Gewerkschaften und Arbeitervereine sind zu ersuchen, Discussionsversammlungen zu arrangiren, zu denen das Staatscomité Redner liefern soll.

Das Comité für Mittel und Wege zur Beschaffung von Fonds unterbreitete folgende Empfehlungen:

1. Eine monatliche Kopfsteuer von 5 Cents per Mitglied.

2. Das Staatscomité soll sofort allen Sectionen Subscriptionslisten und Abstempelkarten zuschicken.

Jede Section soll einen Agenten für die Vertheilung dieser Listen und Karten ernennen und diese Agenten sollen in der ersten Woche jedes Monats an das Staatscomité einen Bericht und alle erhaltenen Gelder einsenden.

3. Die Sectionen sollen diese Listen und Karten auch an die localen Arbeiterorganisationen ausgeben.

Zum Schlusse wurden die Nominationen vorgenommen und wurden Daniel Leon von New-York zum Präsidenten und Frank Gesser von Utica zum Vicepräsidenten gewählt.

Ein sogenannter „Reformconvent“ trat am 19. Mai 1891 in Cincinnati zusammen, auf welchem sich alles zusammenfand, was sich unter den Begriff „Reformer“ rechnet.

Zu diesem Convent hatten sich auch einige „Knights of Labor“, Nationalisten und Socialisten eingefunden, dann Vertreter der „Union Labor Party“.

Die meisten derselben kamen in der Absicht nach Cincinnati, eine nationale „dritte Partei“ zu schaffen, welche ihre Reformforderungen, darunter auch socialistische Programmpunkte erkämpfen sollte. Allein alle Bestrebungen, die Partei zu bilden, sind bis zum Ende des Berichtsjahres ohne Erfolg geblieben.

Im Monate Juli fanden noch zwei Staatsconventionen in den Staaten Connecticut und New-Jersey statt.

Obwohl die beiden Staaten in naher Nachbarschaft gelegen sind, sind die Verhältnisse in denselben radical von einander verschieden und die Lage der socialistischen Bewegung unterscheidet sich dementsprechend.

In Connecticut bildet das deutsch sprechende Arbeiterelement einen unbedeutenden Bruchtheil der Bevölkerung und die in größerer Zahl vorhandene englisch sprechende Bevölkerung hat nicht jene socialistische Schulung, um eine politische Action zu unternehmen.

In New-Jersey hingegen gibt es eine zahlreiche deutsche Arbeiterschaft und dort haben deutsche Socialisten die Bewegung in Händen.

Die Staatsconvention der socialistischen Arbeiterpartei im Staate Connecticut fand am 4. Juli in Hartford statt. Aus dem Berichte des stellvertretenden Secretärs des Staatscomités ging hervor, dass im Berichtsjahre in dem genannten Staate sieben

Sectionen existiren, worunter eine jüdische in Hartford. Die Versammlungen brachten zum Vorschein, dass auch in den dortigen Organisationen Spaltungen bestehen, welche zum Abfall einiger Organisationen geführt haben und dass alle Versuche des Staatscomités, sie wieder in den Rahmen des Verbandes zu bringen, fehlgeschlagen sind.

Die Staatsconferenz des „S. A. P.“ in New-Jersey fand am 12. Juli statt. Auf derselben waren 29 Delegirte, 11 Mitglieder vom Staatscomité und über 100 Gäste erschienen.

Aus den Berichten der Delegirten war der aus Elizabeth bemerkenswert, weil dort eine jüdische Section besteht, welche eine eifrige Agitation durch Schriftenvertrieb betreibt und verdient noch der aus Union-Hill Erwähnung, weil dort die Agitation durch innere Streitigkeiten gehindert wurde.

Die Resolutionen dieser Staatsconferenz sind ähnlichen Inhaltes, wie jene, welche auf der Staatsconvention zu Albany am 16. April 1891 gefasst worden sind.

Als Ort für die nächste Staatsconferenz wurde Jersey-City Heights, als Vorort und Sitz des Staatscomités wurde Elizabeth bestimmt.

Im Monate November 1891 wurde in einer gemeinschaftlichen Versammlung der Genossen von New-York, Brooklyn und Hudson County abermals die Frage der Vertretung der Partei in Centraalkörpern erörtert, namentlich ob die Vertretung der „S. A. P.“ in der „Central Labor Federation“ richtig und der Sache förderlich sei.

Viele Stimmen erhoben sich dafür, die Partei gehöre überall hin und habe überall ein Recht zu sein, wo es sich um die Besserung der Lage der Arbeiter handle. Andere Stimmen sprachen sich wieder dahin aus, dass eine Vertretung der Partei in der „Central Labor Federation“ unzweckmäßig sei, weil dadurch die Partei in die Zwistigkeiten zwischen den organisirten Arbeitern hineingezogen und durch dieselben in Mitleidenschaft gerathe.

Es waren nämlich damals Differenzen zwischen der Brauerunion und der „Central Labor Federation“ entstanden.

Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Frage des Fortbestandes des Parteiorganes „Socialist“ berathen und später durch die Abstimmung entschieden, dass der „Socialist“ fortbestehen soll, dass aber die Genossen sich allenthalben ernstlich mit der Hebung des Blattes beschäftigen müssen.

Die Discussionen über die Frage „soll die Partei aus der ‚Central Labor Federation‘ austreten?“ wurden noch in zwei Versammlungen der Parteisectionen an zwei aufeinander folgenden Sonntagen fortgesetzt und endlich in der dritten Versammlung am ersten Sonntage im Monate December geschlossen, in welcher diese Frage zur Urabstimmung an die Assembly-Districte verwiesen wurde.

Am 14. December 1891 wurde in Birmingham der jährliche Congress der „American Federation of Labor“ eröffnet, in welcher Präsident Gompers Bericht über die Vorkommnisse in der Gewerkschaftsbewegung vom Jahre 1891 erstattet hat. In Verhandlung kamen die Fragen über die Achtstundebewegung, internationale Arbeitercongresso, Zuchthausarbeit, Arbeitercontrolmarken, Strikes, Boycotts, Einwanderungsübelstände, Frauen- und Kinderarbeit, dann über Arbeiterstatistik etc.

Die Mai-Demonstrationen waren in den Vereinigten Staaten im abgelaufenen Jahre weniger zahlreich als im Vorjahre. Hätten nicht die Sectionen der

„S. A. P.“ die Sache in den verschiedenen Hauptstädten in die Hand genommen, hätte in Amerika kaum eine nennenswerte Mai-Feier stattgefunden. Die Betheiligung an dieser Demonstration war in Amerika so mäßig, dass sich beispielsweise in New-York nur 15.000, in Chicago 12.000, in Brooklyn nur mehr 5000, in den Vereinigten Staaten überhaupt nur ungefähr 50.000 Arbeiter daran betheiligt haben. Mehr als die Hälfte davon folgte der Fahne der „S. A. P.“, während die übrigen den verschiedenen Gewerkschaftskörpern angehörten. Wie in Europa, standen auch in Amerika mehr oder weniger große Arbeitsausstände mit der Achtstundebewegung in Verbindung, so der große Cokestrike in New-York, bei welchem selbst Blut geflossen ist.

Der Ausstand nahm seinen Anfang zu Beginn des Monats April in der Connellsviller Coke-Industrie, in welcher Andrew Carnegie der bedeutendste Interessent ist, ging dann aber auch auf die Werkstätten der Gesellschaft Frick über, worauf sich die Lage täglich verschlimmerte. Drohende Mengen umgaben die Werkstätten, einige machten hier und da von Explosionsstoffen Gebrauch, oder feuerten Gewehre ab, bis endlich in Scottdale in den Werken von Morewood mit Brachialgewalt vorgegangen und der Aufstand mit Blut unterdrückt wurde, worauf der Process zu Pittsburg begann und in den meisten Fällen für die Angeklagten mit einer Verurtheilung endete.

Der Achtstundenkampf der Bergleute hatte einen kläglichen Ausgang genommen und zerstörte manchen Hoffnung in den anderen Branchen.

Wie immer, gab es auch hier und bei den noch folgenden Strikes im Berichtsjahre, welche alle mit unglücklichem Ausgange für die Ausständigen endeten, mehr als eine Ursache, warum der Strike misslungen war.

Im Strike der Bergleute wurde behauptet, dass die Führer der „Federation of Labor“, speciell deren Präsident Gompers, der Situation nicht gewachsen waren und ebenso, dass Machinationen der Führer der „Knights of Labor“ in dem Achtstundenkampfe eine bedeutende Rolle gespielt haben. Man will nämlich später in Erfahrung gebracht haben, dass neun Zehntel der im Cokegebiet Pennsylvaniens befindlichen Arbeiter dem Orden angehört haben und es wurde daraus kein Zweifel gehegt, dass der Strike derselben, durch den auch ein Theil der zur Minenarbeiterorganisation gehörenden Bergleute betroffen wurde, von den Führern der Knights absichtlich herbeigeführt oder provocirt wurde, um den Achtstundentag der Bergleute zu vereiteln, und dies nur, um der „Federation of Labor“ einen schweren Schlag zu versetzen. Es wurde ferner behauptet, wären die Cokearbeiter Mitglieder einer zur Federation gehörenden Organisation gewesen, so hätte der Strike nicht stattgefunden, sondern man hätte bis zum Tage des allgemeinen Kampfes gewartet. Eines ist aber nur bewiesen, dass die von der „Federation of Labor“ inscenirte Achtstundebewegung durch jene Affaire vorläufig gründlich ins Wasser gefallen ist.

Der sogenannte „Arbeitertag“, die Michaelifeier in Amerika, wurde in diesem Jahre wieder großartig begangen. In New-York nahmen an den Paraden der „Central Labor Federation“ und der „Central Labor Union“ mehr als 10.000 Arbeiter theil. In Brooklyn fanden drei Paraden statt, eine der „C. L. F.“ und eine der „C. L. U.“ und eine separate der Brotherhood of Carpenters. Ähnlich war auch die Feier des Tages in Troy, Buffalo, Binghamton, Elizabeth (New-York) Newark, Hudson County, Paterson, Chicago, wo die Hälfte der Paradirenden mit abgezogenem Hute an

einer mit Politikern besetzten Tribüne vorbei defilirten, was ihnen von den übrigen sehr übel genommen wurde.

Die socialistische Bewegung in Südamerika ist noch in der ersten Zeit der Entwicklung, sie ist aber im Berichtsjahre schon so weit gediehen, dass an eine 1. Mai-Demonstration in den größten Städten Brasiliens, in Rio de Janiero, Bahia und San Paolo, geschritten werden konnte.

In diesen Städten wurde der 1. Mai aber nicht etwa durch Einstellung der Arbeit gefeiert, dies geschah nicht einmal in jenen Werkstätten, wo die Arbeitsgeber es den Arbeitern freigestellt hatten, sondern die Festlichkeiten bestanden in abendlichen Versammlungen mit Reden von Deputirten, welche sich selber über die Bedeutung des Tages nicht recht klar gewesen zu sein schienen.

Die brasilianische Arbeiterbewegung liegt hauptsächlich in den Händen von Eingeborenen und ist daher noch viel nationaler als irgendwo und auch einheitlicher als z. B. in Argentinien, wo meistens Ausländer die Arbeitervereine leiten.

So viel ist die Organisation schon vorgeschritten, dass behauptet werden kann, die brasilianische Arbeiterschaft sei für die Ideen der Arbeiterbewegung empfänglich, denn sonst würde die noch nicht vor langer Zeit gegründete „Capital Federal dos Estados Unidos do Brasil“ nicht von Jahr zu Jahr eine Vergrößerung der Mitgliederzahl zu verzeichnen haben.

Die anarchistische Bewegung in Amerika ist in ein etwas lebhafteres Tempo getreten, wozu einige Umstände beigetragen haben. Den ersten Anstoß hiezu gab eine Conferenz der Vertreter deritalienischen, spanischen, böhmischen und deutschen Anarchistengruppen in New-York und in der Umgebung, welche schon am Ende des vorigen Jahres in Aussicht genommen, aber erst gegen Mitte des Berichtsjahres — wie weiter unten ausgeführt werden wird — abgehalten wurde.

Einen stärkeren Impuls erhielt die anarchistische Bewegung durch das immer intensivere Hervortreten Josef Peukert's und seines Genossen Otto Rinke, besonders nach der Inhaftnahme John Most's und durch die hiemit im Zusammenhange stehende Verlegung des anarchistisch-communistischen Organes „Der Anarchist“ von St. Louis nach New-York, welche Umstände nicht ohne Rückwirkung auf die anarchistischen Verhältnisse in Europa geblieben sind. Die erwähnte anarchistische Conferenz fand über Vorschlag der Gruppe Elizabeth-New-York am Abende des 13. und am 14. Juni 1891 in Newark statt und wohnten derselben etwa 50 Vertreter bei. Der Zweck der Conferenz war, eine Versöhnung zwischen den anarchistischen Gegensätzen anzubahnen, dann aber auch die Art und Weise zu berathen, auf welche die anarchistische Sache am besten gefördert werde. Es wurde, wie auf allen diesen Conferenzen und Versammlungen, ohne Vorsitzenden berathen und vor allem der Rückgang der anarchistischen Bewegung seit dem Jahre 1887 constatirt. Man solle aber hierüber nicht wehklagen, vielmehr berathen, wie dies gebessert werden könne.

Wieschon auf früheren anarchistischen Conferenzen, wurde auch auf dieser von einer größeren Organisation abgerathen. Jeder solle einzeln wirken, allenfalls mehrere Gleichgesinnte zusammen. Nachdem bisher im Osten Nordamerikas nur das anarchistische Blatt „Die Freiheit“ existirte, wurde die Frage angeregt, für die Autonomisten (Gegner von John Most und der „Freiheit“) ein Organ im Osten zu gründen und hiebei von einem Genossen vorgeschlagen, lieber das schon im Westen — in St. Louis — bestehende Organ „Der Anarchist“ nach

dem wichtigeren Osten zu verlegen, welcher Vorschlag im Princip angenommen und später auch ausgeführt worden ist. Es wurde sodann die Frage der Taktik berathen und da ein Zusammengehen noch nicht effectuirt werden konnte, in dieser Beziehung ausgemacht, Angriffe und Intrigen einfach mit Verachtung zu strafen, wenn aber eine Abwehr absolut nothwendig sich erweise, dieselbe kurz, sachlich und energisch zu führen. Da Peukert auf dieser Conferenz hervorragend an der Debatte sich betheiligte und oftmals den Beifall aller Anwesenden zu erringen vermochte, so war eigentlich von diesem Zeitpunkte ab Peukert der anarchistischen Partei wieder erstanden.

Dieser Umstand wurde durch ein anderes Ereignis, das seinen größten Gegner betraf, noch bedeutender und veranlasste eine Reihe fernerer Conferenzen, welche sich alle mehr oder weniger mit der Frage der künftigen Taktik zu befassen hatten.

Die letzte Instanz, welche über John Most's Brandrede am Tage nach der Hinrichtung der Chicagoer Genossen am 11. November 1887 zu entscheiden hatte, hat nach mehrjähriger Untersuchung am 15. Juni 1891 gegen Most entschieden, in Folge dessen wurde John Most am Sonnabend den 20. Juni 1891 auf die Dauer eines Jahres in das Zuchthaus abgeführt. Die Verhaftung Most's brachte in dem internationalen Organe der Anarchisten deutscher Sprache allerlei Geschäftsstörungen, bis John Müller in Nr. 167 William Street in New-York die Administration und Expedition übernahm und ein gewisser Wiesinger versprach, das Blatt vorderhand zu redigiren. Die Inhaftirung Most's wurde aber insbesondere von den Gegnern desselben benützt, um ihn und sein Organ, die „Freiheit“, endlich ganz abzuschlitteln, beziehungsweise zu vernichten. Es traten alsbald nach der Verhaftung Most's die sogenannten „Autonomisten“, an ihrer Spitze die österreichischen Anarchisten und von diesen vor allen Josef Peukert und der deutsche Anarchist, Otto Rinke zusammen, um über die neue Taktik zu berathen.

Nach mehreren Conferenzen, in welchen Peukert stets das große Wort führte, wurde beschlossen, der anarchistischen Bewegung nach außen mehr Ausdruck zu geben, eine neue Organisation auszuarbeiten und zu dem Zwecke in erster Linie regelmäßige Conferenzen in New-York abzuhalten und Verbindungen mit auswärtigen Genossen, namentlich mit Genossen in der Heimat herzustellen. Um den neuen Bestrebungen gleich von vornherein einen praktischen Vortheil zuzuwenden, wurde zugleich beschlossen, das anarchistisch-communistische Organ „Der Anarchist“, welcher bisher von Claus Timmermann in St. Louis herausgegeben wurde, von nun ab in New-York herauszugeben.

Otto Rinke benützte auch diese Gelegenheit, dass John Most der „Freiheit“ durch seine Haft entzogen wurde, indem er in der Nummer 13 des am 18. Juli 1891 noch in St. Louis erschienenen „Der Anarchist“ an alle anarchistischen Genossen appellirte, dass sie im Kampfe für die revolutionäre Sache jede persönliche Feindschaft fallen lassen und stets und überall bereit sein mögen, Hand in Hand mit gesinnungsverwandten Genossen zu gehen, weil ihre Ziele gemeinsam seien.

Am 8. August 1891 erschien die Nummer 14 des anarchistisch-communistischen Organes „Der Anarchist“ zum erstenmale in New-York, und zwar unter der Redaction des österreichischen Anarchisten und Schuhmachers Karl Masur in New-York, 315 E. 44 Str., was auf die österreichischen Verhältnisse nicht ohne Einfluss geblieben ist.

Die vereinigten autonomen Gruppen von New-York und Umgebung veröffentlichten in dieser Nummer, dass sie das Blatt von Westen nach Osten verlegt hätten, weil im Osten zur besseren und wirksameren Verbreitung der anarchistischen Ideen schon längst das Bedürfnis nach einem Blatte empfunden wurde, in Wahrheit jedoch heabsichtigten sie in der Zeit, welche John Most im Zuchthause verbringen muss, dessen Organ „Freiheit“ vollständig zu beseitigen. Dies wollten sie dadurch ermöglichen, dass sie als „consequente Anarchisten“ begannen, in den anarchistischen Reihen jede wie immer geartete persönliche Herrschaft oder Bevormundung zu verhindern, wodurch sie hofften, die Anhänger Most's auf ihre Seite zu bekommen.

Den sogenannten Herausgebersitzungen pflegten im ganzen 18 Personen, darunter Poukert, Masur, Remlinger, Milly, König (aus Reichenberg), Brestian, Auer und Tanzer (von Wr. Neustadt) beizuwohnen. In diesen Sitzungen wird seither über den Gang der anarchistischen Bewegung, namentlich in Bezug auf das Ausland und über die Taktik gegen Most und gegen seine Anhänger, die sich doch nicht so leicht gewinnen lassen, wie gehofft wurde, beraten.

Am 20. Juni war Most verhaftet und nach Blackwells Island in die Strafanstalt überbracht worden, und an diesem Tage brachte dessen Organ „Freiheit“ in der Nummer 25 an der Spitze des Blattes einen langen Aufsatz unter dem Titel: „Most muss brummen!“, weil von den „höheren“ Justizstrolchen nichts anderes zu erwarten war.

Es wurde in dem ganzen Aufsatz recapitulirt, was Most am Tage nach der Schandthat vom 11. November 1887 (Chicago) gethan oder eigentlich nicht gethan hat, denn das Blatt leugnete damals noch die Brandrede, wie er sie gehalten haben soll, weil Most, als der Artikel in Druck ging, noch nicht verhaftet war, obwohl der Appellhof des Staates das Urtheil schon bestätigt hatte.

Der Aufruhr, welcher durch die Verhaftung Most's in den Reihen der Anarchisten hervorgerufen wurde, gab sich bald darauf in einer unter den Auspicien der „American Workingmen Defence Association“ in Brecht's Local abgehaltenen Versammlung kund, in welcher folgender Aufruf verfasst wurde:

„An die Arbeiter von New-York und Umgegend!
Schlag auf Schlag wird geführt gegen die organisierte Arbeiterschaft. Einer nach dem andern wird aus unserer Mitte gerissen, um dafür eingekerkert oder ermordet zu werden, dass er durch Wort und Schrift oder Handlung die Interessen des Proletariats wahrgenommen hat. Der neueste Fall dieser Art betrifft John Most. Niemand kann wissen, wer bereits als Nächster auf der Liste capitalistischer Rachgier steht. Es ist daher die höchste Zeit, dass die Arbeiter dem Terrorismus gegenüber eine geschlossene Front zeigen. Die heutige bei Brecht stattgehabte Versammlung, welche von Mitgliedern aller erdenklichen Arbeiterorganisationen New-Yorks besucht war, hat in dieser Hinsicht bereits die Initiative ergriffen und wird es nunmehr nur noch an den weiteren Massen liegen, ob die endlich ins Rollen gebrachte Lawine des proletarischen Classenbewusstseins ihren Zweck, die Zurückweisung aller künftigen Schandthaten der Bourgeoisie, erreicht oder nicht.“

Am Mittwoch den 24. Juni findet eine Demonstration im Cooper Institut statt, um in dieser Hinsicht einen energischen Anfang zu machen. Ganz besonders

wird aus der Mitte dieser Versammlung heraus die Gründung eines Fonds ersprießen, der dazu angewendet werden soll, künftighin jeden Schlag, welchen der Capitalismus gegen das Proletariat wagt, rasch und zweckentsprechend zu pariren. Sei also jeder, der das Herz auf dem rechten Flecke hat, am Mittwoch am Platze, d. h. im Cooper Institut.

Hoch die Solidarität der Arbeiter! Nieder mit den Justizmördern! Es lebe die sociale Revolution! New-York, den 16. Juni 1891. Das Comité: Merten, Ullmann, Westenberger, Faulhaber, Führer.“

Die Massenprotestversammlung im Cooper Institut in New-York fand acht Tage später statt. Die große Halle war dicht gefüllt. Die Plattform war mit Fahnen der Arbeiterorganisationen geschmückt und eine Reihe von Rednern ging daran, in deutscher und englischer Sprache die neueste Schandthat eingehend zu besprechen.

Dies geschah auch durch eine Frau namens Johanna Greie, welche gar die amerikanischen Freiheitskämpfer Washington, Jefferson, Thomas Payne citirte, deren sich die heutigen Amerikaner nicht erinnern dürften, weil sie unwürdig wären.

Endlich wurde in einer Resolution die ganze Niedertracht über das infame Classenurtheil, das über John Most verhängt worden ist, zum Ausdrucke gebracht.

Most verabschiedete sich von seinen Genossen mit folgendem Schreiben:

„An das arbeitende Volk, versammelt in Coopers Institut, New-York.“

Freunde und Genossen!

Ihr habt Euch versammelt, um endlich mit einem Kampfe zu beginnen, der nicht länger mehr aufgeschoben werden kann, wenn nicht die Versclavung der Arbeiter vollendet werden soll, ohne dass alle Mittel des Widerstandes bis zum Äußersten hiegegen in Anwendung kamen.

Es gilt, das natürlichste und ursprünglichste aller Rechte, das Recht zu denken und seine Gedanken anderen gegenüber zum Ausdrucke zu bringen, zu vertheidigen, für die Redefreiheit, welche in Gefahr ist, energisch einzustehen.

Die Werkzeuge jener Raub- und Mordgesellen, welche die Vereinigten Staaten von Nordamerika durch List und Gewalt in ihr Privateigenthum verwandelt und die Masse des Volkes zu Hörigen gemacht haben, häufen Schmach auf Schmach, Verbrechen auf Verbrechen. Sie erwürgen die besten Anwälte der Unterdrückten am Galgen oder bringen sie mittels Knüttel, Revolver und Gewehr ums Leben. Sie schleppen Striker und Boycotter in den Kerker. Sie benützen ihre Macht dazu, diese sogenannte Republik vollständig in ein Zuchthaus zu verwandeln. Ihre eigenen Constitutionen treten sie mit Füßen. Ihre Tyrannei kennt keine Grenzen.

Mein Fall bildet nur ein Symptom in dieser Entwicklung der Niedertracht, allein er zeigt in seiner cynischen Deutlichkeit dennoch ganz besonders crass, bis zu welchem Grade die bodenlose Frechheit der capitalistischen Unrechtsbanditen bereits gediehen ist. Wie es scheint, ist derselbe dazu geeignet, dem denken Theile der arbeitenden Bevölkerung jenen Zorn und Muth, jene Energie und Begeisterung einzuflößen, welche unerlässlich sind, den herrschenden Rotten und Banden gegenüber mit Erfolg vorzugehen.

Dieses Bewusstsein macht es mir leicht, das Unrecht, welches ich augenblicklich erleide, mit Stolz

zu ertragen. Und mit Enthusiasmus werde ich mich später wieder in Eure Reihen stellen, um mit voller Kraft und ohne Rücksicht der Wahrheit die Ehre zu geben und theilzunehmen an dem Kriege gegen alles, was uns büttelt, gegen politische Schurken und sociale Ausbeuter, gegen Kirche und Staat und für volle Freiheit und Communismus.

Kameraden, auf den Feind mit Wucht! Noch ist es Zeit, die capitalistischen Verschwörer zu Paaren zu treiben. Handelt, ehe es zu spät ist!

Hoch die sociale Revolution!

John Most.

Die Inhaftirung Most's war für die Autonomisten der Zeitpunkt gegen ihn und seinen Anhang auf schlaue Weise vorzugehen. Bekanntlich war Peukert im Juni 1890 nach New-York übersiedelt, hatte nicht lange gezögert, den Kampf gegen Most aufzunehmen, aber bald die Erfahrung gemacht, dass ihm von seinen eigenen Freunden nicht jene Unterstützung zuteil wurde, die er erhofft hatte.

Mit der zu Weihnachten 1890 erfolgten Übersiedlung des bekannten deutschen Anarchisten Otto Rinke, alias Rau von New-York nach St. Louis ist nur eine Wendung der Dinge eingetreten. Derselbe hatte sich nämlich nach kurzem Aufenthalte in New-York nach St. Louis begeben und gewann bald Einfluss auf die Führung des dortigen communistisch-anarchistischen Organes „Der Anarchist“, in welchem er bereits am 1. März 1891 in der Nummer 5 dieses Blattes eine Polemik gegen John Most eröffnet.

Josef Peukert nahm die günstige Gelegenheit, die ihm Otto Rinke bot, bald wahr und begann seinerseits gleichfalls in dem communistischen Organo „Der Anarchist“, und zwar in der Nummer 7 vom 1. April, dann in der folgenden Nummer am 16. April 1891 seine Angriffe gegen Most, indem er vorerst bekannt gab, dass eine abermalige Appellation um Einsetzung einer Untersuchungscommission in der Affaire John Neve von Most in der brüskesten Weise im Briefkasten der „Freiheit“ am 27. März 1891, Nr. 14, beantwortet wurde, dann aber in dem Artikel „Die Hintermänner“ John Most scharf zu Leibe ging.

In diesem Artikel suchte Peukert nachzuweisen, dass Victor Dave theils der Verfasser, theils der Inspirator aller jener Machwerke sei, welche seit Jahren an Denunciation, Verleumdung und Verunglimpfung der Gegner trieben und kam zum Schlusse, dass, wenn Neve durch einen Verräther gefallen ist, dieser Verräther niemand anderer als Dave selbst sei . . .

Er wollte ferner nachweisen, dass Max Trautner, bekanntlich der Verfasser der Broschüre „Josef Peukert. — Wie John Neve verhaftet wurde —“, sich selbst entlarvte, um die Geschichte glauben zu machen und so habe Dave und sein Helfershelfer Trautner seit einigen Jahren die ganze Partei in eine Katzbalgerei gebracht, wodurch jede ersprießliche Thätigkeit derselben lahm gelegt worden ist. Peukert ging in diesem Artikel noch weiter, indem er nun nach vielen Jahren erzählte, dass gerade Most es war, der ihn auf ähnliche Weise behandelt hatte, wie er (Peukert) John Neve behandelt haben soll.

Peukert schildert nämlich, dass im Frühjahr 1880 er nach den erfolgten Massenausweisungen in Paris über Ersuchen Most's die Reorganisation der anarchistischen Gruppen in Paris übernommen habe. Damals sei ein junger Mann mit schriftlichen Empfehlungen Most's zugereist, den er bei sich aufgenommen, gepflegt und

errettet habe und doch habe ihn dieser der Polizei verrathen und er habe am 30. November 1880 in Gegenwart dieses eingeweihten Freundes den Ausweisungsbefehl erhalten, ohne dass dieser das gleiche Schicksal theilen musste.

Peukert ist aber auch sonst aus seiner monatelangen Unthätigkeit herausgetreten und hat am 15. April wieder einen Beitrag zu der von der Gruppe „Autonomie“ in London herausgegebenen anarchistisch-communistischen Bibliothek geliefert, indem er die Broschüre „Gerechtigkeit in der Anarchie“ veröffentlichte ließ. Diese Gerechtigkeit spiegelt sich am besten in den Schlussätzen der Broschüre:

„Wir (die Anarchisten) sind Todfeinde jeder Herrschaft, jeder socialen Ungleichheit und jeder übermenschlichen Gerechtigkeit. Unsere Losung ist daher: Nieder mit allen Vorurtheilen, mit allem Aberglauben! Nieder mit allen Vorrechten und Privilegien! Nieder mit aller Herrschaft und Autorität! Es lebe die Anarchie! Sie ist die lange gesuchte Gerechtigkeit!“

Neben der Bekämpfung Most's und seines Anhanges haben sich die deutschen und österreichischen Anarchisten in New-York in den letzten Monaten die Aufgabe gestellt, die anarchistische Propaganda nach dem Heimlande zu übertragen, weil — wie ein Redner der Autonomisten sagte — die Zeitverhältnisse gebieten, den Schwerpunkt nach Österreich und Deutschland zu verlegen, wo gegenwärtig durch die Spaltung der Parteien ein sehr günstiger Boden für den Anarchismus existirt.

Der Redner sagte weiter: „Die materiellen Ergebnisse würden viel besser angewendet, wenn wir die österreichischen und deutschen Genossen in den Stand setzen, die anarchistische Literatur massenhaft zu verbreiten, als hier in Amerika durch die wöchentliche Herausgabe des „Anarchist“ gewonnen werden kann. Seit den Achtziger-Jahren war keine so günstige Situation, die anarchistische Idee unter der arbeitenden Classe in Österreich und Deutschland zu verbreiten als jetzt, im Zeitpunkt der Spaltung. Wenn dieser günstige Zeitpunkt abermals vorüber gelassen würde, dann wäre die anarchistische Sache so gut wie verloren. Der Erfolg in Deutschland und Österreich aber bedeutet einen Erfolg auf der ganzen Welt.“

In dieser Sitzung der Herausgeber des „Anarchist“ wurde auch das Ertragnis des vom „Arbeiterbund“ in diesem Jahre veranstalteten Weinlesefestes festgestellt und wurden hievon 50 Dollars dem Pressfond der „Autonomie“ nach London gesendet. Zum Schlusse der Sitzung gab es noch ein Rencontre zwischen Peukert und dem Anarchisten Auer. Peukert kam mehrmals darauf zurück, den „Anarchist“ als Wochenblatt erscheinen zu lassen, Auer opponirte und wurde persönlich. Er machte dem Peukert zum Vorwurfe, dass der in seinen Augen kein Genosse sei, der nicht wie er das hohe „C“ singe, Peukert thue gerade so, als wenn der „Anarchist“ sein Eigenthum wäre, Auer verwahrte sich gegen dieses Vorgehen und sagte, er würde niemals dulden, dass Peukert sich zum Herrn mache und meine, die andern seien nur deswegen da, um Geld herzugeben etc. Auer siegte auch jetzt wieder, denn es wurde der Beschluss aufrecht erhalten, die überschüssigen Gelder für die Propaganda in Europa zu verwenden.

Zur Erinnerung an den „ftunffachen Meuchelmord am 11. November 1887 in Chicago“ fanden in New-York zwei sogenannte Massenversammlungen im

Cooper Institute statt, die eine von den „Autonomisten“, die andere von den „Mostianern.“

Letztere fand unter den Auspicien der American Workingmens Defence Association“ statt. Die Decoration der Plattform war wie früher. Über den Stuhl des Vorsitzenden war ein mächtiges Bildnis der „Freiheit“, umweht von rothen Fahnen. An der Tribüne waren die Porträts der „Märtyrer“ mit den von den Hingerichteten gesprochenen Worten angebracht.

Es sprachen der Vorsitzende August Delabar, J. Ullmann, dann von den deutschen Anarchisten Robert Steiner aus Chicago. Das communistisch-anarchistische Organ „Der Anarchist“ war mit keiner der beiden Erinnerungsfeier zufrieden, denn das Blatt meinte, es wäre zu erwarten gewesen, dass sich die angeblich „anarchistische“ Memorialfeier als anarchische von der socialdemokratischen unterscheidet, was aber nicht der Fall war. Das Blatt tadelte, dass die Arrangements nach der üblichen autoritären Bourgeoischablone mit Präsidenten, Rednervorstellungen, Pauken und Trompetenschall etc. waren und schloss mit den Worten: „es hat uns schmerzlich berührt, dass bei diesen anarchischen Versammlungen so wenig Propaganda für den Anarchismus gemacht wurde.“

In Chicago fand ein Ausmarsch nach Waldheim am Sonntage, den 8. November, statt, an welchem mehr als 1000 Personen theilnahmen. Zahlreiche Fahnen von rother und schwarzer Farbe wurden im Zuge getragen. Das Grab der „Märtyrer“ wurde mit Kränzen belegt, deren Schleifen die Inschriften hatten: „Den Märtyrern der Freiheit“, „Den gefallenen Helden“, „Den im Kampf für Freiheit und Abschaffung der Lohnslaven Gefallenen“ etc., worauf die üblichen Brandreden gehalten wurden.

Nach der am Grabe der „Märtyrer“ am 8. November stattgefundenen Massendemonstration wurden am 11. November in Chicago selbst zwei Versammlungen abgehalten. Als sich die Anarchisten am obbezeichneten Tage in der „Vorwärts-Turnhalle“ versammelten, um das Andenken an die „Märtyrer“ die am 11. November 1887 den Tod am Galgen starben, zu feiern, wurden sie von der Polizei gezwungen, unter den vielen rothen Fahnen auch die amerikanische Flagge aufzupflanzen.

Eine zweite aus demselben Anlasse abgehaltene Versammlung (in Greif's Halle) wurde von der Polizei aufgehoben, hiebei wurden 23 Anarchisten verhaftet und 17 hievon wegen Widerstandes gegen die Polizei vor Gericht gestellt.

Die „Freiheit“ schrieb:

„Es wird eine Zeit kommen, wo solche Dinge wie die Bombe des 4. Mai in Chicago, diesseits wie jenseits des Oceans täglich und stündlich zwischen die Menschenfeinde sausen werden.“

Die Bombe von Chicago war nur ein leises und locales Wetterleuchten, der kommende Sturm wird einen Hagel von Bomben für die Schuldigen (und wenn auch mancher „Unschuldige“ dabei mit um die Ecke fliegt, so lässt sich das nicht ändern) in Bereitschaft haben. Wir stehen am Ende des Capitels „Capitalismus“, das Capitel „communistische Anarchie“ ist bereits skizzirt, es ist reif, publicirt zu werden.“

Asien.

Über die socialistische Bewegung in Japan ist wenig zu berichten. Die socialistische Partei ist erst im Entstehen und hat seit dem Jahre 1890 noch wenig zugekommen.

Die früher unter dem Namen „Das XIX. Jahrhundert“ vierseitig erschienene japanische Zeitung der sogenannten radicalen Partei erschien, wie im vorigen Jahresberichte erwähnt wurde, später sechseitig unter dem Titel „Freiheit“ und erscheint seit dem 28. August 1891 achtseitig unter dem neuen Titel „Die Revolution“. Die früheren Ausgaben waren auf hektographischem Wege hergestellt, bis es nach mehrjährigem Bemühen und Sammeln endlich gelungen ist, die Zeitung auf dem Wege der Presse herzustellen. Nach allen bisherigen Wahrnehmungen ist die socialistische Partei in Japan noch nicht lebensfähig.

Australien.

In Australien macht die Arbeiterbewegung von Jahr zu Jahr mehr Fortschritte, seit die Arbeiter den Boden des Unionismus, jenes alten Gewerkschaftswesens, verlassen haben und in die politische Bewegung eingetreten sind.

Der große Strike im Jahre 1890 hat nicht wenig dazu beigetragen, die Arbeiter nach den neuen englischen Mustern zu organisiren, das heißt sie ins socialistische Fahrwasser hineinzutreiben. Und so findet die socialistische Agitation, welche bis vor zwei Jahren in Australien nur ein beschränktes Feld hatte, jetzt dort einen fruchtbaren Boden. Zu den wichtigsten Organisationen in Australien zählt die „socialistische Liga“ in New South Wales und „die socialdemokratische Liga“ in Queensland.

Zu Beginn des Berichtsjahres hat sich auch ein australischer Socialistenbund gebildet, der im Parlamente und in Gemeindevertretungen für folgende Punkte kämpfen will:

Beschränkung der Kinderarbeit, Ausschließung der Unternehmer von Regierungs- und Gemeindefarbeiten, welche solche Arbeiten selbst zu führen hätten, Errichtung von Wohnhäusern für Arbeiter durch die Gemeinden, Einführung des gesetzlichen Achtstundentages, Überzeit soll criminell strafbar sein, und Förderung der gewerkschaftlichen Organisation durch den Staat.

In Ballarat tagte vom 22. bis 28. April der jährliche Gewerkschaftscongress, auf welchem alle australischen Colonien durch 120 Delegirte vertreten waren. Von den Beschlüssen dieses Congresses ist der für die Annahme eines Planes für eine allgemeine australische Arbeiterföderation der wichtigste.

Bei dem Mittagessen, welches die Fachvereine Ballarats zu Ehren der fremden Delegirten veranstaltet hatten, erhob sich ein Delegirter, um den üblichen Toast auf die Königin auszubringen. Dagegen erhob sich Macdonald aus Queensland und sprach: „Not the keen, the People!“ (Nicht die Königin, das Volk), worauf drei Hochs auf „the People“ ausgebracht wurden.

Einen Erfolg hatte die socialistische Arbeiterpartei bei der Ersatzwahl für das südaustralische Oberhaus, bei welcher die Arbeitercandidate D. M. Charleston, R. S. Guthrie und A. Kirkpatrick zu Abgeordneten gewählt worden sind.

Bei der im Monate Juni stattgehabten Parlamentswahl in New South Wales erhielt die Arbeiterpartei circa 68.000 Stimmen, während die Regierungspartei 87.000 und die Oppositionspartei 62.000 Stimmen zu verzeichnen hatte.

Die Lohnbewegung, welche schon im Jahre 1890 einen gewaltigen Schritt nach vorwärts gemacht hatte,

trat auch im Berichtsjahre in den Vordergrund durch den großen Ausstand der Schafscherer. Der fünfmonatliche Strike endete aber mit einer Niederlage für die Schafscherer, denn nach nutzloser Verwendung des reichlich angesammelten Strikefondes und der ebenso reichlich eingehenden Subsidien von auswärts, namentlich aus England, forderte das Strikecomité am 15. Juni die Arbeiter auf, einzeln zur Arbeit zurückzukehren.

Die anarchistische Bewegung in Australien geht nur langsam vorwärts. Vorläufig hat sie in der „Australien Socialist League“ ihren Hauptgegner.

Diese hat folgende Beschlüsse hinausgegeben:

1. Dass alle anerkannten Anarchisten sich von der „Socialist League“ zurückziehen sollen.
2. Dass die League keinen weiteren Antheil an der Agitation für Arbeitslose nehmen sollte.
3. Dass keine revolutionären Reden in deren Versammlungen gehalten werden dürften.

4. Dass alle Mitglieder, welche einen criminellen „Record“ haben, auf keiner ihrer Publikversammlungen sprechen dürfen.

Die Anarchisten operiren daher vorwiegend nur durch Flugblätter kleineren Umfanges, welche so vorsichtig ihrem Inhalte nach gehalten sind, dass sie nach dem ersten Eindruck nicht für anarchistisch gehalten werden.

Ein solches Flugblatt an die Wähler hatte aber doch den Schlusspassus:

„Wohlan denn, kehret Euch nicht mehr an diese Fesseln, verbreitet die Idee der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als eine Sache, welche realisirt werden kann; missachtet das Privateigenthum und das Gesetz und entwickelt Euch zu wahren menschlichen Gefühlen. Es ist gleichgiltig, wer den Stimmkasten beherrscht, das Volk hat seine Angelegenheiten mit Gewalt zu ändern.“

Wien, Ende März 1892.